

DAS ARGUMENT 140

Editorial	489
Wolf Biermann: Hochwasser in Paris	493
Politik der Produktion	
Samuel Bowles/Herbert Gintis Die Heterogenität von Macht	494
Michael Burawoy Fabrik und Staat in Kapitalismus und Sozialismus	508
Sigrid Pohl Frauenlohn und Werttheorie	525
* * *	
<u>Diskussion: Arbeiteralltagsgeschichte</u>	
Alf Lüdtke Kolonisierung der Lebenswelten oder Geschichte als Einbahnstraße?	536
Detlev Peukert: Glanz und Elend der »Bartwichserei«	542
* * *	
<u>Fachübersicht: C. Albert: Diskursanalyse in der Literaturwissenschaft</u>	550
Jörg Becker: Kommunikationstechnologie und Rüstung	562
<u>Friedensbibliographie (7): Frauen (Albrecht-Heide)</u>	571
<u>Kongreßberichte: Volksuni Berlin, Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik; Arbeitsmigration im Mittelmeerraum</u>	576
<u>Besprechungen: Frauen und Philosophie; Linguistik; Marxistische Literaturtheorie; Klassik und Erbe; Alltag und Gesellschaftspolitik; Lebensbedingungen und Krankheit; Konzentrationslager; Gewerkschaften</u>	585

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Nora Räthzel, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Ursula Blankenburg, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Sigrid Pohl, Renate Prinz, Nora Räthzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Christine Thomas, Dr. Silke Wenk, Heike Wilke

Redaktion und Verlag: Altensteinstraße 48a, 1 Berlin 33, Tel. 030/8314079

Anzeigen (o. Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

Maren-Grisebach, Manon, und Ursula Menzer (Hrsg.): Philosophinnen.

Jahrbuch I der IAPH (*H. Holinka*)..... 585

Ranke-Graves, Robert von: Die weiße Göttin (I. Bindseil)..... 586

Ranke-Graves, Robert von: Sieben Tage Milch und Honig (I. Bindseil)..... 586

Kohl, Karl-Heinz: Entzauberter Blick (M. Schneider)..... 589

Arbeitskreis Naturqualität: Andere Ansichten der Natur (R. Konersmann)..... 590

Heller, Agnes: Der Mensch der Renaissance (M. Drees)..... 591

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1983 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,- DM. Jahresabo inkl. Versand 63,80 DM; Stud. etc. 50,- DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (11/2zeilig mit Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108. BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhart. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend Juli/August 1983. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Editorial

Zum vorliegenden Heft

Mit der Frage nach der Verbindung von Produktion und Politik bewegt man sich in einem wissenschaftlich und politisch polarisierten Feld. Die Gefahren sind die alten, die die Geschichte des Marxismus von Anfang an begleitet haben: Determinismus (eine unpolitische Ökonomie als Garant der Politik) und Voluntarismus (eine Politik, die ihre Grenzen nicht kennt). Die *Trennung* von Produktion und Politik scheint die Determination des Politischen durch das Ökonomische und damit den Charakter materialistischer Wissenschaft zu sichern. Ihre *Verbindung* verspricht, die Produktion unter dem Gesichtspunkt verändernder Eingriffe betrachten zu helfen. Das Verhältnis von Produktion und Politik zu bestimmen, heißt tatsächlich, den ganzen marxistischen Begriffszusammenhang kritisch durchzugehen.

Die drei Aufsätze zum Heftschwerpunkt tun das von unterschiedlichen Standpunkten aus, indem sie ein Denken der »Heterogenität von Macht« ermöglichen wollen — wie *Bowles* und *Gintis* es nennen. Gemeint ist die Überlagerung und zum Teil widersprüchliche Verknüpfung verschiedenartiger Bereiche von Macht und Herrschaft. Die Frage nach verändernden Eingriffen und einer wirksamen politischen Strategie läßt sich dann stellen als Frage nach der Verknüpfung solcher heterogener Machtgebiete. *Burawoy* schlägt vor, die »Produktionspolitik« auf der Ebene des Betriebs von der »Globalpolitik« zu unterscheiden, die von den Staatsapparaten organisiert wird und die sich um die Reproduktion der Produktionsverhältnisse dreht. Die Kämpfe im Betrieb stellen nach seiner Auffassung nicht unmittelbar das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis in Frage, sondern zielen auf einen anderen Typ sozialer Verhältnisse: die »Produktionsbeziehungen« (*relations in production*). Mit diesem Begriff faßt er die kooperativen Beziehungen, in denen sich die Arbeiter durch (»informelle«) Regeln, Spiele und Strategien ein gewisses Maß an Kontrolle über den Arbeitsprozeß sichern. Es gibt, so seine These, keinerlei zwangsläufige Verbindung zwischen den Machtverhältnissen am Arbeitsplatz — die von den »Fabrikapparaten« organisiert werden — und den Prozessen auf globalpolitischer Ebene. Die Teilnahme an den Kämpfen auf Betriebsebene kann Zustimmung zur kapitalistischen Produktion insgesamt bedeuten. Wie kann der Arbeitsplatz von einem »Kampfgelände« zum »umkämpften Gelände« werden, auf dem das Umkämpfte die Produktionsverhältnisse sind? Die Antwort sieht *Burawoy* in der konkreten Analyse der verschiedenen Verbindungsformen von Produktionspolitik und Globalpolitik, die er in einem Vergleich von verschiedenen Stadien der kapitalistischen Entwicklung und der staatsförmigen sozialistischen Planwirtschaft skizziert.

Burawoys Überlegung, daß Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auseinandergehalten werden müssen, wird bei *Bowles* und *Gintis* zu der These zugespitzt, daß nicht jede Herrschaft eine Form der Ausbeutung ist, und nicht je-

de Ausbeutung eine Klassenbeziehung. Das ist auch der Ausgangspunkt für *Sigrud Pohls* »Ergänzungen« zur Werttheorie von Marx. Sie beschränkt sich jedoch nicht darauf, von einem feministischen Standpunkt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sichtbar zu machen als ein Herrschaftsverhältnis, das »quer« zu den Klassenverhältnissen liegt und älter ist als diese. Ihre Fragestellung wird auch für Marxistinnen provozierend sein, die ihr bis hier zustimmen: In welchem Maße fließen die vorkapitalistischen, patriarchalischen Strukturen in die ökonomischen Bestimmungen des Ausbeutungsverhältnisses selbst ein? Ist die weibliche Hausarbeit nur gebrauchswertschaffende Arbeit, oder geht sie auch in die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein? Läßt sich so, mit Hilfe der Marxschen Werttheorie und gleichzeitig gegen sie, eine ökonomische Erklärung für die »Minderwertigkeit« weiblicher Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt finden?

Mit den Beiträgen von *Lüdtke* und *Peukert* nehmen wir die in *Argument* 106 begonnene Diskussion zur Frage einer Arbeitergeschichtsschreibung »von unten« wieder auf. Blickt man auf die bisherige Diskussion zurück, zeichnet sich eine Verlagerung der Fronten ab: Nach der Kritik an der Perspektive einer reinen Parteien- oder Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung (Heer u. a. in *Argument* 106, Peukert in *Argument* 110; dazu die Replik von Abendroth in *Argument* 108), nach der Vorstellung neuer Ansätze der Alltags- und Regionalgeschichte (*Argument* 126 und 131), die einen Perspektivenwechsel zu den Wahrnehmungsweisen und Handlungslogiken der unteren Klassen vollziehen und diese selbst zu Wort kommen lassen (zur Methode der »Oral History« vgl. Bajohr in *Argument* 123 und die Kritik von Kröll in *Argument* 126), schiebt sich die Frage in den Vordergrund, wie sich die stark angewachsenen Forschungen zum Arbeiteralltag mit globalen Analysen der Sozialstruktur, der Klassenverhältnisse und des Staates zusammenbringen lassen. Detlev Peukert hat im *Argument*-Sonderband »Arbeiteralltag in Stadt und Land« (AS 94) in einem kritischen Abriß des bisherigen Forschungsstands den Vorschlag gemacht, die Habermassche Konzeption des Konflikts zwischen den lebensweltlichen Erfahrungen und den »hinter dem Rücken« der handelnden Subjekte sich durchsetzenden Vergesellschaftungsmechanismen des ökonomischen und politischen Systems für die Sozialgeschichte fruchtbar zu machen, um die Lücke zwischen historischen Detailstudien und globaltheoretischen Entwürfen zu schließen. Alf Lüdtke setzt sich damit kritisch auseinander; anschließend geben wir Peukert Gelegenheit zur Replik. Von einer Fortsetzung dieser Diskussion erhoffen wir uns nicht zuletzt einen Anschluß an die laufende ideologietheoretische Diskussion im *Argument*.

Die französische Diskursanalyse haben wir bisher vor allem wegen ihrer zunehmenden Wichtigkeit für ideologietheoretische Forschungen vorgestellt. Was fehlte, war eine kritische Darstellung der verschiedenen theoretischen Ansätze. Dies versucht nun der Beitrag von *Claudia Albert*, der zugleich über die Rezeption der Diskursanalyse in der westdeutschen Literaturwissenschaft informiert und die Reihe unserer *Fachübersichten* fortsetzt.

Können die Massenmedien die Funktion einer »Stärkung des Friedens« durch Information und Förderung der Kommunikation erfüllen, die ihnen in

offiziellen Deklarationen (z.B. von der UNESCO) zugeschrieben wird? Jörg Becker geht dieser Frage nach und deckt die Verflechtung der Kommunikationstechnologie mit dem militärisch-industriellen Komplex auf. Wie die Friedensbewegung und die Frauenbewegung sich zueinander verhalten, ist Thema der kommentierten Bibliographie. T.L./R.N.

Verlagsmitteilungen

»Ohne Kultur keine Produktion«. Dieser Satz des englischen Historikers Thompson ist Ausgangspunkt für die neuen Ansätze der Kulturgeschichtsschreibung im Argument-Sonderband 103: *Kultur zwischen Bürgertum und Volk*, der zusammen mit diesem Heft erscheint. Die Beiträge beziehen sich auf den Umbruch vom Feudalismus zum Kapitalismus. Sie untersuchen einerseits die Konstituierung des Bürgertums als Klasse, den zunächst nur schrittweise und unvollständig bewältigten Übergang zu kapitalistischen Verkehrsformen, die Selbstdefinition der gelehrten bürgerlichen Schicht gegenüber dem Adel in der Aneignung antiker Literatur oder den Differenzierungen der Musikkultur. Andererseits geht es um die Konfrontation dieses Bürgertums mit den unteren Schichten, dem Volk, die aggressiven Versuche seiner Disziplinierung und die mehr oder minder gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Volkskultur und der bürgerlichen Aufklärungskultur, die im 18. Jahrhundert ein wesentlicher Aspekt der revolutionären Umwälzungen sind. Die Autoren kommen aus der Volkskunde, Kunst-, Literatur- und Musikwissenschaft sowie der Geschichtswissenschaft (darunter ein Vertreter der französischen Annales-Schule).

Erschienen ist auch der *AS 99: Forum Kritische Psychologie 12* mit dem Schwerpunkt »Entwicklungstheorie«: Beiträge u.a. zur »geistig-moralischen Erneuerung in der Psychologie« (Kritik der Auffassungen L. Kohlbergs), zum Konzept der kognitiven Entwicklung bei Piaget und Wygotski und zum Aneignungskonzept Leontjews.

In der Reihe der Argument-Studienhefte erscheint: *Gerhard Wegner: Kenia — eine Einführung in die wirtschaftliche und politische Entwicklung (SH 58)*. Der Band richtet sich ebenso an sozialwissenschaftlich Interessierte, Dritte-Welt-Gruppen wie an einfache Kenia-Reisende. T.L.

Mit einjähriger Verspätung erscheint jetzt der *AS 91*, der unter dem Titel »Parteientstehung« angekündigt war. Da den Autoren im Verlauf ihrer Arbeit dieser Titel zu eng wurde, heißt er jetzt »*Marxismus und Theorie der Parteien*«. Er enthält drei Arbeiten: *Wieland Elfferding* verfolgt die Entwicklung des Parteeibegriffs bei Marx und Engels, Lenin, Gramsci und Poulantzas; *Michael Jäger* entwirft eine Funktionsanalyse von Parteiensystemen, die sich auf die marxistischen Klassiker einerseits, auf Autoren wie Lipset, Rokkan und Sartori andererseits stützt, und schickt dem einen »Versuch über das kleine Einmaleins der Macht« voraus; *Thomas Scheffler* leitet in einer ausführlichen historischen Skizze die Entstehung von Parteien aus der Entwicklung des Staates ab, dabei geht er von einem »internalistischen Politikbegriff« aus, der wesentlich in kritischer Auseinandersetzung mit Carl Schmitt gewonnen ist. Die Autoren folgen

keinem gemeinsamen Ansatz, im Gegenteil, die theoretischen Differenzen sind z.T. gravierend. Es gibt aber auch begriffliche Koexistenzverhältnisse, die ohne die Zusammenarbeit der Autoren undenkbar wären und die dazu führen, daß eine kritische Lektüre zu jeder der drei Arbeiten die beiden anderen als Zusatzmaterial verwerten kann.

M.J.

In der Reihe der Argument-Bücher erscheint von *Detlev Albers: Zur politischen Theorie des Marxismus — Bauer und Gramsci*. Für die theoretische Fundierung der marxistischen Tendenzen in der Sozialdemokratie (vgl. dazu Sven-Eric Liedman in *Argument* 139, S. 419) wird dieses Buch eine wichtige Rolle spielen, aber auch über alle politischen Grenzen zwischen Marxisten hinaus. Albers betreibt eine vergleichende Aneignung der Gedanken des Austromarxisten Otto Bauer und des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci in der Perspektive eines »integralen Marxismus«. Zentraler Bezugspunkt der beiden großen Theoretiker und Politiker der Arbeiterbewegung sind die bis heute offenen Fragen einer »Revolution im Westen«; beide arbeiten daran, die ins Denken eingefressenen Grenzen zwischen den verfeindeten Lagern der Arbeiterbewegung umzubauen. Beim Vergleich ihrer Positionen zur revolutionären Strategie, zum Faschismus, zum Sowjetsozialismus und zur marxistischen Theorie kommen Elemente einer politischen Strategie im Westen in den Blick, an deren Weiterentwicklung »Eurolinke« im weitesten Sinne heute arbeiten. Durch ausführliche Darstellung der Theorien und sorgfältige Kommentierung kann das Buch in Seminaren und Arbeitsgruppen zugleich als Einführung in Bauer und Gramsci dienen. Es wird dazu beitragen, die Beschäftigung mit Bauer und Gramsci dauerhaft in die theoretische Kultur der Linken einzuschreiben und so von Moden und konjunkturellen Ausschlägen zu emanzipieren.

W.E.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus: Ab September 1983 und bis September 1984 erscheint in 6 Teilbänden die deutsche Ausgabe des *Dictionnaire critique du marxisme* im Argument-Verlag. Das *KWM* wurde von Georges Labica im Verlag der *Presses universitaires de France* herausgegeben und ist im September 1982 erschienen. Für unsere Ausgabe werden zwei Supplement-Bände vorbereitet, in denen der deutsche Marxismus in seinen unterschiedlichen Strömungen berücksichtigt wird (und zu Wort kommt). Die Bände werden je 19,80 DM kosten. Sie können subskribiert werden und kosten dann nur 15,80 DM. — Weitere Informationen im nächsten *Argument*.

W.F.H.

Wolf Biermann

Hochwasser in Paris

Der Winterschlaf ist jetzt vorbei, wir leben wieder
Nun zeigt die Ile de la Cité die schöne kalte Schulter
Den Kälten. Licht bricht endlich in die Stadt ein
Der allerschönste Frühling macht sich mächtig breit
Und breiter noch macht sich in ihrem Bett die Seine
Der Himmel hat sich gründlich aus geweint. Nun lacht
Die Sonne laut in die verrammelten Gesichter
Die aufgesprungen sind mit den Kastanienknospen
Die Uferstraßen alle stehen unter Wasser
Wo wir uns stritten letztes Jahr, als ich mein Maul
Dann endlich hielt — und hielt es endlich auf dein Maul
Als ich mit meinem Stachelkinn dir Rouge auflegte
Mein Liebchen, nun sah ich von oben unsre Bank
Grün schimmern durch die ockerfarbne Brühe, grad
Dort, wo wir saßen springt ein Fisch an der Laterne
Hochwasser leckt den Seine-Brücken frech den Bauch
Kein Lastkahn paßt mehr durch, kein Glassarg mit Touristen
Die Insel dampft mit acht Knoten Geschwindigkeit
Gen Osten. Notre Dame ist die Kommandobrücke
Stromaufwärts immer geht die Fahrt, die Fluten brechen
Am spitzen Bug sich, wo das Monument gebaut ist
Für die zweihunderttausend Märtyrer aus Frankreich
Martyrs français de la deportation. Die Toten
Stehn bis zum Hals im Wasser und sie lächeln starr
Ein unbeirrtes blödes Lächeln voller Hoffnung
Ins Nichts. So lächeln sie auf uns, die wieder leben.

Die Heterogenität von Macht¹

1. Einführung

Die fortgeschrittenen Industriegesellschaften — die kapitalistischen und die staatssozialistischen — haben in den letzten Jahrzehnten das Aufkommen und die wachsende politische Bedeutung von Volksbewegungen beobachten können, die keine Klassengrundlage haben. Die Bewegungen für sexuelle, rassische, ethnische und regionale Gleichheit, für Umweltschutz und atomare Abrüstung und für die Demokratisierung der politischen Vorgänge im Staat, in der Gemeinde und am Arbeitsplatz sind alle von diesem Typ. Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung wird deshalb zunehmend als ein Prozeß aufgefaßt, in dem die Belange dieser sogenannten »neuen Subjekte« zusammengebracht werden mit den mehr traditionellen Problemen der Ausbeutung auf der Basis von Klassenverhältnissen. Um mit der Zersplitterung und Schichtung der arbeitenden Klassen im fortgeschrittenen Kapitalismus zurechtzukommen, hat man es viele Jahre lang für ausreichend gehalten, dies als ein Problem von Klassenbündnissen zu behandeln, wobei man sich von den Pionierarbeiten Lenins und Maos über die Einheit von Bauern und Arbeitern inspirieren ließ. Zunehmend hat diese Sichtweise jedoch der neuen Problemstellung Platz gemacht, wie klassenspezifische und klassenunspezifische Bewegungen und Forderungen integriert werden können. Ein neuartiger Aspekt dieser Problematik besteht darin, daß es sich bei den teilnehmenden Subjekten — Arbeitern, Frauen, Bürgern und anderen — oft um ein und dieselbe Person handelt. Das Integrationsproblem besteht demnach nicht darin, die Interessen von verschiedenartigen Gruppen, die unter ähnlichen Formen gesellschaftlicher Unterdrückung leiden, in Einklang zu bringen, sondern vielmehr darin, die Belange von sich überlappenden Gruppen zu integrieren, die auf verschiedenartige Unterdrückungsformen reagieren. Eine diesem Integrationsprojekt angemessene Theorie muß sowohl in der Lage sein, die verschiedenartigen Herrschaftsstrukturen zu begreifen, durch welche die unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Unterdrückung heute bestimmt werden, als auch die verschiedenen Formen von Diskursen, zwischenmenschlichen Beziehungen und Interessenvereinheitlichungen, die durch diese Unterdrückungen hervorgerufen werden können. Der marxistische Begriff des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Klassen ist für eine solche Theorie zentral. Jedoch wird auch eine noch so subtile und komplexe Entwicklung des Klassenbegriffs unseres Erachtens die Aufgabe allein nicht lösen können.

Für das Begreifen der sozialen Dynamik ist der Marxsche Begriff der Ausbeutung, des Abpressens von Mehrarbeitszeit, zentral, und er bleibt einer seiner fruchtbarsten Beiträge zur Gesellschaftstheorie. Im ersten Band des »Kapital« formuliert Marx eine Auffassung, die man die »These von der zentralen Stellung der Ausbeutung« nennen könnte:

»Nur die Form, worin diese Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen.« (MEW 23, 231)

Die These von der zentralen Stellung der Ausbeutung ist als Instrument der historischen Forschung und der Gegenwartsanalyse wertvoll. Sie hat jedoch zugleich dazu gedient, die Begriffe von Klasse, Ausbeutung und Herrschaft unberechtigterweise zusammenzuwerfen. Wir nennen dies die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion«: ihrzufolge kann die Dynamik der unterschiedlichen sozialen Verhältnisse, welche die Gesellschaftsformation insgesamt konstituieren, durch einen engen Ausbeutungsbegriff angemessen erklärt werden. Die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« führt also zu folgender Gleichsetzung:

Klassen → Ausbeutung ↔ Herrschaft

Wir werden dagegen die *Heterogenität von Macht* geltend machen und die folgende einseitige Implikationsbeziehung zu begründen versuchen:

Klassen → Ausbeutung → Herrschaft

Inbesondere gibt es Herrschaftsformen ohne Ausbeutung, die zudem gesellschaftlich von großer Bedeutung sind; und es gibt Ausbeutungsformen außerhalb von Klassenverhältnissen. In diesem Schema der Heterogenität der Macht nimmt der Begriff der Herrschaft die Vorrangstellung ein: Weder Klasse noch Ausbeutung können definiert werden, wenn man nicht zuvor die Herrschaftsformen einer Gesellschaftsformation bestimmt hat. Die Reduktion von Herrschaft auf Klassenverhältnisse ist besonders eindringlich in den Arbeiten der Frankfurter Schule kritisiert worden — allerdings durch eine entgegengesetzte Reduktion: Klasse und Ausbeutung verflüchtigen sich hier zu einem amorphen und strukturell undifferenzierten Herrschaftsbegriff (vgl. z.B. Marcuse 1969). Jede klassenspezifische Begrifflichkeit ist bei diesem Ansatz faktisch verschwunden, und das ist unseres Erachtens ein schwerer Mangel. Das Konzept von der Heterogenität der Macht versucht, auch diese Reduktion zu vermeiden.

Folgendes sind die wichtigsten Aussagen der »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion«: a) Die grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen, von denen her die allgemeine Evolution der Gesellschaftsformation begriffen werden kann, sind die Eigentumsverhältnisse, die Übertragung von Mehrarbeit von den Produzenten an die Nichtproduzenten regulieren. b) Klassenspezifische Ausbeutungsformen und andere Formen sozialer Herrschaft, die nicht abgeleitet sind vom Abpressen von Mehrarbeitszeit auf Basis von Eigentum, sind von historisch begrenzter Bedeutung. c) Die gesellschaftlichen Kämpfe, die zu einer Veränderung des Gesellschaftssystems führen, können verstanden werden als Kämpfe um die Existenz, die Formen und das Ausmaß des Mehrprodukts, das auf der Grundlage von Eigentum abgepreßt wird. d) Die Ausbeutung, insbesondere die Klassenausbeutung, liefert eine ausreichende begriffliche Grundlage für die eingehende Behandlung der verschiedenen Formen politischer Herrschaft und kultureller Suprematie, wie sie im gesellschaftlichen Leben allgemein zu beobachten sind.— Heutzutage wird die *Existenz* von Rassismus, Sexismus, staatlicher Unterdrückung und anderen Herrschaftsformen, die sich der Definition nach von Klassenausbeutung unterscheiden, von Marxisten natürlich anerkannt. Aber unter dem Einfluß der »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« wird die gesellschaftliche *Re-*

levanz dieser klassenspezifischen Herrschaftsformen von vielen abgestritten; und noch verbreiteter ist es, ihre Bedeutung nur insoweit anzuerkennen, als sie die dominanten Klassenverhältnisse widerspiegeln oder zu ihrer Reproduktion beitragen. Wir halten diese Position für unzulänglich. Denn Klassenausbeutung ist *nur eine Beziehung* in der Gesamtkonstellation derjenigen sozialen Erniedrigungen, die erbitterten Volkswiderstand und allgemeine moralische Verurteilung hervorgerufen haben. Die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn andere Unterdrückungsformen bloßer Ausdruck der Klassenausbeutung oder seiner Existenzbedingungen sind. Wir werden jedoch sehen, daß diese Annahme nicht haltbar ist. Konkret gesprochen, erlaubt uns die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« weder das Fortbestehen systematischer Unterdrückung in staatssozialistischen Ländern zu verstehen, noch, die verschiedenartigen Herrschaftsformen und ihre Wechselwirkung im fortgeschrittenen Kapitalismus genauer zu charakterisieren, noch gar für die Länder des fortgeschrittenen Kapitalismus vernünftige sozialistische Alternativen zu entwerfen. In den kapitalistischen und in den staatssozialistischen Gesellschaften gehören solche Formen von Ungleichheit zu den entscheidenden sozialen Problemen, die nicht auf das Verhältnis zwischen Produzenten und Nichtproduzenten reduzierbar sind, sowie Herrschaftsformen, die offenkundig *politisch* sind: Despotie in Staat, Ökonomie und Familie. Transfer von Mehrarbeitszeit auf Basis von Eigentum ist in diese Herrschaftsformen, wenn überhaupt, möglicherweise nur am Rande verwickelt. Im Staatsozialismus gibt es beispielsweise ein System, Mehrprodukt abzugrenzen, das sowohl durch staatliche Eigentumsverhältnisse vermittelt ist als auch durch traditionelle staatliche Aneignungsformen wie Besteuerung und Preisfestsetzung. Diese scheinen dem System eine Logik zu verleihen, die mit dem Verweis auf Eigentum und Aneignung allein kaum zu fassen ist. Die Frauenunterdrückung (Verweigerung der Kontrolle über die Reproduktion, Einschränkung des Zugangs zu gesellschaftlichen Machtpositionen, Verdinglichung als Sexualobjekte, persönliche Unterwerfung unter Väter und Ehemänner, Vergewaltigungsgefahr) *umfaßt* die Einschränkung des Zugangs zu den Produktionsmitteln und zeitweise auch die Übertragung von Mehrarbeitszeit. Aber dies sind nichtsdestoweniger nur Existenzbedingungen und Nebenprodukte eines Systems männlicher Herrschaft, dessen Grundlage Verwandtschaftsstrukturen, Alters- und Geschlechterverhältnisse sind sowie die damit verbundene Arbeitsteilung. Die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« kann auch nicht erklären, wie gesellschaftlicher Formwandel zustande kommt. Folgt man ihrem Rat, so lassen sich die großen Stürme der Sozialgeschichte und die verflochtenen Strukturen der Befreiungskämpfe auf Probleme des Eigentums und der Mehrproduktübertragung reduzieren, wenn auch mit unterschiedlich komplizierter Argumentation. Aber mit welchem Recht? Ohne Zweifel, die marxistische Geschichtsschreibung hat zeigen können, wie naiv eine Gesellschaftstheorie ist, die diese analytische Dimension ignoriert. Aber allzu schnell haben Marxisten aus der Tatsache, daß Klassenausbeutung ein *wesentliches Element* sozialer Dynamik ist, den Schluß gezogen, daß die Mehrproduktübertragung auf Basis von Eigentum ihr *bestimmendes*

Prinzip ist. Wenn man die verschiedenen gesellschaftlichen Unterdrückungsformen so in eins zusammenpreßt, werden die dramatischen historischen Kämpfe von Abhängigen um Freiheit, Würde, Sicherheit, Gemeinschaft und soziale Gleichheit auf eine einzige Dimension verkürzt. Kurz, durch ihre Reduzierung gesellschaftlicher Unterdrückung auf Mehrarbeitszeitübertragung auf Grundlage von Eigentum verschleiert die »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« systematisch, was das Wohlbefinden und ein erfülltes Leben der Menschen im gegenwärtigen Kapitalismus und in staatssozialistischen Gesellschaften in großem Ausmaß gefährdet, und sie beeinträchtigt die politische Mobilisierung gegen diese klassenunspezifischen Unterdrückungsformen. Nach dem Prinzip der Heterogenität von Macht handelt es sich bei Klasse, Ausbeutung und Herrschaft um *eigenständige Begriffe*, und zwar in dem Sinne, daß Klasse Ausbeutung umfaßt, aber nicht umgekehrt, und daß Ausbeutung Herrschaft umfaßt, aber nicht umgekehrt. Daraus folgt, daß Klasse Herrschaft umfaßt, aber nicht umgekehrt. Demnach sind alle Klassenverhältnisse Herrschaftsverhältnisse, aber nicht alle Herrschaftsverhältnisse Klassenverhältnisse. Außerdem *geht* der Herrschaftsbegriff dem Ausbeutungsbegriff *begrifflich voraus*, und zwar in folgendem Sinne: 1. Man kann »Aneignung von Mehrarbeitszeit« nicht bestimmen, wenn man nicht zunächst einen Begriff von den Herrschaftsformen einer Gesellschaft entwickelt hat. 2. Die Aneignung von Mehrwert ist normalerweise (aber nicht immer) eine entscheidende Bedingung für die Existenz von Herrschaft wie auch ein nahezu unvermeidliches Nebenprodukt solcher Herrschaft. Aber die Aneignung von Mehrwert ist im allgemeinen nur *eine* Bedingung von Herrschaft, und keinesfalls ist sie notwendigerweise der Hauptangriffspunkt systemüberwindender sozialer Kämpfe. 3. Der Schlüssel zum Verständnis von Struktur und Dynamik einer Gesellschaftsformation liegt darin, daß man begreifen muß, wie die gesellschaftlichen Praxen durch Struktur und Verknüpfung bestimmter Spielregeln reguliert werden und wie manche systemüberwindenden Projekte durch Struktur und Verknüpfung dieser Spielregeln befördert und andere hierdurch behindert werden. Die Formen der Klassenausbeutung sind nur eine Teilmenge aller Herrschaftsformen, und die Herrschaftsformen sind eingeschrieben in die Anordnung von solchen Spielregeln. Verfügung über Mehrarbeitszeit ist demnach ein Werkzeug zur Reproduktion von Herrschaftsformen, und wenn Gruppen von Abhängigen versuchen, dieses Werkzeug außer Kraft zu setzen, dann ist das ein entscheidender Bestandteil des Untergrabens von Herrschaftsverhältnissen. Es ist jedoch unzulässig, die Aneignung von Mehrarbeitszeit, auf Basis von Eigentum oder nicht, als »Wesen« einer Gesellschaftsformation zu betrachten, und ihre allgemeineren Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse für bloße Erscheinungen zu erklären.

Im nächsten Abschnitt werden wir eine Reihe von Prinzipien umreißen, die auf dem Verhältnis von »Bereichen« und »Praxen« beruhen. Hierdurch sollen die Begriffe von Klasse, Ausbeutung und Herrschaft ein sichereres Fundament erhalten. Wir werden zu begründen versuchen, daß die Theorie der Verknüpfung von Bereichen und Praxen eine nicht-reduktionistische Fassung der Beziehungen zwischen diesen Begriffen abstützen kann. Im dritten Abschnitt

werden wir eine solche Fassung formulieren. Im Schlußteil zeigen wir die Relevanz dieser Formulierung für aktuelle politische Probleme und verweisen auf weitere Implikationen unseres Ansatzes.

Klasse, Ausbeutung, Herrschaft: Definitionen

Es dürfte klar sein, daß man der Definition der Grundbegriffe mehr Aufmerksamkeit als gewöhnlich schenken muß, wenn es um die kohärente Darstellung der Beziehungen zwischen grundlegenden Begriffen wie »Ausbeutung«, »Herrschaft« und »Klasse« geht und wenn dies in einem Rahmen geschehen soll, der die Irrtümer des traditionellen Marxismus vermeidet. Die erste Aufgabe besteht darin, einen Begriff des »Politischen« zu entwickeln, der weder auf den Vorurteilen der liberalen Sozialtheorie noch auf dem Primat der Ausbeutung basiert. Wir halten dies für erreichbar, wenn man vom Marxschen *Praxis*-Begriff ausgeht. Mit »Praxis« meinen wir einen Eingriff seitens eines Individuums oder einer Gruppe, der ein *Projekt* darstellt zur Veränderung bestimmter Aspekte der gesellschaftlichen Realität: des *Objekts* der Praxis. Man kann eine Praxis von sehr verschiedenen Aspekten aus betrachten. Betrachtet man sie als ein Projekt, deren Objekt ein Aspekt der natürlichen Welt ist, sprechen wir vom Aneignungsaspekt einer Praxis, oder einfach von *Aneignungspraxen*. Die Kategorie der Aneignungspraxis steht, obwohl sie begrifflich sehr verschieden ist, in Beziehung zur klassischen Subjekt-Objekt-Dialektik der *Arbeit*. Um *Verteilungspraxen* handelt es sich dann, wenn das Objekt die Verteilung und Umverteilung von Gebrauchswerten, Positionen und Vorrechten nach gegebenen Spielregeln ist. Wenn jedoch die Spielregeln selbst das Objekt der Praxis sind, kann die Praxis unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie durch sie *die Struktur der gesellschaftlichen Verhältnisse* stabilisiert oder verändert wird. Wir sprechen dann von einer *politischen Praxis*.

Praxen sind durch gesellschaftliche Verhältnisse *strukturiert*, und zwar auf folgende Weise: a) Die Formen und Belohnungen für die Teilhabe von Individuen an Praxen werden gesellschaftlich reguliert, b) der Umfang möglicher alternativer Praxisformen wird gesellschaftlich begrenzt, und c) die potentielle Wirksamkeit bestimmter Praxistypen wird gesellschaftlich vermittelt. Wir können die Kräfte, durch die gesellschaftliche Praxen reguliert, begrenzt und vermittelt — kurz: strukturiert — werden, mit dem Begriff des *Bereichs* (site) erfassen. Wir betrachten einen Bereich als ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens mit einer bestimmten Menge konstitutiver gesellschaftlicher Verhältnisse, die im Zusammenhang miteinander stehen: Dies ist die *Struktur* eines Bereichs. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformation kann man den liberalen demokratischen Staat, die kapitalistische Ökonomie und die patriarchalische Familie als Bereiche auffassen; jeder läßt sich durch eine bestimmte Menge von »Spielregeln« für die Teilnahme an bestimmten Praxen charakterisieren. Unsere zweite Feststellung besteht darin, daß jeder Bereich seine eigene politische Struktur besitzt, in dem Sinne, daß in jedem Bereich die Anordnung der in ihm stattfindenden politischen Praxen auf unterschiedliche Weise organisiert ist. Insbesondere hat der Bereich der kapitalistischen Produktion eine eigene politische Struktur (dies genau ist die Tatsache, die vom

ökonomistischen Denken ignoriert wird). — Viele renommierte Gesellschaftstheorien leiden an dem, was wir als die *Strukturgleichheit von Bereichen und Praxen* bezeichnen. Diese methodologische Position verbindet bestimmte *Praxen* mit solchen *Bereichen* oder Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, die für diese *Praxen* angeblich charakteristisch sind: die Ökonomie mit Aneignung und Distribution, den Staat mit Politik und Familie, Kirche und Medien mit Kultur. Diese Strukturgleichheit zeigt sich deutlich bei Althusser und Balibar, sie ist aber keineswegs auf den strukturalistischen Marxismus beschränkt:

»Die Gesellschaftsformation (erweist sich) als ein aus verschiedenen Ebenen ('Instanzen', 'Praxisformen') bestehendes Ganzes. (...) Marx nennt drei solcher Ebenen: ökonomische Basis, juristischer und politischer Überbau, Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins.« (Althusser/Balibar 1972, 272)

Der Staat, der eine Vielzahl gesellschaftlicher *Praxen* strukturiert, hat jedoch kein Monopol auf Politik, so wenig wie der Bereich der kapitalistischen Produktion ein Monopol auf die Aneignung der Natur hat. (Vgl. Edwards 1981, Gintis 1976, Gordon/Edwards/Reich 1982, Gorz 1978, Marglin 1977, Panzieri 1973, Tronti 1972)

Wir können sagen, daß eine Gruppe dann gesellschaftliche Macht ausübt, wenn die Struktur eines Bereichs ihren Projekten eine beträchtliche Wirksamkeit verleiht, im Gegensatz oder in Konkurrenz zu den Projekten anderer Gruppen. In einem Herrschaftsverhältnis kommt einer bestimmten Gruppe systematisch die Übermacht über widerstreitende Gruppen zu. Herrschaft ist notwendigerweise ein Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen; es gibt keinen Sinn, von Herrschaft über sich selbst zu sprechen und von Selbstausbeutung. Nur dann, wenn es eine Klasse oder Gruppe gibt, die tatsächlich herrscht, können wir davon sprechen, daß es sich bei der Übertragung von Mehrarbeitszeit zu ihren Gunsten tatsächlich um ein *Abpressen* (extraction) handelt und um *Ausbeutung*. Ausbeutung setzt die Übertragung von Mehrarbeitszeit voraus sowie Herrschaft. Zwischen diesen Begriffen sind jedoch prima facie keine weiteren Implikationsbeziehungen aufrechtzuerhalten; wir werden das weiter unten ausführen.

Wir müssen als nächstes einen nicht-ökonomistischen Klassenbegriff formulieren. Einer alten Tradition entsprechend, werden Klassen durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln definiert, insbesondere durch Eigentum versus Nicht-Eigentum. Aber was sind »Produktionsmittel«? Im Rahmen der Strukturgleichheit von Bereichen und *Praxen* ist die Bedeutung klar: Produktion geht in »der Ökonomie« vonstatten, und Produktionsmittel sind diejenigen materiellen Eingaben, Strukturen und Instrumente, die dort in Betrieb gesetzt werden. Wenn Aneignungspraxen jedoch tatsächlich in einer Vielzahl von Bereichen vonstatten gehen, wie Staat und Familie, dann würde eine solche Definition den Begriff der »Klasse« in eine amorphe Kategorie verwandeln, deren Verwendung die höchst heterogene Natur der verschiedenen Herrschaftsformen verschleiern und diese Kategorie weit über den Bereich hinaus ausdehnen würde, innerhalb dessen die Geschichtsforschung ihre Beweiskraft erwiesen hat. Wir halten deshalb daran fest, »Klasse« traditionsgemäß durch das Verhältnis zu den Produktionsmitteln *in der Ökonomie* zu definieren. Mit dieser

Festlegung stellt sich das Problem, was wir unter Ökonomie zu verstehen haben. Wenn man die Strukturgleichheit von Bereichen und Praxen ablehnt, dann geht dies mit der Einsicht einher, daß Bereiche sich durch *Strukturen* voneinander unterscheiden, nicht durch *Funktionen*. Genauso, wie sich die kapitalistische Produktionsweise ohne Bezug auf die Art des Outputs (z.B. industriell oder landwirtschaftlich) definiert, dürfen Bereiche nicht unter dem Gesichtspunkt aufgefaßt werden, was dort getan wird, also vielmehr unter dem, wie es getan wird, als im Hinblick auf die jeweiligen »Spielregeln«, welche die Praxen in diesen Bereichen strukturieren. Die Ökonomie kann demnach nicht verstanden werden als die Sphäre des gesellschaftlichen Lebens, in der die Produktion vonstatten geht. Denn Produktion gibt es faktisch überall. Wir unterscheiden die Ökonomie von anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen dadurch, daß ihre Spielregeln aufgrund von *Eigentum an Produktionsmitteln* Macht verleihen, Teilhabe regeln und Belohnung verteilen. Sklavenwirtschaft, Feudalwirtschaft, kapitalistische Wirtschaft und staatssozialistische Wirtschaft stellen demnach unterschiedliche Eigentumsverhältnisse dar, durch die in diesem Bereich die Regeln der Teilhabe an Aneignungspraxen, politischen und anderen gesellschaftlichen Praxen definiert werden. Eigentum (property) ist nach dieser Konzeption auch ein politisches Verhältnis zwischen Gruppen. Als solches muß es sorgfältig unterschieden werden vom juristischen Begriff des Eigentumsrechts (ownership), durch das Besitz oder Kontrolle nicht immer faktisch übertragen werden muß; dies hängt ab von der Wirkungsweise des Rechtssystems der jeweiligen Gesellschaftsformation. Was soll man beispielsweise davon halten, wenn eine Fabrik »dem ganzen Volk gehört« — einem Volk, das weder den Produktionsprozeß noch dessen Erträge wirksam kontrollieren kann? Die traditionelle Wirtschaftswissenschaft ist jedoch zwangsläufig von solchen juristischen Konzepten abhängig. Entlastet vom Ökonomismus, haben wir die Chance, einen Begriff von materiellen Eigentumsrechten zu verwenden, der sie als unreduzierbar politischen Aspekt einer ökonomischen Struktur auffaßt. Unter »Eigentum an den Produktionsmitteln« verstehen wir einen gesellschaftlich durchsetzbaren Anspruch auf die Verfügung über ein Individuum oder eine Körperschaft. Minimalbedingung für diese Verfügung ist zum einen das Recht, den Zugang von Nicht-Besitzern zum fraglichen Objekt auf solche Konditionen einzuschränken, mit denen der Eigentümer einverstanden ist, zum anderen das relativ uneingeschränkte Recht des Eigentümers, solchen Zugang zu gestatten. Eigentum muß demnach weder übertragbar sein noch privat. Außerdem kann Eigentum teilweise aufhebbar sein (wie im fortgeschrittenen Kapitalismus) oder einer sich überschneidenden Rechtsprechung unterliegen (wie in manchen Feudalgesellschaften). Dennoch wird dem Leser auffallen, daß dies eine einschränkende Definition ist. Selbst in einer patriarchalischen Gesellschaft hat ein Mann nicht zwangsläufig seine Frau zum Eigentum, nämlich dann nicht, wenn es nicht in seiner Macht steht, Dritten Zugang zu ihr zu gewähren. Er muß nicht zwangsläufig seine Kinder zum Eigentum haben, betrachtet man nämlich die Einschränkungen, denen er unterliegen kann, wenn er Absprachen trifft, mit denen über sie verfügt wird. Ähnlich stellt das Recht eines Staates oder einer Kirche, Steuern bzw. den

Zehnten zu erheben, kein Eigentumsverhältnis dar. — Ausgehend von diesen Definitionen, können wir einen Klassenbegriff vorschlagen, der es vermeidet, sich auf ökonomistische Annahmen festzulegen. Klassenverhältnisse sind Herrschaftsformen, bei denen die Eigentumsbeziehungen zu den Produktionsmitteln die Aneignung von Mehrarbeitszeit bewirken.

3. Das begriffliche Primat der Herrschaft

In diesem Abschnitt wollen wir versuchen, folgende Behauptungen zu beweisen: a) Alle Ausbeutungsverhältnisse sind Herrschaftsverhältnisse und können nur als Effekt von Herrschaftsverhältnissen begriffen werden, b) nicht alle Herrschaftsverhältnisse sind Ausbeutungsverhältnisse, c) alle Klassenverhältnisse sind Ausbeutungsverhältnisse und demnach Herrschaftsverhältnisse, aber d) nicht alle Ausbeutungsverhältnisse sind Klassenverhältnisse.

Wir beginnen mit Behauptung a). Wir haben Ausbeutung definiert als Übertragung von Mehrarbeitszeit auf Basis eines Herrschaftsverhältnisses. Aber um was handelt es sich bei diesem »Herrschaftsverhältnis«? Herrschaft könnte beispielsweise eine Wirkung von Ausbeutung sein, oder eine Ursache der Reproduktion von Ausbeutung. Statt dessen wollen wir hier die stärkere Behauptung aufstellen, daß Ausbeutung eine *Form* von Herrschaft ist. Insbesondere kann eine Übertragung von Mehrarbeitszeit nicht als ein Vorgang des »Abpressens« von Mehrarbeitszeit betrachtet werden, wenn die Struktur politischer Herrschaft in einer Gesellschaft nicht zuvor bestimmt worden ist.

Ein »Gedankenexperiment« mag diesen Punkt aufhellen. Nehmen wir eine Gesellschaft an, die aus zwei Gruppen besteht, Jägern und Priestern. Jeden Morgen machen die Jäger sich bei Dämmerung auf und ziehen, auf der Suche nach Wild, in die Wälder, während die Priester am Großen Felsen zusammenkommen, um zu beten, unter anderem für den Erfolg der Jagd und für die Tapferkeit der Jäger. Wenn der Tag zu Ende geht, kommen die Jäger heim und übergeben ihre Beute den Priestern. Was diese an die Jäger zurückverteilen, reicht aus, um ihnen für einen weiteren Jagdtag die Stärke zurückzugeben. Haben wir damit ausreichend Informationen, um bestimmen zu können, ob es sich hier um eine Ausbeutergesellschaft handelt? Offenkundig nicht. Erstens, die Behauptung, daß eine solche Gesellschaft deswegen ausbeuterisch ist, weil nur Jagen als gesellschaftliche Arbeit zählt, und daß Priester demnach Nicht-Produzenten sind, kann nicht aufrechterhalten werden. Denn wir können dem Beten nicht dadurch den Status gesellschaftlicher Arbeit absprechen, daß wir auf ein »objektives« Wissen über Naturaneignung verweisen (z.B. darauf, daß Beten ein unwirksames Mittel ist, um zu einer größeren Beute zu kommen). Beten kann eine Form des Konsums darstellen, es kann ein notwendiger Aspekt der Reproduktion der Jäger sein, und es kann aufgrund seiner Wirkung auf Selbstvertrauen, Tapferkeit und Solidarität tatsächlich zu einer größeren Beute verhelfen. *Unser* Wissen von den Naturgesetzen kann die objektive Dynamik einer Gesellschaft mit einem anderen Wissen nicht beeinflussen. Aber selbst wenn wir in der Lage wären, zu entscheiden, daß die priesterlichen Tätigkeiten nicht Arbeit sind, so daß unsere Gesellschaft also in Produzenten und Nicht-Produzenten geteilt werden könnte, wären wir damit in der Lage,

die Priester als Ausbeuterklasse zu identifizieren? Um zu sehen, daß dies nicht möglich ist, möge man sich vorstellen, die Jäger hätten die Priester immer wieder einmütig in ihre Rechte eingesetzt und ihren Ansprüchen auf einen Teil des Jagderfolgs stattgegeben. Wir haben bereits festgestellt, daß es keinen Sinn gibt, zu sagen, daß eine Gruppe Herrschaft über sich selbst ausübt. Daraus folgt, daß ein Verhältnis, das von einer Gruppe in einer Situation mit echten Wahlmöglichkeiten immer wieder einmütig bestätigt worden ist, nicht als ausbeuterisch betrachtet werden kann. Nur durch eine Analyse der Strukturen, die die politischen Praxen der Gesellschaft regulieren, kann man nachweisen, daß es sich tatsächlich um Ausbeutung handelt, nicht aber durch einfaches Feststellen von Surplustransfer. Um diese Gesellschaft als ausbeuterisch zu identifizieren, benötigen wir Informationen, die nur dann verfügbar sind, wenn dieses soziale Arrangement Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gewesen ist. Nehmen wir beispielsweise an, die Jagd ist eine Zeitlang besonders schlecht gewesen, und die Jäger fangen an zu verhungern. Auf der Suche nach Abhilfe rufen sie den Großen Rat an (der aus einer wechselnden Zahl von Priestern und Jägern besteht), daß ihr Anteil vergrößert werden möge. Unabhängig davon, ob dieser Forderung nun stattgegeben wird oder nicht, ist es die Dynamik der Konfrontation, die uns Hinweise auf die Anwesenheit oder Abwesenheit von politischer Herrschaft geben kann. Nehmen wir hingegen an, die Jäger kommen eines Tages von der Jagd zurück, erklären, daß sie Priester nicht länger nötig haben und stellen an den Großen Rat (der ausschließlich aus Priestern besteht) einen entsprechenden Antrag, der abgelehnt wird. Nehmen wir weiterhin an, daß die Jäger diese Entscheidung zurückweisen und zu den Waffen greifen. Die Priester zücken ihre vergifteten Speere (auf die sie ein Monopol haben) und stellen für die nächsten Jahrzehnte den sozialen Frieden wieder her. Hier haben wir einen deutlichen Hinweis auf ein Ausbeutungssystem. Warum? Schlicht deswegen, weil die Dynamik der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in ihrem Verlauf die Struktur der Machtverhältnisse offenlegt. Damit wird das Muster politischer Herrschaft und Unterordnung deutlich bestimmbar. Sobald man dieses Muster bestimmt hat, kann man die Intensität der Ausbeutung messen und die institutionelle Form einordnen, durch die das Abpressen von Mehrarbeitszeit bewirkt wird. Vorher jedoch — ausgeschlossen.

Die Übertragung eines Teils des Produkts an Nicht-Produzenten vorausgesetzt, ist die entscheidende Bestimmung die, ob die Produzenten dies kollektiv gewählt haben oder ob sie gezwungen worden sind, diesen Titel den Kapitalisten zu überlassen. Man kann die Vorstellung von der Möglichkeit einer nicht ausbeuterischen und zugleich auf Privateigentum und Profitproduktion basierenden Gesellschaft nicht mit dem Hinweis auf den »immanent ausbeuterischen« Charakter des kapitalistischen Privateigentums und Profits zurückweisen, sondern nur damit, daß diese Vorstellung unplausiblerweise davon ausgeht, daß eine solche Gesellschaft in der Lage sei, die Institutionen und Kompetenzen zu reproduzieren, die eine wirksame populäre demokratische Kontrolle ermöglichen.

Wir kommen jetzt zur Behauptung b) und überprüfen den Status solcher

Herrschaftsverhältnisse, die *nicht* die Form des Abpressens von Mehrarbeitszeit annehmen. Angesichts der »weiten Paßform« der verschiedenen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens läßt sich kaum leugnen, daß solche Verhältnisse selbst dann aufkommen können, wenn die dominanten Strukturen einer Gesellschaftsformation dies energisch zu verhindern suchen. Aber das ist hier nicht das Problem. Die entscheidende Frage ist vielmehr: Gibt es strukturierte Herrschaftsformen, deren Erkenntnis notwendig ist, wenn man die Dynamik einer Gesellschaftsformation begreifen will, und die keine Form von Ausbeutung darstellen und nicht auf Ausbeutung reduzierbar sind? Beim Überprüfen der normalen Formen gesellschaftlicher Unterdrückung fällt einem die Tatsache ins Auge, daß Herrschaftsformen, die offenkundig nicht unmittelbar auf Ausbeutung zurückgeführt werden können, dennoch zumindest von Ausbeutern realisiert werden, und daß ihre Wirkungsweise von Ausbeutung abhängig ist. Die Verbrechen despotischer Staaten werden letztlich ermöglicht durch die Mehrarbeitszeit, die sie sich erfolgreich angeeignet haben. Wenn eine religiöse Mehrheit über eine Minderheit herrscht, dann können die Kosten dieser Unterdrückung weit über jeden Nutzen hinausgehen, der daraus in Bezug auf Arbeitszeit entspringen mag. Die fromme Intoleranz der Staatskirche und der führenden Klassen erhält in diesem Fall ihre gesellschaftliche Wirksamkeit jedoch erst kraft der Mehrarbeitszeit, über die sie privilegiert verfügen. Nichtsdestoweniger sind offenkundig Herrschaftsformen vorstellbar, worin der beherrschten Gruppe keine Mehrarbeit abgepreßt wird. Zu solchen Herrschaftssystemen ohne Ausbeutung gehören die Gesellschaften des »Großen Mannes« in Polynesien, wo die Reproduktion der beherrschenden Stellung des »Großen Mannes« darauf beruht, daß er an seine Untergebenen Macht überträgt. Man könnte einwenden, daß der »Große Mann«, auch wenn er vielleicht nicht die Arbeitszeit von anderen *konsumiert*, nichtsdestoweniger die Verfügung über diese Arbeitszeit *kontrolliert*. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Die Herrschaftsformen der »Großen Männer« sind oft auf gesellschaftliche Prozesse außerhalb der Produktion beschränkt, und sie bedeuten nicht die Kontrolle über die Arbeitszeit von Untergebenen und auch nicht über die Früchte dieser Arbeit, sobald dies über ihre unmittelbaren Familien hinausgeht.

Ein sehr deutlicher und gesellschaftlich besonders verbreiteter Fall von Herrschaft, der nicht auf das Abpressen von Mehrarbeitszeit reduziert werden kann, ist die Herrschaft von Männern über Frauen. Sexismus gibt es in den meisten Gesellschaftsformationen und in den verschiedensten Bereichen gesellschaftlichen Lebens in diesen Gesellschaftsformationen, sei es in der Form des Patriarchats, des Eigentums an Frauen oder einfach als allgemeines Sex-Gen-der-System, d.h. als System der Verwandlung von biologischer Geschlechtlichkeit in soziale Geschlechterverhältnisse.² Sexismus stellt ein Herrschaftssystem im strengen Sinne dar, indem es nämlich den Männern wirksame politische Macht in die Hände legt. Bei Geschlechterherrschaft muß es sich jedoch nicht um ein Ausbeutungssystem handeln, insofern sie nicht notwendig auf der Übertragung von Mehrarbeitszeit an die herrschende Gruppe basiert. Man denke beispielsweise an eine Gesellschaftsformation, in der die Aneignungs- und Verteilungspraxen so strukturiert sind, daß die Männer bei der Verteilung

keine besonderen Privilegien haben, in der die männliche Macht jedoch reproduziert wird durch ein Monopol der Männer auf das Tragen von Waffen oder dadurch, daß den Frauen die freie Bewegung verboten ist, oder auch durch ein Eigentumsverbot für Frauen (wie im Neuengland der Kolonialzeit). Dies soll nicht heißen, daß die Übertragung von Mehrarbeitszeit von Frauen an Männer nicht ganz allgemein verbreitet ist; es geht vielmehr darum, daß die Reproduktion des Herrschaftssystems von einem solchen Transfer nicht abhängig sein muß, was bedeutet, daß der Vorgang ausschließlich im Bezugsrahmen von Ausbeutung nicht völlig begreiflich ist. Unabhängig davon, ob in einer kapitalistischen Gesellschaftsformation die Männer als Gruppe den Frauen Mehrarbeit abpressen — es ist klar, daß die Reproduktion ihrer beherrschenden Stellung gegenüber den Frauen auf ihrem *privilegierten Zugang* zu den Produktionsmitteln beruht (überwiegend als Lohnarbeit). Wo es keine systematischen gesetzlichen Vorschriften gibt, welche die Teilnahme von Frauen an bestimmten Praxen einschränken, stellt ein solcher privilegierter Zugang einen entscheidenden Aspekt der Reproduktion des Sex-Gender-Systems dar, also des Systems, durch das biologische Geschlechtlichkeit in soziale Geschlechterverhältnisse umgewandelt wird. Ein solcher privilegierter Zugang kann eine äußerst gewichtige gesellschaftliche Kraft darstellen, aber zugleich weder in Begriffen des Eigentums noch als Übertragung von Arbeitszeit formulierbar sein — ein Symptom für die Schwäche der »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion«. Es handelt sich tatsächlich um eine Form politischer Macht, die weder auf Eigentum noch auf Übertragung von Arbeitszeit reduzierbar ist.

Wir kommen im letzten Teil dieses Abschnitts zu den Behauptungen c) und d), die das Verhältnis zwischen Ausbeutung und Klasse betreffen. Vorgänge zwischen Klassen beruhen, wie wir gesehen haben, mit Notwendigkeit auf Ausbeutungsverhältnissen. Damit meinen wir nicht, daß Klassen sich aufeinander immer als Ausbeuter und Ausgebeutete beziehen müssen; eine Durchsicht der verschiedenartigen Beziehungen zwischen abhängigen und unabhängigen Bauern, Handwerkern, Arbeitern, Grundeigentümern und Kapitalisten in der Entstehungsgeschichte des Kapitalismus wird solche falschen Vorstellungen schnell zum Verschwinden bringen. Vorgänge zwischen Klassen sind vielmehr in dem Sinne Ausbeutungsprozesse, daß Klassen mit Bezug auf eine Herrschafts- und Unterordnungsstruktur definiert und angeordnet sind, die in Kategorien der Abpressung von Mehrarbeitszeit expliziert werden kann.

Aber wie sehen unsere Argumente für Behauptung d) aus, mit der wir die Schlüssigkeit des Begriffs der klassenunspezifischen Ausbeutung verfechten? Nach unserem Vorschlag besteht das Besondere eines Klassenverhältnisses darin, daß es durch *Eigentumsrechte* konstituiert ist: durchsetzbare Ansprüche auf seiten des Besitzers (individuell oder kollektiv, konkret oder abstrakt), den Zugang von anderen zu einer Sache zu kontrollieren und einzuschränken. Gibt es also Ausbeutungsformen, die nicht auf Eigentumsrechten basieren? Ein deutliches Beispiel hierfür ist rassische und ethnische Zugehörigkeit (ascription) in Gesellschaften des fortgeschrittenen Kapitalismus. Rassenunterdrückungssysteme können, wie Systeme der Verwandlung von biologischer Geschlechtlichkeit in soziale Geschlechterverhältnisse, Herrschaftsformen ent-

halten, die nicht unmittelbar auf die Übertragung von Mehrarbeitszeit bezogen sind. Aber darum geht es hier nicht. Moderne rassische Zugehörigkeiten beinhalten überdies offenkundig eine Übertragung von Mehrarbeitszeit, die auf einer Struktur von Rassenherrschaft basiert, die *nicht* durch Eigentumsverhältnisse erklärt werden kann. *Als Arbeiter* unterliegen Schwarze und Weiße einer gemeinsamen Ausbeutungsform; *als Rassen* aber einer deutlich verschiedenen. Das System rassistischer Ausbeutung ist unmittelbar mit dem Bereich kapitalistischer Produktion verbunden. Wenn die Sache so klar ist, warum ist sie dann von Marxisten so oft bestritten und geleugnet worden? Ein unglückliches Nebenprodukt der »Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion« ist offenbar die Vermengung von Rasse und Klasse. Der Ökonomismus, der dieser Reduktion innewohnt, verhindert das Verständnis all derjenigen Ausbeutungsverhältnisse *im Bereich kapitalistischer Produktionsverhältnisse*, die nicht durch die Struktur der Eigentumsverhältnisse erklärt werden können. Die Rassen-Ausbeutung im Bereich der kapitalistischen Produktion kann schlichtweg nicht so behandelt werden. In Ermangelung einer Theorie, die erklärt, wie die Rassen-Ausbeutung im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse reproduziert wird, haben Marxisten (und viele ihrer Kritiker) die Reproduktion und damit die Dynamik der Rassen-Ausbeutung traditionell an den Überbau überwiesen, an kulturelle und politische Gebiete.

Um einen anderen Fall von Ausbeutung ohne Klassen anzusprechen: Müssen wir nicht zugeben, daß *Staatseliten* in der Lage sind, ihre Untertanen auszubeuten? Wir wissen heute, daß dies eine genauere Beschreibung der sogenannten asiatischen Produktionsweise ist, die unter anderem auch auf bestimmte Perioden der klassischen griechischen Stadtstaaten angewendet werden kann. Im Fall der »antiken Produktionsweise« nimmt der Staat systematisch eine Umverteilung der Arbeitszeit von *Nicht-Bürgern* auf *Bürger* vor, unabhängig vom Verhältnis beider zu Eigentumsformen. Als letztes Beispiel können wir die Periode des Absolutismus in Europa anführen. Hier drehte sich eine der Hauptauseinandersetzungen zwischen Aristokratie und Monarchie um die Kompetenz, das Mehrprodukt einer Bevölkerung abzupressen, die als abhängige Bauern und als Staatsuntertanen einer doppelten Unterdrückung unterworfen waren (Bowles/Gintis 1984). Das Fehlen staatlicher Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln bedeutet noch nicht, daß der Staat nicht in der Lage ist, auszubeuten. Die Widersprüche einer Gesellschaftsformation können es erforderlich machen, daß ein Staat, um mit einer gegebenen Struktur von Eigentumsrechten verträglich zu sein, über eigene Ausbeutungsformen verfügt, die nicht auf Klassenverhältnissen beruhen.

Über Freiheit, Würde und Gesellschaftswissenschaft

Perry Anderson sieht im beständigen Flirt von Marxisten mit Elementen des liberalen Gedankenguts bis hin zu ihrer Aufnahme in den Marxismus einen Hinweis darauf, daß die marxistische Tradition im 20. Jahrhundert in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus verfällt. Derjenige Bereich jedoch, wo diese Tendenz sich am deutlichsten durch *Abwesenheit* bemerkbar macht, ist die liberale politische Philosophie. Während *Linke* und linke Bewe-

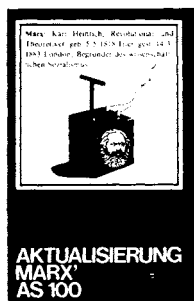
gungen an der liberalen Kritik des politischen Absolutismus ein wachsendes Interesse gezeigt haben, wäre es heute schwierig, bei irgendeiner Richtung *marxistischer* Theoriebildung ein solches Interesse an der Freiheitsfrage zu finden, wie es in den Werken eines Thomas Paine oder eines John Stuart Mill bezeugt ist. Diejenigen Freiheitsverfechter, die zugleich Gegner des Kapitalismus sind, wie Noberto Bobbio, sind meist auch Kritiker des Marxismus, oder zumindest Nicht-Marxisten, wie C.B. Macpherson. Wo findet man im Marxistischen Lexikon solche Begriffe wie »Freiheit« und »Würde«? Unter den Stichworten »Ideologie« und »Erscheinung«, und nur dort. Unsere Verteidigung des Primats der Herrschaft ist jedoch, wenn auch in sehr allgemeiner Form, eine Rückkehr zu diesen Fragen. Gewiß, Männer und Frauen haben nach Schutz und Sicherheit für die Früchte ihrer Arbeit gestrebt — aber sie haben auch für Freiheit und Würde gekämpft, und sie sind dafür gestorben. Die Ironie der Marxschen Theorie der Ausbeutung besteht letztlich darin, daß ihre überwältigend kritische und grundlegende Einsicht und ihr entscheidender Schritt über den Liberalismus hinaus im Rahmen der Theorie nicht formulierbar sind: Die gesellschaftlichen Bedingungen, welche die Reproduktion der Ausbeutungsverhältnisse erlauben, machen Freiheit und Würde zu einer revolutionären Forderung. — Das Konzept der Heterogenität von Macht ist eine partielle Rechtfertigung der liberalen Betonung des Freiheitsbegriffs. Es ist eine Rechtfertigung in der Weise, daß die Formen gesellschaftlicher Unterdrückung, die die begriffliche Grundlage der Gesellschaftstheorie bilden, erweitert werden und daß ihre Spezifik durch die jeweiligen Mittel bestimmt wird, mit denen sie die Praxen der Unterdrückten einschränken, neutralisieren und unterdrücken. Die Rechtfertigung ist jedoch nur teilweise insofern, als wir keinen Versuch machen, Freiheit als eine Eigenschaft von gegebenen *Individuen* zu behandeln. Individuen konstituieren sich selbst in ihren Praxen. Der liberale Begriff von Freiheit als Fehlen von Einschränkungen darf nicht als Behauptung der Heiligkeit des isolierten Individuums eingeführt werden, sondern wird zum Ausdruck einer grundlegenden Bedingung von Gesellschaftlichkeit, da solche Freiheit der Entwicklung schöpferischer persönlicher Fähigkeiten einen Platz in der Gesellschaft zuweist. Abwesenheit von Herrschaft — dies muß der marxistische Gegensatz zu Freiheit sein — ist demnach ein unauflöslich *kollektives* Konzept, das die Wirkungsweise von Praxen beschreibt und die Art des Zugangs von Individuen zu Praxen. Im Hinblick auf die liberale *Sozialwissenschaft* ist das Primat der Herrschaft jedoch nicht einmal eine teilweise Rechtfertigung. Die Darstellung von Klassenverhältnissen als unreduzierbar politisch ermöglicht die Analyse der hierarchischen Kontrolle über den Arbeitsprozeß. Im Rahmen der liberalen Sichtweise ist diese Analyse nicht durchführbar, da sie die ökonomischen Verhältnisse auf Vertragsverhältnisse reduziert, die die Form des Austauschs von Eigentumsansprüchen annehmen. Die Erweiterung des Ausbeutungsbegriffs zu einem Vorgang, der über Klassenverhältnisse hinausreicht, versetzt den historischen Materialismus in die Lage, wichtige Herrschaftsformen zu untersuchen (wie Rassismus, Imperialismus, Staatsdespotie), welche der liberalen Gesellschaftstheorie in ihrer individualistischen wie in ihrer funktionalistischen Ausprägung unzugänglich sind.

Anmerkungen

- 1 Die Autoren danken Ann Ferguson und Jerome Karabel für ihre Hilfe bei der Vorbereitung dieses Beitrags. — Übersetzung: Rolf Nemitz.
- 2 Der Begriff *sex-gender-system* wird entwickelt bei Rubin (1975); vgl. auch Mouffe (1983). — Anm. d. Übers.

Literaturverzeichnis

- Althusser, L., u. E. Balibar, 1972: Das Kapital lesen. 2 Bde. Reinbek
- Bowles, S., u. H. Gintis, 1984: State and Class in European Feudalism. In: Ch. Bright u. S. Harding (eds.): States and State Formation in Europe and America. Ann Arbor
- Edwards, R., 1981: Herrschaft im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M.-New York
- Gintis, H., 1976: The Nature of the Labor Exchange and the Theory of Capitalist Production. In: Review of Radical Political Economics, Vol.8, No.2
- Gordon, D., R.C. Edwards u. M. Reich, 1982: Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labor in the United States. Cambridge
- Gorz, A. (ed.), 1978: The Labor Process and Class Struggle in Modern Capitalism. Sussex
- Marcuse, H., 1969: Versuch über die Befreiung. Frankfurt/M.
- Marglin, S., 1977: Was tun die Vorgesetzten? Ursprünge und Funktion der Hierarchie in der kapitalistischen Produktion. In: Technologie und Politik 8, 148-203
- MEW = Marx-Engels-Werke, Berlin/DDR
- Mouffe, Ch., 1983: The Sex-Gender System and the Discursive Construction of Women's Subordination. In: S. Hänninen, L. Paldán (eds.): Rethinking Ideology. Berlin/W. (Argument-Sonderband 84)
- Panzieri, R., 1973: Sull' uso capitalistico delle macchine nel neocapitalismo; und: Plusvalore e pianificazione. In: La ripresa del marxismo leninismo in Italia. Mailand, 148-169 u. 326-365
- Rubin, G., 1975: The Traffic in Women. In: R.R. Reiter (ed.): Toward an Anthropology of Women. New York
- Tronti, M., 1972: Workers and Capital. In: Telos 14



Aktualisierung Marx'

Kritische Neulektüre von Marx
vom Standpunkt der heutigen Probleme.
Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe,
Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch,
Holzkamp, Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Fabrik und Staat im Kapitalismus und im Sozialismus*

Im Marxismus sind in den letzten zehn Jahren viele der bedeutendsten Fortschritte im Bereich der Staatstheorie und der Analyse des Arbeitsprozesses gemacht worden. Dabei ist jedoch auffälligerweise versäumt worden, diese beiden sich entwickelnden Strömungen zusammenzuführen. In der Analyse von Arbeit und Politik wurden also sehr verschiedene Wege eingeschlagen, und das ist vor allem aus zwei Gründen sehr merkwürdig. Zum einen wird in allen marxistischen Programmen zur Überwindung des Kapitalismus auf ein revolutionäres Subjekt verwiesen, das seine Identität von der Arbeit herleitet, seine Interessen jedoch durch Politik realisiert. Als »Klasse an sich« konstituiert sich die Arbeiterklasse durch ihr Verhältnis zur Produktion; zur »Klasse für sich« wird sie in Kämpfen gegen den Staat und in ihm. Das Verhältnis von Staat und Arbeitsprozeß ist also entscheidend für denjenigen Prozeß, in dem die Bewegung sich von der ökonomischen Tätigkeit hin zum politischen Kampf entwickelt und Gestalt gewinnt. Die Trennung von Politik und Arbeit ist aber auch deshalb paradox, weil die marxistischen Auffassungen vom Sozialismus sich um die Beziehung zwischen schöpferischer Veränderung der Natur (Arbeit) und kollektiver Selbstregulierung der Gesellschaft (Politik) drehen. Die mangelnde Verbindung von Arbeit und Politik beeinträchtigt also nicht nur unsere Fähigkeit, die Grenzen zu begreifen, innerhalb deren der Kapitalismus verändert werden kann, sie rächt sich auch in einem allzu einfachen und utopischen Sozialismus-Bild. Es wird ignoriert, welche Probleme entstehen, wenn man eine kollektive, zentralisierte Leitung der Gesellschaft mit Arbeiterkontrolle über die Produktion verbindet. Das einseitige Kapitalismus-Bild führt zur einseitigen Auffassung vom Sozialismus.¹ (...)

1. Die grundlegenden Elemente des Arbeitsprozesses

Der Anfang legt fest, wo wir herauskommen werden. Die Definition des Arbeitsprozesses ist entscheidend, wenn man das Verhältnis von Arbeit und Politik begreifen will. Für Marx sind dies die drei elementaren Faktoren des Arbeitsprozesses: »die zweckmäßige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel« (MEW 23, 193). Wir fügen eine weitere Dimension hinzu, die Marx ausdrücklich ausklammert:

»Der Arbeitsprozeß ... (ist) ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gemeinsam. Wir hatten daher nicht nötig, den Arbeiter im Verhältnis zu andren Arbeitern darzustellen. Der Mensch und seine Arbeit auf der einen, die Natur und ihre Stoffe auf der andren Seite genügten.« (MEW 23, 198f.)

* Der Beitrag erschien zuerst in *Socialist Review* 58 (vol. 11, no. 4) 1981, 83-124, unter dem Titel »Terrains of Contest. Factory and State under Capitalism and Socialism«. Er wurde vor allem um diejenigen Passagen gekürzt, die sich auf die Bücher von Braverman (1977) und Edwards (1981) beziehen. Wir danken der Redaktion von *Socialist Review* für die Abdruckgenehmigung. Übersetzung: Rolf Nemitz.

Wenn wir auf dem Beziehungsaspekt des Arbeitsprozesses insistieren, dann schaffen wir uns die Möglichkeit, Arbeit und Politik miteinander zu verbinden. Die drei Dimensionen der Produktion sind dann folgende: 1. die Arbeitstätigkeit, einschließlich der Handhabung von Produktionsinstrumenten. 2. Wenn Arbeiter sich an Arbeit beteiligen, treten sie in Beziehung zueinander. 3. Solche Arbeit schließt die Zusammenfügung von »Rohmaterialien« zur Herstellung von neuen Gebrauchswerten ein.

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Fragen. Erstens, wie sieht die aktive Kooperation der unmittelbaren Produzenten in ihrer Arbeitstätigkeit aus? In Klassengesellschaften, in denen den unmittelbaren Produzenten Mehrwert ausgepumpt wird, ist die Kooperation ein Problem der Organisation von Zustimmung und Zwang. Zweitens, wie werden die Beziehungen der unmittelbaren Produzenten untereinander reproduziert? Diese Reproduktion ist eine Frage der Politik. Man muß zwei Arten von Politik unterscheiden, entsprechend zwei Arten von Verhältnissen. Die Verhältnisse, in denen das Produkt verteilt und angeeignet wird, sind die Produktionsverhältnisse (*relations of production*); die Kooperationsbeziehungen innerhalb des Produktionsprozesses selbst sind die Produktionsbeziehungen (*relations in production*). Die Kämpfe um die Transformation oder Reproduktion der Produktionsverhältnisse definieren den Bereich, den ich *Globalpolitik* nenne; sie werden vor allem durch die Staatsapparate organisiert. Kämpfe um die Transformation oder Reproduktion der Produktionsbeziehungen definieren den Bereich, den ich *Produktionspolitik* nenne; sie werden vor allem durch die Fabrikapparate organisiert. Die Verbindung zwischen Arbeitsplatz und Staat wird durch die Fabrikapparate hergestellt. Die dritte Frage betrifft die Umwandlung eines Ensembles von Gebrauchswerten in ein anderes. Dies schließt eine Reihe komplizierter Beziehungen ein, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitsprozessen und zwischen Produktion und Konsumtion. Wie begreifen wir eine solche auf Verhältnissen wechselseitiger ökonomischer Abhängigkeit basierende Totalität, und wie wird diese wechselseitige Abhängigkeit organisiert und garantiert? (...)

2. Die Kämpfe im Betrieb

(...) Kein kapitalistisches Unternehmen könnte mit zwangsförmiger Kontrolle effektiv arbeiten, wenn dadurch die Arbeiter aller direktiven Funktionen beraubt würden, oder mit Regeln, die jede Unklarheit ausschließen.² Aus eigener Erfahrung und aus zahlreichen Untersuchungen von Betrieben und Büros wissen wir: Unabhängig davon, wie vollständig Tätigkeiten durch technische und bürokratische Kontrolle* vorgeschrieben, bewertet und sanktioniert werden, die Kontrolle kann und darf die spontane Kooperation der Arbeiter, die für die

* Burawoy bezieht sich hier auf die Typologie der Kontrollformen bei Edwards 1981. Hiernach ist *einfache Kontrolle* die erste Form, in der kapitalistische Unternehmer Arbeiter kontrollieren, gekennzeichnet durch persönliche Beziehungen zwischen Eigentümern und Arbeitern in kleinen Betrieben. Die nächste Kontrollform ist die technische Kontrolle, verkörpert im Fließband. Bürokratische Kontrolle schließlich ist dadurch gekennzeichnet, daß alle Kontrollaktivitäten des Managements sich von einklagbaren Regeln herleiten müssen. Die verschiedenen Kontrollformen können nebeneinander existieren. — Anm. d. Übers.

Produktion notwendig ist, nicht eliminieren, Arbeit nach Vorschrift ist das wirksamste Mittel zur Unterbrechung des Arbeitsprozesses. Falls es dem Kapitalismus jemals gelänge, Arbeiter auf konditionierte Automaten zu reduzieren, so würde dies den unmittelbaren Zusammenbruch des Produktionsprozesses bedeuten. Der Traum der Manager würde zum Alptraum.

Der Kapitalismus ist abhängig von der schöpferischen Teilhabe der unmittelbaren Produzenten. Für Castoriadis besteht der zentrale Widerspruch des Kapitalismus darin, »erreichen zu müssen, daß Menschen in bezug auf ihre Tätigkeiten ausgeschlossen werden und sie gleichzeitig mitbestimmen, daß die Menschen tatsächlich gezwungen sind, das Funktionieren des Systems die halbe Zeit über gegen die eigenen Regeln des Systems zu sichern, also im Kampf gegen das System« (Cardan, 11). Oder, in Bravermans Sprache, je mehr das Management die Trennung von Planung und Ausführung durchsetzt, um so notwendiger wird es für die Arbeiter, im Betrieb Planung und Ausführung wieder zusammenzubringen, um die Produktion in Gang zu halten. Wenn eine minimale »verantwortliche Autonomie«, wie Friedman (1977) es nennt, erforderlich ist, um die Arbeit zu organisieren, wenn die Manager den unmittelbaren Produzenten also ein gewisses Vertrauen entgegenbringen müssen, dann bedeutet das entsprechend auch ein Stück Machtübergabe. So entsteht das Problem, Arbeiter dazu zu bewegen, die Ziele des Managements zu unterstützen.

Wie können Arbeiter dazu überredet werden, bei der Herstellung ihres Arbeitsgefängnisses aktiv mitzuarbeiten? (...) Mit Hilfe von Rübe und Stock mag sich das Management *Fügsamkeit* (compliance) sichern — aber wie sichert es die *Zustimmung* (consent), die für die Jagd nach Profit und für das Produzieren von Profit immer die Voraussetzung ist? Ein System von Regeln und Sanktionen kann nicht von sich aus Zustimmung erzeugen. Es legt aber eine Arena fest, innerhalb derer die Arbeiter von willkürlichen Eingriffen des Managements frei sind. Im Rahmen dieser Arena versuchen die Arbeiter, Kontrolle über den Arbeitsprozeß zu gewinnen, als ein Mittel, um mit der Schufferei und Härte der Arbeit zurechtzukommen und mit der Unerbittlichkeit, immer wieder zur Arbeit gehen zu müssen. Eine solche Anpassung an die Arbeit ist oft in Form von Spielen sozial organisiert. Arbeiter schaffen sich ihre eigenen »informellen« Regeln und setzen sie gegenüber dem Management durch, als für die Koordination der Produktion wesentlich; nur wenn sie den Prozeß eindeutig zum Stillstand bringen, wird das Management einschreiten und diese »informellen« Regeln zu beseitigen suchen. Eine solche minimale Verwirklichung des radikalen Bedürfnisses, die eigene Arbeit zu kontrollieren, wird zu einem grundlegenden Bestandteil der Zustimmung zur kapitalistischen Produktion. Im Arbeitsalltag schieben sich solche Spielstrategien in den Vordergrund, wie schwach die Erleichterungen, die sie verschaffen, auch sein mögen. Die Regeln und Bedingungen, die diese Strategien formen, werden dabei als selbstverständlich vorausgesetzt. Man kann nicht ein Spiel spielen und zur selben Zeit die Regeln in Frage stellen; die Zustimmung zu den Regeln wird zur Zustimmung zur kapitalistischen Produktion. Die Bedeutung der Regeln besteht darin, daß sie nicht nur den unmittelbaren Produzenten Zwänge auferlegen, son-

dern auch dem Management — sie sichern eine Arena der Unbestimmtheit, frei von der Vorherrschaft des Managements. Arbeiter haben deshalb ein entschiedenes Interesse an Regeln, die ihnen eine gewisse Autonomie bieten. (...)

Um die Verbindung zwischen Kämpfen am Arbeitsplatz und Kämpfen in der weiteren politischen Arena zu begreifen, müssen wir tiefer graben und die Frage nach dem Wesen des Kampfes stellen. Hier ist es wichtig, zwischen einem »umkämpften Gelände« und einem »Kampfgelände« zu unterscheiden.* Wenn man, wie Edwards, von der Fabrik als einem »umkämpften Gelände« spricht, suggeriert man damit, daß die Arbeiter fortwährend die Form des kapitalistischen Arbeitsprozesses insgesamt in Frage stellen. Die Formulierung »Kampfgelände« legt nahe, daß der Arbeitsplatz zwar eine Arena ist, in der Kämpfe veranstaltet werden, daß diese Kämpfe aber keineswegs notwendigerweise die kapitalistische Organisation der Arbeit insgesamt bedrohen. Die entscheidende Frage ist dann: Wie wird der Arbeitsplatz von einem Kampfgelände zu einem umkämpften Gelände? (...) Um diese Frage zu beantworten, müssen wir damit beginnen, daß wir die Gegenstände definieren und die Apparate untersuchen, die diese Kämpfe veranstalten. Das bedeutet, daß wir zunächst zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsbeziehungen, zwischen Produktionspolitik und Globalpolitik, zwischen Fabrikapparaten und Staatsapparaten unterscheiden, um dann die Beziehungen zwischen ihnen zu untersuchen.

3. Die Besonderheit von Produktionsbeziehungen

(...) Edwards betrachtet alle betrieblichen Kämpfe als Ausdruck von Klassenpolitik; deren Gegenstand aber ist notwendigerweise letztlich der Staat. *Eine solche Argumentation muß notwendigerweise zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Umwandlung des Staates unmittelbar zur Umwandlung des Arbeitsprozesses führt*, und umgekehrt, daß die Umwandlung des Arbeitsprozesses zugleich eine Umwandlung des Staates bedeutet. (...) In Wirklichkeit kann nicht alle Macht auf die Staatsmacht reduziert werden, auch wenn alle Macht durch sie geformt und letztlich garantiert sein mag. Politische Apparate außerhalb des Staates reproduzieren und materialisieren Nicht-Klassenverhältnisse. Die Familie reproduziert durch ihre eigenen Mechanismen die Geschlechterverhältnisse, das gleiche kann man von den Fabrikapparaten sagen. Sie reproduzieren und materialisieren einen eigenen Typ sozialer Verhältnisse: *Produktionsbeziehungen*. (...)

Es gibt auch auf der Betriebsebene *Produktionsverhältnisse*, sie betreffen aber nicht die »einfache«, »technische« oder »bürokratische Kontrolle«, von der Edwards spricht. Produktionsverhältnisse betreffen die Mechanismen, durch die Mehrwert angeeignet und distribuiert wird. Im Kapitalismus existieren sie auf zwei Ebenen: zum einen als *Konkurrenz- und Abhängigkeitsver-*

* Burawoy bezieht sich hier wieder auf das Buch von Edwards (1981). Der Titel der amerikanischen Originalausgabe lautet *Contested Terrain*, »Umkämpftes Gelände«. Im Gegensatz dazu hat Burawoy seinen eigenen Aufsatz *Terrains of Contest* genannt, »Kampfgelände«. — Anm. d. Übers.

hältnisse zwischen Firmen, zum anderen als Ausbeutungsverhältnisse auf Firmenebene. Kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse betreffen also den Verkauf und Kauf der Arbeitskraft — Löhne, sonstige Vergütungen, gewerkschaftlicher Einfluß auf die Einstellung von Arbeitern usw. Diese Produktions*verhältnisse* muß man unterscheiden von den Produktions*beziehungen*. Produktionsbeziehungen betreffen die Form produktiver Kooperation, die Verwandlung von Arbeitskraft in Arbeit und entsprechend von Rohmaterialien in Güter und Dienstleistungen. Während Fabrikapparate vor allem mit der Regulierung der Produktions*beziehungen* befaßt sind (aber auch mit den Produktions*verhältnissen* auf Firmenebene), sind die Staatsapparate primär dazu da, um die globalen Produktions*verhältnisse* zu schützen, bisweilen auch, um sie unmittelbar zu organisieren. (...)

Die Unterscheidung von Produktions*verhältnissen* und Produktions*beziehungen* ermöglicht es, die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitsplatz und Staat zu stellen, die Autonomie der verschiedenen Apparate zu begreifen, und warum es möglich ist, ein Machtgebiet zu verändern, ohne das andere mitzuverändern. Die Transformation des russischen Staates schloß nicht die Umwandlung der Arbeitsplätze ein (weder nach der Seite der Produktionsbeziehungen noch nach der Seite der Ausbeutungsverhältnisse), und die Errichtung einer auf Fabrikräten beruhenden dualen Macht 1919 und 1920 in Italien führte nicht zu einer Umwandlung des Staates. (...)

4. Die politischen Apparate des Arbeitsplatzes

(...)Wie können wir den Arbeitsprozeß — die Produktionsbeziehungen — mit Veränderungen der Produktions*verhältnisse* zusammenbringen? Wir können mit dem Arbeitsprozeß selbst anfangen — mit den organisierenden Prinzipien für die Beziehungen und Tätigkeiten des kollektiven Arbeiters — und uns von da aus dem Problem zuwenden, wie diese Beziehungen reproduziert werden und wie Kämpfe um sie reguliert werden. Das heißt, wir müssen uns dann den Besonderheiten der politischen Apparate des Arbeitsplatzes, den *Fabrikapparaten*, zuwenden. — Im Konkurrenzkapitalismus stellt die Despotie der Produktion für den einzelnen Kapitalisten, der der Markt anarchie unterworfen ist, eine Überlebensbedingung dar. Die *Politik der Marktdespotie* beruht darauf, daß der Kapitalist nach Belieben einstellen und entlassen kann, daß er Arbeit für genau so viele Stunden anmarschieren lassen kann, wie es der Markt für sein Produkt fordert, und daß er das Verhältnis von Lohn und Leistung immer wieder neu ausbalancieren kann entsprechend dem Profitstreben, das auf ihn im dauernd wechselnden Diktat von Angebot und Nachfrage übertragen wird. Es ist hier der Zwangsmechanismus der ökonomischen Peitsche, der die Produktionsbeziehungen reproduziert und Fügsamkeit sichert. Die Reproduktion der Arbeitskraft wird nicht letztlich durch den Staat garantiert. Sie wird nicht durch Minimallohngesetze oder durch eine gewisse Arbeitsplatzsicherheit geschützt. Sie ist unmittelbar von der Verausgabung von Arbeit im Betrieb abhängig, beim Stücklohnsystem genauso wie bei der willkürlichen Beurteilung durch Aufseher. Produktionspolitik ist hier dadurch gekennzeichnet, daß Zwang gegenüber Zustimmung dominiert.

Der Aufstieg von Großunternehmen (large corporations) und Oligopolen, die in der Lage sind, Marktunsicherheiten einzudämmen, schließt die Möglichkeit (und in gewissem Grad die Notwendigkeit) ein, entsprechende Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt zu reduzieren durch die Konstruktion von neuen Formen der Produktionspolitik. (...) Was liegt den neuen Formen von Produktionspolitik zugrunde? (...) Der Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus kann weder reduziert werden auf die Zunahme technischer Kontrolle noch auf die systematische Trennung von Planung und Ausführung.* Er ist vielmehr dadurch gekennzeichnet, daß die Verausgabung von Arbeit systematisch von der Reproduktion der Arbeitskraft getrennt wird. Die Verbindung zwischen Subsistenzlöhnen und Leistung, zwischen Fabrikapparaten und Familie oder Gemeinde wird aufgelöst, und so tritt eine relative Isolierung der ökonomischen Kämpfe an die Stelle des unbeständigen und brüchigen Verhältnisses von Kapital und Arbeit im Konkurrenzkapitalismus und im Übergang zum fortgeschrittenen Kapitalismus. In den Vereinigten Staaten wurde diese neue Form von Produktionspolitik erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges eingeführt; sie wurde in der Nachkriegsperiode konsolidiert, vor allem in den Großunternehmen.

Die Übersetzung von Arbeitskraft in Arbeit kann im monopolistischen Sektor des fortgeschrittenen Kapitalismus demnach nicht länger durch ökonomischen Zwang gesichert werden. Der Arbeitsprozeß wird vielmehr durch eine Produktionspolitik reguliert, in der Zustimmung gegenüber Zwang den Ausschlag gibt. Die besondere Form, die in den Vereinigten Staaten entwickelt wurde, beruht auf einer Beschwerde-Maschinerie und auf internen Arbeitsmärkten, durch die Arbeiter als Individuen mit Rechten und Pflichten konstituiert werden. Arbeiter sind an die Firma gebunden, ihre Interessen sind mit dem gegenwärtigen und zukünftigen Wachstum (und Niedergang) der Firma verknüpft durch Senioritätsklauseln, die den Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen regulieren, vorübergehenden Entlassungen, Zuschüssen zur Arbeitslosenunterstützung, Pensionskassen, Urlaubsregelungen usw. (...) Die Entstehung von Fabrikapparaten, die auf Regeln mit einer gewissen Autonomie basieren — die nicht nach Belieben geändert werden können, sondern nur durch festgelegte Prozeduren —, schützt das Management, zumindest beim normalen Geschäftsverlauf, vor sich selbst. Die Fabrikapparate beschränken die Tendenz zu willkürlichen Anordnungen, die die Organisation von Zustimmung unterminieren würden. Kurz, die *Despotie* des Konkurrenzkapitalismus wird ersetzt durch die *Hegemonie* des Monopolkapitalismus, sei es nach bürokratischem Muster in den Vereinigten Staaten, nach anarchischem Muster in England oder nach korporatistischem Muster in Japan. Von einem umkämpften Gelände wird der Arbeitsplatz zu einem Kampfgelände. (...)

5. Produktionspolitik und Globalpolitik

(...) Im *Konkurrenzkapitalismus* erfolgt die Staatsintervention von außen. In

* Mit dem Hinweis auf die »systematische Trennung von Planung und Ausführung« bezieht sich Burawoy auf die Hauptthese von Braverman (1977). — Anm.d.Übers.

England wurde das Laissez-faire-Prinzip in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts vergöttert. Um diese Zeit wurden Fabrikapparate durch das Kapital aufgebaut, die einzig durch die Stärke der Arbeitenden in Schranken gehalten wurden. Das Vereinigungsgesetz war aufgehoben worden, die Fabrikgesetze waren unwirksam, und das neue Armengesetz von 1834 hatte die Unterstützung außerhalb des Armenhauses abgeschafft. Die Verbindung zwischen der Reproduktion der Arbeitskraft und ihrer Verausgabung im Arbeitsprozeß war nicht durch den Staat vermittelt. Der Staat selbst war unfähig, effektiv einzugreifen, außer bei sehr schweren Krisen. Die örtliche Staatsmacht, die in den Fabrikstädten oft nicht mehr als ein Reflex des Klassengleichgewichts war, hatte wenig Einfluß darauf, wie die Fabrikdespotie organisiert war. Sie konnte dem Kapital keine Profitabilität sichern und den Arbeitenden kein minimales Existenzniveau. Zwischen 1830 und 1850 befand sich die Anarchie des Marktes auf dem Höhepunkt, die Konjunkturzyklen waren von besonderer Heftigkeit und Häufigkeit. Die unregulierten und unabgefederten Effekte der Marktökonomie trieben die Arbeiter in die Rebellion gegen das System als Ganzes. Das revolutionäre Klassenbewußtsein drückte sich in der Bewegung für den Zehnstundentag aus, in Owenismus und Chartismus. Erst nach 1850 wurde es gedämpft und transformiert, mit der Rückkehr zur Prosperität, mit der wirksamen Durchsetzung der Fabrikgesetze und mit der Entwicklung einer konservativen Gewerkschaftsbewegung unter den qualifizierten Arbeitern. Der Staat begann, in die Reproduktion der Arbeitskraft durch die Entwicklung von Erziehung und neuer Sozialpolitik einzugreifen, wobei die Minimallohngesetzgebung allerdings bis zur Jahrhundertwende warten mußte.

Im *fortgeschrittenen Kapitalismus* vermittelt der Staat zwischen der Reproduktion der Arbeitskraft und der Verausgabung von Arbeit: durch garantierte Minimallöhne, dadurch, daß er für viele Elemente der Reproduktion der Arbeitskraft die Verantwortung übernimmt, und indem er die Form der Produktionspolitik gestaltet. Wie wir sehen werden, legt der Staat nicht nur die Grenzen fest, innerhalb deren in der Fabrik Kämpfe geführt werden dürfen, sondern er gestaltet auch die institutionellen Formen, in denen sie ausgetragen werden; er bestimmt die Form der Betriebsverhandlungen, obligatorische Schlichtungsverfahren, gesetzliche Streikformen usw.

Aber das Verhältnis von Produktionspolitik und Globalpolitik ist im fortgeschrittenen Kapitalismus nicht invariant. Wenn man sich auf den *monopolistischen Sektor* konzentriert, dann entdeckt man, daß der englische Staat, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, unfähig gewesen ist, die Fabrikapparate zu formen und auf diese Weise die Produktionspolitik zu regulieren (was allerdings in gewissem Ausmaß auch für andere Sektoren gilt). Es gibt kaum gesetzliche Beschränkungen von Streikaktivitäten; Streikposten stehen in nicht bestreikten Zulieferbetrieben (secondary picketing) ist nicht illegal; Ergebnisse von Betriebsverhandlungen (collective bargaining) sind immer noch nicht juristisch verbindlich. Wesentlicher Bestandteil der Durchsetzung von Regelungen, die den gesamten Industriezweig betreffen, sind fortwährende Betriebsverhandlungen, unterstützt von mächtigen Vertrauensleute-Ausschüssen (shop-steward committees). Der Bereich, auf den sich Betriebsverhandlungen

beziehen können, ist nicht gesetzlich beschränkt; er kann ausschließlich Löhne und Zusatzleistungen betreffen, er kann aber auch ausgedehnt werden auf Arbeitsbedingungen, Investitionsentscheidungen, Produktionsentscheidungen usw. Mit anderen Worten, obwohl der englische Staat Grenzen festlegt, innerhalb deren die Produktionspolitik sich bewegen kann (z.B. Arbeitsstunden, Entschädigungen bei Entlassung, Gesundheit und Sicherheit usw.), spielt er bei der Festlegung von Form und Inhalt der Produktionspolitik eine bemerkenswert schwache Rolle.

In den Vereinigten Staaten hingegen prägt die Globalpolitik der Produktionspolitik den Stempel auf. Hier sind Betriebsverhandlungen juristisch bindend; es gibt gesetzliche Einschränkungen von Streikaktivitäten. Das Taft-Hartley-Gesetz hat der gewerkschaftlichen Organisierung starke Zwänge auferlegt, indem es etwa *closed shops*, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen, für ungesetzlich erklärt hat. Es hat den Inhalt von Betriebsverhandlungen beschränkt, so daß die Vorrechte des Managements bei der Leitung des Arbeitsprozesses geschützt werden. Auf Betriebsebene haben die Gewerkschaften ein exklusives Vertretungsrecht, und *union shops* werden verstärkt durchgesetzt.

Sobald eine Vereinbarung einmal abgeschlossen ist, wird die Gewerkschaft zu ihrem Wachhund. In den Vereinigten Staaten hat der Staat demnach die Fabrikapparate so geformt, daß sie Mechanismen sind, die die Kämpfe eng auf die Betriebsebene eingrenzen. In England sind die Fabrikapparate hingegen Kampfobjekte, die Management und Arbeitern weit weniger Zwänge auferlegen. In England ist die Globalpolitik heftig in die Klassenkämpfe der Produktionspolitik verwickelt; für die Vereinigten Staaten gilt das Gegenteil.

Aber woher kommt der Unterschied? Hier müssen wir zur Frage des Klassenkampfes zurückkehren. (...) Wo die Industriegewerkschaften spät auftreten — also nach der Mechanisierung (wie in den Vereinigten Staaten) —, da sind sie am stärksten im korporativen Sektor (*corporate sector*) verwurzelt. Sie stabilisieren dort durch ihr Handeln die Verhältnisse, oft in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Marktes an die Großunternehmen (*large corporations*). Solange der Konkurrenzsektor unorganisiert und schwach bleibt, können die Großunternehmen ihren Arbeitskräften Konzessionen machen, auf Kosten des Konkurrenzsektors, wo die Löhne entsprechend gedrückt werden. Wo andererseits die Gewerkschaftspolitik in der Gesamtwirtschaft vor der Entstehung der Großunternehmen Fuß gefaßt hat (wie in England), bremsen diese Kämpfe sehr viel effektiver die Mehrwertübertragung vom Wettbewerbssektor zum monopolistischen Sektor, die Umgestaltung des Kapitals in beiden Sektoren und die Entwicklung einer dualen Wirtschaft und einer entsprechenden Spaltung des Arbeitsmarktes.

Wir können hieraus zwei Schlußfolgerungen ziehen. 1. Die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen Globalpolitik und Produktionspolitik in den Vereinigten Staaten und in England können auf die Zeitfolge von Gewerkschaftsbildung und Mechanisierung zurückgeführt werden (die wiederum bestimmt ist durch die relative Stärke von Kapital und Arbeit). 2. Die unterschiedliche Entwicklung verschiedener Wirtschaftssektoren und eines gespaltenen Arbeits-

markts, die Edwards hervorhebt, ist nur die Kehrseite der Medaille. Auf ihrer Vorderseite findet man die relativ schwache Bedeutung von Klassenkämpfen. Edwards und Braverman haben demnach, wenn auch auf unreflektierte Weise, die Besonderheit des Arbeitsprozesses und der Produktionspolitik in den Vereinigten Staaten beim Wickel — die Tatsache nämlich, daß das Kapital sich die Arbeit unterworfen hat, ohne daß ihm viel wirksamer Widerstand entgegengesetzt wurde. (...)

6. Die Reproduktion des Kapitalismus als Ganzes

Weder die Spontaneität von Edwards Klassenkampf noch der Determinismus von Bravermans Kapitalakkumulation sind in der Lage, die problematische Natur der Gesamtproduktion des Kapitalismus zu begreifen. Dies rührt daher, daß sie den Arbeitsprozeß nur in einer einzigen Dimension abbilden, in der Dimension der Kontrolle. Sie konzentrieren sich auf das Problem, Arbeitskraft in Arbeit zu übersetzen, auf die Verschleierung und Absicherung des Mehrwerts. Sie verfehlen dabei eine zweite Dimension des Arbeitsprozesses, die Verwandlung von Rohmaterialien in nützliche Produkte. Sie sehen den Arbeitsprozeß also nur als Produktion von Tauschwerten, nicht als Produktion von Tauschwerten und Gebrauchswerten. Die Beziehungen der Kapitalisten untereinander können nicht auf Konkurrenzbeziehungen reduziert werden: Es sind auch Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit. Kapitalisten sind von der Zufuhr von Produktionsmitteln — Rohmaterialien, Maschinen usw. — abhängig, ebenso wie von der Zufuhr von Arbeitern und Konsumenten. Mit anderen Worten, zusätzlich zur Einteilung der Wirtschaft in *Sektoren*, in einen Konkurrenzsektor und in einen monopolistischen Sektor, müssen wir zwischen *Abteilungen* unterscheiden: derjenigen Abteilung, in der die Produktionsmittel produziert werden (Abteilung I), derjenigen, in der Konsumgüter hergestellt werden (Abteilung II), und derjenigen, in der Destruktionsmittel hergestellt werden (Abteilung III). Ich beschränke mich im folgenden auf die ersten zwei.³

Vom Totalitätsstandpunkt aus gesehen, operiert die kapitalistische Ökonomie mit zwei Logiken: der Maximierung von Tauschwert durch die Jagd nach Profit und der Produktion von Gebrauchswerten, einschließlich der Koordination von Angebot und Nachfrage. Man kann die Krisen im Kapitalismus auf ein Auseinandertreten dieser beiden Logiken — der Profitmaximierung und der Notwendigkeit der Bedarfsproduktion — zurückführen, vor allem in der monopolistischen Phase, in der der Markt durch Staatseingriffe ergänzt wird. Ein solches Auseinandertreten führte in Form einer Unterkonsumtionskrise zur großen Depression, noch immer die Wasserscheide für die Entwicklung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, und vor allem des Arbeitsprozesses. In dieser Periode kämpften die Arbeiter darum, die Zwangsformen der Arbeitsprozeßregulierung zu beseitigen, die das Kapital seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts hatte aufrechterhalten können. (...) Edwards charakterisiert den Fordismus als technische Kontrolle über den Arbeitsprozeß. Er sieht die Wurzeln des Fordismus im Zusammenbruch einfacher Kontrolle und darin, daß sowohl Taylors Wissenschaftliche Betriebsführung als auch die gelben Gewerkschaften als Mechanismen zur Unterordnung der Arbeiter unter das Ma-

nagement versagt hatten. Aber auch der Fordismus war eine unzureichende Lösung, indem er nämlich dazu beitrug, die Arbeitskraft zu vereinheitlichen und die Konflikte auf die Ebene des Gesamtbetriebs zu heben (vgl. Edwards 1981, 141). Das Fließband verband die Arbeiter auf solche Weise miteinander, daß hierdurch die Chancen für gewerkschaftliche Politik verbessert wurden. (...) So stellt sich die Sache vom Tauschwertstandpunkt aus dar. Von der Gebrauchswertseite her jedoch führte die Schwächung der Arbeiterklasse und die Senkung ihrer Kaufkraft in den 30er Jahren zur Krise. Genau zu dem Zeitpunkt, als die Akkumulation in Abteilung I von gesteigerter Nachfrage nach Maschinen durch Abteilung II abhing (was wiederum abhing von der Ausdehnung des Massenkonsums), blockierten die Kontrollformen im Arbeitsprozeß eine entsprechende Zunahme der Kaufkraft der Arbeiterklasse. (...) Die in den 20er und 30er Jahren gesunkene Kaufkraft der Arbeiterklasse konnte erst durch die Staatsintervention im New Deal ausgeglichen werden, die wiederum ein Ergebnis populärer Kämpfe und einer eigenen politischen Krise war (vgl. Aglietto 1979). Bis zum New Deal war die Ausdehnung der Produktionsmittelproduktion fortwährenden Krisen unterworfen gewesen. Mit dem New Deal und der Veränderung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse wurde die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion zum fortwährenden Ansporn für die Akkumulation in Abteilung I. Der Konsumgüterproduktion konnten fortwährend neue Produktionsmittel einverleibt werden, was diese Güter verbilligte und so die Stufenleiter der Produktion und die Profitrate erhöhte. Es war nicht nur so, daß die Rudimente eines Wohlfahrtsstaates durchgesetzt wurden. Der New Deal regulierte zugleich das Verhältnis von Kapital und Arbeit durch eine neue Form von Produktionspolitik. Hier wurde die spezifische Maschinerie zur Stabilisierung des Einkommens der Arbeiterklasse zusammengefügt, zumindest im organisierten korporativen Wirtschaftssektor: Betriebsverhandlungen, exklusives betriebliches Vertretungsrecht der Gewerkschaften, später die Entwicklung von Senioritätsklauseln, betriebsinterne Stellenausschreibungen, Rentenprogramme und sogar Zuschüsse zum Arbeitslosengeld.

Wenn die Arbeiterklasse ihre letzten Bindungen an eine vorkapitalistische Lebensweise abstreifte und unwiderruflich der Warengesellschaft unterworfen wurde, so war dies ein Ergebnis der Reorganisation der Produktionspolitik und der Synchronisierung der Entwicklung von Abteilung I und II. Tauschbeziehungen und Konsumismus drangen in sämtliche Lebensbereiche ein, nicht zuletzt auch in die Familie, die Kerninstitution für die Reproduktion der Arbeitskraft. Einkommensstabilisierung, eine gewisse Absicherung gegen Unsicherheiten durch ein Vorwärtskommen nach festen Regeln und die Ausdehnung der Kreditvergabe machten die Unterwerfung des Lebens der Arbeiterklasse unter den Markt erträglich. Der Erwerb eines Hauses und eines Wagens banden die Arbeit lebenslang ans Kapital und bildeten zugleich die notwendige Triebkraft für die kapitalistische Produktion.

Aber die Ausdehnung des Konsums und das Eindringen des Kapitals in alle Lebensbereiche schafft neue Probleme. Phasen unproduktiver Arbeit im Lebenszyklus, wie Schulbesuch, Krankheit, Pensionierung (und natürlich Arbeitslosigkeit), sind mit entsprechend höheren sozialen Kosten verbunden. Die

Profitrate kann nur durch die Veränderung der Arbeitsprozesse im Dienstleistungssektor aufrechterhalten werden, d.h. dadurch, daß die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesenkt werden. Vom Standpunkt der Kapitalisten als Klasse verschiebt sich das Kampfgebiet von den produktiven Sektoren zum Staat, zur »Automatisierung« der Dienstleistungen und der planmäßigen Reproduktion der Arbeitskraft. Aber eine Politik des kollektiven Konsums bedeutet zugleich die unvermittelte Präsenz von Staatsapparaten im sozialen Leben. Anders als in der Fabrik gibt es keine Apparate, die den Staat aus den Kämpfen um Wohlfahrt, Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Erziehung usw. heraushalten. James O'Connor (1978) hat darauf hingewiesen, daß Kämpfe um die gesellschaftlichen Reproduktionskosten unmittelbar demokratische Kämpfe sind, da sie sich unmittelbar an den Staat richten. (...)

7. Die Möglichkeiten des Staatssozialismus

(...) Die Unterscheidung zwischen Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus beruht darauf, in welcher Form die Globalpolitik in die Produktionspolitik eingreift. Beiden Formen des Kapitalismus ist jedoch die institutionelle Trennung der Fabrikapparate von den Staatsapparaten gemeinsam. *Ein entscheidendes Merkmal der sozialistischen Gesellschaften hingegen ist die Verschmelzung der Apparate des Arbeitsplatzes mit den Staatsapparaten.*

Im Staatssozialismus gibt es ein zentralisiertes Planungssystem, das die Verhältnisse zwischen den Wirtschaftseinheiten durch die Festlegung von inputs und outputs abstimmt. Die Produktionspolitik hat hier die Form der *bürokratischen Despotie*. Das Management benutzt dabei Partei und Gewerkschaften als Werkzeuge zur Beherrschung der unmittelbaren Produzenten.⁴ Statt die Eingriffe des Managements in den Arbeitsprozeß zu begrenzen, wie in hegemonialen Systemen, werden im Staatssozialismus die Apparate des Arbeitsplatzes zu Transmissionsriemen der Zwangsausübung durch das Management. Diese Despotie wurzelt in der Ungewißheit von Planungsprozessen, die für die Produktion ähnliche Effekte hat wie die Ungewißheit des Markts im Konkurrenzkapitalismus. Sämtliche Untersuchungen von Planungsprozessen in der Sowjetunion und in Osteuropa verweisen darauf, daß für die Verhaltensformung der Betriebe Versorgungsengpässe eine entscheidende Rolle spielen. Die Betriebsdirektoren organisieren, entscheidend unterstützt durch die örtlichen Parteisekretäre (denen sie untergeordnet sind), allerhand informelle Vereinbarungen und Handelsbeziehungen, um die notwendigen Rohmaterialien und Maschinen zu sichern. Die Betriebe haben ein ausgeprägtes Interesse daran, Informationen über ihre tatsächlichen Kapazitäten geheimzuhalten und knappe Materialien zu hamstern. Das Problem der Versorgungsengpässe wird hierdurch noch verschärft. Zugleich führt es zu einer anderen Quelle der Ungewißheit: der fortwährenden willkürlichen Veränderung der Planungskennziffern für die einzelnen Betriebe. Immer wieder ändern die Planungsbehörden die Produktzusammenstellung, wodurch wiederum das Versorgungsproblem verschärft wird. Während der Wettbewerb zwischen den Betrieben im Kapitalismus das Verhältnis zum Konsumenten betrifft, vermittelt über den Markt, dreht sich im Staatssozialismus alles um das Verhältnis zum Lieferanten, ver-

mittelt über den Plan. Aber in beiden Fällen macht die von außen kommende Ungewißheit die plötzliche Mobilisierung und Umverteilung von Arbeitern nötig sowie Stoßarbeit.

Die besondere Form von Despotie im Staatssozialismus, die Mobilisierung von Partei und Gewerkschaften als Werkzeuge zwangsmäßiger Herrschaft, rührt von der existierenden Arbeitsplatzsicherheit her und von der Festgelegtheit des Lohnfonds. Wo es schwierig ist, Arbeiter zu entlassen, und bei allgemeinem Arbeitskraftmangel, werden unmittelbare Formen von Zwang notwendig. Da der Lohnfonds zentral festgelegt wird und nicht systematisch mit dem Betriebserfolg verbunden ist, gibt es keine ökonomische Basis für die Verknüpfung der Arbeiterinteressen mit denen des Managements. Das weitverbreitete Akkordsystem ohne Minimallohngarantie stellt vielmehr die Basis für eine negative Interessenkoordination dar. Der Akkord gewährt den Betrieben eine gewisse Autonomie bei der Normerhöhung, was ein Mittel ist, um mehr Leistung aus den Arbeitern herauszuholen. Die Basis der bürokratischen Despotie ist Arbeitsplatzsicherheit plus Lohnunsicherheit.

So wie im Kapitalismus die Form der Produktionspolitik entscheidend durch das Verhältnis zum Markt gestaltet wird, ist es im Staatssozialismus das Verhältnis des Betriebs zum Plan, das den verschiedenen Ausprägungen des bürokratischen Sozialismus ihre Gestalt gibt. Die Betriebe in den Schlüsselindustrien haben Priorität bei der Belieferung mit Material und Maschinen sowie großzügigere Lohnfonds, so daß die Despotie hier weniger ausgeprägt ist. Die Analyse der Fluktuationszahlen und des Lohnniveaus in verschiedenen Industriezweigen in der Sowjetunion liefert sogar Hinweise auf einen embryonalen Dualismus zwischen dem Kapitalgütersektor und der Konsumgüterindustrie: In der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Textilindustrie ist die Fluktuation hoch, die Löhne sind niedrig, und es überwiegen weibliche Arbeitskräfte.

So wie die einzelnen Kapitalisten versuchen, Markteinflüsse abzufedern und so weit wie möglich Marktschwankungen einzudämmen, geht es dem Direktor einer sozialistischen Fabrik in den Verhandlungen mit den Planungsbehörden darum, einen »weichen« Plan durchzusetzen. Je weicher der Plan ist, desto mehr Spielraum gibt es im Betrieb dafür, daß sich Kämpfe um Normen, Löhne und Zuschläge entwickeln können. Bei »hartem« Plan wird in den Kämpfen im Betrieb häufig eine Arbeitergruppe gegen andere Gruppen ausgespielt, wobei die stärkere Gruppe (gewöhnlich die qualifizierteren Arbeiter) Konzessionen auf Kosten der schwächeren durchsetzen kann. Da die Löhne mehr oder weniger zentral festgelegt werden, Normen und Akkordsätze hingegen auf Betriebsebene — trotz eines Drucks zur Zentralisierung —, drehen sich die täglichen Kämpfe um Leistungshöhe, Arbeitstempo usw., weniger um das Lohnniveau.

Im Kapitalismus finden betriebliche Kämpfe im allgemeinen innerhalb derjenigen Grenzen statt, die durch das Überleben der Firma gezogen werden. Wenn Arbeiter ihre Arbeitsplätze behalten wollen, muß das Kapitalinteresse befriedigt werden: Kämpfe, die ein Geschäft aus dem Geschäft werfen, werfen auch Arbeiter aus der Arbeit. Es gibt deshalb eine grundlegende positive Interessenkoordination. Im Staatssozialismus hingegen gibt es keine solchen ge-

meinsamen Interessen zwischen Management und Arbeitern. Wenn ein Betrieb seinen Plan regelmäßig untererfüllt, bricht er nicht zusammen, und die Arbeiter verlieren nicht ihre Arbeitsplätze. Statt dessen wird etwa der Betriebsdirektor entlassen oder der Chefingenieur. Die Kämpfe sind demnach nur durch die Drohung unmittelbaren politischen Zwangs beschränkt. Allgemein formuliert: Im Kapitalismus sind ökonomische Kämpfe auf die einzelnen Betriebe bezogen und bleiben gewöhnlich in diesem Rahmen. Es ist selten, daß sie gewissermaßen überkochen und sich zu Kämpfen gegen den Staat entwickeln. An die Stelle der institutionellen Trennung von Fabrikapparaten und Staat im Kapitalismus tritt im Staatssozialismus ihre Verschmelzung, so daß ökonomische Kämpfe immer zugleich politische Kämpfe gegen den Staat sind. Die Tendenz, daß Kämpfe sich in die umfassende politische Arena hinein ausbreiten, ist endemisch.

Aber was für ein Bewußtsein ist in diesen zugleich politischen und ökonomischen Kämpfen am Werk? Auch hier ist der Vergleich mit dem Kapitalismus instruktiv. Während der Markt das Wesen der Ausbeutung und den Ursprung des Profits verschleiert, präsentiert der zentral entworfene Plan Ausbeutung und Herrschaft als Prozesse, die bewußt und sichtbar vom Staat vollzogen werden. Die private Aneignung über den Markt wird ersetzt durch das, was Konrad und Szelenyi (1978) die rationale — das heißt zweckrationale — Umverteilung durch den Staat nennen. Während das Legitimationsprinzip kapitalistischer Aneignung das Privateigentum ist, ist das Legitimationsprinzip staatlicher Aneignung das höhere Wissen und Verstehen von gesellschaftlichen Bedürfnissen. Im Kapitalismus wird der Klassenbegriff leicht von seinem Ursprung, der Aneignung des Mehrwerts, abgelöst. »Klasse« bekommt verschiedenartige amorphe Bedeutungen. Anders im Staatssozialismus, wo sowohl durch das Aneignungs- als auch durch das Legitimationsprinzip die Gesellschaft in zwei *transparente* Klassen polarisiert wird — die teleologischen Redistributoren (mit ihren Bevollmächtigten) und die unmittelbaren Produzenten. Die unmittelbaren Produzenten wissen im allgemeinen genau, wo der Trennungsstrich zwischen »uns« und »denen da« verläuft.

Wir können uns diese allgemeine Unterscheidung noch auf andere Weise zu rechtlegen. Braverman hat demonstriert, daß die Trennung von »Planung« und »Ausführung« die *objektive* Entwicklung des kapitalistischen Arbeitsprozesses zum Ausdruck bringt. Die subjektive Erfahrung geht in eine ganz andere Richtung. Der Staatssozialismus jedoch haucht Bravermans Kategorien wieder Leben ein: Sie werden zu einer eigenständigen politischen und ideologischen Kraft. Die Polarisierung von Planung und Ausführung wird zur objektiven und subjektiven Triebkraft des Klassenkampfes. (...)

Welche Zukunftsperspektive hat den kollektiven Willen der polnischen Arbeiter geformt? (...) Außer den ökonomischen Forderungen ging der Hauptimpuls des Arbeiterprogramms in Richtung auf die Demokratisierung der zentralen Planung. Durch die unabhängige Gewerkschaft Solidarnosz sollten Arbeiter an der Ausformung der allgemeinen Prioritäten teilhaben, die im Plan festgelegt werden. Bemerkenswerterweise fehlte im Programm die ausdrückliche Forderung nach »Arbeiterräten«. Obwohl es mehr als wahrscheinlich ist,

daß die Strategie von Solidarnosz entscheidend durch den drohenden Einsatz sowjetischen Militärs beeinflußt war, möchte ich für die Richtung der politischen Forderungen zwei andere Erklärungen vorschlagen. 1. Die Erfahrung mit der Neutralisierung der Arbeiterräte im Jahre 1956 hatte gelehrt, daß die Kontrolle über den Betrieb bedeutungslos ist, solange alle relevanten Entscheidungen zentral gefällt werden. Daher die Notwendigkeit, zunächst im Planungssystem selbst Fuß zu fassen. 2. Das Weglassen von Arbeiterräten könnte ein Hinweis sein auf die Klasseninteressen, die sich im Programm ausdrückten. Den politischen Interessen der Kirche und der Intelligentsia würde durch die Demokratisierung des Systems rationaler Umverteilung wohl gedient (was nicht heißen soll, daß nicht auch die kurzfristigen Interessen der unmittelbaren Produzenten hierdurch gefördert würden). Die Forderung nach Arbeiterkontrolle im Betrieb und nach der Koordination der Planung von unten wäre diesen Interessen und denjenigen der Partielite jedoch entgegengesetzt. (...)

Aufhellend ist der Vergleich mit der abgetriebenen ungarischen Revolution von 1956. Als die Arbeiter anfangen, Streiks zu organisieren, war der ungarische Staat bereits entscheidend durch Spaltungen geschwächt, die durch den 20. Parteitag der KPdSU entstanden waren, und durch eine mächtige oppositionelle Bewegung von Intellektuellen und Studenten. Weil Globalpolitik und Produktionspolitik miteinander verschmolzen waren, starben mit der Paralyse des ungarischen Staates zugleich die Fabrikapparate ab. In vielen Industriezweigen nutzten Arbeiter das Machtvakuum, übernahmen die Fabriken und initiierten eine gewisse Koordination von unten. Diese Entwicklung eines Systems dualer Macht war eine unabhängige Initiative der Arbeiterklasse, vor und nach der sowjetischen Invasion. Bezeichnenderweise betrachteten die Intellektuellen die Forderungen der Arbeiter mit Mißtrauen und unterstützten bisweilen sogar die Verhinderung von Fabrikbesetzungen.

Der ungarische Aufstand gegen die bürokratische Despotie erfolgte nicht in der Perspektive eines demokratischen Zentralismus, sondern in der radikaleren Perspektive eines Rätekommunismus. In einem solchen System der kollektiven Selbstverwaltung (collective self-management) legt der Plan zwar noch die äußeren Bedingungen fest, innerhalb deren die Selbstverwaltung operieren muß. Aber der Plan ist aus Bedürfnissen hervorgegangen, die auf Betriebs- oder Gemeindeebene artikuliert werden. Die wenigen historischen Beispiele, die eine Annäherung an ein solches System darstellen, haben so kurz gedauert, und das unter so ungünstigen Umständen, daß schwer zu erkennen ist, ob dieses System jemals in einer welthistorischen Situation technisch realisierbar sein wird, abgesehen von der Frage der politischen Stabilität. Bringt der Rätekommunismus notwendigerweise, durch seine eigene Dynamik, die eine oder andere Form des bürokratischen Despotismus hervor? Sollte man, wie Szelenyi (1980), einen Kompromiß befürworten zwischen kollektiver Selbstverwaltung und bürokratischer Despotie, ein alternatives Modell, das den Konflikt institutionalisiert: den Konflikt zwischen der Logik der unmittelbaren Produzenten als Aneignern ihrer eigenen Produkte und der Logik der zentralen Planer als den »Intellektuellen«, exklusiv begabt mit der Fähigkeit zur Leitung der Gesellschaft?

8. Übergänge zu einem Weltsystem

(...) Ich habe in diesem Beitrag vier Systeme von Produktionspolitik entwickelt und vier Verbindungsformen zwischen Globalpolitik und Produktionspolitik. Zu Anfang habe ich die *Marktdespotie* als eine Produktionspolitik identifiziert, die dadurch geformt ist, daß die Reproduktion der Arbeitskraft außerhalb der Arbeit abhängig ist von der Verausgabung von Arbeit im Arbeitsprozeß. Die unmittelbaren Produzenten sind, wie Marx es beschrieben hat, den Aufsehern auf Gnade und Verderb ausgeliefert. Zwang überwiegt gegenüber Zustimmung. Im *hegemonialen System* ist die Reproduktion der Arbeitskraft von der Verausgabung der Arbeit getrennt, durch Minimallohngarantien, wachsende Stärke der Gewerkschaften, gesetzliche Einschränkungen der Macht des Managements. Produktionspolitik ist hier gekennzeichnet durch die Vorherrschaft von Zustimmung über Zwang, was aber niemals dazu führt, daß Zwang völlig ausgeschlossen wird. Diese beiden Systeme von Produktionspolitik unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zur Globalpolitik. Bei Marktdespotie garantiert der Staat nur die äußeren Bedingungen der Reproduktion der Produktionsverhältnisse und der Produktionsbeziehungen. Im hegemonialen System hingegen gestaltet der Staat selbst die Form der Apparate. Im einen System erfolgt die Staatsintervention von außen, im anderen von innen. Aber in beiden Fällen sind Fabrikapparate und Staat institutionell getrennt. Beide Systeme sind Arten des Kapitalismus. Im Sozialismus hingegen sind Fabrikapparate und Staat verschmolzen. *Bürokratische Despotie* bedeutet, daß die Staatsapparate in der Produktion (Partei und Gewerkschaften) der Herrschaft des Managements als Werkzeug dienen. Auch hier überwiegt Zwang gegenüber Zustimmung, aber als Ergebnis einer Staatsintervention von innen, nicht hervorgerufen durch die ökonomische Peitsche des Marktes. Zum Schluß haben wir eine vierte Form von Produktionspolitik eingeführt, *kollektive Selbstverwaltung*, worin Globalpolitik und Produktionspolitik immer noch verschmolzen sind, die Intervention der Globalpolitik jedoch von außen erfolgt. Das heißt, die zentralen Verwaltungskörperschaften setzen zwar die äußeren Produktionsbedingungen (inputs und outputs) fest, aber die unmittelbaren Produzenten organisieren die Arbeit selbst. Als Produktionseinheiten nehmen sie zugleich aktiv an der Plangestaltung teil, statt einen vorherbestimmten Plan von oben auferlegt zu bekommen. Die Abbildung faßt die Hauptcharakteristika der vier Systeme zusammen.

Die vier Grundformen der Produktionspolitik

		Institutionelle Verbindung von Globalpolitik und Produktionspolitik	
		<i>Trennung</i>	<i>Verschmelzung</i>
Intervention der Globalpolitik in die Produktionspolitik	von außen	MARKT- DESPOTIE	KOLLEKTIVE SELBST- VERWALTUNG
	von innen	HEGEMONIALES SYSTEM	BÜROKRATISCHE DESPOTIE

Bis hierher haben wir vier abstrakte Kategorien konstruiert. Wie nützlich sie für das Begreifen und Verändern der Wirklichkeit sind, wird sich erweisen müssen. Ihr heuristischer Wert kann durch die Fragen sondiert werden, die sie zu stellen erlauben: (...) Handelt es sich um eine erschöpfende Klassifikation? Wie paßt der Faschismus in unser Schema? Was ist mit den Gesellschaftsformationen der Peripherie? (...) Was ist mit dem Staatssektor im fortgeschrittenen Kapitalismus? Was ist mit Jugoslawien? (...) In welchem Ausmaß beeinflußt der Arbeitsprozeß selbst die Form der Produktionspolitik? (...) Wenn wir es tatsächlich mit Systemen zu tun haben, dann muß jedes System seine eigene Dynamik haben. In seiner jetzigen Gestalt beansprucht das Schema nicht, die Beziehungen der Betriebe untereinander darzustellen, außer soweit dies die Produktionspolitik beeinflußt. Jeder Versuch, die Dynamik aufzuhellen, müßte solche Beziehungen sorgfältig analysieren und fragen, wie sie politisiert werden. (...) Was sind die typischen Kämpfe, die von den verschiedenen Systemen von Produktionspolitik hervorgerufen werden?

All dies sind vorbereitende Fragen für das Problem des Übergangs von einem System zum anderen. Hierbei wären nicht nur die inneren Tendenzen jedes Systems zu berücksichtigen — die Auflösung alter und die Entstehung neuer —, sondern der internationale ökonomische und politische Zusammenhang. Mit Bezug auf die internationale Arbeitsteilung und die ökonomischen Zwänge, unter denen die verschiedenen Gesellschaftsformationen stehen, müßte die Verbindung zwischen Globalpolitik und internationaler Politik analysiert werden. Nur von einem solchen Standpunkt aus können wir dann einzuschätzen beginnen, welche Möglichkeiten es gibt, um von einem System zum anderen voranzuschreiten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Aronowitz 1978; Braverman 1977; Edwards 1981; Friedman 1977; Marglin 1977; Stone 1974; Sirianni 1981.
- 2 Dieser Teil faßt eine Argumentation zusammen, die ich detaillierter in Burawoy 1978 und 1979 entwickelt habe.
- 3 Die Analyse der Verhältnisse zwischen den Produktionsabteilungen hat in der marxistischen Tradition eine lange Geschichte, ausgehend vom 2. Band des »Kapital«. R. Luxemburg gründete ihre Imperialismusanalyse auf die notwendige Disproportionalität zwischen Abteilung I und II. Vgl. Luxemburg 1913, vor allem das 25. Kapitel. Vgl. auch Mandel 1972.
- 4 Den Begriff »bürokratische Despotie« habe ich entwickelt in Burawoy 1980.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M., 1979: A Theory of Capitalist Regulation — The U.S. Experience. London
- Aronowitz, S., 1978: Marx, Braverman, and the Logic of Capital. In: *Insurgent Sociologist*, vol.8, no.2-3 (Fall), 126-146
- Braverman, H., 1977: Die Arbeit im modernen Produktionsprozess. Frankfurt/M.-New York
- Burawoy, M., 1978: Toward a Marxist Theory of the Labor Process: Braverman and Beyond. In: *Politics and Society*, vol.8, no.3-5, 247-312
- Burawoy, M., 1979: *Manufacturing Consent: Changes in the Labor Process under Monopoly Capitalism*. Chicago
- Burawoy, M., 1980: The Politics of Production and the Production of Politics: A Comparison of Piecework Machine Shops in Hungary and the United States. In: *Political Power and Social Theory* 1, 261-299

- Cardan, P., (Pseudonym von C. Castoriadis), o.J.: Redefining Revolution. London
- Clawson, D., 1980: Bureaucracy and the Labor Process: The Transformation of U.S. Industry. 1860-1920. New York
- Edwards, R., 1978: Social Relations and Production at the Point of Production. In: *Insurgent Sociologist*, vol.8, no.2-3 (Fall)
- Edwards, R., 1981: Herrschaft im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M.-New York
- Elbaum, B., u. F. Wilkinson, 1979: Industrial Relations and Uneven Development: A Comparative Study of the American and British Steel Industries. In: *Cambridge Journal of Economics*, vol.3, 275-303
- Friedman, A., 1977: Industry and Labor. London
- Hobsbawm, E., 1964: Labouring Man. London
- Konrad, G., u. I. Szelenyi, 1978: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt/M.
- Lazonick, W., 1979: Industrial Relations and Technical Change: The Case of the Self-Acting Mule. In: *Cambridge Journal of Economics*, vol.3, 231-362
- Luxemburg, R., 1913: Die Akkumulation des Kapitals. Berlin
- Mandel, E., 1972: Der Spätkapitalismus. Frankfurt/M.
- Marglin, S.A., 1977: Was tun die Vorgesetzten? Ursprünge und Funktion der Hierarchie in der kapitalistischen Produktion. In: *Technologie und Politik* 8, 148-203
- MEW 23 = Marx-Engels Werke, Bd. 23
- O'Connor, J., 1978: The Democratic Movement in the United States. In: *Kapitalstate* 7, 15-26
- Sirianni, C., 1981: Production and Power in a Classless Society. A Critical Analysis of the Utopian Dimensions of Marxist Theory. In: *Socialist Review* 59, 33-82
- Stone, K., 1974: The Origins of Job Structures in the Steel Industry. In: *Review of Radical Political Economics*, vol.6, no.2 (Summer), 113-173
- Szelenyi, I., 1980: Whose Alternative? *New German Critique* 20, 117-134

Projektgruppe Automation und Qualifikation



Automationsarbeit: Empirie 3

Private Vergesellschaftung:
Gebrauchswert, Planung, Kooperation,
der gesellschaftliche Schein von
Unternehmerstrategien

Argument-Sonderband AS 67, 1981
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Automationsarbeit: Empirie 2

Vergesellschaftung der Privaten,
Abstraktion und Anschauung,
Kommunikation, Zeitpraxen,
gesellschaftliche Individualität

Argument-Sonderband AS 55, 1981
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Sigrid Pohl

Frauenlohndiskriminierung

Feministische Überlegungen zur Marxschen Arbeitswertlehre

Die Lohndiskriminierung der erwerbstätigen Frau ist nicht nur ein bundesdeutsches Phänomen und auch nicht nur eine Erscheinung der Gegenwart. Frauenlohndiskriminierung läßt sich für das 13.-18. Jahrhundert nachweisen und existiert heute sowohl in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Ländern. Betrug etwa der Frauenlohnanteil von weiblichen Beschäftigten in der Landwirtschaft und im Handwerk des Mittelalters 40-60% (Shahar 1981), so verdienten Industriearbeiterinnen um 1900 in Deutschland im Durchschnitt nur halb so viel wie ihre männlichen Kollegen. Bis 1949 war der Frauenlohnanteil — bezogen auf den durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Industriearbeitern — auf 63,9% angestiegen; 1970 betrug er in der Industrie 72,9%; seitdem ist er wieder gesunken und lag 1981 bei 72,3% (Zahlenangaben nach Pohl 1983). Auch in den RGW-Staaten verdienen die weiblichen Beschäftigten in der Industrie circa 30% weniger als die Industriearbeiter (vgl. United Nations 1980, 55-75).

Die Frage nach den Ursachen der Frauenlohndiskriminierung scheint schnell beantwortet werden zu können. Erstaunlicherweise kommen sowohl bürgerliche wie auch marxistische Ökonominen — Alice Salomon wie Clara Zetkin —, Gewerkschafter und Unternehmensvertreter, Sozialwissenschaftler und Politiker alle zum gleichen Ergebnis: Erwerbstätige Frauen verdienen weniger, so wird einmütig behauptet, weil sie schlechter qualifiziert sind, weil sie eine kürzere Arbeitszeit haben, weil sie weniger mobil und flexibel sind, weil sie nur dazuverdienen, weil sie technisch nicht begabt sind, weil sie nur im geringen Umfang gewerkschaftlich organisiert sind. Die Liste der »Erklärungen« ließe sich noch verlängern, bis hin zu August Bebels Bemerkung, die Frau verdiene weniger, weil sie »bedürfnisloser und vor allen Dingen hilfloser« sei (Bebel 1929, 226).

Wäre demnach Jochem Langkaus These (Langkau 1979) richtig, die Spanne zwischen den Löhnen von Männern und Frauen sei weniger davon bestimmt, daß Frauen diskriminiert würden, »als vielmehr dadurch, daß sie in Branchen, Berufspositionen und Qualifikationen konzentriert sind, die durchschnittlich geringere Löhne und Gehälter zahlen, und daß sie (die Frauen, d. Verf.) zunehmend von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit Gebrauch machen« (ebd. 95)?

Untersucht frau diese Erklärungsmuster genauer, so ist festzustellen, daß sie alle nach dem gleichen Schema arbeiten: Die Lohndiskriminierung der Frau wird entweder durch Arbeitsplatzdiskriminierung (Niedriglohnbranchen sind Frauenbranchen), Qualifikationsdiskriminierung oder Erwerbsdiskriminierung erklärt; dabei wird versucht, die eine Form der Diskriminierung durch die jeweils andere zu begründen. Andere Erklärungsansätze verweisen auf die »natürliche« und/oder »soziale« Bindung der Frau an die Hausfrauen- und Mutteraufgaben und ihre damit periphere Rolle auf dem Arbeitsmarkt.

Exemplarisch prüfe ich nun die Begründung: Erwerbstätige Frauen haben ein geringeres Einkommen als männliche Beschäftigte, weil sie selten oder nie eine (qualifizierte) Ausbildung haben und deshalb unqualifizierte = niedrigentlohnte Tätigkeiten ausüben. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Rationalität des Kapitalismus und die »Minderqualifikation« sowie die relative Konstanz der weiblichen Erwerbsbeteiligung nur dann nicht in einem Widerspruch stehen, wenn das Kapital genau diese »Minderqualifikation« benötigt.

Als entscheidendes Kriterium für die Bestimmung des Qualifikationsniveaus wird die schulische und berufliche Ausbildung angesehen. Während Mädchen bei den schulischen Abschlüssen sowohl in den Leistungen wie in der Verteilung auf Schulzweige mit den Jungen etwa gleichgezogen haben, setzt die Diskriminierung der jungen Frauen bei den Berufswahlmöglichkeiten und der beruflichen Bildung voll ein: Frauen finden sich in nur wenigen Ausbildungsberufen (86% der weiblichen Auszubildenden sind in 22 von insgesamt 452 Ausbildungsberufen; 46,6% werden Verkäuferin, Friseurin, Bürokaufmann [!] und Arzthelferin [Frauen '80, 9]). »Mädchen in Männerberufen« haben nach ihrer Ausbildung kaum Chancen, einen Arbeitsplatz entsprechend ihrer Ausbildung zu finden: Von 7929 offenen Schlosserstellen wurden 1979 nur 10 auch Frauen angeboten, bei 1039 Werkzeugmacherstellen war keine für eine Frau vorgesehen (Weg 1981, 227).

Spezifische Anforderungen, die an erwerbstätige Frauen gestellt werden, wie Kaffeekochen können, Fingerfertigkeit, Einfühlungsvermögen usw., werden nicht als monetär zu entgeltende Qualifikationen gewertet, sondern als natürlich-weibliche Eigenschaften. Es gibt also einen geschlechtsspezifisch ausgerichteten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, der die Minder- bzw. Andersqualifikation der Frauen beeinflusst. Weiter kann festgestellt werden, daß bei steigender Qualifikation der weiblichen Beschäftigten auch die Lohndiskriminierung zunimmt: So sind im industriellen Durchschnitt die Hilfsarbeiter-Bruttostundenlöhne höher als die der Facharbeiterinnen — 1982 um 13%. Die Diskrepanz zwischen den Bruttostundenlöhnen der Facharbeiter und Facharbeiterinnen ist größer als die zwischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen: So lag der Frauenlohnanteil in der Gruppe der Hilfsarbeiter 1981 bei 83,4%, bei den Facharbeiterinnen dagegen nur bei 75,2% (alle Zahlenangaben nach Pohl 1983). Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Lohndiskriminierung der Frauen nicht mit der teils niedrigeren, teils nicht monetär bewerteten Qualifikation erklärt werden kann; vielmehr bedarf diese Arbeitsplatz- und Qualifikationsdiskriminierung selbst der Analyse.

Die Auseinandersetzung mit den unbefriedigenden Erklärungen führte mich zu folgender Frage: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der nichtentlohnenden familialen Reproduktionsarbeit, die von Frauen verrichtet wird, und ihrer Minderentlohnung im Produktionsprozeß? Die gesellschaftliche Stellung der Frau und damit auch ihre Diskriminierung beruhen auf der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der kapitalistischen und patriarchalischen Struktur unserer Gesellschaft, die die Frau auf die familiäre Reproduktionsarbeit verweist und gleichzeitig diese Arbeit als Arbeit unsichtbar macht, für ökonomisch wertlos erklärt und zur Liebe verklärt. Diese angeblich natürliche Auf-

gabe der Frau bestimmt wiederum ihre Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß. Ich verstehe Hausarbeit grundsätzlich als Arbeit, und zwar, wie ich begründen werde, als teilweise unbezahlte Arbeit. Dagegen expliziert Marx seinen Lohn-/Wertbegriff im Sinne eines Familienlohns: Der Wert der Ware Arbeitskraft sei gleich dem Wert aller anderen Waren bestimmt durch die zur Produktion und Reproduktion der »Arbeiterfamilie« gesellschaftlich-durchschnittlich notwendige Arbeitszeit. Soweit Wert, repräsentiere die Ware Arbeitskraft nur ein bestimmtes Quantum gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit (MEW 23, Kap. 4 und 13). Demnach würde sowohl die *im Haus als auch die in der Produktion* zur Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft verausgabte Arbeit ihren Wert ausmachen und im »Familienlohn« erscheinen, d.h. auch Hausarbeit sei mit dem »Familienlohn« als bezahlt zu betrachten. Doch Marx löst das Quantum gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit, das zur (Re-)Produktion der Ware Arbeitskraft notwendig ist, auf in die zur Produktion der von der Arbeiterfamilie benötigten Lebensmittel als Waren. D.h. Marx analysiert nur die in der Warenproduktion verausgabte Arbeitskraft. Die im Haus für die Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft geleistete Arbeitszeit hat danach entsprechend den Marxschen Ausführungen keine Bedeutung für die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft, da sie außerhalb der Warenproduktion verausgabt wird; sie kann deshalb auch nicht als mit dem »Familienlohn« bezahlt betrachtet werden.

Welche Erklärungsweise für die Lohndiskriminierung der Frau bietet die Marxsche Erklärung des Werts der Ware Arbeitskraft dann?

Die Summe der Lebensmittel (als Waren), so Marx, muß ausreichen, die Arbeiterfamilie in ihrem »normalen« Lebensstandard zu erhalten, d.h. die Summe der Lebensmittel verändert sich im Kontext dessen, was kulturell üblich ist. Darüber hinaus benennt Marx noch zwei weitere Momente, die in die Wertbestimmung miteinfließen:

- die Qualifikationskosten der Ware Arbeitskraft. (Wie ich oben gezeigt habe, bietet die Untersuchung der unterschiedlichen Qualifikation männlicher und weiblicher Arbeitskraft keinen Ansatz für die Erklärung der Frauenlohndiskriminierung.) Und
- die »Naturdifferenz«, worunter Marx die Differenz zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft versteht: »Der Verbrauch dieser differenten Arbeitskräfte, wieder bedingt durch die Produktionsweise, macht den großen Unterschied in den Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie und dem Wert des erwachsenen männlichen Arbeiters« aus (MEW 23, 542).

Worin Marx die »natürliche Differenz« zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft sieht, sagt er nicht. Als mögliche »natürliche Differenz« zwischen den Geschlechtern kämen hier quantitativ und/oder qualitativ unterschiedliche Bedürfnisse z.B. bei der Nahrung in Frage. Es entspricht jedoch nicht einer natürlichen Differenz zwischen den Geschlechtern, wenn der Familienvater jeweils das größte und schönste Stück Fleisch oder die zusätzliche Flasche Bier erhält, sondern hier werden soziale Strukturen reproduziert. Der wesentliche »natürliche« Unterschied zwischen den Geschlechtern ist ein biologischer: die Gebärfähigkeit der Frau. Wieso die zunächst nur biologisch bestimmte Grup-

pe der Frauen auch sozial und kulturell als besondere Gruppe erscheint und als solche diskriminiert wird — das bedarf selbst der wissenschaftlichen Analyse. Eva Senghaas-Knobloch (1976) wendet deshalb die Marxsche »Naturdifferenz« gesellschaftlich, indem sie diese Differenz als geschlechtsspezifische Spaltung der Arbeiterklasse faßt: »... die geschlechtsspezifische Spaltung der Arbeiterklasse äußert sich in einer selbstzerstörerischen Konkurrenz, weil ein außerhalb der reinen Warenbeziehungen liegendes Moment die im übrigen bestimmenden Faktoren des Wertes der Arbeitskraft ... [der Frau, d. Verf.] auf ein niedrigeres Niveau als das der männlichen Arbeitskraft herabdrückt« (ebd. 547).

Diese These von Senghaas-Knobloch bietet einen Anknüpfungspunkt an Marxsche Überlegungen. Marx geht ja davon aus, daß die Reproduktionskosten der Familie durch historisch-kulturelle Strukturen beeinflußt werden. Diese Strukturen können mithin auch Gegenstand von Klassen- und Geschlechterauseinandersetzungen sein; sie sind im folgenden zu untersuchen.

Es entspricht dem kulturellen Niveau der Industriestaaten, daß die Reproduktion der Arbeitskraft in der Familie, getrennt von der Produktionssphäre, erfolgt, daß Frauen die im Reproduktionsbereich anfallende Hausarbeit erledigen, während der Mann in der Regel seine Arbeitskraft als Ware verkauft. Dies schließt jedoch nicht per se aus, daß die Hausfrau auch zur Lohnarbeiterin werden kann. Wenn die Hausfrau jedoch ihre Arbeitskraft im Produktionsbereich als Ware verkauft, steigen die Reproduktionskosten der Familie, da die Hausfrau-Lohnarbeiterin weniger als vor Aufnahme von Lohnarbeit im Haus arbeiten kann. »Die Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt, wie Nähen, Flicken usw., müssen durch Kauf fertiger Waren ersetzt werden. Die verminderte Ausgabe häuslicher Arbeit entspricht also vermehrter Geldausgabe. Die Produktionskosten der Arbeiterfamilie wachsen daher und gleichen die Mehreinnahmen aus. Es kommt hinzu, daß Ökonomie und Zweckmäßigkeit in Vernutzung und Bereitung der Lebensmittel unmöglich werden« (MEW 23, 417, Fn.121). Die Lohnarbeit der Frau führt also nur dann zu einer Erhöhung des Lebensstandards der Familie, wenn ihr Verdienst größer ist als die zusätzlich entstehenden Reproduktionskosten. Es entsteht ein permanenter Druck auf die erwerbstätigen Hausfrauen, einen Teil der Hausarbeit weiterhin selbst zu verrichten, damit die Erwerbstätigkeit sich für sie bzw. für die Familie lohnt: So können zwar heute viel mehr Familien als vor zwanzig Jahren verreisen, weil die Frau erwerbstätig ist. Doch die Reise wird häufig so organisiert (bzw. muß so organisiert werden), daß die Frau auch im Urlaub Hausarbeit verrichtet (Camping oder Ferienhaus). Gleichzeitig kann die Steigerung der Reallöhne, erzielt durch den Kampf der Gewerkschaften, für die Hausfrau bedeuten, daß auch ihre Arbeit im Haus zunimmt. Gisela Bock und Barbara Duden (1977) haben z.B. nachgewiesen, daß die Waschmaschine der Hausfrau nicht weniger, sondern mehr Arbeit brachte (vgl. Bock/Duden 1977, 152ff.). Hier drängt sich die Frage auf, ob diese spezifische Kopplung von Hausarbeit und Erwerbsarbeit bei Frauen der Grund ist für die »Minderwertigkeit« der weiblichen Arbeitskraft. An diese Frage schließen sich noch weitere an: Welche Auswirkung hat die Familienform, die Form des »Familienlohns« und die

geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf diese »Minderwertigkeit« der weiblichen Arbeitskraft?

Ausgangspunkt einer hier ansetzenden Analyse ist die These, daß die Ausbeutung der Frau eine doppelte ist: Die spezifische gesellschaftliche Situation der Frau ist bestimmt durch ihre systematische Benachteiligung gegenüber dem Mann und ihre Unterdrückung durch ihn und das Kapital. Damit unterliegen Frauen im Kapitalismus einer zweifachen Herrschaftsstruktur, der des Patriarchats und der des Kapitals. Unter Patriarchat verstehe ich eine gesellschaftliche Herrschaftsstruktur, die entlang dem Unterschied zwischen den Geschlechtern verläuft. In diesen Männerverhältnissen kommen Frauen je nach historischer und kultureller Entwicklung als Geschenk, als Sklavin, als Ehe- und Hausfrau usw., d.h. als Objekt männlicher Begierde vor. Bestandteile dieser Struktur sind die sexuelle Ausbeutung der Frau, die Ausbeutung ihrer Gebärfähigkeiten (die Frauen haben keine oder nur eingeschränkte Verfügungsgewalt über Verhütung, Abtreibung, Schwangerschaft und Geburt), der gewalttätigen Unterdrückung und Nutzung des weiblichen Körpers (Vergewaltigung, männliche Sexualnormen usw.) und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Diese Herrschaftsstruktur ist nicht kapitalismusspezifisch (vgl. *Aus der Zeit der Verzweigung* 1977). Die zweite Herrschaftsstruktur dagegen beruht auf dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital. Beide Herrschaftsstrukturen sind miteinander verknüpft und bewirken ein Beziehungsgeflecht, in dem Männer und Frauen sich mit einander widersprechenden Interessen bewegen (vgl. *Paramio* 1982, 133-143). Daß gerade Frauen es sind, die die familiäre Reproduktionsarbeit verrichten, läßt sich nicht aus der kapitalistischen Struktur unserer Gesellschaft erklären. Andererseits ist die Hausarbeit als gesellschaftliche Form der (Re-)produktion der Arbeitskraft erst mit der Herausbildung des Kapitalismus entstanden (*Bock/Duden* 1977). Und entgegen den Prognosen von Zetkin und Bebel ist Hausarbeit mit der Entwicklung des Kapitalismus nicht vergesellschaftet worden. Die von der Frau im Haus zu leistende Arbeit hat sich zwar seit Beginn der Industrialisierung unter kapitalistischen Vorzeichen gewandelt — weniger Vorratshaltung, mehr Kauf und Zubereitung von Waren —, hat aber gleichzeitig an Bedeutung wieder gewonnen. Denn zur Hausarbeit gehört ja nicht nur Kochen, Putzen, Waschen, Flickern usw., sondern auch und gerade die psychische, physische und sexuelle Betreuung des Mannes durch die Frau sowie die Produktion und Reproduktion der nächsten Generation (vgl. *Kittler* 1980 und *Bock/Duden* 1977). Die Produktion des fremden Lebens besteht nicht nur — wie Marx und Engels bemerkten (*MEW* 3, 29ff.) — in der Zeugung, sondern auch in Schwangerschaft, Geburt, Stillen, psychischer und physischer Aufzucht der Kinder.

Wie die Zuweisung der Frau auf die mit dem Kapitalismus entstandene Hausarbeit erfolgte, kann ich hier nur kurz anreißen. In der feudalistischen Gesellschaft existierte nicht die Trennung zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre; Frauen und Männer arbeiteten »im ganzen Haus«, wobei Frauen sowohl in der landwirtschaftlichen wie auch in der handwerklichen Produktion tätig waren und Handel trieben. Verlags- und Manufakturproduktion wäre ohne Frauenarbeit nicht denkbar (*Wolf-Graaf* 1981). Gleichzeitig

gab es für Männer und Frauen voneinander getrennte Lebensbereiche. Bis zu den Hexenverfolgungen des 16. und 17. Jahrhunderts gehörte das Wissen um die Zusammenhänge von Zeugung und Verhütung, Schwangerschaft und Abtreibung bzw. Geburt zum ausschließlichen Lebensbereich von Frauen. Mit den Hexenverfolgungen wurde dieser zerstört: »Das Hexenpogrom kann als zweite Phase der patriarchalischen Machtergreifung zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters gelten. Der 'neue Mensch' des industrialisierten Zeitalters war der Mann«. (Bovenschen 1977, 292) Und »im Lichte des Scheiterhaufens in Deutschland war das Bild der im Haus eingeschlossenen Hausfrau und Mutter, der Produzentin und Reproduzentin der Ware Arbeitskraft bereits zu erkennen« (Wolf-Graaf 1981, 412). Während der Mann zum Geldverdiener wird — zum Kapitalisten oder zum Lohnarbeiter —, wird die Frau zum »Geschlechtsobjekt und zur häuslichen Leibeigenen« (Horkheimer, zit. n. Haensch 1969, 49). Die Ehe wird zur Versorgungseinrichtung, in der die Frau ihren Körper, ihre Kinder und ihre Arbeitskraft gegen lebenslängliche Versorgung tauscht und ihre Arbeit als Liebe erscheint.

Die Produktion und Reproduktion des Menschen selbst, d.h. alle Aufgaben, die durch Hausarbeit erfüllt werden, fallen aus dem gesellschaftlichen Arbeitsbegriff von Marx und Engels heraus und damit aus ihrer Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Alle unbezahlt geleistete Produktions- und Reproduktionsarbeit, die an der Ware Arbeitskraft verausgabt wird, wird zur »Privatarbeit« erklärt; soweit sie Schwangerschaft, Geburt und Stillen betrifft, wird sie von Marx nicht einmal als menschliche Arbeit im Unterschied zur tierischen begriffen (vgl. Wolf-Graaf 1981, 135ff.).

Zwar wird heute auch von Marxistinnen (Menschik 1977, 190, und Pauls 1979) nicht mehr bestritten, daß Reproduktionsarbeit Arbeit ist; doch Hausarbeit sei nur Arbeit im Sinne der bewußten Auseinandersetzung mit der Natur, sei konkret-nützliche Arbeit. Reproduktionsarbeit habe keinen Einfluß auf die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft, da 1. sie nicht wertschaffend sei — Hausarbeit produziere zwar Gebrauchswerte, aber keine Tauschwerte; 2. der Lohnarbeiter frei und nicht Sklave der Hausarbeiterin sei; 3. Hausarbeit keinen Einfluß auf die Mehrwertproduktion habe, weil sie keine produktive Arbeit sei, und 4. Hausarbeit außerhalb der Marktprozesse stattfinde.

Zu 1.: Hausarbeit sei deshalb nicht wertschaffend, weil sie privat verausgabt werde. Indessen, so meine ich, ist die angeblich private Form der Reproduktionsarbeit noch kein Hinweis auf das Fehlen von Wertproduktion. Nach Marx erscheint der spezifisch gesellschaftliche Charakter der Arbeit erst im Austausch; freilich kann im Austausch nur in Erscheinung treten, was vorher produziert wurde (MEW 23, 87). Wie alle anderen Waren im Kapitalismus werden auch die Arbeitskräfte im Hinblick auf ihren Verkauf auf dem Markt produziert. Und es ist die Haus-Frau, die mit ihrer Reproduktionsarbeit die Arbeitskraft produziert und reproduziert.

Zu 2.: Durch die im Kapitalismus übliche Trennung des Produzenten von seinem Produkt steht es dem durch Hausfrauenarbeit (re-)produzierten Lohnarbeiter frei, seine Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Die Hausarbeiterin als Produzentin der Arbeitskraft des Lohnarbeiters hat genausowenig

Rechte an ihrem Produkt, wie der Arbeiter Anspruch hat auf die von ihm produzierten Güter (vgl. zu beiden Punkten Pohl 1983, 297ff.).

Zu 3. und 4.: Hausarbeit hat Einfluß auf die Mehrwertproduktion, obwohl sie nicht produktive Arbeit im Marxschen Sinne ist. Das Kapital eignet sich die im Haus verausgabte Arbeitskraft jedoch in anderer Form als die in der Produktion verausgabte an: Im Anschluß an die Produktionsweisendiskussion (vgl. Werlhof 1978, Meillassoux 1976, Frank 1979) fasse auch ich Hausarbeit als eine Produktionsweise im Sinne der ursprünglichen Akkumulation. Marx betrachtete die ursprüngliche Akkumulation als Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise; die ursprüngliche Akkumulation sei »nichts anderes als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel« (MEW 23, 742). Ein weiteres Kennzeichen sei, daß nicht ökonomische Gewalt die Beziehung der am Wirtschaftsprozess Beteiligten zueinander bestimme, sondern unmittelbare und politische Gewalt. Und weiter meint Marx, daß die Produktionsweise der ursprünglichen Akkumulation auf einer gewissen Entwicklungsstufe die materiellen Mittel zur eigenen Vernichtung hervorbringe. Neben den von Marx benannten Punkten sind jedoch noch weitere, von ihm nicht berücksichtigte Aspekte festzuhalten: Mit der von Marx ausgesprochenen Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln fand noch eine weitere Trennung statt, die des Produktions- vom häuslichen Reproduktionsbereich. Erst mit der Herausbildung des Kapitalismus entstand auch Haus-Frauenarbeit. Neben dem Lohnarbeiter, der nicht nur doppelt frei, sondern in dreifacher Hinsicht frei ist — frei von Produktionsmitteln, frei in bürgerlich-rechtlicher Hinsicht und frei von seiner eigenen Produktion und Reproduktion — entstand die Nicht-Lohnarbeiterin, die Hausfrau.

Weiterhin spricht Marx davon, daß in den Anfängen des Kapitalismus das variable Kapital das konstante überwog und daß die Nachfrage nach Lohnarbeit mit jeder Akkumulation des Kapitals wuchs, »während die Zufuhr von Lohnarbeit nur langsam nachfolgte« (MEW 23, 766). Es mußten also Bedingungen geschaffen werden, welche die Zufuhr von Lohnarbeitern sicherten.

Dabei konnte die neue kapitalistische Herrschaftsstruktur auf die bereits existierende patriarchalische bauen. Die oben schon angesprochenen Hexenverfolgungen stellen damit ein weiteres Moment der ursprünglichen Akkumulation dar, denn die Zerstörung der Autonomie der Frauen im Bereich der unmittelbaren Produktion des Lebens, die Vernichtung ihres Wissens über Verhütung, Abtreibung, Schwangerschaft und Geburt war eine weitere Bedingung für das Zusammentreffen von Produktionsmittel-Besitzern und Arbeitskraft-Besitzern: Die Zufuhr von Lohnarbeit war gesichert. Im Gegensatz zum Lohnarbeiter, der im Kapitalismus durch das ökonomische Gewaltverhältnis von Lohnarbeit und Kapital in seiner ökonomischen und sozialen Lage gehalten wird, ist die Hausarbeiterin nicht nur durch ein ökonomisches Gewaltverhältnis an ihre Situation gebunden. Einerseits ist sie zwar ökonomisch abhängig von Mann und Kapital, andererseits wird ihre Lebenspraxis auch und gerade durch außerökonomische direkte Gewalt bestimmt. So haben Frauen kein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper und ihre Fortpflanzungspotenzen (§218), und in der Ehe kommt »ein sexuelles Besitzrecht des Ehemannes zum

Ausdruck«, da z.B. die Vergewaltigung in der Ehe juristisch nicht möglich ist und außerehelich als Kavaliersdelikt gilt (Kamm 1981, 6; vgl. auch F. Haug 1983).

Rosa Luxemburg hatte sich als erste kritisch mit Marxens Ausführungen zur ursprünglichen Akkumulation auseinandergesetzt. Sie behauptete, daß der Mehrwert auf Dauer weder durch den Lohnarbeiter noch durch Kapitalisten realisiert werden könne, »sondern durch Gesellschaftsschichten oder Gesellschaften, die selbst nicht kapitalistisch produzieren« (Luxemburg 1970, 274). Luxemburg zeigt nun, daß das Kapital zur Realisierung des Mehrwerts den imperialistischen Weg beschritten hat. Werlhof (1978) erblickt in der Gruppe der Hausfrauen einen wesentlichen Bestandteil jener »Gesellschaftsschichten«, welche selber nicht kapitalistisch produzieren und so die Grenzen der Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung hinausschieben. Zu einer wichtigen Aufgabe der Hausarbeit wird, nachdem die Eigenproduktion durch und mit der kapitalistischen Entwicklung zerstört wurde, die Steigerung des Konsums. Werbung wurde zur symbolischen Assoziation der Frau mit dem Versprechen der Bedürfnisbefriedigung durch Waren, als Ausdruck einer Funktion von Frauenarbeit im Kapitalismus (Kittler 1980, 90). Was aus der Sicht der Hausfrau, der unmittelbaren Produzentin des Lebens, zur Erhaltung des Lebens dient, dient dem Kapital zur Realisierung des Mehrwerts einerseits und der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft andererseits. Damit erhält Hausarbeit eine wesentliche Rolle für die kapitalistische Akkumulation. D.h. Hausarbeit kann nicht länger bloß außerökonomisch gedacht und als privat verausgabt angesehen werden. Werlhofs Frage: »Wie, wenn das im Kapitalismus vorherrschende Produktionsverhältnis nicht einfach das Lohnarbeitsverhältnis wäre, sondern ein zweifaches Verhältnis, dessen eine Seite Lohnarbeit und dessen andere Seite Nicht-Lohnarbeit beinhaltet?« (Werlhof 1978, 24) zielt gerade auf jene ökonomische Funktion der unbezahlten Hausarbeit im Kapitalismus. Die kapitalistische Akkumulation ist darauf angewiesen, daß die Hausarbeiterin die Ware Arbeitskraft schafft und immer wieder neu schafft, damit eine dauernde Zufuhr von Arbeitskraft gewährleistet ist. Darüber hinaus hat die in der Nichtlohnarbeitsphäre verausgabte Arbeit eine Bedeutung für die Kapitalakkumulation, indem erst durch diese gesellschaftlich notwendige Arbeit die Ware Arbeitskraft qualitativ und quantitativ ihre mehrwertschaffende Potenz voll entfalten kann: Qualitativ, insofern die familiäre Reproduktionsarbeit die Ware Arbeitskraft, die ja an ihren personellen Träger gebunden ist, ausreichend ernährt, hygienisch, psychisch und sexuell betreut — kurz funktionsfähig hält; quantitativ, insofern sie der Ware Arbeitskraft erlaubt, erheblich über die notwendige Arbeitszeit hinaus außerhäuslich im kapitalistischen Betrieb sich zu verausgaben. So eignet sich das Kapital mit der unter seiner Aufsicht geleisteten Mehrarbeit auch die familiäre Reproduktionsarbeit an, welche in der vom Kapital gekauften Ware Arbeitskraft bereits vergegenständlicht ist. In bezug auf die Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft bedeutet dies, daß diese im Zusammenhang von Lohnarbeit und Hausarbeit neu untersucht werden muß.

Mit Andrea Joosten gehe ich deshalb davon aus, daß der Wert der Ware Ar-

beitskraft bestimmt ist durch den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion und Reproduktion mit »häuslicher Güte« (Joosten 1980, 76) erforderlich sind. Diese Lebensmittel können wie folgt bestimmt werden: Lebensmittel als Waren für den Lohnarbeiter; Lebensmittel als Waren für die Hausfrau (diese Lebensmittel erhält die Hausfrau nicht in Form von Geld/Lohn, sondern in Form von »Kost, Logis und Kleidung«; sie sind zu ihrer Erhaltung notwendig, ohne von ihr selbst geschaffen werden zu können); Lebensmittel als Waren für die »Ersatzmänner« und »Ersatzfrauen« — und ein Lebensmittel, das die Waren konsumtionsfähig macht und die psychische und sexuelle Reproduktion der Ware Arbeitskraft sowie die Produktion und Reproduktion der Nachkommen gewährleistet: dies Lebensmittel ist keine Ware, sondern die Frau des Lohnarbeiters, die Hausfrau.

Die gesellschaftlich-durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, die zur Produktion und Reproduktion mit häuslicher Güte aufgewendet werden muß, setzt sich demnach zusammen 1. aus der Arbeitszeit für die Produktion der Lebensmittel als Waren für den Lohnarbeiter, »Kost, Logis und Kleidung« für die Hausfrau und Lebensmittel als Waren für die Nachkommen und 2. der Arbeitszeit der Hausfrau, die geleistet werden muß, um die Lebensmittel als Waren konsumtionsfähig zu machen und um die Arbeitskraft psychisch und sexuell zu (re-)produzieren. Die dieser Arbeitszeit entsprechende Wertgröße entspricht der Differenz zwischen dem Lohn der Ware Arbeitskraft und dem familialen Reproduktionswert.

Der Wert der familialen Reproduktion besteht also aus dem Wert der notwendigen Lebensmittel als Waren für Mann, Frau und Kinder plus der der Hausarbeit entsprechenden Wertgröße, soweit diese unbezahlt geleistet und angeeignet wird. Um die der Hausarbeit entsprechende Wertgröße genauer untersuchen zu können, muß der Teil des Lohns der Ware Arbeitskraft, den die Hausfrau in Form von »Kost, Logis und Kleidung« erhält, in Beziehung gesetzt werden zur Gesamtarbeitszeit, die die Hausfrau verausgaben muß. Der Hausfrauenarbeitstag zerfällt also in wertmäßig und nicht-wertmäßig erfaßte Arbeitszeit: Die Hausfrau erhält zwar »Kost, Logis und Kleidung« im Austausch für ihre Reproduktionsarbeitskraft, doch muß sie darüber hinaus diesen Lebensmitteln als Waren weitere Arbeitskraft hinzufügen, um sie in einen gebrauchsfertigen Zustand für ihre eigene Reproduktion zu verwandeln. Die Bedeutung der nicht-wertmäßig geleisteten Arbeit wird offensichtlich, vergleicht man/frau die in der Bundesrepublik geleistete Lohnarbeitszeit mit der im Haus verausgabten Arbeitszeit (55 Mrd. Arbeitsstunden zu 53 Mrd.; vgl. Schulz-Borck 1975, 82). Im Gegensatz zu Marx behaupte ich: Der Lohn, den die Ware Arbeitskraft erhält, weicht grundsätzlich von ihrem familialen Reproduktionswert ab, und zwar in je spezifischer Form für die männliche und weibliche Arbeitskraft.

Im Lohn der männlichen Arbeitskraft wird berücksichtigt, daß der Mann keine oder nur im geringen Umfang Reproduktionsarbeit leistet, dafür sich aber eine Hausfrau »kaufen« muß. D.h. die Reproduktionskosten in Form der Lebensmittel als Waren für seine Frau und seine Kinder fließen in den Lohn der männlichen Ware Arbeitskraft mit ein, und der Mann kann sich da-

durch mit häuslicher Güte reproduzieren. Ist die (Ehe-)Frau auch außerhäuslich erwerbstätig, so fließen weiterhin Teile der Reproduktionskosten für sie und ihre Kinder — obwohl es die Frau ist, die für die Reproduktion der Nachkommen ihre Arbeitskraft verausgabt — in den Lohn des Mannes ein. Der Lohn der Frau ist von daher niedriger als der des Mannes. Die historische Form, in der die Reproduktion der Arbeitskraft als Produktionsweise der ursprünglichen Akkumulation erfolgt, und die damit verknüpfte patriarchalische Herrschaft ermöglichen dies. Da der niedrigere Lohn der Frau ihr nicht die Reproduktion ihrer Arbeitskraft zu gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen ermöglicht, ist die Frau gezwungen, sich einen Ehemann zu suchen, will sie sich zu diesen Durchschnittsbedingungen reproduzieren.

Damit ist gesichert, daß 1. das Kapital eine Ware Arbeitskraft auf dem Markt findet, die in dreifacher Weise frei ist; frei von Produktionsmitteln, frei in rechtlicher Hinsicht und frei von der eigenen Produktion und Reproduktion; daß 2. der Mann eine Hausfrau findet, die ihn reproduziert und ihm unbezahlte Hausarbeit leistet, und daß schließlich 3. die Frau, solange ihre Reproduktionsarbeit nicht als Arbeit anerkannt wird, sich nicht aus dieser Unterdrückung befreien kann.

Dies verweist auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die sich im Kapitalismus mit der spezifisch kapitalistischen, durch die Form des Produktionsprozesses vorangetriebenen gesellschaftlichen und systematischen (innerbetrieblichen) Arbeitsteilung verbunden hat. Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fixiert die Frau weitgehend auf die Reproduktionsarbeit und den Mann auf die Arbeit im Produktionsprozeß. Und in dieser Form der Arbeitsteilung, die charakteristisch ist für die Reproduktion des kapitalistischen Systems, gründet die Lohndiskriminierung der Frau.

Literaturverzeichnis

- Bebel, A., 1929: Die Frau und der Sozialismus. Berlin
- Bock, G., und B. Duden, 1977: Arbeit aus Liebe — Liebe als Arbeit. In: Frauen und Wissenschaft. Berlin/West, 116-199
- Bovenschen, S., 1977: Die aktuelle Hexe, die historische Hexe und der Hexenmythos. In: G. Bovenschen u.a., 1977: Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes. Frankfurt/M., 259-312
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), 1980: Frauen '80. Bonn
- Frank, A.G., 1979: Über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation. In: Kapitalistische Weltökonomie. Hrsg. v. D. Senghaas. Frankfurt/M.
- Haensch, D., 1969: Repressive Familienpolitik. Reinbek
- Haug, F. (Hrsg.), 1983: Frauenformen 2. Sexualisierung der Körper. Argument-Sonderband (AS) 90. Berlin/W.
- Haug, F., 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik. In: *Das Argument* 135, 24. Jahrgang, Berlin/W.
- Joosten, A., 1980: Mann, Marx spricht nicht über Hausarbeit. Berlin/W.
- Kamm, D., 1981: Die Entstehungsgeschichte des Vergewaltigungsdelikts. Unveröff. Manuskript, München
- Kittler, G., 1980: Hausarbeit. Zur Geschichte einer »Natur-Ressource«. München
- Kurz-Scherf, I., und B. Stahn-Willig, 1981: Gleiche Arbeit! Gleicher Lohn! — und wer macht die Hausarbeit? In: WSI-Mitteilungen, Jg.34, H.4, 212-221
- Langkau, J., 1979: Lohn- und Gehaltsdiskriminierung von Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn

- Luxemburg, R., 1970: Die Akkumulation des Kapitals. Frankfurt/M.
MEW: Marx/Engels Werke. Berlin/DDR, 1958-1968
- Meillassoux, C., 1976: Die wilden Früchte der Frau. Frankfurt/M.
- Menschik, J., 1977: Feminismus. Köln
- Paramio, A., 1982: Feminismus und Sozialismus. in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus.
Argument-Sonderband (AS) 78, Berlin/W., 125-147
- Pauls, I., 1979: Hausfrauenlohn oder Recht auf Arbeit? Köln
- Pohl, S., 1983: Ursachen und Entwicklung der Frauenlohndiskriminierung. Diss. Berlin/W.
- Schulz-Borck, H., 1975: Was ist eine Hausfrau wert? In: Verbraucherdienst, H.4
- Senghaas-Knobloch, E., 1976: Weibliche Arbeitskraft und gesellschaftliche Reproduktion. In:
Leviathan, H. 4, 543-558
- Shahar, S., 1981: Die Frau im Mittelalter. Königstein/Ts.
- United Nations, 1980: The economic role of women in the EEC region. New York
- Weg, M., 1981: Berufliche Bildung von Frauen: Immer noch Ausbildung für die Reservearmee?
In: WSI-Mitteilungen, 34.Jg., H.4, 222-232
- Werlhof, C.v., 1978: Frauenarbeit. Der blinde Fleck in der Kritik der Politischen Ökonomie. In:
Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H.1, München, 18-32
- Wolf-Graaf, A., 1981: Frauenarbeit im Abseits. München



Arbeiteralltag — Mode oder Methode?

Bäuerliches Gesinde: Lebensweise und Lebensperspektiven. Erziehung in der Fabrik. Arbeiter berichten über ihren Ehealltag.

Argument-Sonderband AS 94
160 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM



Frauenformen 2 Die Sexualisierung der Körper

Erinnerungsarbeit als Methode
weiblicher Forschung: Wie wir uns zu Frauen formen.

Argument-Sonderband AS 90, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Alf Lüdtke

»Kolonisierung der Lebenswelten« — oder: Geschichte als Einbahnstraße?

Zu Detlev Peukerts »Arbeiter-Alltag — Mode oder Methode?«*

Der Band »Arbeiteralltag in Stadt und Land« (Argument-Sonderband 94) bietet wichtige Anregungen. Vor allem ist es auch höchste Zeit, daß das *Argument* auf breiter Grundlage die Diskussion über Klasse, Kultur und alltägliche Erfahrungen aufnimmt. Sie ist insbesondere von englischen marxistischen Sozialhistorikern nach 1945 und dann wieder seit den 1960er Jahren vorangetrieben worden — und zwar nicht als akademische Debatte, sondern von vornherein unter Teilnahme von nicht-professionellen Historikerinnen und Historikern, vor allem aus der Arbeiterschaft selbst. — Die Beiträge des Bandes verknüpfen systematische Überlegungen mit Anschaulichkeit; dichte Beschreibung bleibt nicht bei sich, sondern führt zu systematischen Problemen (»Ordnung« und Herrschaft; Produktion und Reproduktion bzw. Fragen von Familienzusammenhängen; Stadt und Land).

Nützlich ist nicht zuletzt auch Detlev Peukerts methoden- und theoriekritischer Überblick. Sein Beitrag über den »Stand der Dinge« ist anregend, in manchem aber auch — in produktiver Weise — anstößig. Weiterer Diskussion bedarf m.E. besonders sein Vorschlag zur Entfaltung der theoretischen Konzepte. Es geht hier um die Frage nach dem Zusammenhang, d.h. nach den Vermittlungen von individuellen Erfahrungen mit der Transformation des gesellschaftlichen Systems. Dabei halte ich den Versuch, Foucault, vor allem aber Habermas in der von Peukert vorgeschlagenen Form zu nutzen, für kurzschlüssig. — Peukert sieht die gesellschaftliche Umwälzung zwar als Abfolge unterschiedlicher Schübe (»sukzessive«, 28); aber insgesamt kommt er doch immer wieder auf ein lineares Muster zurück. Er unterscheidet grundsätzlich offenbar zwei Epochen. Die eine sei die »vor der flächendeckenden Durchsetzung der modernen industriellen Klassengesellschaft« — die andere bzw. unsere ist offenbar durch eben diese »flächendeckende Durchsetzung« charakterisiert. Für die Durchsetzung von Klassenverhältnissen, nicht nur bei der Verfügung über Produktionsmittel und im Arbeitsprozeß, verweist Peukert auf die Perspektive der »Kolonisierung der Lebenswelten« (Habermas). Das heißt in diesem Zusammenhang: »die Fabrikdisziplin, Sozialdisziplin und Parteidisziplin besetzten jene Alltagsräume, die bisher der lebensweltlichen Erfahrung und den symbolisch vermittelten kollektiven Traditionen und Normen vorbehalten waren« (29).

Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß lebensweltliche Erfahrungen und symbolisch vermittelte Traditionen und Normen auch bereits vor dem Zugriff moderner »Disziplin« widersprüchlich waren; sie blieben stets den vielfältigen Zugriffen von Herrschaften und Obrigkeiten ausgesetzt. Die

* In: Arbeiteralltag in Stadt und Land. Argument-Sonderband AS 94, 8-39. Seitenzahlen ohne Angabe beziehen sich auf diesen Band.

frühneuzeitliche »Volkskultur« bedeutete für das »Volk« alles andere als einen Schonraum oder eine besonders authentische Zone in den jeweiligen Ausbeutungs- und Untertanenverhältnissen.¹ Selbst in spektakulären »Verkehrungen der Welt«, wie im Karneval, bestätigte sich doch weithin die gegebene soziale und politische Ungleichheit. Ähnliche Mischungen von Aufsässigkeit und Bestätigung finden sich in Szenen alltäglicher »Freiheit« abhängiger Bauern — der Populärphilosoph Christian Garve hat das Ende des 18. Jahrhunderts bildkräftig geschildert.²

Insgesamt scheint mir Detlev Peukerts Argument auf eine Umkehrung der Modernisierungsperspektive hinauszulaufen. Sie spiegelt dementsprechend auch die Defizite der Modernisierungstheorien klassischer Prägung. In diesem Zusammenhang heißt das: Das Nicht-Akzeptieren, das Aufbegehren gegen jene offenbar letztlich siegreiche »Rationalisierung« aller Lebensbereiche gilt als temporär; es kann den fortschreitenden, bestenfalls gebremsten Durchbruch der »Moderne« weder grundsätzlich beeinflussen noch gar blockieren. — Abgesehen davon, daß »Moderne« hier eigentümlich schwammig und unklar bleibt —, die reale und vor allem widersprüchliche Lebenspraxis von einzelnen und Gruppen verschwindet hinter dem ausholenden theoretisierenden Zugriff. Anders: Die »Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen«³, wie Ernst Bloch mit nüchternem Pathos formuliert hat, bleibt außer Ansatz. Diese Perspektive könnte aber, so scheint mir, die Erfahrungen der Betroffenen und Handelnden mit den Handlungsbedingungen und -chancen zusammenbringen, jedenfalls für den Rekonstrukteur.

Dabei geht es nicht um das bloße Nebeneinander unterschiedlich »alter« Momente oder Faktoren. Angepeilt sind vielmehr die Formen, in denen sich alte und neue Praxisweisen miteinander *verschränken* und/oder *bedingen*. Wie werden z.B. vereinbart: die Beherrschung der Steuerungstechnik von selfactor-Spinnmaschinen oder von Einrichtungsvorgängen entwickelter Drehbänke mit angeblich »traditionalen« Protestformen, Liedern oder auch Konsumgewohnheiten am Feierabend oder Feier- bzw. Kampftag (Luxuskonsum am Sonntag bei unveränderter Kartoffelnahrung werktags, vgl. A. Thun)?⁴ Oder: In welcher **Weise** regulierten bei Industrieproletariern z.B. familial geprägte Zeitperspektiven und Solidarbeziehungen in Phasen wirtschaftlicher Krise⁵ das Verhalten, also 1917/18, 1929ff.? Fraglos erweisen sich diese »traditionalen« Orientierungen für die Betroffenen als sinnvoll und funktional. Zugleich begründet eben die Verklammerung ungleichzeitiger Standards und Praxisformen die Grenzen manifester Kampfbereitschaft oder militanter Aktivität. Sie erweisen sich als »sinnvoll« im Kontext der Lebensweise bzw. Lebensweisen der »Massen« — wenn auch nicht unbedingt als »rational« im Sinne der Imperative der Arbeiterbewegung(en) oder vieler ihrer heutigen Historiker. Dennoch wären manche Arbeiten zu nennen, z.B. auch von Detlev Peukert selbst »Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich« (in: Sozialgeschichte der Freizeit, Hrsg. G. Huck)⁶, die zeigen, daß die »Besetzung« jener »Alltagsräume« nicht stattfand, zumindest nicht in der von Peukert hier unterstellten Weise.

Die »schrittweise Rationalisierung von Verhaltensstandards und Lebenswei-

sen« (31) bezeichnet die Interessen und Absichten der »Besetzer«, aber nicht die Praxis der Betroffenen. Die »Rationalisierung« trifft nicht nur auf punktuelle und temporäre Widerstände, sondern auf mehrschichtige und keineswegs stets schon überholte Lebensweisen. Diese werden beeinträchtigt oder verändert, aber durchaus nicht grundsätzlich in ihrer Eigensinnigkeit und Eigenständigkeit überwunden oder von ihren Trägern aufgegeben. Auch im Niedergang können z.B. »zünftige« Handwerksgebräuche Solidarität und Widerständigkeit vermitteln, sie bleiben doppelsinnig. Der »blaue Montag« war in der — z.T. langgezogenen — Frühindustrialisierung eine durchaus wirksame Praxis, Zeit wieder anzudeuten. Gefragt sind diese und andere Formen der (Wieder-)Aneignung, durch die die Betroffenen »Raum für sich« geschaffen haben bzw. schaffen, während der Lohnarbeit oder der scheinbar freien »Freizeit«. Angebliche Zügellosigkeit, »Bummelei« oder »Korruption«, aber auch »Arbeitsfreude« oder »-stolz« — sie verweisen auf ebendiese eigensinnige Lebenspraxis, jenseits der »Rationalisierung«. Zugleich geht »Eigen-Sinn« in momentaner Wiederaneignung nicht auf. Gebrauchswertproduktion, die nicht marktgängig ist (zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft), die dauerhafte Nutzung von Familienbeziehungen in »Beschäftigungskrisen«: Damit sind Aspekte eines auf Dauer gestellten »Eigen-Sinns«⁷ immerhin angedeutet.

Die Mehrschichtigkeiten, um die es geht, mögen sich deutlicher zeigen, wenn gefragt wird nach der eigentümlichen Gleichzeitigkeit von »Politisierung des Privaten« und »Privatisierung von Politik«, wie sie im Zusammenhang des sich entwickelnden industriellen Kapitalismus zu erkennen ist. Damit sind unterschiedliche, z.T. gegenläufige, in jedem Fall aber aufeinander bezogene Prozesse gemeint. »Politisierung des Privaten« steht für Strategien und Politiken staatlicher Instanzen, aber auch Aktivitäten »freier« Bürger (und Junker-)Assoziationen, die Tauglichkeit der Arbeitskraft für kapitalistische Produktion und Verwertung zu sichern bzw. zu steigern. Stichworte lassen sich unschwer beibringen; sie genügen freilich nicht, um hier die Doppeldeutigkeiten z.B. zeitgenössischer Hygienisierungspolitiken, d.h. ihre Verknüpfung von »sanfter« und »direkter« Gewalt (dies nach Bourdieu)⁸, angemessen zu zeigen. Ein weiteres Beispiel neben der Erzwingung von Sauberkeit und Hygiene mit Polizeieinsatz wäre das von Schule und staatlich vermittelter »Bildung«: Verknüpft mit dem physischen Zwang wirkte stets auch der Anreiz, (Über-)Lebenschancen zu verbessern.

»Privatisierung von Politik« meint Aneignung und Wieder-Aneignung von Ressourcen und Ausdrucksformen durch diejenigen, die in der »Politisierung des Privaten« zu »Beherrschten« gemacht werden bzw. werden sollen. Kriterium ist die Artikulation und Befriedung von Bedürfnissen, d.h. von Hoffnungen, Wünschen und Ängsten — die durchaus nicht die Durchsetzung von Interessen, also von strategisch kalkulierten Forderungen ausschließt. Entscheidend ist, daß die Grenzziehung »privat« — »politisch« in dieser Perspektive fragwürdig wird. In diesem Licht erweist sich »Privatisierung von Politik« als eine Form »eigen-sinniger« Politisierung. Der Blick richtet sich dabei auf ein breites Spektrum von Verhaltens- und Ausdrucksweisen; »Widerstand« bezeichnet nur eine unter anderen Möglichkeiten. Die Ausdrucks- und Verhal-

tensweisen, in denen sich m.E. »Privatisierung von Politik« zeigt, zielen vor allem darauf, den Beteiligten »einen Raum für sich« zu schaffen. Ein wesentliches Kennzeichen ist »Distanz nehmen« — von Zumutungen, die von außen kommen, von Vorgesetzten und Regierungen, aber auch von Klassengenossen, von Kollegen ebenso wie z.B. von Gewerkschaftsfunktionären.

Die Frage nach diesen parallelen, zumindest in der Tendenz widersprüchlichen, im einzelnen nicht selten »ungleichzeitigen« Politisierungsprozessen verweist darauf, daß die für Peukert wohl zentrale Unterscheidung zwischen »Markt- und Machtsystemen« einerseits und »Alltag« andererseits zu kurz greift: Markt- und Machtsysteme werden stets *auch begründet*, kritisiert wie akzeptiert, aber auch verändert in den alltäglichen Lebenszusammenhängen (vgl. aber 24).

Die Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten der (wie in den) »Politisierungen« treten hervor, wenn soziale Kontexte im einzelnen ausgeschritten, wenn ihre Mehrdeutigkeiten erwogen werden. Hier müssen überaus knappe Andeutungen genügen. (Sie stammen aus meinem laufenden Projekt über Maschinenbauarbeiter der ersten und zweiten Generation im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert.⁹) Ich beschränke mich dabei auf Dreher. Am Arbeitsplatz charakteristisch waren halbmanuelle Tätigkeitsprofile. Vor allem mußten und konnten sie ihre Fertigkeiten sich und anderen nicht nur in der Beherrschung herkömmlich-handwerklicher Geräte (vgl. Schlosser, Monteure), sondern in der Handhabung moderner Maschinerie beweisen. Zugleich waren die Dreher nicht ausgenommen von überaus ungleichmäßigen Schwankungen der Geldlohnsummen, die sie alle 14 Tage erhielten. Die Schwankungen für jeden einzelnen, aber auch zwischen direkten Kollegen betragen innerhalb weniger Lohnzahlungstermine 100-300% — und dies über lange Zeiträume. Von hier aus werden Überlegungen über die Struktur von Zeit und Zukunftserwartungen zwingend (gleichsam »unterhalb« der bekannten, stets aggregiert verwandten Daten zu saisonaler und konjunktureller Fluktuation und Mobilität). — Aus dieser Situation (zumindest) relativer alltäglicher Unsicherheit lassen sich — spärliche — Berichte über Facetten des Verhaltens »auf der Arbeit« interpretieren, z.B. über gewalttätige Körperlichkeit, individuelles Saufen oder Werkzeugdiebstahl.

Blieben wir bei der Körperlichkeit, bei gewalttätigen Körperkontakten. »Necken« oder »Bartwischen« industrieller Produzenten am Arbeitsplatz bzw. während der Arbeitszeit bestätigte oder wiederholte sicherlich die soziale Hierarchie zwischen Älteren und Jüngeren, zwischen Angelernten und Handlangern oder Lehrlingen, zeigte männliches Imponiergehabe. Zugleich aber signalisierten diese scherzhaft-schmerzhaften Körperkontakte wechselseitige Wahrnehmung, mitunter auch Anerkennung: Beim nächsten Mal konnte das Opfer durchaus einer der »Mittäter« sein.

Sie waren beides — aber eben nicht nur brutaler machismo oder Ausdruck unpolitischer Perspektivlosigkeit bzw. blinder Irrationalität. In »eigen-sinniger« Weise Distanz zwischen sich und die massiven Unsicherheiten des Alltags zu bringen, konnte sich auch gegen einen selbst (Saufen), zumindest gegen direkte Kollegen (Werkzeugdiebstahl) richten. Zur Verklärung gibt es also keinen

Grund. — Einer der Verfasser von »Arbeiterlebenserinnerungen«, der Holz- und Metalldreher Moritz Th.W. Bromme, berichtet von einem relativ hohen Organisationsgrad in »seiner« Geraer Maschinenfabrik (Zahlen nennt er jedoch nicht).¹⁰ Zugleich zeigt er mit vielen Beispielen, daß kollektives Handeln, z.B. zur Durchsetzung bezahlter Reinigungszeit oder zur Änderung der Akkorde, nur selten möglich war. Bromme klagt nicht darüber; sein Erstaunen über die Grenzen von Solidarität, aber auch über die dann in Einzelfällen offenbar »plötzlich« doch möglichen Aktionen wird jedoch sehr deutlich. Vor dem Hintergrund der — im Wortsinn — widersprüchlichen Formen von »Eigen-Sinn« scheint mir das hingegen sehr wohl verständlich —, »daß die Arbeiter oft gegeneinander wahre Teufel sind« (Bromme), immer wieder aber auch Gemeinsamkeiten zeigen und praktizieren, wortlos und auch mit Worten: »Du«.

Zugleich kompensieren aber die Formen »eigen-sinniger« Aneignung (von Zeit und Raum, von bedeutungsvollen Objekten) nicht nur die tägliche Misere. Wünsche (oder Erinnerungen?) blitzen auf, nicht beschmutzt, gebunden oder »von anderen« lächerlich gemacht zu werden; gefordert ist gelösterer Umgang, Überwinden von Zwängen und — auch — offene Zärtlichkeit untereinander: Befriedigung von Interessen *und* Bedürfnissen.

Nur zu erwähnen ist, daß sich diese hier angesprochenen Grundlagen und Formen von Arbeiterpolitik wesentlich außerhalb der Arbeiter-Organisationen entfalteten bzw. vollzogen. Zu erinnern ist überdies, daß im Kaiserreich insgesamt nicht mehr als 10% der lohnabhängigen Fabrikarbeiter in den Gewerkschaften organisiert waren, wobei Unterschiede nach Branchen und Regionen zu machen sind (die SPD-Mitgliedsrate lag beträchtlich darunter).¹¹ Zugleich bleibt festzuhalten, daß Privatisierung von Politik durch »eigen-sinnige« Arbeiterpolitik bzw. »eigen-sinniges« -verhalten kein Nullsummenspiel war: Weiterhin und zunehmend wurden Ressourcen auf Staats- bzw. nationaler Ebene zugewiesen, in der Arena formalisierter Politik. Formalisierte Politik war und blieb folgenreich auch für »eigen-sinnige« Arbeiter. Die Definitionsmacht dieser Arena schlug z.B. beim »Marsch in den Krieg« im August 1914 unmittelbar für die Masse der Beherrschten durch, mit allen tödlichen Konsequenzen. Dabei wurde die Attraktion, die Militär oder »bunter Rock« offenbar für zahllose Lohnabhängige auch hatten, das kurzgeschlossene Verbindungsglied. Für Land- wie Fabrikarbeiter bedeutete die Dienstzeit vielfach eine Mischung aus Mannbarkeitsritualen (nicht zuletzt im Ertragen der täglichen Schindereien) und Kennenlernen von »Fremde«, von »Kameraden«, aber auch von unbekanntem Regionen. Jetzt ließ sich diese »eigen-sinnige« Bedeutung relativ mühelos als Vehikel von Reichs-, Kaiser- oder Kriegsbegeisterung nutzen; zumindest trug sie dazu bei, das notwendige Maß an Hinnahme zu sichern.

Max Weber hat Bürokratie als »Gehäuse der Hörigkeit« beschrieben. Fraglos beschränkt sich die herrschaftliche Durchdringung der Gesellschaft nicht auf Verwaltungs- und Justizbürokratie. Thesen zu den »ideologischen Staats-Apparaten« (Althusser) und besonders die Untersuchungen von Foucault zur »Mikro-Physik der Macht« haben diese Perspektive über jede Fixierung auf Institutionen hinausgetrieben.¹² Inwieweit aber die in diesen Ansätzen aufge-

zeigten Strategien und gesellschaftlichen Prozesse für die Masse der Betroffenen tatsächlich *bestimmend* wurden oder werden, in welcher Weise es parallele — vielleicht stumme — Prozesse der kreativen Sicherung oder auch längerfristigen Erweiterung eigener und »eigen-sinniger« Handlungsräume gibt: Diese Dialektik wäre in ein theoretisches Konzept der gesellschaftlichen Prozesse der neueren Zeit erst noch einzubeziehen. Dabei ist die *Gleichzeitigkeit* von Widerständigkeit, Hinnahme und Distanz aufzuspüren. Die Verknüpfungen und Widersprüche von Bei-sich-selbst-Bleiben und (Wieder-)Aneignung — von Produktion und Transformation der Handlungsbedingungen — sind das Thema.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. R. Muchembled: Kultur des Volks — Kultur der Eliten, Stuttgart 1982, 179-319; N.Z. Davis: The Rites of Violence, in: dies.: Society and Culture in Early Modern France, London 1975, 152-87.
- 2 Chr. Garve: Über den Charakter der Bauern und ihr Verhältnis gegen die Gutsherrn und gegen die Regierung (1786/96). Nachdruck: ders.: Popularphilosophische Schriften, Bd. 2, Stuttgart 1974, 799 ff.
- 3 E. Bloch: Erbschaft dieser Zeit. Erw. Ausg., Frankfurt/M. 1962, 104ff.
- 4 Vgl. J. Ehmer: Rote Fahnen — Blauer Montag, in: D. Puls (Hrsg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten, Frankfurt/M. 1979, 143-74; A. Thun: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Tl. 1, Leipzig 1879, 68f.
- 5 So bei M. Young und P. Willmott: Family and Kinship in East London, Harmondsworth 1972.
- 6 L. Niethammer unter Mitarbeit v. F. Brüggemeier: Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich? In: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), 61-134; R. Schulte: Dienstmädchen im herrschaftlichen Haushalt, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41(1978), 879-920; K. Hausen: Mütter zwischen Geschäftsinteressen und kultischer Verehrung. Der »Deutsche Muttertag« in der Weimarer Republik, in: G. Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit, 2. Aufl., Wuppertal 1982, 249-80.
- 7 Vgl. dazu Chr. Garve, a.a.O.; seine Bemerkungen zum bäuerlichen »Eigensinn« haben mich zu Überlegungen über proletarischen »Eigen-Sinn« angeregt; O. Negt und A. Kluge: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt/M. 1980, sind dafür *nicht* verantwortlich.
- 8 P. Bourdieu: Entwurf einer Theorie der Praxis, auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt/M. 1976, 366-73.
- 9 Demnächst ausführlicher in meinem Aufsatz »Cash, Coffee-Breaks and Horseplay: Workers and Politics in Germany around 1900«, in: M. Hanagan, Ch. Stephenson (eds.): Class Formation and Worker Military, London (im Druck).
- 10 M.Th.W. Bromme: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1971 (1. Aufl. 1905), 243ff.
- 11 Vgl. D. Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914. Berlin/DDR 1976, 719ff.; K. Schönhoven: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Stuttgart 1980, 167ff., 190ff.
- 12 Louis Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: ders.: Marxismus und Ideologie. Berlin/West 1973, 111-43; M. Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1977, bes. 173ff.

Detlev Peukert

Glanz und Elend der »Bartwichserei«

Eine Replik auf Alf Lüdtke

Ich argumentiere in meinem Aufsatz, daß es drei sinnvolle Möglichkeiten für Historiker gebe, sich mit dem Alltag zu beschäftigen: Erstens, das Thema als Differenzierungsangebot und Ergänzungsraum im Rahmen anders definierter Forschungsstrategien aufzusuchen; zweitens, nach Wahrnehmungsformen und Verhaltensweisen zu fragen (bzw. sich ihnen in dem auf die Zeitgeschichte begrenzten Sonderfall der Oral History kommunikativ zu nähern); drittens diese per definitionem partikularen Ergebnisse solcher mikrohistorischer Studien konzeptionell rückzubinden in einer Theorie der Moderne, die sich frei hält zur Untersuchung der konfliktreichen Spannungen zwischen Systemen und Lebenswelten.

Welche Konzeption bietet nun Alf Lüdtke an? Selbst wenn man einmal nicht die kurzgefaßten Bemerkungen in seiner hier vorliegenden Kritik nimmt, sondern seine verschiedenen Aufsätze¹ mit einbezieht, finden wir zwar vielfältige und gewinnbringende Differenzierungen, Einfälle und Argumentationsfacetten; demgegenüber bleibt der positive Ertrag vage:

Die Betonung, daß alles noch viel komplizierter sei, als sich globale (Modernisierungs-)Theoretiker träumen lassen, ist immer berechtigt; aber das weiß jeder zünftige Historiker.²

Die Hervorhebung der »Mehrschichtigkeit« von Erfahren und Handeln, mit ihren »subjektiven« und »objektiven« Seiten, ist ebenfalls ein nützlicher, wenn auch dem Historiker vertrauter Hinweis. Es ist manchmal nötig, Grundregeln des wissenschaftlichen Handwerks wieder zu betonen (wie im Moment beispielsweise die Warnung vor einer Volkstümelei, der die methodische Strenge verlorengeht); solche Mahnungen rücken vielleicht manches ins Lot, eröffnen aber noch keine neuen Perspektiven.

Sodann die »Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen«: Diese These, muß ich bekennen, habe ich nie richtig verstanden. Entweder sie bezeichnet eine Banalität, daß nämlich verschiedene alte Lebensstile, Anschauungen, Verhaltensweisen in der Geschichte allemal koexistieren, oder sie gewinnt ihre Bedeutung aus der stillschweigenden oder ausdrücklichen Referenz an ein normatives Wissen, was »eigentlich« und »gesetzmäßig« an der Zeit hätte sein sollen. Selbst bei einem so reflektierten Denker wie Bloch resultiert die Ungleichzeitigkeitsthese doch nicht zuletzt aus eben diesem Erstaunen, daß die deutschen Arbeiter sich am Vorabend des Nationalsozialismus nicht so verhalten haben, wie es dem Marxismus gemäß »auf der Tagesordnung« gestanden hätte. Wenn sich auch Lüdtkes »Ungleichzeitigkeit« aus solchem Wissen über das »Zeitgemäße« ableitet, dann müßte diese Option aber auch von ihm offengelegt werden. Wie nennen wir die Gesellschaft z.B. der Zwischenkriegszeit? Was bestimmt ihre Struktur und Entwicklung? Wie vermeiden wir bei der Bestimmung des »Zeitgemäßen« heimliche Teleologien? Übrigens zeigen doch gerade die von Lüdtke

zum Beleg seiner Ungleichzeitigkeits-Konstruktion angeführten Arbeiten von Niethammer und Brüggemeier, daß diese sich des begrenzten Charakters der geschilderten informellen Lösungen sehr wohl bewußt sind.³ Die halboffene Familienstruktur endet eben in der wohlabgepackten Kleinfamilieneinheit des sozialen Wohnungsbaus, und die informellen Solidarstrukturen der Bergarbeiter sind nach Brüggemeier so sehr historisch obsolet und von den formellen Organisations- und Sinnangeboten verdrängt worden, daß sie nicht einmal mehr als vergangene Alternative erinnert werden. Zudem waren die informellen Solidarstrukturen im Wohn- und Arbeitsbereich der Bergarbeiter alles andere als »ungleichzeitig«, sondern vielmehr durchaus zeitgemäße Selbsthilfeantworten auf Existenzprobleme, die die hastige Urbanisierung und Industrialisierung mit sich brachte.

Zuletzt der »Eigensinn« und die »Alltagspolitik«: Auch diese beiden Begriffe sollen Lüdtkes guter Absicht dienen, Platz für eine relative Autonomie alltäglichen Handelns gegenüber herrschaftlichen Zumutungen und Zugriffen zu schaffen. Fatalerweise erreichen sie eher das Gegenteil, weil sie Alltagshandeln nur in Relation zu herrschenden, »politischen« Strategien fassen können. Es kann für unser Geschichtsbild tatsächlich sehr wichtig sein, herauszuarbeiten, daß Arbeiter im Kaiserreich ein anderes Verhältnis zur Körperlichkeit hatten als bürgerlich Sozialisierte. Das ist unstrittig. Es kann sogar nützlich sein, wenn eine solche »Entdeckung« zunächst vor allem in Begriffen beschrieben wird, die den Kontrast zu den herrschenden Verhaltenserwartungen betonen. Nur damit ist die Erklärungskraft der von Lüdtke vorgeschlagenen Begriffe auch schon erschöpft. Das Fremde aufzufinden und seine Fremdheit zu betonen, ist ein erster Schritt. Aber damit ist das Fremde noch nicht verstanden. Es wäre darüber hinaus nötig, den Kontrast zwischen bürgerlichen und proletarischen Lebenswelten zu verstehen. Geht das ohne Bezug auf eine Theorie des Zivilisationsprozesses, wie sie etwa Elias skizziert hat? Wäre es für das Verständnis der Fremdheit des Arbeiterlebens und für die Klärung der Frage, warum bestimmte Verhaltensweisen als »auffällig«, anstößig, ja »verwahrlost« durch Pädagogen, Kriminologen, Hygieniker usw. beschrieben wurden, nicht nützlich, mit dem Rationalisierungs-Konzept zu arbeiten?

Was hingegen kann eine Glorifizierung des Austretens während der Arbeitszeit oder des »Bartwischens« als eine Art »alltagspolitischer« Widerstand an Erkenntnis zuwege bringen, außer jener, zu signalisieren, daß dem zeitlich, sozial und räumlich entfernten Forscher dies aus der Distanz irgendwie sympathisch vorkommt? Ich plädiere daher für einen engen Politik-Begriff, ohne zugleich alles, was nicht darunter fällt, zu ignorieren. Nicht jeder Nonkonformismus ist gleich »Alltagspolitik«, subjektiv oftmals noch weniger als objektiv. Dennoch kann harmloses abweichendes Verhalten ganze Schwadronen von pädagogischen und polizeilichen Ordnungskräften auf den Plan rufen. Gerade in diesem Sinne »Unpolitisches« kann brisant sein, und — damit stimme ich mit der Intention, jedoch nicht mit dem Lösungsangebot Lüdtkes überein — für die Sozialgeschichte zuweilen brisanter als manche immer wieder hin und her gewendete Fragestellung der Politikgeschichte.

Gewiß gehört es allemal zum Faszinosum von Geschichte und eben auch

von Alltagsgeschichte, daß wir unvermutet auf das »Fremde« im Vertrauten, auf das uns Nahegehende im Fremden stoßen. In der Herausforderung, die das vergangene Andere an unsere Selbstgewißheit stellt, liegt einer der Gründe, warum wir Geschichte treiben (sollten). Gerade heute jedoch, wo Geschichte oftmals nostalgisch und warenästhetisch angeeignet wird (was uns ja nur daran erinnert, daß eine der üblichen Formen des Umgangs mit Geschichte im Konsum des Unterhaltungswertes von schönem, altem Exotischem besteht), sehe ich eine besondere Verantwortung des Historikers darin, rationale, wissenschaftliche Diskursregeln im Umgang mit dem Fremden, dem Vergangenen einzuhalten. Geschichte leistet eben nur dann einen Beitrag zur Orientierung in der Zeit, wenn sie sich nicht mit der bloßen liebevollen Zeichnung vom »Anderssein« zufriedengibt, wozu Alltagsforschung in der ersten Entdeckerfreude gerne neigt, sondern nur, wenn sie darüber hinaus eine zweifache Deutungsperspektive anbietet, die Fremdes der Erkenntnis und damit dem historischen Lernen erschließt: Was »bedeutete« etwa eine andere Gewichtung von Körperlichkeit für die Unterschichten und für die Ordnungskräfte der industriellen Klassengesellschaft der Jahrhundertwende? Zugleich: Was kann uns diese historische Konstellation heute »bedeuten«? Diese Herausforderung durch das vergangene Fremde kann in der Alltagsgeschichte nicht durch vorschnelle und globale Antworten abgetan werden, aber sie drängt uns zur Suche nach Antworten, die sich auch auf jene für eine historische Orientierung in der Zeit notwendige Verallgemeinerungsebene einlassen. Diese Ebene sollte selbst dann begangen werden, wenn wir sie als unsicheres Terrain erkannt haben. Hier hilft nur Mut zum fragenden Entwurf, zur kontrollierten Hypothese weiter.

Kurz, die Leistung in Lüdtkes Beiträgen liegt in der Verästelung der Sichtweisen und der Differenzierung globaler Thesen. Vielen Einzelhinweisen Lüdtkes wird man daher zustimmen können, und eine unvoreingenommene Lektüre meines Aufsatzes wird die meisten Aspekte dort auch explizit erwähnt finden. Lüdtkes jedoch verharrt in polemischer Wendung gegen zusammenhängende Theorien allein bei seinen Detailbeobachtungen. So gelingt es ihm nicht, die Befunde wieder gedanklich zusammenzubringen und sich einen eigenen Reim auf die alte, aber irgendwann eben doch unumgehbare Frage zu machen: Und was will uns der Dichter damit sagen? Lüdtkes Versuch, allzu glatte und monolithische Geschichtsbilder differenzierend zu zerhacken, bindet sich nicht wieder zurück in ein Gesamtbild von Geschichte, auf das der Konsument historischer Produktionen allemal ein Anrecht hat und auf das bezogen »Abweichendes« doch erst seinen Sinn und Eigenwert erhält.

Allerdings gibt es auch bei Lüdtkes stillschweigende Globalannahmen. Wie anders wäre auch überhaupt das Sprechen über Fremdes, Vergangenes möglich? Im Begriff der Ungleichzeitigkeit etwa liegt, wie erwähnt, der Begriff des Zeitgemäßen. Dieses wiederum wird anscheinend mit der herrschenden Politik/Kultur identifiziert. Im »Eigensinn« und dem Konzept der »Politisierung des Privaten« und umgekehrt scheint als Ordnungskriterium eine sehr generelle Herrschafts-Widerstands-Dialektik durch, aus der heraus sich auch nur die Ausweitung des Politikbegriffs bis hin zur »Bartwichserie« unter Arbeitskollegen begründen ließe. Mit solchen etwas schemenhaften und statischen Annah-

men läßt sich eine Fallstudie, der es vor allem auf Verästelungen und Ausdifferenzierungen des Verhaltens von Beherrschten ankommt, vielleicht sogar gewinnbringend bestreiten. Sie werden aber untauglich oder sogar desorientierend, wenn Prozesse der Veränderung analysiert und beschrieben werden sollen oder wenn Bereiche thematisiert werden, die zwar auch, aber nicht nur in der Linie Herrschaft-Beherrschte zu verstehen sind, wie die Veränderungen der Zeit- und Reiseerfahrungen durch die Eisenbahn oder die Durchsetzung sozialer Disziplin innerhalb der bürgerlichen Klassen selbst.

Sowohl die explizite Begrifflichkeit Lüdtkes als auch seine impliziten vagen Globalannahmen resultieren aus einer Blickverengung auf die Lebensweise der »Beherrschten« und enger noch auf jene Aspekte, die sich einer »politischen« Orientierung mehr oder minder gewaltsam zuordnen lassen. Ganz im Gegensatz zur Intention, ein möglichst verständnisvolles Bild der Lebensweise »Beherrscher« zu zeichnen, besteht die Gefahr, daß die in dieser Begrifflichkeit nicht faßbaren Aspekte der Lebensweisen unbemerkt bleiben oder zurechtgestutzt werden.

Es gibt gute Gründe, die Indikatorenbündel der herkömmlichen Modernisierungstheorien für unzureichend zu erklären oder die implizite Koppelung von Fortschritt und Moderne zu kritisieren. Aber kein Sozialhistoriker kommt um die theoretische Herausforderung herum, das, was sich im 18. und 19. Jahrhundert so augenscheinlich auf allen Lebensgebieten geändert hat, begrifflich zu fassen. Man kann doch die Herausbildung der modernen Welt nicht leugnen, nur weil einem die Modernisierungstheorie politisch nicht paßt. Es kann doch darüber hinaus nicht umstritten sein, daß diese Durchsetzung der modernen Welt Prozeßcharakter hatte und ein komplexes Resultat, das sich von der Ausgangslage der vormodernen Welt unterscheidet.⁴ Strittig ist doch »nur«, ob dieser Prozeß offen oder teleologisch verläuft, ob seine Resultate flächendeckend sind oder nicht vielmehr auf innere und äußere Grenzen stoßen, ob ihm eine prinzipiell fortschrittliche bzw. prinzipiell reaktionäre Tendenz immanent ist, ob wir ihm mit marxistischer Theorie beikommen oder nicht usw.

Hier ist zu fragen, ob es nicht Aufgabe des Historikers wäre, die Emanzipationsangebote und Zuwächse an Lebenschancen einerseits, die gleichschaltenden und pathologischen Aspekte des Modernisierungsprozesses andererseits je und je kritisch zu gewichten. Dies eben scheint mir im Rahmen der von Habermas⁵ vorgestellten Antithetik von System und Lebenswelt möglich zu sein.

Zweifellos verdient das vielschichtige Werk von Habermas eine ausgiebigere Würdigung, als sie mein knapper Literaturbericht leisten konnte. Vor allem wäre dem Werk zu wünschen, daß es Leser fände, die sich nicht schon durch das Mißverständnis einiger als Anregung zur Lektüre gemeinter Hinweise in ihren Vorurteilen bestätigt finden. Besonders die Auslotung der Möglichkeiten und humanen Qualitäten rationaler Kommunikation und des Selbstverständnisses von Wissenschaft in ihr durch Habermas mußte gänzlich unerwähnt bleiben, obwohl sie angesichts des gegenwärtig modischen Ausufers von Zivilisationskritik in Apologien des Irrationalen, in Unmittelbarkeitsphantasien und in Volkstümelei von besonderer Bedeutung für diejenigen ist, die bei allem

skeptischen Vorbehalt doch der von Hannes Heer jüngst denunzierten »aufklärerischen Arroganz der Wissenschaft« die Stange halten wollen. Man sollte sich daher von den mehr als 1000 Seiten der »Theorie des kommunikativen Handelns« nicht abschrecken lassen, weil ihre Lektüre es uns erlaubt, das historische Mehr an Freiheit und selbstbestimmter Lebensgestaltung ebenso wahrzunehmen wie deren Bedrohung durch die Tendenz zur Kolonialisierung von Lebenswelten.

Gerade diese spannungsreichen Begriffe gestatten es, die von den Historikern untersuchten Widerstände des »Volks« gegen soziale Disziplinierung und Rationalisierung eben nicht einfach auf der Seite der geschichtlich überholten Rückzugsgefechte abzubuchen oder sozialromantisch zur autochthonen, eigensinnigen Volkskultur zu verklären, sondern vielmehr ihren geschichtlichen Ort und das Lernangebot für uns Heutige genauer zu bestimmen. Dabei scheinen mir, in grober Unvollständigkeit, folgende Positionen seitens des »Volks« in jeweils unterschiedlichen, konkreten geschichtlichen Situationen eingenommen worden zu sein: Die Verteidigung von Traditionen; die Schaffung neuer Bedürfnislagen und Artikulationsweisen; die Adaption bestimmter hegemonialer Stile und Sinnangebote; die Verflechtung von Anpassungs- und Widerstandsleistungen; die Markierung von Grenzen der Angleichung; das Aufbrechen ganz neuer, originärer Konfliktzonen usw.

Vielleicht sollte unsere Diskussion, damit sie sich nicht in Polemik erschöpft, zum Anlaß genommen werden, einige Präzisierungen des Konzepts hervorzuheben⁶, die Mißdeutungen vermeiden helfen:

Zunächst will ich nichts weniger, als eine »umgekehrte Modernisierungstheorie« oder irgendeine andere Globaltheorie kreieren. Die Debatte um den Erklärungswert von Modernisierungstheorien oder um das marxistische Modell der gesetzmäßigen Abfolge von Gesellschaftsformationen wird auf einer anderen, allgemeineren Ebene geführt. Vielmehr geht es hier darum, ob wir für die besonderen Aspekte der geschichtlichen Veränderungen im Alltagsleben als einem Teil der umfassenderen Sozialgeschichte eine konsistente Begrifflichkeit entwickeln können. Hier versagt meines Erachtens der Marxismus gegenüber Modernisierungskonzepten, weil diese unbelasteter von der möglichen Gleichrangigkeit historischer Prozeßebenen ausgehen können, wo der Histomat sich in Basis-Überbau-Akrobatik versteigen muß. Jedoch versagen auch systemtheoretisch ausgerichtete Modernisierungskonzepte vor der Widersprüchlichkeit alltagsgeschichtlicher Phänomene, weil sie das Systematische dem Unsystematischen, das Globale dem Besonderen vorzuziehen geneigt sind. Die Einführung des Spannungsverhältnisses von System *und* Lebenswelt verweist auf konkurrierende soziale Logiken und ermöglicht daher die kohärente Analyse sowohl *beider* Seiten des Spannungsverhältnisses für sich als auch der *Interdependenzen* und Konflikte zwischen beiden.

Der Habermassche Ansatz erlaubt, sowohl die emanzipatorischen Qualitäten des Rationalisierungsprozesses zu würdigen, als auch dessen pathologischen Wirkungen nachzugehen, die vor allem dann auftreten, wenn sich die systemischen Logiken auf jene Alltagsbereiche auszudehnen suchen, die besser lebensweltlich kommunikativ zu gestalten sind: die Felder der Sozialisation,

der gesellschaftlichen Integration und der Kultur. Dieses Übergreifen, nicht aber, wie Lüdtke mißversteht, jede Rationalisierung wird von Habermas treffend als Kolonisierung der Lebenswelten beschrieben, ein Vorgang, der auf Widerstände stößt, an Grenzen gelangt, zuweilen auch zurückgeworfen wird. Heute, in einem Zeitalter, wo die Grenzen des Wachstums, die Grenzen der Erziehbarkeit und die zerstörerischen Begleitumstände von lange als Fortschritt gefeierten Entwicklungen schmerzlich bewußt werden, scheint die kritische Betonung der pathologischen Seite des Modernisierungsprozesses ebenso notwendig zu sein wie ein Ansatz, der Soll und Haben der Modernisierung gewissenhaft abwägt und sich die optimistische Perspektive möglicher Erweiterungen von Emanzipationsangeboten und Lebenschancen nicht durch globale Untergangsstimmungen abkaufen läßt.

Zu betonen ist ferner, daß einem gerechten Verständnis solcher Konflikte nicht geholfen wäre, würde man auf der Seite der Volkskultur nur humanes Potential und auf der Seite der Rationalisierung nur Pathologien und Gleichschaltungsprozesse verbuchen wollen. Der Vorschlag, Moderne und Fortschritt begrifflich zu entkoppeln, bedeutet doch gerade nicht, statt dessen nun die Vision eines universalen Gefängnisystems⁷ zu propagieren. Um auf Alf Lüdtkes Beispiel der »Bartwichserie« zurückzukommen: Selbst würde man dieser körperbetonten Rüpelei unter Kollegen den Glanz »eigensinniger« Alltagspolitik zuerkennen, dürften doch die bedrückenden Aspekte solcher Körperlichkeit nicht verniedlicht werden. Das Opfer konnte eben nur dann das nächste Mal zum Täter werden, wenn es potentiell gleich stark war. Männlichkeitswahn, eine Hack- und Pick-Ordnung, der die Schwachen unterliegen, »gesundes Volksempfinden«, das durch formalistische und rationalistische Interventionen des Rechtssystems nur mühsam von der Selbstjustiz abgehalten wird: Auch solche Konfliktzonen treten in der Moderne auf und erlauben es nicht, eine camouflierte Herrschafts-Widerstands-Dialektik als zentrales Ordnungskriterium in die Alltagsgeschichte einzuführen. Das Humanisierungspotential liegt nicht nur auf seiten der »Volkskultur«, so wenig wie nur in der Fortschrittslogik eines globalen Modernisierungsprozesses. Um ein Beispiel zu geben: Das Auftreten »auffälliger« Jugendsubkulturen in Deutschland von den »Wilden Cliques« in der Weltwirtschaftskrise über die »Edelweißpiraten« im Dritten Reich bis zu den »Halbstarken« in den Wirtschaftswunderjahren markiert sicher, in allerdings geschichtlich erheblich unterschiedenen Konstellationen, Grenzen der Erziehbarkeit, die Rand- und Konfliktzonen einer modernen Sozialdisziplin. Dem Verhalten solcher Jugendlicher kann wohl auch mit einiger Sympathie begegnet werden, weil sie eine eher deprimierende Lebensperspektive spontan und kreativ im Rückgriff auf lebensweltliche Erfahrungsräume zu bewältigen suchten. Zugleich verweist das Auftreten von Aggressivität, Machismo, Betonung der körperlichen Überlegenheit gegenüber dem Schwachen oder Fremden und nicht zuletzt die Perspektivlosigkeit dieser Subkulturen — die auf die Jugendphase im Lebenslauf und die proletarische Teilgruppe der ungelernnt und unständig Beschäftigten gleich doppelt beschränkt waren — doch auch darauf, daß jenseits der Grenzen der Erziehbarkeit auch die »Barbarei« lauert und nicht nur der bartwischende »gute Wilde«.

Ähnlich kurzschlüssig ist die abstrakte und pauschale Einordnung solcher und vergleichbarer subkultureller Phänomene in die Antithetik von verwerflicher Organisation und löblicher Spontaneität. Es gibt natürlich oftmals zeitlich und sozial deutlich ausgegrenzte Teilbereiche, in denen informelle Solidarstrukturen von (häufig, nicht immer, ungelerten) Arbeitern und ihre lebensweltlichen Erfahrungen fremden, formellen Organisationsangeboten gegenüberstehen. Eine genauere Analyse zeigt dann aber, daß die gleichen Organisationen den Erfahrungen anderer Arbeiter angemessen sein mögen, ihren Bedürfnissen nach Qualifikation, sozialer und kultureller Hebung, gesamtpolitischem Ausdruck entgegenkommen.⁸ Auch die oft belächelte Parole: Bildung, Wissen ist Macht glitt sicher am Alltag vieler Arbeiter vorbei und muß daher in den Schwächen ihres normativen Anspruchs und der mangelnden Integrationskraft ihrer Sinnangebote kritisiert werden. Zugleich aber drückte sie das Lebensgefühl anderer Arbeiter adäquat aus und befähigte sie zu einem emanzipatorischen Entwurf ihres Lebensplans und der kollektiven Perspektive ihrer Klasse.⁹ Wenn solche Differenzierungen weder in apologetischen Theorien von der »anderen Arbeiterbewegung« bzw. von der »volksparteilichen« Integrationsmission der SPD verwischt werden sollen, noch sich mit einem mikrohistorischen Einerseits-Andererseits bescheiden wollen, dann brauchen wir ein Doppelkonzept von systemischer und lebensweltlicher Logik, das die Möglichkeiten und Grenzen beider Orientierungsangebote, der formellen wie der informellen, kritisch abwägt und in Beziehung zueinander setzen kann.

Eine letzte Bemerkung: Es wäre wenig nützlich, wenn sich Theorie-Kontroversen im Bereich der Alltagsgeschichte verselbständigten, bevor eigentlich eine breite und empirisch ausgewiesene Forschung vorliegt. Theorien, auch das hier vorgeschlagene Orientierungsangebot (Habermas), haben für Historiker allemal vor allem heuristischen Charakter. Sie definieren Strategien der Annäherung an konkrete Problemlagen, stellen das Vokabular und die Grammatik für erklärende Sätze. Die eigentliche Herausforderung der Alltagsgeschichte wie jeder Geschichte besteht jedoch in sowohl detailversessener wie theoretisch geleiteter »thick description«. Hier und nur hier entscheidet sich letztlich die Leistungsfähigkeit theoretischer Zugriffe.

Nicht um einer »Versöhnlichkeit« willen, die Unvereinbares vermenschlicht, sondern weil ich vom Primat des Historisch-Konkreten vor den tentativen Angeboten theoretischer Verallgemeinerung überzeugt bin, möchte ich daher noch zu bedenken geben, daß die Wahl sinnvoller Konzepte manchmal so sehr von den jeweiligen Forschungsgegenständen abhängig sein kann, daß einander in der reinen Theorie ausschließende Ansätze in der historischen Empirie auf unterschiedlichen Themenfeldern durchaus bestehen können. So mag Lüdtkes Auffächerung der Herrschafts-Widerstands-Dialektik in Ungleichzeitiges, Eigensinniges und Alltagspolitisches bei seinem Forschungsprojekt über Metallarbeiter durchaus nützlich sein, während es mir bei meiner Untersuchung zur Geschichte des Umgangs mit »auffälligen« Jugendlichen im Bereich der Fürsorgeerziehung nur den Blick verengen würde. Auf »meinem« Interessengebiet herrscht in der Literatur neben simplen Apologien pädagogischen »Fort-schritts« entweder der universale Pessimismus Foucaultscher Prägung vor, der

die Wahrnehmungsweisen und Ordnungsabsichten von »oben« schon für das geschichtliche Resultat nimmt, oder eben die Idealisierung autonomer, informeller und spontaner Regungen der Betroffenen. Von diesen einseitigen theoretischen Positionen führt der Habermassche Ansatz fort, weil er erlaubt, deren Vorzüge aufzunehmen, ohne deren Verzerrungen zu teilen. Vielleicht ist es ein billiger Erkenntnisrelativismus, vielleicht aber auch Einsicht in die Begrenztheit und Brüchigkeit historischer Erkenntnis, wenn ich vorschlage, von der unfruchtbaren Polemik zur »friedlichen Koexistenz« unterschiedlicher Forschungsstrategien überzugehen. Ich bin neugierig, was dabei herauskommt; denn: the proof of the pudding is in the eating.

Anmerkungen

- 1 A. Lütke: Erfahrung von Industriearbeitern. Thesen zu einer vernachlässigten Dimension der Arbeitergeschichte, in: W. Conze/U. Engelhardt (Hrsg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (= Industrielle Welt, Bd. 28), Stuttgart 1979, 494-512; ders.: Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnisartikulation, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 11, Frankfurt/M. 1978, 311-350; ders.: Rekonstruktion von Alltagswirklichkeit — Entpolitisierung der Sozialgeschichte?, in: Berdahl u.a.: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1982, 321-353; ders.: Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. R. Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, 416-438.
- 2 H.-U. Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte. Göttingen 1975.
- 3 F.J. Brüggemeier/L. Niethammer: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: J. Reulecke/W. Weber (Hrsg.): Fabrik — Familie — Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, 135-176; L. Niethammer (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Wuppertal 1979; F.J. Brüggemeier: Entdeckungsreise in das eigene Volk. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919. Phil. Diss. Essen 1982.
- 4 Man denke etwa an die begriffsgeschichtlichen Studien zur Entstehung der modernen Welt in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, bisher 4 Bde., Stuttgart 1972ff., die gerade das von Lütke so verpönte Vorher-Nachher im Übergang zur Moderne mit weit in den alltäglichen Sprachgebrauch hineinreichenden Belegen ausmessen.
- 5 J. Habermas: Theorien des kommunikativen Handelns. 2 Bde., Frankfurt/M. 1981.
- 6 S. bes. die anregenden Reflexionen bei J. Kocka: Klassen oder Kultur? Durchbrüche und Sackgassen in der Arbeitergeschichte, in: Merkur 36 (1982), H. 10, 955-965.
- 7 Darin scheint mir übrigens die Schwachstelle bei Foucault und mehr noch bei den Foucaultianern zu liegen.
- 8 E. Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976, in kritischer Auseinandersetzung mit der holzschnittartigen Skizze bei K.H. Roth: Die »andere« Arbeiterbewegung. 1973, 4. Aufl. München 1977.
- 9 D. Langewiesche: Politik — Gesellschaft — Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XXII (1982), 359-402.

Claudia Albert

Diskursanalyse in der Literaturwissenschaft der Bundesrepublik

Rezeption der französischen Theorien und Versuch der De- und Rekonstruktion

Vorsätze

Der folgende Beschreibungsversuch beansprucht nicht, die hier unter dem Titel »Diskursanalyse« subsumierten Ansätze vollständig zu durchdringen. Vielmehr ist beabsichtigt, innerhalb der verwirrenden Vielfalt von Begriffen und methodischen Verfahren — und auch von neuen Erscheinungsformen literaturwissenschaftlichen Arbeitens, die teils zur modischen Nachahmung, teils zur verschreckten Ablehnung geführt haben — einige Orientierungspunkte zu markieren. Daß sich durch Verdrängungsstrategien wie die Etikettierung der Diskursanalyse als Produkt des ideologischen roll-back und der »Nouvelle Droite« der Herausforderung nicht begegnen läßt, wird von mir ebenso zugrunde gelegt wie die Tatsache, daß Vertreter der marxistischen Politik- und Ideologietheorie — so Laclau und Hall in Großbritannien, die Althusser-Schule in Frankreich (vgl. Haug/Elfferding 1982) zunehmend von reduktionistischen und unmittelbar auf das Ökonomische verweisenden Modellen abgehen und »neue Formen der Beziehungen zwischen ihren Objekten [d.h. den Klassen, die jedoch offensichtlich selbst nicht mehr allein mit ökonomischen Merkmalen beschrieben werden können; d.Verf.] und damit auch eine neue Form der Politik« (Laclau 1982, 7) zu konstituieren versuchen. Diskursanalyse wird in diesem Zusammenhang verstanden als Untersuchung des »materiellen Charakters des Diskursiven« (Laclau 1982, 16), der sich auf dem gesamten Gebiet des Sozialen realisiert. Sprache ist damit nicht nur mehr *ein* gesellschaftlicher Bereich neben anderen, vielmehr soll ihre Grundstruktur — die Verknüpfung (Artikulation) nicht notwendig zusammenhängender Elemente zu Sinnbeziehungen — für den ganzen Bereich des Sozialen gelten.

In Anlehnung an den hier für die Politik- und Sozialwissenschaften skizzierten Übergang zu einer neuen »Episteme« (durch spezifische Erkenntnisinteressen und -weisen geprägten Epoche) soll im folgenden danach gefragt werden, welche Erweiterungen und Modifikationen *literaturwissenschaftlichen* Erkenntnisinteresses, welche neuen Einsichten in den gesellschaftlichen Status und die Konstitution der Literatur und welches Bild vom Subjekt die Diskursanalyse entwirft, und wo sie als Provokation tradierter Paradigmen produktiv werden kann.

Erscheinungsweisen der Diskursanalyse in der Literaturwissenschaft

Der Export der Diskursanalyse aus Frankreich, vor dem Harold Woetzel 1980 warnte (*Das Argument* 122, 518), ist inzwischen in vollem Gange: das »Murmeln des Diskurses« ist in der Literaturwissenschaft ebenso zum Topos geworden wie die »Subversion des Wissens« (vgl. Foucault 1974a), die schließlich in der »Ausreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften« gipfelt (Kittler

1980). Das (literarische) Subjekt scheint nur ein Material zu sein, durch das hindurch der Diskurs, das Begehren, die Versagung oder die Spur des Zeichens sich realisieren. Diese Begriffe bilden die Grundstruktur von Interpretationen, die sich meist auf einen relativ festen Kanon von Autoren wie Hölderlin, Nerval, Baudelaire, Nietzsche, Kafka und die Surrealisten beziehen und beanspruchen, die Tiefenstruktur der Texte zu erfassen, indem sie die Lücken, Brüche, Verweisungen aufdecken, hinter denen sich wiederum die Macht, das Begehren oder die Spur des Zeichens verbergen.

Es scheint, als ob die Absage an die Suche nach dem Sinn, nach den ewigen Wahrheiten und Werten im Text zu einer neuen Art von Hermeneutik führte: die Ehrfurcht vor den Stimmen der Überlieferung, in die das interpretierende Subjekt »einrückt« (Gadamer ³1972, 274), wird ersetzt durch die Ehrfurcht vor den übergreifenden Strukturen, die ebenso auf die Unterwerfung des Subjekts (oder auf das Ertappen bei den Verschleierungsmanövern, mit denen es sich seiner scheinhaften Authentizität zu versichern versucht) zielt wie ehemals die »hermeneutische Situation«.

Neue Zeitschriften, in denen die »Poststrukturalisten« rezipiert werden, tragen so programmatische Namen wie *Konkursbuch. Zeitschrift für Vernunftkritik, Freibeuter, Transatlantik* oder *Fugen. Deutsch-Französisches Jahrbuch für Diskursanalyse und Diskurskritik* und zeichnen sich durch eine Gestaltung aus, die auf Assoziation und tätige Phantasie zielt. Die metaphernreiche Sprache vieler Autoren soll es ermöglichen, im »Schein- und Möglichkeitsmodus« zu bleiben (Kudszus 1980, 185f.) und so nicht der Illusion eines mitteilbaren Sinnes zu verfallen. Der »wilde Diskurs« und das »subversive Denken« laufen allerdings Gefahr, sich durch freiwillige Verdunkelungen und Verrätselungen auch dem gegenüber fertigen »Wahrheiten« kritischen Leser zu entziehen und zum Reservoir zitierfähiger Formeln zu verkommen (vgl. Jaeggi 1981).

Die Nähe der diskursanalytischen Ansätze zu Nietzsche — sichtbar sowohl an den erkenntnistheoretischen Prämissen als auch an Sprache und Gestus — und die teilweise Verwandtschaft mit Theoremen der »Nouvelle Droite« und der »Nouveaux philosophes« erleichtern es, vom »Neuen Irrationalismus« — so der Titel des *Literaturmagazin 9* — zu sprechen oder gar ein »Konkordat von Foucaults 'Mikrophysik der Macht' mit der 'nouvelle philosophie' ..., dem Antikommunismus in seiner bisher anspruchsvollsten Form« (*Literaturmagazin 9*, 79) zu sehen. Hilflöse Gesten zur Verteidigung sicher geglaubter Besitzstände wie z.B. die Michael Schneiders — er schlägt vor, »den Marxismus endlich als das zu begreifen, was er genuin ist: eine (dialektisch-materialistische) Methode zur universellen begrifflichen und sinnlichen Aneignung der Welt« (Schneider 1981, 162) — sind allerdings nicht geeignet, die Diskursanalyse als Provokation für materialistische Wissenschaft zu begreifen — sie überlassen sie vielmehr einer »zu rasch gebrochenen, wehleidigen und resignierten linken Intelligenz« (Frank 1980b, 36). Vorläufig erscheint die Diskursanalyse jedoch gerade dort leistungsfähig, wo sie sich gegen den instrumentalisierenden Umgang mit dem Text als Ausdruck (von Ökonomie, Geistesgeschichte, der Psyche des Autors, des dichterischen Genius etc.) wendet und der Materialität des Ästhetischen näherzukommen versucht. Die Chance, das Ästhetische

als Produktivkraft zu begreifen, als Erfahrungsraum, in dem Subjekte genießend lernen können, die Formen ihrer Vergesellschaftung gerade in ihren Widersprüchen zu erproben und sich so in ihnen zu bewegen (vgl. Nemitz 1980, 54f.), kann von der Diskursanalyse allerdings dann nicht mehr erfaßt werden, wenn sie das Subjekt als Opfer unwandelbarer Machtstrukturen oder psychischer Konstellationen betrachtet. So geht es — isoliert und unfähig zum Selbstgenuß wie zur Vergesellschaftung seiner Erfahrungen — in der »Ordnung der Zeichen« ebenso unter wie zuvor in der »hermeneutischen Situation«. ¹

Sprache als symbolische Ordnung: Lacan

Aus Lacans »Ent-Stellung« (Weber 1978) der Psychoanalyse entspringt der grundsätzlich andere Charakter der Literaturanalyse gegenüber dem traditionellen Forschungsgebiet »Literatur und Schizophrenie«. War dies ein Randgebiet der Literaturwissenschaft, in dem z.B. die Texte von Geisteskranken untersucht wurden (vgl. Navratil 1971 und 1978, Urban/Kudszus 1981), so gelang die strukturalistische Textanalyse zur »Dekonstruktion des Individuums« einerseits mehr aufgrund literarischer als klinischer Befunde (Deleuze/Guattari), andererseits faßt sie das Unbewußte selbst als Sprache (Weber 1978, 5) und damit die Psychoanalyse als Textanalyse. Indem Lacan das Subjekt als »Effekt der Sprache« versteht, macht er es von vornherein zum Opfer einer Täuschung: es ergreift nicht den — bereits vorhandenen — Sinn, um souverän über ihn zu verfügen, vielmehr entsteht der Sinn erst durch die Differenz zwischen den verschiedenen Zeichen, die an sich keine Bedeutung haben und sich zu dem, was sie bezeichnen, arbiträr verhalten. Sprache ist also ein Differenzierungssystem, das sich wie ein »Raster auf die ungeordnete Masse der Realität legt, sie ordnet, unterscheidet und damit erst Sinn schafft, Bedeutungen produziert« (Gallas 1981, 39). Lacan radikalisiert diesen — bei Saussure angelegten — Ansatz, indem er ihn nicht nur auf die Konstitution des Subjekts selbst bezieht — es ist die »reflexive Lücke ..., das Intervall eines geregelten Verweisungsspiels« (Frank 1980b, 122) —, sondern darüber hinaus den Primat des Signifikanten behauptet, der sich einem fixierbaren Sinn generell widersetzt. Er bezweifelt also, daß überhaupt das »Signifikante seine Existenz im Namen irgendeiner Bedeutung zu verantworten habe« (Lacan 1975, 22). Wenn Sinn entsteht, dann nur als Wirkung des Signifikanten im Subjekt, als »Subjekteneffekt«. Äußerungen von Subjekten sind daher nicht wahr oder identisch, sondern Indiz einer »(Selbst-)Darstellung ..., die das Dargestellte immer auch dekonstruiert [indem sie es in ihrer Konstitution bereits des Scheins eines authentischen Sinnes beraubt; d.Verf.]« (Weber 1978, 5).

Am eindringlichsten verdeutlicht Lacan das »Drama« der Ich-Bildung im »Spiegelstadium« (Lacan 1973, 61-70), in dem sich die imaginäre Einheit von Ich und Du in der Mutter-Kind-Dyade durch den Eintritt des Vaters (als Repräsentant aller Instanzen, die das ursprüngliche Begehren nach Anerkennung objektivieren) zum Versagungs-dreieck von Ich, Du (dem anderen) und dem Anderen ausweitete. Nun ist jeder Wunsch Substitut für die verlorene und nie wiederzugewinnende Ich-Identität. Dementsprechend haben Psychoanalyse und Textanalyse dieselbe Aufgabe: diejenigen Täuschungen zu untersuchen, in

denen sich das Ich im Prozeß seiner Selbsterkenntnis (*se connaître*) doch immer nur die *Illusion* seiner selbst vorspiegelt (*se méconnaître*). Freuds Theorie thematisierte die fundamentale Herrschaft des Mangels und der ständigen Konstruktion und Dekonstruktion des Ich in »Fabeln«, in denen er die verschiedenen Repräsentationsformen des Ich beschreibt: eine Geschichte erzählend oder inszenierend verweisen sie doch stets auf etwas anderes, das sich gleich einer »Übersetzung ohne Original« (Weber 1978, 5) nie vollständig fassen läßt. Die Spuren der ständigen Selbst-Verkennung des Subjekts sind nach Lacan gerade im Verschweigen und Aussparen zu finden, in dem, »was das deutsche Präfix 'ver-'(...) bezeichnet: etwas, was allein nicht vorkommen kann, und dennoch das ihm unabdingbare Simplex immer verändert und meistens verschiebt« (Weber 1978, 5).

Die methodologischen Konsequenzen für die Literaturwissenschaft liegen auf der Hand: nicht die manifesten Äußerungen literarischer Figuren sind zu untersuchen — sie sind vielmehr immer schon durch Nichtidentität entstellt —, sondern die Ambivalenz von Position und Dekonstruktion des Ich, das sich immer nur in seinem Spiegelbild scheinhaft erfaßt (Lacan 1975, 209). Betrachtet man die hier skizzierten »Gesetze des Unbewußten« als »Universalpragmatik einer jeden Rede« (Kittler/Turk 1977, 145), so blendet man allerdings die historisch zu begründenden Varianten der Ich-Identität ebenso aus der Textanalyse aus wie im engeren Sinne literaturwissenschaftliche Fragestellungen nach Gattungszugehörigkeit, Sprachgebrauch, Traditionszusammenhang und formaler Gestaltung. Auch die Literaturverhältnisse und die Funktion und Konstitution von Literatur in einer bestimmten Epoche bleiben außer Betracht.

F.A. Kittler sieht seine Interpretation von E.T.A. Hoffmanns Erzählung »Der Sandmann« als »Puzzlespiel« (Kittler/Turk 1977, 148), das schließlich in der Gleichsetzung des Protagonisten Nathanael und seines Schöpfers(?) Ernst Theodor Hoffmann mündet: da beide Namen dasselbe bedeuten, nämlich von Gott gegeben zu sein, reproduzieren sie nach Kittler das »Phantasma des allmächtigen Vaters«, das wiederum in der »behaupteten Genialität des romantischen Künstlers« (165) seinen Ausdruck findet. Allerdings: »Diese komplexe Ästhetik wäre dem Text auch ohne die Unmenge der Theorie zu entnehmen gewesen, weil sein erstes Wort, der Name des Helden, sie schon verrät.« (165) Auf diese Weise degeneriert der literarische Text zur Materialbasis für ein — unhistorisch und monistisch gefaßtes — Verstehensmodell, das sich seine eigene Gültigkeit um so eher beweisen kann, je raffinierter die vermuteten Verhüllungen des im »Versagungs-dreieck« gefangenen Subjekts sind. Die ursprüngliche Intention der Diskursanalyse — Erkenntnis der sprachlichen Materialität des Ästhetischen — verkehrt sich im Verzicht auf literaturwissenschaftliche Arbeitsweisen in ihr Gegenteil, indem sie den Text wiederum reduziert und damit der Vereinheitlichung aller Interpretationen Vorschub leistet. Gerade wenn es um die Verknüpfung einzelner Elemente zu Sinn- und Subjektbeziehungen geht, wäre es wesentlich, ihnen in ihrem Bedeutungsumfeld und ihren Konnotationen nachzugehen, statt sich mit dem Auffinden einer vermeintlich dominierenden Grundstruktur zufriedenzugeben.

Eine der wesentlichsten Konsequenzen ist der Verzicht auf die Kategorie des

Autors — nicht nur im zu begrüßenden Sinne der Ablehnung positivistischer Zuordnungen von »Leben und Werk«, sondern prinzipiell als einer textproduzierenden Instanz. War bei Kittler der Autor Vertreter des »allmächtigen Vaters«, so meint Helga Gallas in bezug auf Kleists »Michael Kohlhaas«:

»Mag Kleist eine bestimmte historische Aussage, eine Erzählung zum Lob des rechtsstaatlichen Prinzips oder einen Preußentraum intendiert haben — beim Schreiben ist ihm diese Intention entglitten; das Begehren des Subjekts (oder, was dasselbe ist: die Struktur des Signifikanten) war stärker. ... das Subjekt des Textbegehrens spricht keine konsistenten Sätze. Wer aber ist dies Subjekt des Textprozesses? Warum spreche ich vom Textbegehren und nicht vom Begehren des Autors? Weil es unmöglich ist, daß Kleist diese Verschlungenheit des Signifikantensystems in seinem Text intendiert hat, daß er je Herr gewesen ist dieser sich überstürzenden und sich widersprechenden Bedeutungseffekte, daß er je wußte, wo und was er sprach: als Luzifer, als Christus, als Prophet, als Zwerg? Für das Rechtsprinzip, gegen das Rechtsprinzip? Und doch ist es sein Text.« (Gallas, 113)

Keine Rede davon, wie sich im Konzept des Autors — sei es das Genie des Sturm und Drang, der klassische Nationalautor, der Familienromanschreiber des Biedermeier oder der Dandy des *fin de siècle* — gesellschaftliche Erwartungen und Ängste in idealtypisch gefaßten Figuren verdichten und sowohl die Form des »Künstlerromans« als auch Formen der Produktion und Attitüden der Produzenten prägen. Selbst wenn man den Autor als Phantasma fassen will — seine historisch verschiedenen Erscheinungsformen zu untersuchen, müßte gerade im Interesse der Diskursanalyse liegen.

Ästhetisierung des Wahnsinns: Deleuze/Guattari

Indem Lacan Sprache und Unbewußtes im Modell einer Versagungsstruktur erfaßt, wird jede Äußerung — und nicht etwa nur die des Kranken — der Psycho-(oder Text-)Analyse zugänglich. Die »Schizoanalyse« von Deleuze/Guattari sieht gerade im »Umherschweifen des Schizophrenen« die Möglichkeit neuer Wirklichkeitserfahrungen, in denen jenseits aller »Codierungen« die »absolute Decodierung«, das »Denken in frischer Luft« (Deleuze 1979, 109/117) sich realisieren können. Vor allem in Person und Werk Nietzsches verkörpert sich der Beginn einer »Gegenkultur« (ebd., 106), die sich nicht auf Sinn und Bedeutung einläßt, sondern »Intensitäten« (Titel eines Nietzsche-Colloquiums in Cerisy-la-Salle 1972, das für die französische Diskursanalyse wegweisend war) zuläßt: »Irgendetwas springt aus dem Buch und tritt in Kontakt mit einem reinen Außen.« (ebd., 113) Die potentielle Energie im Text Nietzsches, die den Leser auffordert, den Text zu »maschinisieren, auszuprobieren, mit welcher aktuellen äußeren Kraft er etwas passieren läßt« (ebd.), macht nach Deleuze die besondere Qualität Nietzsches gegenüber den beiden anderen Vertretern der Moderne — Marx und Freud — aus, deren Theorien inzwischen als die beiden »fundamentalen Bürokrationen« (ebd., 107) etabliert seien.

Die literarische Form, die die Durchbrechung tradierter Wahrnehmungsweisen am ehesten ermöglicht, ist der Aphorismus, der das »dionysische Lachen ...«, das Schizo-Lachen oder die revolutionäre Lust« (ebd. 117) freisetzt.

»Der Aphorismus ist die reine Materie des Lachens und der Lust. Wenn man in einem Aphorismus nichts gefunden hat, das lachen macht, welche Anteile von Humor und Ironie, auch welche Schichtung von Intensitäten es darin gibt, so hat man überhaupt nichts gefunden.« (ebd., 118)

Die Chance, die der Aphorismus bietet, ist hier verspielt: Nicht die Irritation, das Befremdende im Selbstverständlichen werden als seine Leistung bezeichnet, sondern der inhaltsleere Ausbruch aus der Wirklichkeit. Konsequenz dieser Verherrlichung der reinen Energieentfaltung — die im übrigen auch in den verschiedensten Jugendsekten Eingang gefunden hat —: wenn Deleuze/Guattari dem Schizophrenen — sei es als literarische Figur, sei es konzentriert im Autor-Patienten Nietzsche — die Fähigkeit einer »Gegen- und Alternativsprache« (Kudszus 1980, 183) zuschreiben, das »Herausfallen aus der approbierten Wirklichkeit in den Wahn, wobei sich immer wieder auch kreative Möglichkeiten einstellen« (ebd., 85), so verabsolutieren sie den leidenden Menschen zum Paradigma der Kreativität. Die Gründe des Leidens können (und sollen) weder analysiert noch kritisiert werden, da sie ja erst die Voraussetzung zur Erfahrung und Entfaltung der Energieströme bieten (vgl. Lang 1980, 193).

Die Subversion des Subjekts, gerade an denjenigen Autoren demonstriert, die selbst dem Wahnsinn verfielen, und nicht etwa danach befragt, welches Bild vom Künstler und welche gesellschaftlichen Erfahrungen sich in diesen Gestalten kristallisieren², endet so im Einverständnis mit den herrschenden Zuständen: sie bieten immerhin noch die Möglichkeit, universalistische Selbsterfahrung mit allgemeiner Weltverachtung zu verbinden und so den Kapitalismus als die perfekteste aller »Maschinen« zu affirmieren.

Im »Anti-Ödipus« treiben Deleuze/Guattari die anarchistisch-vitalistische Ästhetisierung der Wirklichkeit so weit, daß die nach ihrer Auffassung heute herrschende letzte Stufe der europäischen (Verfalls-)Geschichte, diejenige der totalitären Maschinen, verherrlicht wird, weil durch sie das »wilde Denken« wieder zum Archaischen zurückgewendet werden kann. Daß diese Konstruktion vor allem in der Figur des »guten Irren« ein Kontrastmythos zur realen zunehmenden Unterwerfung des Individuums unter gesellschaftliche Mächte ist und zudem als Phantasma vom »wildem Fluß« und seiner »Bändigung« zu den Topoi der Gegenaufklärung von Spengler, Rosenberg über Hitler bis zu Heidegger gehört, weist Manfred Frank in seiner Intervention »gegen ein anarcho-strukturalistisches Zeitalter« nach (Frank 1980a).

Die »Liquidierung des Subjekts in der Ordnung der Zeichen«: Foucault

Versucht Lacan, das Subjekt und seine Sprache aus den Mechanismen des Unbewußten zu rekonstruieren, so untersucht Foucault, wie »in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird — und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen« (Foucault 1977a, 7) — Quintessenz seiner empirischen Untersuchungen über die Klinik, das Irrenhaus, die Strafanstalt und schließlich die Struktur der Wissenschaft.³

Die Untersuchung des Diskurses vollzieht sich auf zwei Ebenen: Die »genealogische« zielt auf die tatsächliche Formierung des Diskurses, seine »Kraft, Gegenstandsbereiche zu konstituieren« (Foucault 1977a, 48), die »kritische« untersucht, wie sich Verbote und Ausschließungen in verschiedenen gesell-

schaftlichen Bereichen als »Diskursserien« (Foucault 1977a, 47) konstituieren, wie z.B. der Diskurs über die Sexualität in Medizin und Literatur, Psychiatrie und Religion verschiedene Formen annimmt. Weder »Genealogie« noch »Kritik« richten sich mit dem Ziel auf die Untersuchung der Diskurse, die in ihnen hergestellten Sinnbeziehungen auf ihre Widersprüche und Brüche zu befragen. Vielmehr verschließt sich die Möglichkeit, aus den vorhandenen »Positivitäten« (ebd., 48) Widerstandspotentiale zu gewinnen, in dem Maße, in dem Foucault — sicherlich auch beeinflusst durch die Niederlagen, die die Linke seit 1970 in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zu verarbeiten hatte (vgl. Foucault 1977b, 67f.) — die *Macht* ins Zentrum seiner Untersuchungen stellt: das »Wissen um etwas« läßt sich von der »Macht über etwas« nicht mehr unterscheiden (Honneth/Joas, 136). Wissenschaft ist somit nicht in der Lage, mehr zu tun als Machtverhältnisse zu verdoppeln und argumentativ abzusichern. Gleichzeitig verläßt Foucault auch seine Position der »Subversion des Wissens« (1974) oder des Dissens, da selbst die »explosive, augenblickhafte und diskontinuierliche Energie« (1976, 102), die in sozialen Konflikten, am Arbeitsplatz oder in der Familie frei werden kann, nur Ausdruck der »Mikrophysik der Macht« (1976) ist und nicht transzendiert werden kann. »Daher verliert auch die Dimension sozialer Klassenkämpfe ... gegenüber der Dimension anonym bleibender Wissensformen und Machtstrategien übergreifender Machtmechanismen restlos an Bedeutung.« (Honneth/Joas 1980, 139)

In seinen Äußerungen zur Literatur skizziert Foucault die Umrise einer »Formalontologie« (Foucault 1974b, 95), die sich auf die Selbstdarstellung und -verdopplung der Sprache bezieht. Nur in der Literatur scheint ihm die Konstituierung eines virtuellen Raums denkbar, in dem das Wort »unbegrenzte Möglichkeiten zum Selbst-Bildnis« (ebd., 92) finden und sich gegen den »grenzenlosen und betäubenden Lärm« (ebd., 96) der Diskurse wehren kann. Besteht bei Adorno die Leistung des lyrischen Gedichts darin, daß es »Unentstelltes, Unverfaßtes, noch nicht Subsumiertes in Erscheinung setzt, und so geistig etwas vorwegnimmt von einem Zustand, in dem kein schlicht Allgemeines, nämlich zutiefst Partikulares mehr das andere, Menschliche fesselte« (Adorno 1969, 75), so handelt es sich in Foucaults Konzept darum, der Sinnlosigkeit durch »jenes andere Murmeln (zu widerstehen), das man Literatur nennt« (Foucault 1974b, 96). Er radikalisiert hier eine Entwicklung, die die Literatur vor allem des beginnenden 20. Jahrhunderts auszeichnet: sie zieht die Möglichkeit sinnvollen Sprechens überhaupt in Zweifel und setzt ein »endloses System von Spiegeln ..., von Selbst-Bildern und Analogien« (ebd., 102) gegen die alltägliche Sprachverwendung. Das Subjekt ist in dieser ständigen Reproduktion des Sprechens um seiner selbst willen, in diesem »endlosen Geblöke der Wörter« (ebd., 101) weder notwendig noch erkenntnisfähig: dem cartesischen »Ich denke, also bin ich« setzt Foucault entgegen: »Ich schreibe«, bzw. »Ich spreche« oder sogar: »Ich spreche, also bin ich nicht« (ebd., 130). Nur in den kurzen Momenten produktiver Destruktion, wie sie etwa bei Nerval, Hölderlin, Nietzsche oder Artaud auftreten, scheinen in Wahnsinn und Übertretung das Sprechen einer Sprache und das Sprechen vom Menschen miteinander vereinbar.

Foucaults machttheoretischer Monismus hat für die Literaturwissenschaft die gleichen Konsequenzen wie für die Sozialwissenschaften: er verurteilt das Individuum zu hilflosen Verteidigungsgesten, die immer nur die Machtstrukturen reproduzieren können. Konflikterfahrungen lassen sich so weder in der sozialen noch in der literarischen Praxis zu Einsicht, Kritik und Widerstandskraft verdichten.

Das Subjekt als Schrift: Derrida

Am Kernbegriff des linguistischen Strukturalismus, dem des Zeichens, ansetzend greift Derrida (ähnlich wie Lacan) Saussures grundlegende Unterscheidung zwischen Lautbild (dem Signifikanten) und Vorstellung (dem Signifikat) dort an, wo sie zum *Logozentrismus*, d.h. zur Privilegierung der semantischen Seite des Zeichens führt. Demgegenüber besteht er auf der passiven Prägung des Sinns: er entsteht erst, wenn die Lautbilder im Moment der Artikulation die diffuse Masse potentieller Bedeutungen gliedern. Gliederung aber ist nur möglich durch Differenz; die Lautbilder sind nur bestimmbar aus ihrer Nicht-Identität mit anderen. »Sprach- und Denkordnung« können also erst im Prozeß der Differenzierung erzeugt werden (Lehmann 1979, 671). »Der Sinn muß ... darauf 'warten', sprachlich artikuliert zu werden.« (ebd., 66) In einem Schritt über die semantische und phonologische Betrachtungsweise hinaus siedelt Derrida diese Verschiebung (»différance«) oder Nachträglichkeit des Sinns nicht in der Struktur der Sprache allgemein, sondern in der *Schrift* an und gelangt so zum Vorwurf des *Phonozentrismus* gegen das abendländische Denken. Das Schriftzeichen ist ihm das deutlichste Indiz der kritikwürdigen Trennung von »vorhandem« Sinn und nur »repräsentierendem« Zeichen: nach seiner Auffassung »vertritt« es nicht bereits vorkommende Bedeutungen, sondern hat als Schriftzug eine eigene materielle Existenz, die den Sinn erst hervorbringt.

Die dem Schriftzeichen »eigentümliche Komplementarität von Absenz [des Sinns, d.Verf.] und Bedeutung« (Hörisch 1979, 8) begründet die Öffnung des »différance«-Begriffs auf das anthropologische und erkenntnistheoretische Konzept des »Aufschubs« (Hörisch 1979, 41)⁴: »verwoben« in eine Fülle von Zeichen im »Text, die nie einen eindeutigen Sinn repräsentieren, sondern immer die Spur anderer Zeichen als Absenz in sich tragen, vermag das Subjekt nie eindeutige Aussagen über den Sinn zu machen, sondern kann höchstens die Einsicht in die Verbindung der Zeichen untereinander ein Stück weit vorantreiben:

»Wenn hinter dem Schleier der Sprache keine Instanz der Wahrheit mehr steht, so bleibt die besondere Verkettung der Signifikanten die letzte und einzige Auskunft. Aus der Verstreuung ('dissemination', sagt Derrida) der Intentionen in das Feld der Zeichen führt kein Weg hinaus.« (Lehmann 1979, 672)

Hier liegt die Verbindung zwischen der Subjektkonzeption Derridas (Hörisch 1979, 48f.) und der Lacans: gemeinsam ist beiden die wesentliche Prägung des Subjekts durch den Mangel, der bei Lacan in die Suche nach den Vorspiegelungen der Ganzheit des Subjekts, bei Derrida in das Aufdecken der Verdrängung des Signifikanten in der Schrift mündet.⁵ Das Sich-Einlassen auf das nie

vollendete Spiel des Signifikanten bedeutet die Absage an die Konzepte des Ursprungs, der Geschichte, der Originalität und der Präsenz des Sinns (Wahl 1973, 443ff.).

Wiederum bleibt Literatur der einzige Ort, an dem der Mangel als solcher zur Sprache kommt: indem sie ihn universalisiert, ist sie »Differenz ohne Referenz« oder »Referenz ohne Referent« (Derrida, zit. n. Hörisch 1979, 50). Dieser Befund — hauptsächlich an Texten der Avantgarde seit der Jahrhundertwende verifiziert, oder an solchen, bei denen die Schrift von vornherein einen besonderen Status hat⁶ — kommt dem erkenntnistheoretischen Ansatz Derridas entgegen:

»Es ist daher keineswegs paradox, wenn das strukturalistische Bewußtsein katastrophisches Bewußtsein ist, das gleichzeitig zerstört und destruktiv ist, *entstrukturierend* also, wie es jedes Bewußtsein wenigstens in seinem dekadenten Moment ist, also der jeder Bewegung des Bewußtseins eigentümlichen Periode.« (Derrida 1976, 13)

Die bisher vorliegenden, an Derrida orientierten literaturwissenschaftlichen Ansätze konzentrieren sich auf die nie zu fixierende Bewegung der Zeichen im Text, die den Sinn immer wieder entgleiten läßt. Hörischs Deutung der »Wahlverwandtschaften« z.B. verbindet die Ergebnisse der bisherigen Forschung im Hinblick auf die Sprachlosigkeit und die Sprachverfälschungen im Roman mit dem Konzept der »mythischen und subjektverschlingenden Macht« (ebd., 27) des Signifikanten, die sich den Autonomiebestrebungen der Subjekte ständig widersetzt. Die »Wahlverwandtschaften« werden so zum Paradigma der »Kritik an Subjektivität« (28), die »erst ein Jahrhundert nach ihrem Erscheinen in der Konstellation von Phänomenologie, Psychoanalyse und Linguistik« (ebd., 29) eine theoretische Entsprechung findet. Goethes »Nekrolog auf's Denken konstitutiver Subjektivität« (ebd.) scheint es allerdings überflüssig zu machen, sich über die Unterschiede in der literarischen Subjektkritik des beginnenden 19. Jahrhunderts und der Theorie des beginnenden 20. Jahrhunderts Rechenschaft abzulegen. Die Vorwegnahme der »Dekonstruktionsbemühungen der Phänomenologie und der Psychoanalyse« (ebd., 31) scheint bei Hörisch nicht historisch begründbar zu sein, sie verdankt sich den universell geltenden »Wahlverwandtschaften von Schrift, Sprache und Tod« (ebd., 14). Damit aber gerät die Textanalyse in Gefahr, den Autor, den sie als Fiktion fassen wollte, wieder in seine alten Rechte einzusetzen: als Beschwörer der verborgenen Wahrheiten, die jenseits der Geschichte und jenseits der Erkenntnis liegen.

Was von der Diskursanalyse zu lernen und von wo sie vielleicht zu dekonstruieren ist

Allen hier vorgestellten Varianten der Diskursanalyse ist gemeinsam, daß sie bei der Untersuchung der Tiefenstruktur von Texten, der Anordnung und des Zusammenwirkens von einzelnen Elementen zu Sinnbeziehungen — also einem Bereich, der sowohl einer ökonomistisch-reduktionistischen als auch einer hermeneutisch orientierten Textanalyse häufig entgeht — zu differenzierten und bedenkenswerten Ergebnissen gelangen, und so der Materialität des Ästhetischen ein Stück näher kommen. Grund für eine Intervention besteht allerdings dort, wo eine dominierende Denkfigur, sei es nun die Identität von

Macht und Wissen, die Verdrängung des Signifikanten in der Schrift oder die dem Subjekt existenziell auferlegte Versagung, unhistorisch verabsolutiert wird und so Entwicklungsmöglichkeiten und Widersprüche im Ästhetischen nur als noch raffiniertere Verhüllungen einer unbefragt geltenden Instanz betrachtet werden können. Der Druck, der in der »hermeneutischen Situation« von der Autorität des Textsinns ausging und subjektive Erkenntnisinteressen ebenso ausblendete wie den historisch je verschiedenen Gebrauchswert des Textes, kehrt hier — strukturalistisch gewendet auf die Autorität eines Erklärungsmodells, das alle anderen Dimensionen des Textes ausschaltet — wieder und ist geeignet, verallgemeinernde Rechtfertigungen der herrschenden Gesellschaftsformation anzubieten, die es ermöglichen, sich in ihr einzurichten. Eine Intervention dagegen hätte sich an den Punkten zu orientieren, an denen die Diskursanalyse leistungsfähig erscheint und mit anderen methodischen Verfahren sinnvoll zu kombinieren ist.

Die von Foucault entwickelten Begriffe zur Analyse von Diskursformationen sind geeignet, ein Korrektiv zum Mangel an Formanalyse (Gerstenberger/Voigt 1979) in der sozialistischen Ideologietheorie zu bilden. Für die Literaturwissenschaft wäre eine Rekonstruktion Foucaults möglich am Begriff der »Literaturverhältnisse« (Naumann 1975, 25), die nicht nur äußere Produktions- und Rezeptionsbedingungen im Gegensatz zum »Geistigen« meinen, sondern als die literarische Praxis prägende und organisierende Instanzen in die literarischen Werke selbst eingehen. Solche Überlegungen wurden im vorliegenden Aufsatz am Beispiel der Rolle des Autors als literaturprägende Instanz angedeutet, die historisch jeweils zu konkretisieren ist.

Ansätze einer z.T. an Derrida orientierten »materialistischen Erkundung der Bewußtseinsprozesse« (Lehmann 1979, 676) entwickelt Julia Kristeva in ihrer Konzeption der »Textpraxis« (Kristeva 1978). Hier wird der Text als eine gesellschaftliche Praxis verstanden, die durch das Spiel mit — präödi-pale Strebungen reaktivierenden — Lauten, Rhythmen und Bedeutungen vorgegebene Ordnungen und Instanzen unterminiert und so das »Subjekt im Prozeß« sich immer wieder neu erproben läßt. Die »Lust am Text« ist also nicht denkbar ohne gesellschaftliche Widerspruchserfahrungen (Lehmann 1979, 674ff.), die immer wieder neu in Bewegung gebracht werden.

Am schwierigsten ist die Frage nach der Leistung der Diskursanalyse bei Lacan zu beantworten, dessen Subjekttheorie sich einer Bewertung und Einordnung sowohl durch die unabgeleitete normative Setzung von Begriffen als auch durch seinen Anspruch, selbst eine Instanz des Unbewußten zu sein und dessen Sprache zu sprechen, widersetzt. Die Auffassung des Subjekts als Effekt der Sprache und die Unterscheidung zwischen imaginiertem »sujet véritable« und dem ins Versagungs-dreieck verstrickten »moi imaginaire« ließen sich vielleicht integrieren in die Untersuchung der Illusion eines ganzheitlichen Subjekts, die eine der Wirkungsweisen des Ideologischen ist. Lacans Exegese von Poes Erzählung »Der entwendete Brief« (Lacan 1973, bes. 23ff.) zeigt, wie das Subjekt — der für alle späteren Detektive Pate stehende Arsène Dupin — die symbolischen Ordnungen — hier durch die Logik des kriminalistischen Vorgehens des Polizeipräfekten repräsentiert — durchbricht und gerade dadurch zur Erkennt-

nis des »Plans« gelangt, der für den Inhaber des Briefes als »Schicksal« erscheint. So kann Dupin den weiteren Handlungsablauf selbst steuern (vgl. Frank 1980b, 130ff.). Im Medium der Literatur führt Poe — und mit ihm Lacan — also die Wirkungsmächtigkeit eines Subjekts vor, das mit äußeren Bedingungen produktiv umgehen kann und sie erfolgreich angreift — ein Gedanke, der zwar nicht in seiner idealistischen Pointe, wohl aber in seiner Betonung des Sich-Bewegens in Widersprüchen eine sich von ökonomistischen Erklärungsmodellen abwendende materialistische Persönlichkeitstheorie ein Stück weit begleiten könnte.

Anmerkungen

- 1 Manfred Frank sieht die Chance der Diskursanalyse in der Bundesrepublik in der Vermittlung zwischen der Privilegierung des Semantischen in der deutschen hermeneutischen Tradition und der Skelettierung des Textes im Strukturalismus. Vgl. Frank 1977.
- 2 Vgl. dazu Hörisch 1979, der ebenfalls kritisiert, daß in der Diskursanalyse die Autoren als Beispiele des unaufhebbaren Mangels des Subjekts betrachtet werden und nicht etwa als Provokation eines Gesellschaftszustandes, in dem Kreativität nur als Wahnsinn möglich ist.
- 3 Zur Periodisierung der Arbeiten Foucaults vgl. Fink-Eitel 1980, Honneth/Joas 1980 und Stadler 1980.
- 4 Hörisch ordnet die Bemühungen Derridas in die philosophischen Systeme Husserls und Heideggers ein, die er mit der Dezentrierung des Subjekts bei Freud in Verbindung bringt, um so über die »Dekonstruktion der okzidentalen Onto-Theologie« zu einer »Ontosemiologie« zu gelangen (Hörisch 1979, 40).
- 5 Zum Unterschied zwischen Derrida und Lacan vgl. Frank 1980, 122f, 198ff.
- 6 So in seinem Aufsatz »Edmond Jabès und die Frage nach dem Buch«, in: Derrida 1976, 102ff., in dem es um die Umsetzung kabbalistischen Gedankenguts bei Jabès geht.

Literaturverzeichnis

- Adorno, T.W., 1969: *Noten zur Literatur I*, Frankfurt/M.
- Bergfleth, G., 1981: Über linke Ironie, in: *Konkursbuch 5 »Die Welt als Fülle und Verstellung«*
- Bohrer, K.H., 1980: Der Irrtum des Don Quixote oder Der Schein der Kunst ist ihre Grenze, in: *Literaturmagazin 12, Sonderband Nietzsche, Reinbek*
- Deleuze, G., 1979: *Nietzsche. Ein Lesebuch von Gilles Deleuze*, Berlin
- Deleuze, G., und F. Guattari, 1974: *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I*, Frankfurt/M.
- Derrida, J., 1967: *De la grammatologie*, Paris
- ders., 1976: *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt/M.
- ders., 1979: *Die Stimme und das Phänomen. Ein Essay über das Problem des Zeichens in der Philosophie Husserls*, Frankfurt/M.
- Fink-Eitel, H., 1980: *Michel Foucaults Analytik der Macht*, in: Kittler 1980
- Foucault, M., 1974a: *Von der Subversion des Wissens* (Hrsg. W. Seitter), München
- ders., 1974b: *Schriften zur Literatur*, München
- ders., 1976: *Mikrophysik der Macht*, Berlin/W.
- ders., 1977a: *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt/M.
- ders., 1977b: *Die Folter, das ist die Vernunft. Ein Gespräch Knut Boesers mit Michel Foucault*, in: *Literaturmagazin 8*
- Frank, M., 1977: *Das individuelle Allgemeine. Text-Strukturierung und -Interpretation nach Schleiermacher*, Frankfurt/M.
- ders., 1980a: *Die Welt als Wunsch und Repräsentation*, in: *Fugen*
- ders., 1980: *Das Sagbare und das Unsagbare. Studien zur neuesten französischen Hermeneutik und Texttheorie*, Frankfurt/M.
- Gadamer, H.G., 1972: *Wahrheit und Methode*, Tübingen

- Gallas, H., 1981: Das Textbegehren des »Michael Kohlhaas«, Reinbek
- Gerstenberger, H., und B. Voigt, 1979: Macht und Dissens. Anmerkungen zu den Arbeiten von Michel Foucault, in: Leviathan 7
- Goepfert, H.C., 1978: Perspektiven psychoanalytischer Literaturkritik. Freiburg
- Haug, W.F., und W. Elfferding (Hrsg.), 1982: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Berlin/W. (Argument-Sonderband, AS 78)
- Hörisch, J., 1977: Stichworte zur Kritik der Diskurstheorie, in: Kittler/Turk 1977
- ders., 1979: Das Sein der Zeichen und die Zeichen des Seins. Marginalien zu Derridas Ontosemiologie, in: Derrida 1979
- Honneth, A., und H. Joas, 1980: Soziales Handeln und menschliche Natur. Anthropologische Grundlagen der Sozialwissenschaften, Frankfurt/New York
- Jaeggli, U., 1981: Notizen anstelle eines Aufsatzes über die neuen französischen Theorien und ihre bundesdeutsche Rezeption, in: Konkursbuch 5
- Kamper, D., 1980: Die Auflösung der Ich-Identität, in: Kittler 1980
- Kirchhoff, B., 1980: Ich denke da, wo ich nicht bin, in: Die Zeit 49 (28.11.)
- Kittler, F.A., 1979: Vergessen, in: U. Nassen (Hrsg.): Textthermeneutik. Aktualität, Geschichte, Kritik, Paderborn
- Kittler, F.A. (Hrsg.), 1980: Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften, Paderborn
- ders., 1980: Autorschaft und Liebe, in: Kittler 1980
- ders., und H. Turk, 1977: Urszenen, Frankfurt/M.
- Kristeva, J., 1978: Die Revolution der poetischen Sprache, Frankfurt/M.
- Kudszus, W.G., 1980: Literatur und Schizophrenie, in: Kittler 1980
- Lacan, J., 1973: Schriften I, Olten
- ders., 1975: Schriften II, Olten
- Laclau, E., 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus, Berlin/W.
- ders., 1982: Diskurs, Hegemonie und Politik. Betrachtungen über die Krise des Marxismus, in: Haug/Elfferding 1982
- Lang, H., 1980: Struktural-analytische Aspekte der Subjektivität, in: Kittler 1980
- Lehmann, H.-T., 1979: Das Subjekt als Schrift. Hinweise zur französischen Texttheorie, in: Merkur, H.7
- Literaturmagazin 9, 1978: »Der neue Irrationalismus«, Reinbek
- Nägele, R., 1979: The Provocation of Jacques Lacan, in: New German Critique 16, Winter
- Nassen, U. (Hrsg.), 1979: Studien zur Entwicklung einer materialistischen Hermeneutik, München
- Naumann, M., 1975: Probleme geschichtlichen Funktionswandels der Literatur, in: D. Schlenstedt (Hrsg.): Funktion der Literatur. Aspekte — Probleme — Aufgaben, Berlin/DDR
- Navratil, L., 1971: a und b leuchten im Klee. Psychopathologische Texte, München
- ders., 1978: Gespräche mit Schizophrenen, München
- Nemitz, R., 1980: Die Widerspruchskunst des Volker Braun, in: Haug et al. (Hrsg.): Aktualisierung Brechts, Berlin/W. (AS 50)
- Projekt Ideologie-Theorie (PIT), 1979: Theorien über Ideologie, Berlin/W. (AS 40)
- Schneider, M., 1981: Den Kopf verkehrt aufgesetzt oder Die melancholische Linke. Aspekte des Kulturzerfalls in den siebziger Jahren, Darmstadt/Neuwied
- Stadler, U., 1980: Über die Diskursanalyse Michel Foucaults. Vorgestellt anhand der Schriften zur Literatur und der frühen Veröffentlichungen bis zu »L'ordre du discours« (1971), in: Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes 3
- Urban, B., und W. Kudszus, 1981: Psychoanalytische und psychopathologische Literaturinterpretation, Darmstadt
- Wahl, F., 1973: Die Philosophie diesseits und jenseits des Strukturalismus, in: ders. (Hrsg.): Einführung in den Strukturalismus, Frankfurt/M.
- Weber, S., 1978: Rückkehr zu Freud. Jacques Lacans Ent-Stellung der Psychoanalyse, Frankfurt/M.-Berlin-Wien
- ders., 1980: tertium datur, in: Kittler 1980
- Woetzel, H., 1980: Diskursanalyse in Frankreich, in: *Das Argument* 122

Jörg Becker

Kommunikationstechnologie und Rüstung

Über den empirisch-theoretischen Zusammenhang zweier sozialwissenschaftlicher Kategorien*

In der sogenannten Massenmediendeklaration der UNESCO vom 28.11.1978 heißt es u.a.:

»Die Massenmedien haben zur Stärkung des Friedens ... sowie zur Bekämpfung von ... Kriegshetze einen wichtigen Beitrag zu leisten. (...) durch die Verbreitung von Informationen über die Ziele, Bestrebungen, Kultur und Bedürfnisse aller Völker (tragen die Massenmedien) dazu bei, Unwissenheit und Mißverständnisse zwischen den Völkern zu beseitigen ... (und) die internationale Entspannung und die friedliche und gerechte Beilegung internationaler Streitigkeiten zu fördern.«¹

Die hier der Kommunikation, besonders den Mitteln der Massenmedien, zugeschriebene Friedensrelevanz und -wirkung gilt nach gängigen Vorstellungen nicht nur für das Feld der Internationalen Beziehungen, sondern gehört außerdem auch zu den Grundannahmen vieler psychologischer, pädagogischer und soziologischer Theoriebildungen. Dem kommunikativen Akt per se wird oft genug die Funktion zugesprochen, Verständnis füreinander zu wecken, Konflikte abbauen zu helfen, prosoziale Handlungsbereitschaft zu fördern und sogar Interessenausgleich und -harmonie mitherstellen zu helfen. Eine konsequente Fortführung solcher Argumentationsmuster könnte dann beispielsweise in der Lernzielforderung nach Erreichung kommunikativer Kompetenz (Jürgen Habermas) münden, als einer Vorbedingung für ein friedliches Zusammenleben von Individuen, sozialen Gruppen oder Nationen.

Wie das Schaubild »Massenmedien und Frieden« verdeutlicht, gibt es vielfältige Querverbindungen zwischen den Massenmedien und Frieden/Gewalt, die hier in all ihren Schnittpunkten nicht analysiert werden können.² Im folgenden wird von der Hypothese ausgegangen, daß die Massenmedien ihre Funktion als potentielle Friedensmittler deswegen nicht wahrnehmen können, weil ihre Produktionsbedingungen, also ihre gesamtgesellschaftliche Rückbindung, ganz unmittelbar und direkt Ausdruck manifester, militärtechnologischer Gewalt sind und/oder weil sie außerdem in indirekter Form strukturelle Gewalt produzieren und perpetuieren. Das soll an den zwei Kategorien »Technologie« und »Zugang« beispielhaft dargestellt werden, also solchen Kategorien, die die Produktionsbedingungen der Massenmedien wenn auch nicht vollständig, so aber doch in grundsätzlichen Aspekten erfassen.

1. Technologie

Wenn man sich die Geschichte der den Massenmedien zugrundeliegenden Technologien vergegenwärtigt, so fällt zu allen Zeiten das direkte Interesse des

* Wesentlich gekürzte Fassung meines Habilitationsvortrages vor dem Fachbereichsrat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität in Marburg an der Lahn am 28.1.1981.

Massenmedien und Frieden

Begriffe und Ergebnisse der Kommunikationsforschung und der Friedensforschung im Vergleich

	Kategorien	Kritische Kommunikationsforschung	Kritische Friedensforschung
Produktion der Massenmedien	Verfügungsgewalt	Konzentration in den Zentren, transnationale Medienoligopole	strukturelle Gewalt
	Zugang	ungleich, vertikal, nicht-reziprok für die Peripherien	strukturelle Gewalt
	Technologie	spin-off von Militärtechnologie	militärisch-industrieller Komplex
Ideologien der Massenmedien	Inhalte	Elitismus, Rassismus, Materialismus, Sensationalismus, Konservatismus, Konformismus, Autoritarismus, Romantizismus, Schicksalhaftigkeit, Aggressivität, Individualismus, Sexismus	Feindbilder, Vorurteile; psychische manifest/ latente strukturelle Gewalt
	Formen	Stereotypisierung, Illusionierung	
Auswirkungen der Massenmedien	Nutzung	increasing knowledge gap	Klassenstruktur, soziale Schichtung, Marginalisierung
	Rezeption	rezeptiv	personale-psychische Gewalt
	Wirkung	Re-inforcement, Affirmation, Desensibilisierung, Alltagskolonisation	Militarisierung des Alltags
	Funktion	individuelle/gesellschaftliche Steuerung	Legitimation der Rüstungsdynamik
Geschichte und Futurologie der Massenmedien	historischer Wandel in der Relevanz von populären Lesestoffen, Massenmedien, Telekommunikation, Communications	Kultur-, Medien-, Informations- und Informatik-industrie	Rüstungsdynamik, Militarisierung, Gewaltspirale, militärisch-industrieller Komplex

Militärs an diesen technologischen Entwicklungen auf. Von der drahtlosen Wort- und später Bildübertragung, dem Transistor, der ersten Computergeneration Anfang der fünfziger Jahre, dem Laserstrahl, der Satellitentechnologie, der Glasfaser bis hin zum Mikroprozessor wurden diese technologischen Erfindungen vom Militär in Auftrag gegeben, erforscht und weiterentwickelt, in militärischen Aktionen und in Kriegen erprobt und angewendet. Die Verwendung dieser Technologien unterlag oft lange Zeit der politischen, ökonomischen und juristischen Kontrolle des Militärs, lange jedenfalls, bevor die Öffentlichkeit in der einen oder anderen Form von der Existenz dieser Technologien erfuhr oder in der Form von Massenmedien mit ihr in Berührung kam.

Das militärische Interesse an der Kommunikationstechnologie datiert schon vor dem Zeitpunkt der drahtlosen Nachrichtenübertragung. So unterstand beispielsweise eine optisch-mechanische Telegraphenlinie zwischen Berlin und Koblenz dem preußischen Kriegsministerium. Zwischen 1834 und 1852 war dieses Medium in Betrieb; über die 62 Mastbäume, an denen paarweise sechs Flügel angebracht waren, konnte (bei guten Sichtverhältnissen) eine 30 Wörter starke Depesche in eineinhalb Stunden von Berlin an den Rhein gelangen. Ausschließlich für staatliche Nachrichtenübertragung zugelassen, bestand die Aufgabe dieser Telegraphenlinie darin, Nachrichten über Aufstände in den unruhigen Rheinprovinzen des Vormärz dem preußischen Militär so schnell wie möglich zu vermitteln. Doch erst der Erste Weltkrieg sollte der Bedeutung medialer Kommunikation, jetzt in der Form der drahtlosen Telegraphie, für das Militär vollends zum Durchbruch verhelfen.

Bis zur Jahrhundertwende war das Deutsche Reich im überseeischen Telegraphenverkehr fast ausnahmslos auf die britischen Unterseekabel angewiesen. In der wirtschaftlich und militärisch immer wichtiger werdenden Kommunikation zwischen dem Deutschen Reich und seinen Kolonien berührte diese Abhängigkeit einen wesentlichen Punkt des souveränen Handlungsspielraums des Deutschen Reiches. Das britische Kabelmonopol hatte von seiner Vormachtstellung mehrfach rigorosen Gebrauch gemacht. So z.B. während des Burenkrieges, als Großbritannien seine Kabel nur pro-britischen Nachrichten zur Verfügung stellte. Gegenüber diesem Monopol drangen die deutsche Kolonialverwaltung und das Militär auf zwei Gegenmaßnahmen: Neben dem Auf- und Ausbau eines eigenen deutschen internationalen Seekabelsystems sollte ein drahtloses deutsches Weltfunknetz errichtet werden. Wie sehr Teile des deutschen Militärs mit ihren Befürchtungen über die Kabelabhängigkeit von Großbritannien Recht hatten, zeigte sich am 4. August 1914, als Großbritannien nur wenige Stunden nach seiner Kriegserklärung an das Deutsche Reich die wichtigsten deutschen Unterseekabel in der Nordsee zerstörte.

Über den Anfang des Ersten Weltkrieges schreibt der Rundfunkhistoriker Winfried Lerg in diesem Zusammenhang:

»Es ist unbestritten, daß im August 1914 ... die Leistungen auf den drei wichtigsten Gebieten des Funks: auf dem Gebiet des Militärfunkverkehrs für Heer und Marine, auf dem des Weltfunkverkehrs und des Schiffsfunkverkehrs und schließlich auf dem Gebiet des Kolonialfunkverkehrs teilweise erheblich unter dem internationalen, besonders unter dem britischen Standard lagen. Auf allen drei genannten Gebieten herrschte bis 1914 noch eine Atmosphäre des Experimentierens ... Die Einstellung änderte sich freilich bereits in den ersten Monaten des Ersten Weltkriegs. (...) der private Funkverkehr ... (wurde) mit dem Tag der Mobilmachung eingestellt. Alle Funkanlagen ... wurden für militärische Zwecke beschlagnahmt. Das Recht der Genehmigung solcher Anlagen ging vom Reichspostamt auf das Kriegsministerium über.«³

Die ideologische Nutzung des Funkwesens zum Zweck der psychologischen Kriegsführung spielte im Ersten Weltkrieg eine ausgesprochen untergeordnete Rolle, obwohl das rein technologisch gesehen bereits möglich gewesen wäre. Die Funktion des Funkwesens im Ersten Weltkrieg war ausschließlich militärischer Natur. Die deutsche Funkindustrie — AEG, Siemens und Lorenz — lebte damals nahezu ausschließlich von Aufträgen aus Heer und Marine. »Mit Hilfe der nun gern akzeptierten Verbesserungen und Neuerungen der Indu-

strie, die endlich mit ihren Laboratoriumsergebnissen bis zur harten Praxis an den Fronten vordringen konnten«, so weiter Winfried Lerg,

»entwickelte sich das Funkwesen zum strategischen und taktischen Kampfmittel. Bei der Flotte, besonders im U-Bootkrieg, erlangte der Funk eine geringere Bedeutung als beim Heer. Der Luftkrieg war erst durch das Funkleit- und -meldewesen möglich geworden. (...) Mit einer Kabinettsorder vom 18. Juli 1917 wurde die bisherige Telegraphentruppe in Nachrichtentruppe umbenannt und zu einer selbständigen Waffengattung außerhalb der Verkehrstruppe erklärt. Am Ende des Krieges kehrten 4381 Offiziere ... und 185000 Mann der Nachrichtentruppe zurück.«⁴

Dieser Abschnitt aus der Geschichte der Kommunikationstechnologie ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Er zeigt beispielhaft eine Reihe von Zusammenhängen, die sich historisch wiederholen sollten oder die Anfänge für historisch neuartige Machtgruppierungen bildeten. Folgende Punkte erscheinen dabei wichtig: Während des Ersten Weltkrieges kristallisieren sich in der politischen, ökonomischen, militärischen und sogar personalen Verquickung von Elektronikindustrie und Militär die ersten Strukturen dessen heraus, was sich in den USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als militärisch-industrieller Komplex voll entfalten sollte. Zweitens: Der ausschließlich an militärischen Notwendigkeiten orientierte Innovationsschub in der Kommunikationstechnologie wird durch den Krieg beschleunigt. So wie der Erste Weltkrieg das Experimentierfeld für den Funk war, sollte später der israelisch-arabische Krieg vom Oktober 1973 das Experimentierfeld für die Satellitentechnologie werden.⁵ Drittens: Die inhaltsbezogene, ideologische Nutzung von neuer Kommunikationstechnologie ist sekundär. Mit einem unterschiedlich langen time-lag erfolgt sie meist erst dann, wenn sich die militärische Nutzung in vollem Umfang durchgesetzt hat.

Die Geschichte im Umschwenken von militärischer zu ziviler Nutzung des Funks nach dem Ersten Weltkrieg, vom taktischen Kampfmittel zum öffentlich genutzten Unterhaltungsmedium in der Form des Rundfunks, ist in diesem Zusammenhang besonders erhellend. Nach dem Kriege waren es die ehemaligen Nachrichtentruppler, die nach Arbeitsplätzen suchten, war es vor allem aber die elektronische Industrie, die nach neuartigen und steigenden Absatzmärkten suchte, wollte sie nicht untergehen, die diesen Umschwung vorantrieben. Ganz ähnliche Entwicklungen spielten sich in den USA nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ab. Vertrat die Regierung der USA z.B. kurz nach dem Kriege noch eine internationale Frequenzregelungspolitik, die eine internationale Pluralität und Kompatibilität in der Funkgeräteindustrie zugelassen hätte, so schwenkte sie Ende der zwanziger Jahre auf eine Politik um, die dem weltweiten Absatz nordamerikanischer Funkgeräte entgegenkam. Der Druck der auch hier ursprünglich militärischen Elektronikindustrie sollte auf eine weltweite Uniformierung an der nordamerikanischen Funktechnologie hinauslaufen und eine Penetration ausländischer Märkte mit einheimischer Ausrüstung ermöglichen.

Das Beispiel aus dem Ersten Weltkrieg ließe sich für andere Kommunikationstechnologien und Zeiträume wiederholen. Selbst ohne Weltkrieg gelten gegenwärtig ähnliche Mechanismen für die Computer- und Satellitentechnologie. Wie das Funkwesen sind auch diese Technologien militärischer Natur. Bei

zwei Dritteln aller gegenwärtigen Satelliten handelt es sich um militärische Satelliten zur Aufklärung und Frühwarnung. Einige Teile des Hochfrequenzbandes sind sogar nur für militärische Nutzung zugelassen. Dieser Militarisierung des Weltraumes⁶ steht ein wachsender Bedarf an Satelliten und Frequenzen zur zivilen Nutzung aus der Dritten Welt gegenüber. Dort würden die Satelliten, unter bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen, in vielen weiträumigen Ländern den kostspieligen Aufbau terrestrischer Funk-Infrastrukturen überflüssig machen. Dieser Konflikt wurde beispielsweise im Ausschuß 5 der »World Administrative Radio Conference« der Internationalen Fernmelde-Union 1979 in Genf akut, als der indische Delegierte T.V. Srirangan eine Debatte über die Nutzung der 3 400-3 600 MHz- und der 4 400-4 490 MHz-Bänder begann, die viele Länder für die Dienstleistungen der internationalen Satellitenorganisation INTELSAT reserviert wissen wollten und die die USA und einige NATO-Länder in erster Linie für militärischen Radarfunk beanspruchten. Srirangan drang darauf, daß diese Bänder sinnvollerweise eher der zivilen Nutzung von INTELSAT zur Verfügung stehen sollten als der militärischen Beanspruchung durch die NATO. Fast alle Länder unterstützten den indischen Vorschlag. Das veranlaßte die USA, im abschließenden Konferenzprotokoll ihren Vorbehalt dagegen zu formulieren: Nutzer dieser MHz-Bänder müßten mit Radarstörungen rechnen, und im übrigen würden die Investitionskosten der USA in Millionenhöhe zur Nutzung dieser Bänder jeglichen Wechsel ausschließen.⁷ Überhaupt gibt es einige Anzeichen dafür, daß sich Militärstellen nicht an die international verbindlich geregelten Vereinbarungen bei der Nutzung von Funkfrequenzen halten. Das gilt für US-amerikanische Meeresbeobachtungssatelliten der Militärs genauso wie für eine militärisch genutzte Satellitenempfangsstation bei Kiew in der Sowjetunion, die die zivile Schifffahrt stört.

Zusammenfassend muß die Kommunikationstechnologie als ein Neben- und Abfallprodukt von Militärtechnologie begriffen werden. Je größer die Bedeutung der Kommunikationstechnologie für die Volkswirtschaft wird, desto intensiver wird ihre Einbindung in den militärisch-industriellen Komplex.

2. Zugang

Der Zugang zur Kommunikationstechnologie sowohl im Hardware- als auch im Software-Bereich läßt sich nicht mehr zureichend mit Ableitungen aus dem Sektor der militärischen Gewalt erklären, sobald die Kommunikationstechnologie ziviler Nutzung zugeführt wird. Allerdings kann auch der dem Technologiezugang historisch zugrundeliegende militärisch-industrielle Komplex im Kommunikationssektor dann wieder offen sichtbar werden, wenn latent-politische in manifest-militärische Konflikte umschlagen. Wie der Putsch gegen die Regierung von Salvadore Allende in Chile exemplarisch demonstriert hat⁸, war sein Erfolg ganz entscheidend von der direkten und zielgerichtet abgestimmten Kooperation zwischen einheimischem und ausländischem Militär, Geheimdiensten, der Elektronik- und Unterhaltungsindustrie abhängig.

Generell sind der Zugang zur zivilen Kommunikationstechnologie, die Verfügung über ihre Ressourcen, die Teilhabe an der Entscheidung zur Verschwendung der Ressourcen und die Position der Peripherien im Informa-

tionsfluß als Ausdruck von struktureller Gewalt zu sehen. Strukturelle Gewalt meint hier ein politisch-ökonomisches System, in dem die Chancen zur Machtteilhabe extrem ungleich verteilt sind, in dem nach dem Zentrum-Peripherie-Modell die Peripherien einer Außensteuerung im Interesse der Zentren unterliegen.

Bei der Frage nach dem Zugang zur Kommunikationstechnologie und -produktion ließe sich das Modell der strukturellen Gewalt sowohl im nationalen, im internationalen als auch im individuell-sozialen Bezugsrahmen diskutieren. Exemplarisch sei hier für das Feld der internationalen Beziehungen auf die Struktur der Nachrichtenagenturen als wichtigen Gatekeepern (Torwärttern) der Presse eingegangen.

Das gegenwärtige internationale Nachrichtensystem wird von fünf oligopolistischen Nachrichtenagenturen dominiert. Nur UPI, AP, Reuters, AFP und TASS arbeiten weltweit und können von ihrer organisatorischen, technologischen und ökonomischen Kapazität her sämtliche Funktionen einer Nachrichtenagentur erfüllen. Während diese Agenturen täglich circa sieben Millionen Wörter international zirkulieren lassen, gibt es eine Vielzahl von Ländern innerhalb der Dritten Welt, die über keine eigene, nationale Nachrichtenagentur verfügen. Die Nachrichtenagenturen in einigen Schwellenländern der Dritten Welt produzieren demgegenüber nur einige zehntausend Wörter pro Tag. An der Spitze dieses Kommunikations- und Informationsexportes liegen die beiden nordamerikanischen Agenturen. So stammen z.B. circa 40% aller Nachrichten in den 14 auflagenstärksten und politisch wichtigsten lateinamerikanischen Zeitungen von UPI und 31% von AP. Den Rest teilen sich im wesentlichen AFP und Reuters auf.

Entsprechende Untersuchungen mit ähnlichen Ergebnissen liegen inzwischen für verschiedene Zeiträume und Regionen vor.⁹ Bei aller notwendigen Differenzierung bestätigen sie sämtlich das Muster eines einseitigen Informationsflusses, einer »Einbahnstraße« für Nachrichten von den Metropolen in die Peripherien. Die Filter und Selektionskriterien für diese Nachrichten orientieren sich also am und sind abhängig vom ökonomischen Wert einer Nachricht für die Zentren, von ihren politischen Interessen und von ihren sozio-kulturellen Verzerrungen und Wahrnehmungsmustern.

Da die Einseitigkeit dieses Informationsflusses inzwischen auch für andere Medien nachgewiesen werden konnte, läßt sich die in der UNESCO-Gründungsakte von 1945 erwähnte Formel vom »freien Austausch von Ideen und Kenntnissen« nur mehr als politischer Imperativ, nicht aber mehr als Situationsbeschreibung begreifen. Sind die internationalen Informationsflüsse lediglich ein Abbild internationaler Dominanzstrukturen, dann dient diese Formel vom »freien Austausch« der Herrschaftsverhüllung. Eine historische Betrachtung über die Herkunft dieser Formel verstärkt den ideologiekritischen Verdacht.¹⁰ Wie Herbert Schiller überzeugend nachgezeichnet hat¹¹, wurde diese Formel Anfang der vierziger Jahre in den USA von Politikern und Medienkonzernen gemeinsam geprägt; und dies nicht nur in antifaschistischer Abwehr, sondern recht bald auch als ideologisches Fundament für die nach 1945 massiv einsetzende nordamerikanische Medienpenetration in Westeuro-

pa. Zusammen mit dem vorhin bei der Erwähnung der Funkfrequenzregelungspolitik bereits angedeuteten Prinzip einer endgültigen Vergabe technologisch neuartig zu nutzender Frequenzen an den technologisch fortgeschrittensten Antragsteller durch die dafür zuständige Internationale Fernmelde Union sichert das Prinzip des freien Informationsflusses die dominante Stellung der Metropolen auf Dauer ab.

1975 konnte Fernando Reyes Matta die bisherigen Untersuchungen über die Einseitigkeit des Informationsflusses differenzieren.¹² In einer exemplarischen Analyse von lateinamerikanischen Zeitungen aus der dem Unabhängigkeitstag der früheren holländischen Kolonie Surinam folgenden Woche stellte er fest, daß dieses für den Entkolonialisierungsprozeß so wichtige Datum von der gesamten lateinamerikanischen Presse entweder gar nicht zur Kenntnis genommen worden war oder — und das ist entscheidend — nur über den Umweg einer UPI-Pressemeldung den lateinamerikanischen Leser erreichte. Aus dieser und späteren Analysen kann man folgern, daß der internationale Informationsfluß nicht nur einseitig verläuft, sondern außerdem auch die Struktur des Informationsflusses der Peripherien untereinander entscheidend prägt.

Diese Struktur des internationalen Nachrichtensystems muß als geradezu »klassischer« Ausdruck von struktureller Gewalt angesehen werden, da sie der Peripherie und erst recht der peripheren Peripherie den Zugang zu Kommunikationsproduktion und -technologie systematisch verwehrt. »Klassisch« kann diese Struktur insofern bezeichnet werden, weil die Eindeutigkeit der Machtverteilung zuungunsten der Peripherie und die daraus folgenden Abhängigkeiten von den Metropolen stärker ausgeprägt sind als beispielsweise beim Zugang zu Grundbesitz, Arbeit, Kapital und Rohstoffen. So ist das bestehende internationale Informationssystem — und zwar nicht nur das der Nachrichtenagenturen — nicht nur ein Ausdruck von struktureller Gewalt, sondern außerdem ein wesentlicher Motor, dieses Gewaltssystem aufrecht zu erhalten.

3. Schlußfolgerungen

Bevor abschließend die Diskussion über den Zusammenhang von Kommunikation (besonders Massenmedien) und Frieden noch einmal aufgegriffen werden soll, muß ausdrücklich betont werden, daß in dem Schaubild eine Reihe von Aspekten nur Erwähnung finden konnten. Auch auf die Rolle transnationaler Medienmisch- und Elektronikkonzerne bei der Verfügungsgewalt über Massenmedien kann hier nur verwiesen werden.¹³ Es kann auch nur angedeutet werden, daß nach neueren empirischen Untersuchungen aus den USA beispielsweise auch die Nutzung der Massenmedien dem Prinzip der strukturellen Gewalt unterliegt. Nach diesen Analysen scheint sich nämlich gegenwärtig der enorme Anstieg des Informationsangebotes durch neuartige elektronische Medien so auszuwirken, daß die bereits Wissenden einen Informationszuwachs erfahren, während die in Unwissen Gehaltenen den Stand ihres Nichtwissens vergrößern. Diese Scherenentwicklung des »increasing knowledge gap« (der wachsenden Wissenslücke) scheint die existierende Klassenstruktur jetzt auch im Kommunikations- und Informationssektor zu verstärken.

Außer den weiteren, im Schaubild nur angedeuteten Forschungsergebnis-

sen, gibt es auch völlig ungeklärte und offene Fragen. Eine Antwort z.B. auf die wichtige Frage, ob mediale Gewaltdarstellungen in der fünfzigjährigen Geschichte der Massenmedien zugenommen haben, ist nicht möglich, da so gut wie keine empirischen Zeitreihenanalysen vorliegen. Oder ein weiteres Problem: Als Joseph Goebbels seine Maxime aufstellte: »Wir wollen durchaus nicht ..., daß unsere SA-Männer durch den Film oder über die Bühne marschieren. Sie sollen über die Straße marschieren«¹⁴, formulierte er eine Politik, die dem scheinbar unpolitischen Unterhaltungsfilm im Faschismus eine Kompensationsfunktion für die alltägliche Realgewalt und die spätere militärische Gewalt zuwies. Korrespondiert eine solche zeitgleiche Diskrepanz zwischen Real- und Mediengewalt aus diesem Zeitraum mit ähnlichen Diskrepanzen in anderen Kulturen und anderen Zeiträumen? Z.B. mit einer Aggressionsfunktion neuartiger Horror- und Gewaltfilme in den USA seit etwa 1975, also seit Ende des Vietnamkrieges?

Wie differenziert auch immer eine Beantwortung solcher Einzelfragen ausfallen muß, so allgemeingültig scheint jetzt der anfangs vorgenommene Interpretationsversuch zu sein. Wenn massenmediale Produktion und Rezeption zugleich Ausdruck und vorwärtstreibende Kraft von struktureller Gewalt sind, wenn Kommunikationstechnologie historisch nur als Teil der Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes verstanden werden kann, wenn also das »Gesetz einer universalen Gewalt« (Adorno/Horkheimer) gilt, dann können die Massenmedien die ihr zuge dachte Friedensfunktion nur in Ausnahmen erfüllen. Massenmediale Gewaltdarstellungen sind also ein konsistenter Bestandteil der universalen Mediengewalt.

Schon immer entsprach der massenmedialen Kommunikation ihr Doppelcharakter von ökonomischer und ideologischer Ware. Der empirisch mehrfach nachgewiesene historische Trend der Massenmedien zur Kommerzialisierung von Produktion und Inhalten macht auch die Rezipienten zur Ware, weist insgesamt der Ökonomie immer mehr das Primat zu. So bestehen beispielsweise mehr als 60% aller Nachrichten in den vorhin erwähnten Tageszeitungen Lateinamerikas aus Material von Werbeagenturen¹⁵, erzielen die meisten Fachzeitschriften circa 80% ihres gesamten Erlöses aus Anzeigen. Sie sind damit ein Vorläufer für viele wissenschaftlich-technische Fachzeitschriften in den USA, die sich zu 100% aus Anzeigen finanzieren und in denen ein Fachautor den Abdruck seines Artikels nach dem Prinzip des »page-charge« bezahlen muß.¹⁶ Diese Ökonomisierung der Massenmedien trifft um so mehr zu, je fortgeschrittener die ihnen zugrundeliegende Kommunikationstechnologie ist. Das Primat der Ökonomie wird das System der strukturellen Gewalt festigen und vorantreiben, da es die Massenmedien und ihre Inhalte nicht als soziales Gut begreifen kann. Eine friedensrelevante Funktion werden die Massenmedien im Sinne des eingangs zitierten völkerrechtlichen Postulats erst dann leisten können, wenn sie sich auf den verschiedenen analytischen Ebenen einem Demokratisierungsprozeß (Stichwort: Neue Internationale Informationsordnung) öffnen.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach J. Becker (Hrsg.): *Free Flow of Information? Informationen zur Neuen Internationalen Informationsordnung*, Frankfurt/M., Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik 1979, 227ff.
- 2 Die Rückkoppelung zwischen inhaltlichen Angeboten der Massenmedien und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen wird eingehend in den folgenden Arbeiten thematisiert: T. Varis: *Peace and Communication. An Approach by Flow Studies*, in: *Journal of Peace Research*, (3)1982, 241-250; J. Becker: *Communication and Peace. The Empirical and Theoretical Relation between Two Categories in Social Sciences*, in: *Journal of Peace Research*, (3)1982, 227-240; B. Pavlic: *UNESCO Mass Media Declaration and Disarmament. Background Paper for the UNESCO-Symposium on the Mass Media and Disarmament, Nairobi, 18-22 April 1983*; J. Becker: *Methodological and Epistemological Problems of Dealing with Disarmament and Armament in the Press. Background Paper for the UNESCO-Symposium on the Mass Media and Disarmament, Nairobi, 18-22 April 1983*.
- 3 W.B. Lerg: *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, München 1980 (= *Rundfunk in Deutschland*, Bd. 1), 34f.
- 4 W.B. Lerg: *Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels*, Frankfurt/M. 1965, 43.
- 5 Vgl. A. Michaelis: *Der elektronische Krieg vom Yom Kippur*, in: *Die Zeit*, 18.1.1974, 50.
- 6 Ausführlicher hierzu vgl. folgende Arbeiten: B.M. Jasani: *Outer Space — Battlefield of the Future?* Stockholm, International Peace Research Institute 1978; G. Paul: *Aufmarsch im Weltall. Die Kriege der Zukunft werden im Weltraum entschieden*, Bergisch-Gladbach, Bastei-Lübbe 1980; R. Väyrynen: *Military Uses of Satellite Communication*, in: *Instant Research on Peace and Violence (Tampere, Finnland)*, (1)1973, 44-49; M. Völkel: *Abrüstung im Weltraum?*, in: *Friedensanalysen*, (13)1980, 128-134; D.O.A. Wolf, H.M. Hoose und M.A. Dausen: *Gefahr aus dem Weltraum. Politische, militärische, technische und rechtliche Aspekte der Weltraumnutzung*, Bonn, Osang 1979.
- 7 Diesen Hinweis verdanke ich Anthony Rutkowski von der »Federal Communications Commission« in Washington. — Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch ein Briefwechsel, den ich mit dem Bundesministerium für Verteidigung führte. Obwohl dieses Ministerium zur interministeriellen Vorbereitungsgruppe der Delegation der BRD für die »World Administrative Radio Conference« 1979 in Genf gehörte, wurden meine Anfragen nach dem Interesse und der Rolle des Verteidigungsministeriums in dieser Vorbereitungsgruppe ausweichend beantwortet. Obwohl also dieses Ministerium involviert war, erhielt ich die Antwort (9.9.81 und 15.7.82), daß die Internationale Fernmelde Union für diese Fragen nicht zuständig sei.
- 8 Vgl. hierzu die folgenden Detailanalysen: F. Landis: *Psychological Warfare and Media Operations in Chile 1970-1973*, Diss. Urbana, Ill. 1975; ders.: *Die CIA macht Schlagzeilen. Psychologische Kriegsführung in Chile*, in: J. Becker (Hrsg.): *Free Flow of Information?*, op.cit., 135-161; D. Freed und F. Landis: *Death in Washington. The Murder of Orlando Letelier*, West Port 1980.
- 9 Vgl. dazu den ausgezeichneten Forschungsbericht von W. Meier und M. Schanne: *Nachrichtengenturen im Internationalen System*, Zürich, Publizistisches Seminar der Universität 1980 (= *Diskussionspunkt*, Bd. 6).
- 10 Vgl. jetzt T. Siebold: *Zur Geschichte und Funktion der internationalen Nachrichtenordnung*, in: *Friedensanalysen* (17)1983 (im Erscheinen).
- 11 H.I. Schiller: *Genesis of the Free Flow of Information Principles*, in: A. Mattelart und S. Siegelau (Hrsg.): *Communication and Class Struggle. Vol.1: Capitalism, Imperialism*, New York 1979, 345-353.
- 12 F. Reyes Matta: *The information bezazzlement of Latin America*, in: *Development Dialogue (Uppsala)*, (2)1976, 29-42.
- 13 Vgl. insbesondere die beiden folgenden Monographien: A. Mattelart: *Multinational Corporations & the Control of Culture. The ideological apparatuses of imperialism*, Brighton, Sussex and Atlantic Highlands, New Jersey 1979; H.I. Schiller: *Who knows? Information in the Age of the Fortune 500*, Norwood, New Jersey 1981.
- 14 J. Goebbels: *Rede in den Tennishallen am 19.5.1933*, in: G. Albrecht: *Nationalsozialistische Filmpolitik*, Stuttgart 1969, 442.
- 15 Vgl. N.Z. Janus und R. Roncagliolo: *Advertising, Mass Media and Dependency*, in: *Development Dialogue (Uppsala)*, (1)1979, 91.
- 16 Vgl. W. Ettl: *Stand und Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Information in den Vereinigten Staaten (1976)*. Aus dem siebenten Jahresbericht der US-Außenstelle, Frankfurt/M.: Institut für Dokumentationswesen 1977, 28.

Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (7)

Astrid Albrecht-Heide

Frauen

Über den relevanten Anteil, den Frauen in der neuen Friedensbewegung spielen, besteht wenig Zweifel. In einem gewissen Mißverhältnis dazu steht der nach wie vor vergleichsweise geringe Umfang an wissenschaftlich einschlägiger Literatur. Ich werde daher den Rahmen weit fassen und auch andere Darstellungsformen berücksichtigen. Bei diesem Thema bestehen erhebliche Abgrenzungsprobleme. Es ist wesentlich leichter, klare Zuordnungskriterien für die sogenannte militärische *hard-ware* (Rüstung-Abrüstung) zu treffen, und da sind allemal Männer die Akteure.

1. Frauen und Militär — historisch

Wer sich mit dem weiblichen Potential für eine friedliche Entwicklung auseinandersetzen will, sollte zuvor aufzuarbeiten versuchen, auf welche Weise Frauen direkt oder indirekt in die Militärapparate involviert sind. Gleichzeitig liefert diese Auseinandersetzung die notwendige Absage an den anstrengungslosen Traum von der Frau als dem »von Natur aus« friedlicheren Geschlecht. Die hierzu bisher informativste in deutscher Übersetzung vorliegende Arbeit ist die des Franzosen

Samuel, P., 1979: *Amazonen, Kriegerinnen und Kraftfrauen*, München

Samuel macht einen geographischen und thematischen Parforceritt — in Teilen durchaus voyeuristischer Manier — durch die Geschichte von »Frauen und Gewalt«. Daneben liegen zwei größere Arbeiten vor:

Gersdorff, U.v., 1969: *Frauen im Kriegsdienst 1914-1945*, Stuttgart

Seidler, F.W., 1978: *Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen*. Geschichte und Bestandsaufnahme, Koblenz

Den gegenüber v. Gersdorff weiteren zeitlichen Rahmen steckt der Militärwissenschaftler Seidler von der Hochschule der Bundeswehr in München mit seiner Arbeit (von der Antike bis zum Beginn der Debatte um eine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr Mitte der 70er Jahre) ab. Die Schwerpunkte seines Buches liegen beim Zweiten Weltkrieg und den Jahren danach — alles weitere hat einleitenden Charakter. Das geographisch-politische Spektrum ist breit. Es schließt die Armeen des Ostens (Sowjetunion, DDR, Polen, CSSR, Jugoslawien und Rumänien) ebenso ein, wie die des Westens (USA, Großbritannien, Kanada, Israel, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Bundesrepublik Deutschland). Die Schrift ist materialreich und bietet dadurch auch kritischen Leser(inne)n, die ihm in seinen Konsequenzen nicht folgen mögen (Die Bundeswehr als Instrument der Frauenemanzipation, 397ff.) eine mögliche Arbeitsgrundlage.

Begrenzt auf die beiden Weltkriege und das damalige Deutsche Reich — andere Länder werden in einem Exkurs abgehandelt — zeichnet den Band von Ursula von Gersdorff seine hervorragende Sammlung von Dokumenten mit mehr als 400 Seiten aus. Im darstellenden Teil wird auf diese Dokumente detailliert verwiesen: insgesamt eine von der Anlage her benutzerfreundliche Arbeit. Nicht unbestritten geblieben sind ihre Schlußfolgerungen, die Kriege hätten wesentlichen Anteil an der Beschleunigung der Erfüllung von Gleichberechtigungsforderungen der Frauen gehabt.

Dagegen spricht allein schon der hohe propagandistische Aufwand, der getrieben wurde, um Frauen für den Krieg zu mobilisieren. Hierzu liegt eine wichtige einführende Arbeit von der US-amerikanischen Historikerin Rupp von der Ohio State University vor:

Rupp, L.J., 1978: Mobilizing Women for War. German and American Propaganda 1939-1945, Princeton

In einem weiteren Sinne — der allerdings den Rahmen dieser Bibliographie sprengen würde — könnte man alle Titel über Frauen im Nationalsozialismus (einschließlich Widerstand) einbeziehen. An diesen Schriften wird exemplarisch erkennbar, daß die militärisch relevante Einbeziehung von Frauen keineswegs nur uniformiert erfolgt, sondern viele scheinbar zivile Tätigkeiten einschließt: Kriegsproduktion, Sanitätsdienst, ziviler Bevölkerungsschutz, Etappendienste, um nur einige wichtige zu nennen.

2. Frauen und Militär — aktuell

Wer sich mit dem aktuellen Stand der Debatte »Frau und Bundeswehr« auseinandersetzen will, kann auf Seidler zurückgreifen und zusätzlich eine Reihe von in den letzten Jahren erschienenen Büchern heranziehen¹:

Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr, 1982: Bericht, Bonn, 21.6.

Deutscher Bundeswehrverband e.V. (Hrsg.), 1978: Gemeinschaftsdienstpflicht als Beitrag zur Gesamtverteidigung, Bonn

Janßen, R., 1981: Frauen ans Gewehr? Köln

Koepcke, C., 1982: Frauen im Wehrdienst, Freiburg i.Br.

Lippert, E., u.a., 1980: Mädchen unter Waffen? Baden-Baden

Lippert, E., u.a., 1981: Weibliche Soldaten, Baden-Baden

Der Bericht der Kommission für die Langzeitplanung ist unerläßlich, um den bisher veröffentlichten neueren Diskussionsstand von Bundeswehrplanern zur möglichen (freiwilligen) Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr mit den militärpolitischen Begründungszusammenhängen zu erfahren. Wesentlich weiter noch als die Langzeitkommission reichen die Überlegungen des eher konservativen Bundeswehrverbandes. Er will junge Männer und Frauen zu einer Vielzahl von Dienstleistungen verpflichtet sehen. Unzweideutig heißt es in dem Konzept: »Priorität besitzen bei allen Diensten die Verteidigungsleistungen«.

Die übrigen Publikationen stehen einer verstärkten militärischen Integration von Frauen aus unterschiedlichen Gründen kritisch gegenüber. Lippert u.a. kommen aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und legen eine ausführliche Studie (Mädchen unter Waffen?) und eine Bibliographie (Weibliche Soldaten) vor. Ihre Studie, die nicht ohne interne Widerstände veröffentlicht wurde, nennen sie selbst eine Bestandsaufnahme »gesellschafts- und sozialpolitischer Aspekte von weiblichen Soldaten«. Mit zurückhaltenden aber eher skeptischen Schlußfolgerungen für die Bundeswehr bieten sie einen Überblick über Ausbildung, Status und Verwendung von weiblichen Soldaten in westlichen und östlichen Streitkräften. Die Autoren gehen differenziert auf eine Reihe von Fragen ein, die genaueren Aufschluß über mögliche militärische Binnenwirkungen geben. Sie berücksichtigen dabei auch die Wirkungen der Anwesenheit von Frauen auf eine männerbündische Organisation. Die Grenzen dieser wichtigen Arbeit liegen bei einer unzureichenden Thematisierung des militärtechnologischen Wandels mit seiner Tendenz zu einer geschlechtsneutralen Tötungsmoral, der gegenwärtigen Hochrüstung sowie der mit beiden Aspekten verbundenen Veränderung des militärisch-zivilen Verhältnisses.

Die von den gleichen Autoren vorgelegte Bibliographie »Weibliche Soldaten« belegt den Mangel an deutschsprachiger wissenschaftlicher Literatur und gleichzeitig das große öffentliche Interesse an dieser Fragestellung: Mehrere hundert Presseartikel und Broschüren beweisen dies. Für jeden, der sich mit Einzelaspekten oder in vertiefender Weise mit »Frau und Militär« beschäftigen will, ist diese Bibliographie unentbehrlich.

Renate Janßen kommt (nach den antimilitarismus-informationen 6/1977) das Verdienst zu, die erste kritische Auseinandersetzung mit dem Thema »Frau ans Gewehr?«

versucht zu haben. Das etwas heiß gestrickte Buch enthält neben einer Abhandlung, die vom Ersten Weltkrieg bis Ende der 70er Jahre reicht, eine Dokumentation von unterschiedlichen Positionen zu dieser Frage in der öffentlichen Debatte. Die Autorin bezieht eindeutig eine Gegenposition zu Seidlers Emanzipationsthese. — Cordula Koepcke folgt ihr in ihrem Bändchen »Frauen im Wehrdienst« in dieser Einschätzung. Die Grundlage für ihre Argumentation gewinnt sie aus christlicher Verantwortung. Die Schrift besteht aus drei Erfahrungsberichten aus dem Zweiten Weltkrieg (Arbeitsmaid Ruth, Flakwaffenhelferin, Schanzen am Westwall) und einer Abhandlung der Autorin.

3. Exemplarische Grenzüberschreitungen

Daß die militärpolitische Bedeutung von Frauen unterbelichtet bleibt, wenn man auf das Gewaltsymbol »Uniform« fixiert ist, vermag auch ein Blick über die bundesdeutschen Grenzen in Richtung Eidgenossenschaft zu verdeutlichen. Die dort seit Mitte der 70er Jahre vehement ausgetragene Debatte über »Frau und Gesamtverteidigung« bietet einen illustrativen Nachhilfeunterricht. Wichtig sind in dieser Debatte besonders zwei Schriften:

Weitzel, A., 1979: Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung (hrsg. v. d. Eidg. Militärdepartement), Bern

und kritisch dazu:

Frauenkommission der POCH, 1981: Emanzipation in Uniform? Eine Diskussionsgrundlage, Zürich

Neben den Produktionsbereichen werden alle Dienstleistungssektoren auf mögliche Kriegeinsätze für Frauen in dankenswerter Klarheit durchdekliniert.

4. Frauenfriedensbewegung — historisch

Aktuelle Veröffentlichungen zu diesem wichtigen Thema sind rar.

Suttner, B. v., 1982: Die Waffen nieder! Mit einem Geleitwort von Willy Brandt und einer Einführung von Friedrich Heer, Hildesheim, 3. Aufl. (unveränderter Nachdruck der 2., um ein Geleitwort ergänzten Ausgabe, Wien 1966)

Brinker-Gabler, G. (Hrsg.), 1980: Frauen gegen den Krieg, Frankfurt/M.

Die endlich vorliegende Neuauflage des Lebensberichts der Klassikerin des weiblichen deutschen Pazifismus (und — was viele nicht wissen — der Vordenkerin einer Friedens- und Konfliktforschung) bedarf keiner eingehenden Empfehlung: »... immer wieder betont Bertha von Suttner hier: die Feldprediger predigen 'Todesfreudigkeit' — es geht aber darum, Lebensfreudigkeit zu gewinnen. Zu 'Todesverachtung' ... gehört 'Lebensverachtung'.«

Gisela Brinker-Gabler hat wichtige Texte von Frauen vom Ende des 19. bis zu den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts mit einer geschichtlichen Einleitung versehen und thematisch gegliedert ediert (Frauen und Krieg; Der Krieg und seine Bekämpfung; Die erste internationale Friedensdemonstration der Frauen — Den Haag; Krieg dem Krieg! Nie wieder Krieg!). Sie liefert damit Frauen, die heute in der Friedensbewegung aktiv sind, die auflockernde Möglichkeit, sich innerhalb einer beachtlichen Tradition mit breitem religiösem und weltanschaulichem Spektrum ohne bornierte Eindimensionalitäten, die in der Praxis nur zu leicht Platz greifen, zu verstehen. Für dieses Spektrum stehen Frauen wie Hedwig Dohm, Claire Goll, Selma Lagerlöf, Rosa Luxemburg, Helene Stöcker, Bertha von Suttner und Clara Zetkin.

5. Frauenfriedensbewegung — aktuell

Die folgenden Bücher geben auf recht unterschiedliche Weise Einblick in die gegenwärtige Frauenfriedensarbeit:

Bothmer, L.v., 1982: *Ich will nicht Krieg. Erfahrungen und Konsequenzen*, Stuttgart
 Burmeister, E. (Hrsg.), 1981: *Frauen machen Frieden. Lesebuch für Großmütter, Mütter und Töchter*, Gelnhausen

Geiger, R.-E., u.a. (Hrsg.), 1982: *Nicht friedlich und nicht still. Streitschriften von Frauen zu Krieg und Gewalt*, München

Quistorp, E. (Hrsg.), 1982: *Frauen für den Frieden. Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Frauenfriedensbewegung*, Frankfurt/M.

Randzio-Plath, Ch. (Hrsg.), 1982: *Was geht uns Frauen der Krieg an?* Reinbek b. Hamburg

Sölle, D., 1981: *Im Hause des Menschenfressers. Texte zum Frieden*, Reinbek b. Hamburg

Von der Textform her sind diese Bücher sehr vielfältig und bunt. Lenelotte von Bothmer, ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete, legt mit ihrem Buch einen engagierten, politischen und auch persönlichen Rechenschafts- und Erfahrungsbericht vor. Diese Veröffentlichung ist wichtig, weil die Autorin erhellt, wie sie — eingebunden in Mehrheitsbeschlüsse, politische Leitlinien und Fraktionszwänge — ohne hinreichende Sachkenntnisse in eine Situation geriet, in der sie, wie viele ihrer Kolleg(inn)en, keine ernsthaften Interventionen in Sachen Bundeswehr und Rüstung für möglich hielt: »Bei meinem Eintritt in den Bundestag 1969 sah ich aber gar keine Möglichkeit mehr, grundsätzliche Kritik einzubringen. Dazu war ich in Bonn um zwei Jahrzehnte zu spät angekommen.« (117) L.v. Bothmer bettet ihre Erfahrungen, die vom gegenwärtigen Rüstungswahnsinn ausgehen, in einen weiten Zusammenhang ein (1870/71, 1914-1918 — zwei Kriege; Der Zweite Weltkrieg — Völkermord; Kriegsfolgen — oder Erfahrung bleibt ohne Wert, Geschichte ohne Lehre; Die SPD — eine Friedenspartei?; Wie ich als Politikerin mit Verteidigung und Sicherheit zu tun hatte; Für den Frieden kämpfen!). Das Buch endet mit der Konsequenz eines Appells für einen friedlichen, länderübergreifenden Widerstand für den Frieden und verdeutlicht, daß die Friedensbewegung auch generationenübergreifend ist.

Davon geht auch das Buch von Elisabeth Burmeister aus. Es entstand anlässlich eines bundesweiten Treffens in Kassel zum Thema »Atomare Rüstung und Frieden«. Frauen aus Kirchen und Gewerkschaften waren hier ebenso vertreten wie unorganisierte und organisierte Feministinnen.

Ruth-Esther Geiger u.a. haben ihre Streitschriften aus der Beobachtung heraus verfaßt, daß Frauen zwar einen großen Anteil an der Friedensbewegung bilden, politisch dort jedoch unterrepräsentiert sind. Mit ihrem Titel »Nicht friedlich und nicht still« setzen sie sich von dem Verniedlichungs- und Verharmlosungstrend in beachtlichen Anteilen der öffentlichen Wahrnehmung ab. In dieser Publikation ist das linke Spektrum von radikal-liberalen bis zu anti-imperialistischen Positionen in zum Teil polemisch brillanter Manier vereint (u.a. Lottemi Doormann, Eva-Maria Epple, Luc Jochimsen, Ulrike Marie Meinhof, Peggy Parnass, Sibylle Plogstedt). Die Autorinnen stellen sich u.a. den Fragen: Sind Frauen von Natur aus friedlich oder kommt ihre Stärke aus Rebellion? Ist Gewalt ein weibliches Tabu? Gibt es Unterschiede zwischen militärischer und alltäglicher Gewalt? Sind Frauen gegen Krieg und wenn: ihrer Kinder wegen? Was bedeutet in diesem Kontext weibliche Emanzipation? Müssen Männer entmachteter werden, damit Frieden möglich wird?

Eva Quistorp, seit langem in der Frauen- und Friedensbewegung engagiert, hat einen interessanten und bewußt »einseitigen« Sammelband von Analysen, Dokumenten, literarischen Texten und Aktionsanregungen herausgegeben. Der vornehmlich für die Praxis gedachte Band versucht an der alten Frauenfriedensbewegung anzuknüpfen. Dies wird in der Gliederung sichtbar: Anstiftung der Frauen zum Frieden; Moderne Waffenbrüderschaften, kriegerische Naturwissenschaften — Alternative Bündnisse; Gleiches Recht zum Unrecht? Kriegsdienstverweigerung statt Kriegsdienst; Solidarität — gegen Männergewalt und Krieg; Frauen zwischen Kriegen; Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv — Zivilcourage in der Frauenfriedensbewegung.

Geradezu akademisch nimmt sich dagegen der Band von Christa Randzio-Plath aus. Seine Qualitäten bestehen in der argumentativen Dichte sowie der eindrucksvollen und das Buch auszeichnenden Textmontage von Ingeborg Drewitz »Können Frauen von heute noch Pazifistinnen sein?«. Die Gliederung hat programmatischen Charakter: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft; Gegen Krieg und Rüstung; Für eine humane Welt.

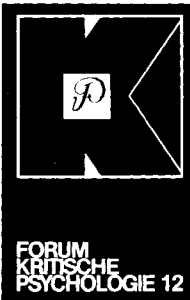
»Im Hause des Menschenfressers« von Dorothee Sölle öffnet erneut die Begegnung mit einer von der Bergpredigt und ihrem Friedensauftrag bewegten MenschIn. Polemische und prophetische Texte, Montagen und Reportagen wechseln sich mit sensibler Lyrik ab. Sie liefern Kopf und Bauch Friedensnahrung. Wer mehr braucht als einen klaren Kopf — also auch ein volles Herz —, möchte auf dieses Buch nicht verzichten.

Was bisher auf dem Buchmarkt fehlt — und der Debatte zweifelsfrei förderlich wäre —, ist ein (selbst)kritischer Überblick über das Thema. Doch: was die Männer bisher auf ihrem Gebiet nicht geleistet haben, sollte unfaire Weise auch niemand uns Frauen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abverlangen.

Anmerkung

- 1 Nicht kommentiert wird in diesem Überblick die eigene Arbeit (zusammen mit Utemaria Bujewski): Militärdienst für Frauen? Frankfurt/New York 1982

Ein ausführliches und systematisches Literaturverzeichnis können interessierte Leser/innen von der Autorin erhalten: Astrid Albrecht-Heide, Duisburger Str. 17, 1000 Berlin 15.



Forum Kritische Psychologie FKP 12

Entwicklungstheorie / Methoden-
diskussion / Theorie — Praxis.

III. Internationaler Kongreß

Kritische Psychologie 1984

Argument-Sonderband AS 99, 1983

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Landeskunde und Didaktik

»Cultural Studies«. Unterrichtsmateria-
lien zur Falkland-Krise. Umstellung von
Kriegs- auf Friedensproduktion.

Argument-Sonderband AS 97, 1983

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Kongreßberichte

4. Volksuniversität West-Berlin

20.-23.5.1983

I. Gemeinsames aus Unterschiedenem

Auch ein Kongreßbericht ist ein politischer Eingriff. Worüber berichtet wird und wie, dies entscheidet u.U. über zukünftige Veranstaltungen. Das gilt insbesondere bei der Volksuniversität. Schließlich ist sie eine Vergesellschaftungsform für diejenigen, die sie besuchen, die mitmachen. So scheint es am angemessensten, Verschiedene zu hören, Unterschiedliches zu Wort kommen zu lassen. Wir haben *Ruth Rehmann* gebeten, die *schon dreimal dabei war*, und *Uli Schreiber*, der die Volksuni Hamburg mit gründete, eine Bibliothekarin aus dem Ausland, und wir veröffentlichten ein Stück aus einem Brief von *Gesine Spiess* an die TAZ, der die Volksuniversität nicht gefiel. — Ganz knapp möchte ich meinen eigenen Eindruck so zusammenfassen: Ich fand die diesjährige Volksuni intensiver, ernsthafter und fordernder. Viele suchten Orientierung, mühten sich um Antworten, Problemlösungen, nächste Schritte. Das bedeutete für die anwesenden Wissenschaftler z.B., daß sie sich mehr als bisher mit dem, was sie gelernt hatten, mit ihren eigenen Kräften anstrengen mußten. Falls sie ein schlechtes Gewissen bekamen, so nicht deswegen, weil sie keine Arbeiter waren, sondern weil sie als Wissenschaftler nicht gut genug waren, die drängenden Fragen zu bearbeiten. So gefielen mir auch die (zahlreichen) Veranstaltungen am besten, in denen die unterschiedlichen arbeitsteiligen Erfahrungen und Kenntnisse zusammengetragen wurden und der Versuch, gemeinsam voranzukommen, gemacht wurde. Sie gaben eine Ahnung von der Kraft, die wir erreichen können, wenn wir die Volksuniversität nutzen und uns wirklich zusammentun.

Frigga Haug (Berlin/West)

II. Volksuni-Nachgedanken

Dienstag morgen: Nebel im Hirn, heillos vermischte Eindrücke, optische und akustische Momentaufnahmen, Gedankenwirbel. Daraus soll nun ein Volksuni-Bericht entstehen! Nachdenken über die Haug-Taktik, Leute im Überraschungsangriff zu »aktivieren«. Rekapitulation des Vorgangs: Am Freitag abend, nach acht Stunden Süd-Nord-Durchquerung der beiden Deutschland, betrete ich die Halle. Hallenbadeffekt des überakustisch aufgeblasenen Stimmengewirrs: Zu viel, zu laut, zu fremd; alle sind drinnen, ich bin draußen, will auch noch draußen bleiben, wittern, spähen, tasten, langsam assimilieren. In diesem Zustand trifft mich der Auftrag, den Bericht zu schreiben, als Schock. Die erste Reaktion ist Abwehr: Moment, Moment, ich bin ja noch gar nicht da ... Dann rührt sich das angerufene Über-Ich: Eigentlich will ich ja mitarbeiten ... und ein Nachschlag von Trotz: Aber nicht, wie Du willst, sondern wie ich will ...

Nachdenken über die Frage, was, wie, ob die Volksuni wäre ohne Frigga und Wolf Haug, beide immer präsent, unausweichlich, sie schweifend, spähend, blitzschnell sortierend nach Tauglichkeit für diese oder jene Arbeit, er eher statisch, immer in irgendeiner Mitte, mit Strahlaugen, Schädelganz, Lächeln Menschen um sich versammelnd, Stromstöße verteilend. Das ist doch nicht Arbeit! sagt er. Das ist Blühen und Früchte tragen. Na ja ...

Einsicht: Ich war ein schlechter Teilnehmer in diesem Jahr, zerstreut, verführbar, vielfach belastet: ein steckengebliebenes Buch im Kopf, eine eigene Veranstaltung (am Montag!) in Vorbereitung. Dazu die Rattenfänger-Verführung zum Musikmachen — eine fließende Beschäftigung, örtlich und zeitlich abhängig von dem österreichischen Geiger, der mal draußen, mal in der Halle zu spielen anfang mit wechselnden Mitspielern — Tuba, Geige, Flöte, Gitarre ... Den Klängen nachlaufend, mitspielend, habe ich manche

Veranstaltung versäumt, wobei ich bis zum Schluß nicht wußte, ob dies nun der im Programm angebotene Musik-Workshop war oder ob der vielleicht ganz woanders stattfand. Andere Musik-Interessenten wußten es auch nicht und liefen ratlos herum. Unsere »Straßenmusik« war ihnen offenbar nicht geheuer. Sie erwarteten planvolles Arbeiten, vielleicht auch ein ganzes Orchester zum Untertauchen. Eine deutlichere Organisation hätte ihnen geholfen, die Angschwelle zu überwinden. Musikausübung ist mit Hemmungen gepflastert. Einfach losspielen, irgendwie, irgendwas, vor Leuten, erfordert ein Selbstvertrauen, das im normalen Musikunterricht nicht vermittelt wird.

Die Veranstalter sollten wissen, daß Volksuni-Fremde, Nichtakademiker oder Landbewohner wie ich und meine oberbayerischen Freunde in der Überfülle und Überakustik der Halle in eine Art Betäubung verfallen, die sie mehr oder weniger unfähig macht, ihre Interessen wahrzunehmen. Die geschäftig herumschwirrenden Volksuni-Leute wirken sehr intellektuell, sehr »eingeweiht«. Der gemeinsame Jargon richtet Sprachbarrieren auf. Die Dekoration ist grau, fetzig, flüchtig. Wenig Schönheit, wenig Glanz, wenig sinnliche Attraktion. Wenig Zuwendung und Herzlichkeit. Die Fremden schützen sich, indem sie dicht beieinander bleiben. Wenn doch einer verloren geht, verbringen sie viel Zeit damit, einander zu suchen. Vielleicht sollte es außer der Info-Tisch-Besetzung noch ein paar freundliche Leute geben, die ratlos Herumstehende ansprechen und in das Geschehen einweisen.

Die Veranstaltung meiner Freunde (Bau von Sonnenkollektoren) ist dann auch ziemlich unbemerkt vorübergegangen. Das ist nun mal das Risiko. Aber vielleicht hätte man ihnen raten sollen, selbst ein wenig zu werben, mit Anschlägen, Megaphon, Ansage in Öko-Veranstaltungen. Sie sind verfrüht abgereist und machen sich nun Gedanken, ob man nicht in München »sowas« einrichten sollte. Es sollte aber etwas »gemütlicher« zugehen, meinen sie. — Die Absicht einer deutlichen Unterscheidung zwischen Großveranstaltungen vormittags und Arbeitskreisen am Nachmittag ist nicht ganz aufgegangen. Manche »Zugpferde« zogen nicht wie erwartet. Wenn man auf großes Publikum Wert legt, sollte man Leute verpflichten, die auch außerhalb der Universität einen großen Namen haben. Bei saalfüllenden Veranstaltungen sollte der Schwerpunkt des Lernens im aufmerksamen Zuhören liegen. Gespräche sollten nicht erzwungen werden, schon gar nicht, wenn nur ein Mikro zur Verfügung steht.

Einige Veranstaltungen seien zu akademisch-schwierig gewesen, hieß es. Das Volk habe nicht folgen können. Aber was ist das: Volk? Die Vorstellung, man könne Scharen von Bild-Lesern in die Volksuni locken, ist sicher illusorisch. Zu erreichen sind aktive, lern- und veränderungswillige Leute aus allen Schichten, vor allem aus den Gewerkschaften und aus den progressiven Bewegungen. — Wenn das Angebot für solche Leute zu akademisch ist, spiegelt sich darin ein Zustand, der mir als aktivem Mitglied einer ländlichen Friedens-Initiative nur allzu vertraut ist. Um Gruppen, Initiativen, Bewegungen zusammen und am Laufen zu halten, müssen ständig Aktionen geplant und durchgeführt werden. Die inhaltliche Arbeit hinkt nach oder fällt ganz unter den Tisch, weil die üblichen Formen zu schwerfällig oder zu abgehoben sind. So kommt es zu einem chronischen Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis. Aus der Perspektive der Bewegung gesehen, liegt eine wichtige Aufgabe der Volksuni in der Entwicklung und Erprobung attraktiver Lernformen, die Theorie und Praxis in Beziehung setzen. Ein positives Beispiel dieser Art war die Däubler-Veranstaltung »Friedensbewegung und Recht«, in der brennende Fragen der Friedensbewegung in ihren theoretischen Zusammenhängen behandelt wurden.

Um solche Aufgaben zu erfüllen, müßte die Volksuni noch entschiedener aus dem Hochschul-Ghetto heraustreten und enge, ständige Kontakte mit den Bewegungen pflegen, nicht nur als »Finger am Puls«, sondern auch in Form wechselseitiger Anregung und Zusammenarbeit. Aktuelle Themen wie Waldsterben im Bereich Ökologie, Ärzte

und Atomenergie, Was ist Krankheit? im Gesundheitsressort sollten im Angebot nicht fehlen (Rheuma und Brille fand ich allzu speziell). Die im Zusammenhang »schwierig« erwähnte Veranstaltung »Vergesellschaftung der Frau« fand ich klar und folgerichtig aufgebaut, das Verständnis abhängig von unablässigem Mitdenken. Ein verlorener Faden ist nicht so leicht wiederzufinden. Allerhand »Selbstverständlichkeiten« bezüglich Moral wurden als system-erhaltende Postulate entlarvt. Manche Schlüsse erschienen mir allzu eindeutig, die Wege dorthin zu gradlinig, z.B. daß beim Erwachsen-Werden die Frauen über ihren Körper, die Männer über berufliche Kriterien definiert werden. Trennt sich das wirklich so sauber? Birgt nicht das heftige Verlangen nach klaren Ergebnissen die Gefahr in sich, daß Beispiele in die gewünschte Richtung gebogen, Schlüsse allzu rasch gezogen werden?

Die Musiker vom Marxival fühlten sich überfahren durch die kurzfristige Einführung eines Szenarios. Obwohl ihnen anfangs freie Gestaltung zugestanden worden sei, hätte man sie dann doch an die Leine des Wortes genommen. — Eva-Maria Hagen wurde unterschiedlich beurteilt. Uneingeschränkte Zustimmung bei der Interpretation frecher, witziger, erotischer Texte. Bedenken bei berühmten Biermann-Liedern wie Oma Meume. Grundsätzlich litten die Abendveranstaltungen unter der Erschöpfung von Zuhörern, die ein volles Tagesprogramm absolviert hatten.

In den Nachmittagsveranstaltungen, die ich besuchte (Christen), fand ich die Lernsituation ausgezeichnet: Interessantes Angebot, informierte Zuhörer, hohes Diskussionsniveau. Ein hoffnungsvoller Versuch, progressive Ansätze der Kirchen in die Volksuni zu ziehen. Unbefriedigend liefen die Diskussionen bei Veranstaltungen wie »Die Grünen in Bonn« und »Systemkonkurrenz und Wettrüsten«, teils weil die Partner sich an vergleichsweise oberflächlichen Fragen (Rotation) festbissen, teils weil sie aneinander vorbeiredeten. Eine straffere Diskussionsleitung hätte beides verhindern können. Von meiner eigenen Veranstaltung kann ich sagen, daß sie *mir* Gewinn gebracht hat — hoffentlich den Zuhörern auch. Statt bei der angekündigten Lesung zu bleiben, hatte ich mich entschlossen, meine Probleme beim Schreiben dieses Buchs auf den Tisch zu legen. Daraus ergab sich ein intensives Gespräch, für mich eine einzigartige Gelegenheit, der Isolation des Autors zu entrinnen, die Menschen zu hören, zu spüren, für die ich schreibe. Ich könnte mir vorstellen, daß die Möglichkeit, unfertige Werke auf einem solchen Niveau zu diskutieren, Leute anlocken könnte, die sonst — anders als ich — unbezahlbar sind. — In allen meinen Gesprächen gab es keine Stimme, die von einer Weiterführung der Volksuni abgeraten hätte. Die geringere Teilnehmerzahl wirkte nicht als Entmutigung. Auch Kritisches zielte aufs Weitermachen, Mitmachen, Bessermachen, unter Umständen auch in kleinerem Rahmen. Tendenz: Besser mehrere, regional abgestimmte Volksunis als ein einziger Mammutbetrieb! Schwerpunkt auf dem gegenseitigen Lehren und Lernen, wie es bei vielen Veranstaltungen, vormittags und nachmittags — erprobt wurde. — Wer auf der Volksuni lernen will, muß sich vorher ein strammes Programm machen und es — allen Lockungen widerstehend — konsequent durchziehen. Daß ich meine Priorität diesmal auf die Geige gesetzt habe, tut mir nicht leid, weil diese Art unpräzisen Spielens, mal Klassik von Noten, mal frei herumfantasieren oder begleiten, für mich spannend und genußvoll war — mitten im hektischen Lernbetrieb eine kleine Enklave gelassener Sinnenfreude, nebenbei eine unfehlbare Therapie gegen das notorische Volksuni-Kopfweh ...

Tips am Rande: Der diesjährige Kindergarten kam mir schrecklich abgelegen vor, trostlos nicht nur für den jeweiligen »Onkel«, sondern auch für die Kinder, die ja einander nicht kennen und mit List und Tücke in Spiele verwickelt werden müssen. Gibt es in der Volksuni denn gar keinen Platz, wo Kinder nah beim Geschehen in irgendeiner Ecke spielen, aber auch mal irgendwo reinschauen, sogar teilnehmen können? Feuerschlucker, Musik, Schweine, Verkauf von Holzspielzeug, exotischen Speisen und Ge-

tränken — es gibt doch genug Vorgänge, an denen Kinder Spaß haben könnten. Wozu die Isolierung? — Könnte man nicht frustrierten Volksuni-Teilnehmern Gelegenheit geben, während oder nach der Volksuni die Bänder von versäumten Veranstaltungen abzuhören?
Ruth Rehmman (Massing)

III. Stärke durch Volksuniversität?

Für mich war die Volksuniversität eine Möglichkeit, zugleich geistige Nahrung und Unterstützung zu bekommen wie gefühlsmäßig angesprochen zu werden. Solche Veranstaltungen sollten unbedingt die Teilnehmer so stärken, daß sie sich, nach Hause zurückgekehrt, gekräftigt und handlungsfähiger fühlen.

Geschah dies in Berlin 1983? Wurden wir wirklich »begeistert«, wie man dies zu Pfingsten erwartet? Ich denke, daß dies ganz sicher so war, als Erich Fried seine Gedichte las. Wenn diese Atmosphäre erhalten bleibt, wäre dies ein wichtiger Beitrag für die Friedensbewegung.

Wir brauchen aber auch Fakten und Daten und neue Informationen, auf die wir bauen können. Für dieses Bedürfnis gab Erich Wulff in seiner Vorlesung über die gegenwärtige Situation in Vietnam eine Menge Denk- und Diskussionsstoff. Es ist erstaunlich, wie die Entwicklung dieses Landes immer noch Fragen aufwirft, die unser eigenes Vorgehen in unseren Ländern betreffen.

Wir müssen auch mit unseren alltäglichen Erfahrungen umgehen und sie analysieren, sie in einen theoretischen Rahmen stellen. Hier, so denke ich, half uns Frigga Haug viel weiter. Das Normale von einem anderen Standpunkt sehen zu können und neue Auffassungen sich entwickeln zu sehen, war wirklich eine anregende Erfahrung, die vielleicht typisch ist für den Beitrag der Frauenbewegung zur Wissenschaft.

Dies sind natürlich nur einige wenige Eindrücke von einer Volksuniversität, die angefüllt war mit ernsthaften Diskussionen, Theater, Liedern und kulinarischen Erlebnissen. Diese Mischung ist wohl das Herz der Volksuniversität. Eva-Maria Flöög (Göteborg)

IV. Das Volksuni-Projekt

Die vierte Westberliner Volksuni war die beste, die es je gab. Für mich allemal, weil ich zum erstenmal überhaupt nichts mit dem ganzen Organisationskram, der oft genug an die Substanz ging und geht, zu tun hatte. Auch für andere. Das Wort *Qualität* machte die Runde.

Freitag begann die Volksuni mit einem Novum. *Marxival* war der Versuch, wissenschaftliche Einsichten von Marx und Ausschnitte aus seinem Leben dem Besucher näherzubringen. Als Akteure traten nicht nur Verwandte, sondern auch geistig Verwandte von Marx (Brecht und Braun) auf die Bühne. Musikalische Einlagen der »Sänger Freies Berlin« kommentierten und ergänzten die Worte. Der Versuch, eine neue Veranstaltungsform zu entwickeln, kann als gelungen angesehen werden, wenn mir auch ein selbstironischer Marx und etwas mehr Witz auf der Bühne besser gefallen hätten.

Samstag morgen: *Frigga Haug* spricht (u.a.) über Moral. Ihre These: Die *eine* herrschende Moral hat *zweigeschlechtlichen* Charakter. Wenn z.B. von Schuld die Rede ist — woran denken die Frauen? Natürlich an ihren Körper, vielleicht auch daran, daß sie ihre Unschuld noch haben oder schon verloren. Die Männer denken hingegen an geschäftliche Ereignisse, an ihre Schulden bei der Bank oder bei Freunden. Die *Körperzentrierung* der Frau wird von der Männergesellschaft unterstützt, z.B. im Rechtswesen. Im Blick auf die Literatur zur Moralphilosophie meinte F. Haug, daß Frauen in ihnen nicht oder kaum vorkämen. Eine wichtige Forschungsaufgabe wäre also eine Geschichte der Frauenmoral zu schreiben (vielleicht auch eine Geschichte der Moral aus feministischer Sicht?). (Der Vortrag wird in *Argument 141* veröffentlicht.)

Das Thema der Veranstaltung mit *Robert Jungk*: Angst und Frieden. Was mich vor

allem beeindruckte, war die Art, wie Jungk es schaffte, einen großen Teil des Plenums zum selbständigen, leisen und lauten Nachdenken über die Problematik zu bringen. Er antwortete eigentlich nie auf Fragen (wie ein Lehrer eben auf Schülerfragen antwortet). Jeder von ihm formulierte Gedanke, so schien es mir, war als Frage an die Teilnehmer gerichtet. Von dieser *selbstkritisch-fragenden und suchenden Haltung* können sich viele Volksunisten noch eine Scheibe abschneiden.

Wolfgang Fritz Haug beschäftigt sich seit dem Streit um die Breker-Ausstellung wieder intensiver mit dem Thema »*Faszination des Faschismus*«. Er versuchte am Beispiel der Skulpturen, genauer: der *nackten Männerskulpturen*, die eine zentrale Rolle in der Kunst im Nationalsozialismus spielten, ihre ideologische Funktion zu verdeutlichen. Ihm kam es auf Kontinuität und spezifische Anordnung an. So könne man in bezug auf die Betonung der Muskeln oder die Formgebung kaum Unterschiede zu anderen Skulpturen feststellen. Haug verglich die von Breker produzierten Skulpturen u.a. mit den altgriechischen und den modernen. Die Debatte über das Thema müsse, so Haug, neu eröffnet werden. Auf keinen Fall könne er der üblichen Auffassung folgen, daß die Kunst im Faschismus keine Kunst sei. Mit diesem Standpunkt würde man nur die zentrale Problematik aus dem Blick verlieren: Wie konnten diese Produktionen so wirken, und was wirkte so erfolgreich? — Eine Podiumsdiskussion über dasselbe Thema zeigte, daß die verschiedenen Wissenschaftler noch einen weiten Weg haben, bis sie zusammen diskutieren können.

Erich Wulff machte so etwas wie einen *dritten Reisebericht über Vietnam*. Anfang dieses Jahres konnte er dort — obwohl er sich auch sehr kritisch zur gesellschaftlichen Entwicklung Vietnams in der Öffentlichkeit geäußert hatte — Freunde besuchen und Orte besichtigen, in denen er vor rund zwei Jahrzehnten tätig gewesen war. Wulff ist heute der Auffassung, daß auch *Vietnam eine privatkapitalistische Phase durchlaufen muß*, bevor die Frage nach dem sozialistischen Umbau gestellt werden kann. *Freiheit und Autonomie des Individuums müßten als psychologische Voraussetzung für den sozialistischen Menschen verstanden werden*. Diese Voraussetzung könne aber nicht von oben bewirkt werden, wie dies in den realsozialistischen Ländern der Fall sei, sondern müsse von unten her kommen, durch die Eigeninitiative der Individuen, auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Sein Vortrag hat mich erschüttert, und ich fragte mich, ob Wulff radikaler als die Wirklichkeit ist. Mir hat sein Standpunkt aber eingeleuchtet.

Angst war das Stichwort in einer Veranstaltung, in der es um Mathematik ging. *Gerhard Herrgott* versuchte — und das ist ihm gut gelungen —, den Anwesenden etwas die *Angst vor der Mathematik zu nehmen*. Seine Hauptthese: Viele haben vor allem deshalb vor Mathematik soviel Angst wie vor dem Zahnarzt, weil ihre Lehrer einen entscheidenden didaktischen Fehler gemacht haben. Statt gerade die *Fehler der Schüler* zum Zentrum des Unterrichts zu machen, haben sie sie immer in den Hintergrund geschoben. Auf diese Weise tragen viele Lehrer noch heute dazu bei, wirkliches Lernen zu verhindern. Die Veranstaltung zeigte wieder einmal, daß schon das Reden über psychologische Hemmungen und Schranken und die Suche nach ihren Ursachen befreiende Funktion haben. Eine Volksuni-Veranstaltung im besten Sinne des Wortes.

Auch die Kunstveranstaltungen (*Eva-Maria Hagen, Erich Fried, Martin Buchholz und Walter Moßmann*) waren ausgezeichnet, wie ich sah oder von andern hörte. *Erich Fried*: Er las Gedichte gegen große und kleine Kriege. Mich berührten besonders die Fragen, die er an sich selbst und an uns Linke stellte. Wenn Du in den Augen des Neofaschisten nicht einen Teil von Dir selbst erkannt hast, so hieß es in einem Gedicht sinngemäß, hast Du ihn Dir nicht lange genug angesehen. Aus der Geschichte einer *Theatergruppe des nassauischen Dorfes Niederbrechen* bei Limburg kann man lernen, wie man das kulturelle Gesicht eines Dorfes verändern kann. Ein erfahrener Kulturarbeiter der Hessischen Jugendbildungsstätte und ein Sozialarbeiter bauten diese Theatergruppe auf, die

ausschließlich aus Bewohnern des Dorfes Niederbrechen besteht. In vier Jahren machten sie drei Theaterstücke zur Geschichte ihres Dorfes. Das auf der Volksuni vorgeführte letzte Stück »Die Nirrerländer« handelt von der Pendlerproblematik jetzt und vor 100 Jahren. Der hessische Dialekt war ein wenig schwierig — doch beeindruckend war, wie die Dörfler sich ihre Geschichte bewußt gemacht hatten, und mit welcher Begeisterung sie sie spielten. Dies war selbst auch eine Art Volksuniversität und Utopie.

Am Anfang schrieb ich, daß das Wort Qualität die Runde machte. Wie verhielt sich die Quantität zur Qualität der Veranstaltungen? Antwort: Die Zahl der Teilnehmer nahm ein weiteres Mal beträchtlich — um nicht zu schreiben: beängstigend — ab. 900 Gesamt- und Tageskarten wurden verkauft (1980 über 2000), insgesamt gab es etwa 2500 Besucher. Wie kann man sich das erklären? Es gibt natürlich eine Reihe von *objektiven Gründen* dafür, die z.T. wiederum durch subjektive Schwächen des tragenden Bündnisses (= die Macher der Volksuni) hervorgerufen worden sind. Da wäre zum Beispiel die *Werbung* zu nennen. Wenn der engere Kreis der Organisatoren, d.h. die eigentlichen Macher der Berliner Volksuni, auf ca. zehn Leute zusammengeschmolzen ist, dann kann es kaum jemanden wundern, daß in der gesamten westdeutschen Presse quasi keine Vorankündigungen zu lesen waren, daß in Westdeutschland bis auf wenige Ausnahmen Werbung nicht stattfand. Es gibt dann den objektiven Faktor: Haltung der linken Journalisten und Medienmenschen zu dem Projekt. Die TAZ spielt in Berlin — wie übrigens auch in Hamburg — eine Art Vorreiterrolle in Sachen Abwerbung. Offensichtlich ist der Volksunipluralismus nicht der, den die Frauen und Männer der TAZ meinen.

Uli Schreiber (Hamburg)

V. Zur TAZ-Berichterstattung

schrrieb *Gesine Spiess* (Fraueninitiative 6. Oktober) u.a.:

Ich bin verärgert über den Artikel zur Volksuni vom 24.5.83! Ich war zwar das erste Mal in der Volksuni, aber von »muffiger Lebendigkeit« und »farblosen Hemden« habe ich wirklich nichts entdecken können. Merkmale waren für mich dagegen anregend/anstrengende Veranstaltungen, intensive Pausengespräche mit den unterschiedlichsten Leuten, schöne Zwischensituationen auf dem Rasen mit Geigenklängen und viel Sonne. Gerochen hat es nach türkischen und lateinamerikanischen Spezialitäten, nicht aber nach »Sozialismus« (wie riecht der genau?).

Den »Frauenratschlag«, an dem ich nun selbst beteiligt war, kann ich durch so viel Ironie, die abgeleitet ins Hämische, kaum wiedererkennen. Es wurde laut nachgedacht über das Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Persönlichen, über die eigenen Zweifel am Politik-Machen, über die Autonomie von Frauen als Grenze oder Wert, über die *Bündnisfähigkeit* von Frauen u.a. Diese Fragen erscheinen nur kurz in der letzten Spalte quasi als subjektiver Eindruck i.S. von »aufgefallen sind mir noch zwei andere Frauen ...« Die Gewichtung verfälscht zusätzlich neben dem Inhaltlichen. Ratschlag an »nmu«: weniger Spott — mehr *Zuhören*... und das offen. Und offen (leider auch ungeschützt) wurde beim Frauenratschlag geredet. Es wurden Fragen und Probleme angesprochen, die sonst höchstens privat, nicht aber öffentlich diskutiert werden.

Gegen Sozial- und Bildungsabbau — für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik

Kongreß der VDS und des ASTA der Universität Göttingen, 13.-15.5.1983

Politiker, Wissenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter von Initiativen stritten mit den etwa 300 Teilnehmern — vorwiegend Studenten — in Podiums- und Plenumsdiskussionen

nen und in 16 Arbeitsgruppen über die Chancen alternativer »Antikrisenpolitik«. Der spezifische Beitrag der Hochschulen kam dabei kaum zur Sprache, was die Vertreter des MSB Spartakus in der Diskussion wettzumachen versuchten. Von der Erkenntnis des GEW-Studentensprechers *Kai-Uwe Hübner*, daß die SPD ihre Massenbasis verloren hat, während es die Rechten geschafft haben, positive Begriffe zu besetzen, über Einschätzungen wie: Die Krise ist eine große Depression, der die Rechten ein anderes Politikmodell entgegensetzen, bei dem die SPD mitmacht (*Peter X*, GAL Hamburg), oder: Sozialabbau und rechte ideologische Offensive treiben den Entsolidarisierungsprozeß voran (*Horst Peter*, SPD-MdB) bis zum ökonomischen Ansatz von *Kurt Hübner* von »Prokla« reichten die Erklärungen. Hübner sah den Kapitalismus in einer internationalen Akkumulationskrise durch wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals bei abnehmender Mehrwertrate. Somit sei das »Modell Deutschland« gescheitert: Da die Politik des quantitativen Wachstums und der neoklassischen, sprich indirekten, nachfrageorientierten Wirtschaftsregulierung gescheitert sei, folge nun eine Rückbesinnung auf die 50er Jahre, eine Vermarktung in allen Bereichen. *Marianne Weg* von der Memorandumsgruppe legte die Tendenzen und Perspektiven dieser Politik dar: Eine zunehmend offensivere Umverteilungsstrategie, gekoppelt mit einem Ausbau des Herrschaftsapparates und der Repressionsmethoden, führe zu einer tieferen Desintegration der Gesellschaft, zum Abfinden mit Massenarbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut. Dies alles werde als »Sachgesetzlichkeit« verkauft, von der die Frauen besonders betroffen seien.

Eine Auseinandersetzung gab es zum Standpunkt der Memoranden, die bekanntlich Rahmenbedingungen und Kontrollmechanismen für eine aktive soziale und ökologische Beschäftigungspolitik fordern. Für den GAL-Vertreter bewegt sich dieses nachfrageorientierte Programm als Politik des »Keynes plus« im engen Rahmen des Systems. Die Realität in Frankreich zeige, daß Linksklassismus zu bloßer Austeritätspolitik führe. Demgegenüber betonte *Herbert Schui*, mit dem seit 1980 fortschreitenden Reallohnabbau müsse endlich Schluß gemacht werden, ohne Hebung der Massenkaufkraft sei kein Ausstieg aus der Krise möglich. Die Memorandum-Forderungen seien daher: ein 30-Milliarden-Programm für ein qualitatives Wachstum in gesellschaftlichen Mangelbereichen, eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durch Einstieg in die 35-Stunden-Woche und eine Verstaatlichung der Stahlindustrie unter demokratischer Kontrolle. Trotz aller Mängel der realen Umsetzung solcher Forderungen im bestehenden System bleibe die Trennlinie: Wenn schon Warenproduktion, entscheidet dann Siemens, oder entscheiden wir? Es gehe darum, öffentliche Ausgaben nach wirklichen Bedarfswerten zu tätigen und nicht, wie bei der Startbahn West, mit dem Schlagstock. Daß es um diese Gebrauchswertseite der Produktion gehen muß, darüber herrschte Einigkeit. Besonders in der Arbeitsgruppe »Ökologie oder Ökonomie« zeigte sich, daß eine Annäherung zwischen gewerkschaftlichen, grünen, bunten und roten Positionen möglich ist.

Während die Ansichten über Rolle und Möglichkeiten von Betriebsbesetzungen, die Bedeutung von Schwerpunktstreiks oder das Verhältnis der Gewerkschaften zur Arbeitslosenbewegung auseinander gingen, wurden auf einem wesentlichen Gebiet der theoretischen Auseinandersetzungen, dem Verhältnis von industriellem zu autonomem Sektor in der grün-alternativen Konzeption einer Dualökonomie, die Einstellungen relativiert. *Jochen Denking* von den Grünen drückte es so aus: Wir dürfen den industriellen Bereich nicht kampflös preisgeben, sondern müssen an den realen Bewegungen inner- und außerhalb der Betriebe ansetzen. Die Ambivalenz von Selbsthilfeprojekten war umstritten. Können sie durch ihren Modellcharakter zeigen, daß es auch anders geht, so sind sie jedoch nicht für eine alternative Gesamtstrategie verallgemeinerbar (*Jochen Worsch*, Jusos). Trotzdem wurde über alternative Projekte am ausführlichsten diskutiert.

Können sie gerade Arbeitslosen wieder eine Perspektive verschaffen, so zeigt sich andererseits beim BAFÖG, daß es hier kein Selbsthilfekzept gibt, sondern daß zentrale Forderungen an den Staat gerichtet werden müssen. *Jörg Goldberg* vom IMSF brachte es auf den Punkt: Da sich in den neuen sozialen Bewegungen auch die veränderte Struktur der Arbeiterklasse ausdrückt, soll man diese auch nicht der Arbeiterbewegung als Konkurrenz gegenüberstellen. Bei den alternativen Konzepten der Linken geht es darum, die Vereinzelung zu überwinden und über die Betriebe hinaus eine gesamtgesellschaftliche Strategie zu entwickeln, um nicht in Anpassung zu verfallen. Das sei reale kollektive Selbsthilfe. Die Resolution des Kongresses betonte diese Notwendigkeit einer gemeinsamen Gegenstrategie. Manfred A. Heinrichs (Erlangen)

Mediterranean Studies, Labour Movements

Internationales Seminar am Interuniversity Centre of Postgraduate Studies Dubrovnik, 21.3.-1.4.1983

Einer Blickfelderweiterung hinsichtlich der Migrationsprobleme im mediterranen Raum sollte das Seminar in zweifacher Weise dienen: Gegenstand war zum einen die seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachtende Richtungsänderung in der Migrationsbewegung hin zu den Golfstaaten, was die genauere Betrachtung — und dies war der zweite Schwerpunkt — der sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Arbeitsmigration in den Heimatländern, hier vor allem Ägyptens, nahe legte.

Die Richtungsverlagerung der Migrationsbewegung nach Süden hin koinzidiert auffällig mit einem Rückgang der Arbeitskräftewanderung nach Westeuropa, bekanntlich eine der Wirkungen der ökonomischen Krise in den europäischen Zentren. Belegt wurden diese neueren Migrationstendenzen in ihrem quantitativen Ausmaß von *J. Lewis* (University of Durham), der die große Bedeutung vor allem Saudi-Arabiens als »Empfängerland« von Arbeitskräften (1979/80 Zuwanderung von ca. 1,023 Mio ausländischer Arbeitskräfte) und Ägyptens als »Abgabeland« von Arbeitskräften (1979/80 Abwanderung von ca. 600000 Arbeitskräften) hervorhob. Im Sog der Ölproduktionssteigerung vermochte der expandierende Bausektor seine Arbeitskräfteknappheit nur noch mit ausländischen Arbeitskräften auszugleichen, die neben Ägypten aus dem mittel- und ostasiatischen Raum rekrutiert wurden, aber auch aus der für die westeuropäischen Ökonomien so wichtigen Türkei. Dem Beitrag von *E. Hill* (American University of Cairo) war weiterhin zu entnehmen, daß internationale Bauunternehmen nicht nur aus den kapitalistischen Zentren, sondern gleichfalls aus Ägypten und aus der Türkei — diesen Umstand bestätigten *U. Atabek* und *B. Ece* (Universität Ankara) — in enger Zusammenarbeit mit international agierenden Arbeitskräfteverleihfirmen vor allem Arbeitskräfte aus Pakistan und Süd-Korea anheuern, die dann als »moving part of world-labourforce« Opfer und Instrument zugleich sind: Opfer aufgrund äußerst restriktiver Arbeits- und Lebensbedingungen, die einen 10- bis 12-Stunden-Arbeitstag und keinerlei gewerkschaftliche Rechte vorsehen, die zudem eine vollkommene Isolierung von der jeweiligen einheimischen Bevölkerung einschließen, da die Arbeitskräfte meist in Camps unweit der Baustellen leben. Als Instrument werden die Arbeitskräfte dann gegen die abhängig Beschäftigten des jeweiligen »Gastlandes« durch Lohndrückerei und andere Formen der Kostensenkung, aber vor allem auch als anti-gewerkschaftliche »pressure group« zur Verhinderung der Organisation der einheimischen Arbeitskräfte eingesetzt. Kaum von der Hand zu weisen, wenn auch im Seminar umstritten, ist damit die politische, vermittels des internationalen Kapitals sich gewaltsam bahnbrechende Dimension von Migrationsbewegungen. Daß diese Form der Vernutzung eines international verfügbaren, hoch mobilen Arbeitskräftereservoirs für die gesamte Golfregion von Bedeutung ist, bestätigte *B. Al-Naigigar* (Bahrein) am Beispiel Omans, dessen abhängig Beschäftigte rund zur Hälfte aus ausländischen Arbeitskräften bestehen.

Am Beispiel einer oberägyptischen Kleinstadt wurden von *F. Khafagy* (Ägypten) Rückwirkungen der Arbeitskräftemigration auf die ökonomische, soziale und kulturelle Lage der zurückgelassenen Familienmitglieder, insbesondere der Frauen, und der aus der Emigration zurückgekehrten Arbeitskräfte untersucht. Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur zugunsten kleinindustrieller, von den Ersparnissen der Arbeitsemigranten finanzierter Fertigungsbetriebe, insbesondere der Bauindustrie, Modernisierungsvorhaben landwirtschaftlicher Produktion und Verschiebungen in der Rolle der Frau, die aufgrund der männlichen Abwanderung einen bedeutenden Machtzuwachs erfährt, was für den islamischen Familienverband ungleich größere Wichtigkeit hat als hierzulande, sind die hervorzuhebenden Rückwirkungsmerkmale der Arbeitsmigration Ägyptens.

Konnte die bloße Empirie der Migrationsprobleme samt ihrer ökonomischen, politischen und kulturellen Implikation nur gelegentlich kontroverse Diskussionen hervorrufen, so provozierten die eher mikroanalytisch orientierten Erklärungsversuche von *G. Stauth* (Uni Bielefeld), der den familiengebundenen Haushalt als migrationsmobilisierende respektive -hemmende Einheit ausmachte, scharfe, gleichwohl produktive Auseinandersetzungen. Der von *B. Kasimis* und *G. Stathakis* (Griechenland) vertretenen Gegenposition — nachdrücklich unterstützt und am Beispiel Nordafrikas expliziert von *W. Ruf* (Gesamthochschule Kassel) — einer »Durchkapitalisierung« auch der unterentwickelten Länder von den Zentren aus, mit der Folge »grenzenloser« Übervölkerung und internationaler Reservearmee, wurde von *P. Glawanis* (University of Durham) mit dem Hinweis widersprochen, daß ein so orientierter Ansatz allein deshalb kaum greifen könne, da er eine wie auch immer geartete Existenz einer Arbeiterklasse unterstelle, die es in den Golfstaaten so nicht gebe.

Ein weiterer Schwerpunkt befaßte sich mit den Wirkungen der »Neuen internationalen Arbeitsteilung« auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von industriellen Arbeitnehmern. Daß Jugoslawien sich nahtlos mit entsprechenden Niedriglöhnen, hoher Arbeitslosigkeit und nur wenig hinreichender Versorgungslage, unter Ausnutzung der Arbeitskräfte durch einschlägige westdeutsche und italienische Subcontracting-Firmen der Textil- und Bekleidungsindustrie, in die Reihe der sog. Niedriglohnländer einreicht, ist zwar kein neues, wenngleich aufgrund der eindringlichen Darstellung von *R. Chepulis* (USA) hervorzuhebendes Phänomen der internationalen Ökonomie.

Anknüpfend an die doppelte Wortbedeutung von »labour-movements« sollen 1984 in einem weiteren Seminar der Mediterranean Studies Probleme der »Social Transformation« und damit unter anderem der gewerkschaftlichen Organisation im Mittelmeerraum behandelt werden. — Die Beiträge der Mediterranean Studies 1983 werden voraussichtlich 1984 publiziert werden. Kontakte: *W. Ruf* (Kursdirektor und Koordinator), Gesamthochschule Kassel, FB 05, Heinrich-Plett-Straße 40, 3500 Kassel.

Michael Lacher (Kassel)

Besprechungen

Philosophie

Den vorgesehenen Rezensionsschwerpunkt zur Frauenforschung in der Philosophie müssen die folgenden zwei Rezensionen zum Jahrbuch I und zu Ranke-Graves ersetzen. In der Frauenredaktion gibt es keine Philosophin. Wenn Ihr daran interessiert seid, *Das Argument* als Informationsmedium auch für diesen Bereich zu nutzen, greift bitte ein: Schickt uns Rezensionen, Kongreßberichte, Aufsätze. Wir brauchen Rezensionen für das Beiheft '83. Redaktionsschluß ist Ende Juli.

Maren-Grisebach, Manon, und Ursula Menzer (Hrsg.): Philosophinnen. Von wegen ins 3. Jahrtausend. Jahrbuch I der Internationalen Assoziation von Philosophinnen e.V. (IAPH). Tamagnini-Verlag, Mainz 1982 (272 S., Ln., 68,- DM)

»Die Philosophin weiß von Anfang an um eine Wirklichkeit, in der es sie nicht gibt«, schreibt Margaretha Huber in ihrem kurzen Text, dem ersten von zwölf Beiträgen im Jahrbuch I der »Internationalen Assoziation von Philosophinnen«. Der Satz verweist auf einen Widerspruch: Es gibt sie heute, die Philosophinnen, und es gab sie auch früher — und doch gibt es sie auch nicht. Jahrhundertlang wurde unter Ausschluß der Frauen philosophiert und den Frauen die Fähigkeit zu denken abgesprochen. Und auch heute sind sie als Denkerinnen diskriminiert: Von den etwa 130 Philosophie-Professoren der Bundesrepublik sind nur drei weiblichen Geschlechts. Psychologinnen, Historikerinnen, Sozial-, Literatur- und Naturwissenschaftlerinnen — sie alle haben schon die Herrschaft der Männer in ihren Disziplinen kritisiert. Vereinzelt bezogen auch Philosophinnen zu diesem Problem Stellung. Doch erst jetzt exponieren sie sich als Gruppe in ihrem »Jahrbuch I«. Der Sammelband mit Aufsätzen von vor allem deutschen Philosophinnen hat die Vor- und Nachteile eines »Spätwerks« der Frauenbewegung. Es fehlt der revolutionäre Impetus, der die frühen Polemiken so einflußreich machte. Es fehlen aber auch überzogene Urteile, die im nachherein psychologisierend aus aufgetauter Wut zu erklären sind.

Die Philosophinnen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, über die Bedingungen von Erkenntnis zu reflektieren, nehmen differenziert Stellung. Männliche Traditionen werden genau analysiert: So weist Ursula Menzer, Mitherausgeberin des Jahrbuchs, nach, daß Herbert Marcuse, der den Frauen revolutionäre Potenzen zuspricht, keineswegs revolutionär denkt: Die besonderen weiblichen Eigenschaften, auf die er seine Hoffnungen setzt, nämlich Sensitivität, Gewaltlosigkeit, Zärtlichkeit, Sinnlichkeit, entsprechen ganz den klassischen Weiblichkeitsbestimmungen. Dagegen findet Astrid Deuber bei Walter Benjamin Gedanken und Einsichten, die für Frauen wichtig sind: eine Philosophie, »die den akademischen Rahmen sprengte«, weil sie systematische Erkenntnis, die mit Begriffen besitzen will, ablehnt.

Kritisch untersucht wird in verschiedenen Beiträgen auch das Denken der Frauenbewegung: Gabriele Gutzmann z.B. zeigt: Es geht in den Befreiungsideen der Frauen weniger um die bürgerliche Gleichberechtigung, die die rechtliche Gleichstellung der Frau will. Genausowenig um die sozialistische Emanzipation durch Arbeit. Ziel ist die private, sexuelle Revolution. Dabei werden jedoch häufig unreflektiert die »männlichen« Vorstellungen von einem in sich identischen, einheitlichen Subjekt übernommen.

Die verschiedenen Aufsätze sprechen Fragen der Metaphysik, der Moral und der Ethik an und analysieren die Rolle von Staat und bürgerlicher Gesellschaft und die Funktionen der Frauen darin. Thematisiert wird auch immer, was Denken ist, was es leistet und leisten kann in einer von Technik und Wissenschaft beherrschten Welt. Jedoch: So leicht es ist, die Herrschaftsgebärden von Herren und deren gedankliche Mystifika-

tionen zu entlarven, so schwierig ist es auch, diesen zu entgehen. Ich frage mich, was es bedeutet, daß Margaretha Huber »jenseits, daneben, tief unten« das Weibliche anruft. Sucht sie die Wahrheit im Weiblichen? Ich bin auch skeptisch, wenn Sigrid Hunke ein religiöses Weltbild entwickelt, nachdem sie das »Sinnvakuum« der modernen Welt kritisiert hat. Und ich weiß wenig mit komplizierten Gedankenspielen anzufangen, wenn sie letztlich nur aufzeigen, daß Frauen weniger Handlungsräume als Männer haben — wie bei Gabriele Gutzmann. Den Beitrag, der mir am besten gefiel, schrieb Manon Maren-Grisebach, die andere der beiden Herausgeberinnen. In ihren »Drei Briefen zur Wiedergewinnung einer ganzheitlichen Qualität« geht es »holterdipolter« und sehr flott »im Hundetrab, immer gierig die Nase am Boden« durchs »Gestrüpp der Ganzheitsideengeschichte«. Kritisiert werden Philosophien, die eine organische Ganzheit postulieren und dann hierarchische Ordnungen gutheißen. Plädiert wird für ein ganzheitliches Denken, das Mensch und Natur als Subjekt begreift und Ausbeutung nicht legitimiert. Mit viel Sinn für Literatur und Kunst und mit Witz und Ironie nimmt Maren-Grisebach Partei für basisdemokratische Ideen — und sie bekennt sich als Grüne.

»Von wegen ins 3. Jahrtausend« heißt der Titel des Jahrbuchs. In der engagiert politischen Kritik, die unsere Situation nicht beschönigt, aber auch nicht in der »no future«-Geste erstarrt, wird einer von möglichen »Wegen« ins 3. Jahrtausend vorgeführt. Aber das »von wegen«, die Skepsis, die Zweifel, ob wir so weit kommen, sind nicht verschwiegen. (Das Buch muß direkt beim Verlag bestellt werden: 6500 Mainz, Rheinallee 193.)

Hilke Holinka (Hamburg)

Ranke-Graves, Robert von: Die weiße Göttin. Sprache des Mythos. Übers. v. Thomas Lindquist und Lorenz Wilkens. Medusa Verlag, Berlin/West 1981 (645 S., br., 42,- DM)

Ranke-Graves, Robert von: Sieben Tage Milch und Honig. Übers. v. Peter Marginter. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1982 (351 S., br., 34,- DM)

Robert Graves' »These ist, daß die Sprache des einst am Mittelmeer und im nördlichen Europa verbreiteten poetischen Mythos eine magische Sprache war, vermischt mit populären religiösen Zeremonien zu Ehren der Mondgöttin oder der Muse, deren einige bis auf die ältere Steinzeit zurückreichen; und daß diese noch immer die Sprache wahrer Dichtung bleibt« (10). Diese These, die Graves in seinem fundamentalen — 1946 erschienenen, jetzt erstmals ins Deutsche übersetzten — Werk »Die weiße Göttin« am Beispiel »zweier ungewöhnlicher walisischer Minnesängergedichte des dreizehnten Jahrhunderts« (18), »Cād Coddeu« und »Hanes Taliesin« (21), zu belegen sucht, weist ihn als einen Theoretiker modernster Prägung, nämlich nicht nur als Theoretiker antiker Mythologie, sondern als einen rechten Mythologen der modernen Gesellschaft aus. Wäre die »Weiße Göttin« aller unakademischen Spekulationslust zum Trotz, die sich in ihr austobt, nicht gleichzeitig wissenschaftlich so borniert und verwickelt, sie könnte das Kultbuch der modernen Mythomanen werden — und ist es, zumindest für einige der modernen feministischen Matriarchatstheorien, wohl auch schon geworden.

Die Implikationen dieser These haben eine fundamentalistische und eine strukturalistische Seite. Auf der fundamentalistischen Seite sagen sie aus, daß im mythologischen »Einst« der vorklassischen Antike sowohl »am Mittelmeer« wie »im nördlichen Europa« (s.o.) ein einheitlicher Mythos geherrscht hat und daß dieser einheitliche Mythos um die »Dreifache Göttin« (26) und ihre Geliebten, den »Gott des zunehmenden Jahres« und den »Gott des abnehmenden Jahres« kreist (25), deren »beider Mutter, Braut und Führerin« (26) sie ist. Auf der strukturalistischen Seite sagen sie aus, einerseits, daß der Mythos wesentlich sprachlich ist im doppelten Sinn einer allgemeinen zeichenhaften »Grammatik und Formenlehre der Mythen« (216) und ihres explizit sprachlich-grammatologischen Ausdrucks; andererseits, daß der Mythos wesentlich poetisch ist. Dies charakterisiert nicht nur den Mythos, sondern vor allem auch die Poesie, die »noch immer«

(s.o.) mythologisch ist und die »unsichtbare Gegenwart der Göttin ... beschwört: wenn z.B. Eulen schreien, der Mond wie ein Boot durch treibende Wolkenfetzen segelt, wenn Bäume sich langsam über einem rauschenden Wasserfall wiegen und fernes Hundegebell zu hören ist« (27). Diese poetisch-mythologische Sprache schließlich ist selbst wesentlich magisch eingreifender Natur, weshalb es, spitz gesagt, auch heute noch möglich ist, den »poetischen Mythos« (s.o.) als Praxis aufzufassen und, worüber Graves ernsthaft reflektiert, »Religion ... für eine Lösung der heutigen politischen Probleme in Anspruch zu nehmen« (575).

Die offenkundige Mühseligkeit der Rekonstruktion einer verschollenen und »verschlossenen« (552) Totalität, in der die »Funktionen von Priester und Dichter [identisch]« (512) waren, überdeckt für den Leser möglicherweise den wahrhaft totalitären Anspruch dieses Bezugsrahmens, der keine profane Geschichte kennt und der auch für die Marxsche Kritik nur den Status von »ökonomischen Prophetien« (578) und für den Kommunismus »nur den einer Ersatzreligion«, eines »Glaubens, keiner Religion« (575), gelten läßt. In diesem totalitären Bezugsrahmen, in dem es keine Geschichte, nur »Verschiebungen« (115), Verwässerung (vgl. ebd.), »Verdrängung« (65) und Usurpation (vgl. 578) und, als Begründungsursache für die einschneidendste »Verschiebung« vom Matriarchat zum Patriarchat, allenfalls Invasionen patriarchal orientierter Stämme gibt (vgl. 10), behauptet das Verschollene sich als Realgeschichte: Allein die Göttin — dies der Witz der Gravesschen Konstruktion, sein sozusagen ganz persönlicher Triumph — präsentiert sich unverzerrt, und zwar nicht als apollinisch reine Jungfrau, Verehrungsgegenstand griechischer homosexueller Philosophen (vgl. 12, 526) und hochmittelalterlich verklemmter Ritter (vgl. 21), sondern als »anti-domestisch« (541), als die »Liebe Frau der wilden Dinge« (581), deren »Liebe nicht auf mütterliches Wohlwollen beschränkt« (585) ist, die »grausam« (591) ist, »kannibalistisch« (144), »orgiastisch« (113), »kapriziös, allmächtig« (26), eine »uralte Macht von Furcht und Wollust« (ebd.).

Es ist freilich das Schicksal dieser synthetisierten, nicht unter dem entmischenden Diktat des Patriarchats dissoziierten Göttin — hic Jungfrau hic Hure etc. —, daß sie in dem Moment, wo sie selber als Ersatzobjekt für Geschichte, als Verkörperung von Geschichte überhaupt und zugleich ihr Gegenbild, installiert wird, zum höchst entmischten Triebobjekt wird, Fixpunkt einer ganz privaten Obsession, wobei die geschichtsphilosophische Spekulation zum Tagtraum herabsinkt. Der Prozeß wird der Göttin indessen von anderer Seite gemacht. Nicht zufällig nämlich verliert, was mit dem ganzen Anspruch einer verheißungsvollen Botschaft, einer resultatereichen Forschungsleistung aufgetreten ist, sich sogleich im finstersten Philologismus, einem trockenen Beziehungswahn, einer unter dem grammatologischen Primat zur Wortklauberei sich verflüchtigenden Stoffhuberei, einem an die sprichwörtlichen »Volksetymologien« gemahnenden Herleitungs-, Identifizierungs- und Gleichmachungszwang, in dem die ursprüngliche Absicht der Genauigkeit, Nachvollziehbarkeit und Beweiskräftigkeit (vgl. 9f.) ebenso wie die Botschaft selber hoffnungslos untergehen. Geheimlehren, gelehrte Verrätselungen mit hintergründiger Absicht wie in der anspielungsreichen »Schlacht der Bäume« (vgl. 31) im »Câd Coddeu«, »dessen Verse ebenso unsinnig erscheinen wie das *Hanes Taliesin*, weil sie willkürlich 'geschüttelt' sind« (32), treten an die Stelle des Geheimnisses der Frau, installieren sich als Gegenstand des obsessiven Interesses und werden, wenn sie verlorengehen, wenn das »Gelübde der Verschwiegenheit ... im Namen der universellen Aufklärung« gebrochen und die »Geheimnisse des Alphabets, des Kalenders und des Rechenbretts uneingeschränkt ... veröffentlicht« werden (555), nicht minder ernsthaft betrauert als der Verlust der Göttin. Graves wirft den avantgardistischen Modernen, den »sogenannten Surrealisten, Impressionisten, Expressionisten und Neoromantikern« vor, durch »vorgetäuschten Wahnsinn im Stile Gwions ... ihren unseligen Mangel eines Geheimnisses [zu verbergen]« (557). Sein eigener Wahn ist nicht »vorgetäuscht«, und er ist auch

nicht rückgewandt. Die mythologische Substantiierung der Gegenwart hat er im Auge, nicht den exzentrischen Ausbruch aus ihr. »Ich bin kein Mystiker« (588), stellt er fest. Aber der »englischen oder amerikanischen Frau, die einen sexuell bedingten Nervenzusammenbruch erleidet«, bescheinigt er, daß sie »häufig instinktiv, in getreulicher und abstoßender Ausführlichkeit, große Teile des alten dionysischen Rituals reproduzieren [wird]« (551). Nicht im »religiösen Kult«, in der »Geheimgesellschaft«, der »religiösen Sekte« (588), sondern im ordinären modernen Kollaps ist der Mythos präsent. Was Graves selbst »katholisch« sein läßt, »aber antiklerikal« (ebd.), zielt auf genau diesen affirmativen Punkt: die Mythologisierung des Ganzen, die an die Stelle der Exzentrik tritt. Sein politisches Ideal ist konsequent die »nicht erbliche Aristokratie ..., deren Führer inspiriert ... wären« (578). Die »kommunistische Partei Rußlands hat dieses Prinzip in Mißkredit gebracht, indem sie sich als eine solche Aristokratie präsentiert und inspirierte politische Entscheidungen zu treffen vorgibt« (ebd.).

Gott sei Dank ist die »Weiße Göttin« ungeachtet dieser totalitären Dimension in jedem ihrer Merkmale so exzentrisch, so unbeeinflußbar und ganz und gar nicht vorgetäuscht wahnsinnig, so monoman und in ihrer monomanen Exzentrik so hoffnungslos unangepaßt, 'unwissenschaftlich' in der unfreiwilligen Parodierung aller Quellenwissenschaften, daß ihre im Zuge der 70er Jahre so unversehens in den Trend geratene Ideologie darin förmlich erstickt. Ein Unglück wäre es daher, überspitzt formuliert, wenn sich jemand fände, der diese Ideologie ihrer Exzentrik entkleidete, und eine Blamage wäre es, ohne alle Überspitzung gesagt, wenn es ausgerechnet die feministische Theorie wäre, die das, was durchaus als »unorthodoxe historische Spekulation« (9) gemeint ist, ins härene Gewand des bürgerlich Erwiesenen zwängte und zur Grundlage einer neuen, positivistisch verstandenen Wissenschaft erklärte. Um ein Produkt der Dekadenz nämlich handelt es sich, und nicht erst bei »Sieben Tage Milch und Honig«, einer hochartifiziellem, nostalgischen Utopie, die — vom Verlag mit profitsüchtigem Blick auf die herrschende Mythomanie geradezu unsäglich herausstaffiert — die »Kretische Kultur« wiederbeschwört. Schon bei der »Weißen Göttin«, die noch, freilich in höchst exzentrischer Form, die historische Perspektive und die philologische Attitüde bewahrt, handelt es sich um nichts anderes. Der Witz der Dekadenz aber besteht gerade darin, daß sie die modernsten Tendenzen der Gesellschaft radikalisiert, daß sie die der modernen Gesellschaft eigene Neigung zur Dissoziation radikalisiert. Mit einer irgend historischen Perspektive oder historisierenden Absicht hat sie nicht das Geringste zu tun.

In der humoristischen Utopie »Sieben Tage Milch und Honig« kehrt die Gesellschaft, nachdem sie sich mit patriarchalischer Konsequenz zugrunde gerichtet hat, reumütig zu ihren matriarchalischen Anfängen zurück. Die Gesellschaft, die sich etliche Zeit nach der globalen Katastrophe, auf die unsere Gegenwart offenbar unerbittlich zusteuert, auf »Neukreta« neu formiert hat, ist weder imperialistisch noch kapitalistisch noch kriegerisch. Sie ist weder auf äußere Expansion, Wachstum, noch auf innere qualitative Veränderungen aus. Dafür ist sie mit einer Vielzahl ebenso weiser wie latent terroristischer Regeln mit Ritual- und Tabucharakter ausgestattet, und entsprechend sind die in dieser Gesellschaft Lebenden weniger massiv bedroht als vielmehr beständig gereizt. Es ist recht eigentlich unsere Gegenwart, die Graves hier in utopische Ferne rückt, eine Gegenwart, die um ihre nichtsublimierbaren, bössartig aggressiven, »patriarchalen« Charaktere verkürzt und deren per se sublimierter, strukturalisierend »weiblicher« Reizapparat zur ausschließlichen Entfaltung gebracht worden ist. Daß dieser Reizapparat sein eigenes, nichtsublimierbares Telos hat, weiß auch Graves. Die orgiastischen Feste der Göttin bietet er an zur Ausfüllung der entstandenen Lücke. Seht, bedeutet er uns, hier geht es blutig zu, und es ist trotzdem ganz harmlos. Denn der Vorzug dieser orgiastischen weiblichen Feste ist es, daß sie sich beständig wiederholen und daß, obgleich es bei ihnen blutig genug hergeht, trotzdem sich nie etwas ändert.

Ilse Bindseil (Berlin/West)

Kohl, Karl-Heinz: Entzauberter Blick. Das Bild vom Guten Wilden und die Erfahrung der Zivilisation. Medusa Verlag, Berlin/West 1981 (319 S., br. 34,- DM)

Das Bild vom Guten Wilden (*bon sauvage*) formierte sich im europäischen Raum als Frucht der überseeischen geographischen Entdeckungen seit Kolumbus. Kohls Arbeit macht die Geschichte dieses Topos bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zum Thema; vier phasenhafte Schwerpunkte sind es, nach denen sie sich gliedern läßt: »Der Prozeß der Konventionalisierung, der inneren Transformation, der politischen Instrumentalisierung und schließlich der Kritik« (20). Methodisches Merkmal der — vorweg gesagt — gut, ja fesselnd geschriebenen und sehr lehrreichen Abhandlung ist die ständige Berücksichtigung der zweiseitigen Funktion des Bildes vom Guten Wilden, das nämlich »ebenso als organisatorischer Parameter fremdkultureller Erfahrungen wie ... zugleich als Projektionsfläche des in der eigenen Gesellschaft Unterdrückten und Verdrängten diene« (19). Zweifellos liegt in der Wahrung dieser dualen Blickrichtung die Stärke der Arbeit, deren Erkenntnisse nicht nur nützlich für die Rekonstruktion der Geschichte der Ethnologie, sondern darüber hinaus für das philosophische, geschichtliche und literaturwissenschaftliche Verständnis des behandelten Zeitraums sind. Die Phase der *Konventionalisierung* des Bildes vom Guten Wilden erhellt Kohl vornehmlich am Beispiel Montaignes, bei dem das Leben der Wilden als so ungezwungen akzentuiert wird, daß es eher als Klage über die zivilisatorischen Zwänge des Selbstkontrolle und Verschlossenheit fordernden höfisch-absolutistischen Alltags zu verstehen ist. In dieser frühen Phase fungiert das Bild vom Guten Wilden noch ungebrochen als »Gegenbild« (26). Das ändert sich in der zweiten Phase der *inneren Transformation*, die Kohl exemplarisch an den ethnographischen Berichten über die Ureinwohner Nordamerikas von Lahontan und Lafitau darstellt. Lahontan knüpft an das konventionalisierte »Gegenbild« an, wenn er im Leben der Indianer »das Glück des verlorenen Naturzustandes des Menschen« (66) erinnert findet; er geht aber über die bloß bewundernde Anschauung hinaus und leitet »praktische Konsequenzen« für das französische Mutterland — letztlich die »Revolte« — daraus ab (66). Das Bild vom Guten Wilden stimuliert hier politisch-veränderndes Handeln. Ganz anders bei Lafitau, den Kohl als Vorläufer »einer empirischen Ethnographie« (102) reklamiert. Unversehens wird hier der Blick entzaubert und ideologisch zugleich: Das Bild vom Guten Wilden vermittelt immer noch die Erfahrung der Zivilisation; nicht länger aber erscheinen in jenem die Defizite dieser, sondern Beweise für ihre Überlegenheit. Nimmt man beide Konzeptionen, die von Lahontan und die von Lafitau, zusammen, dann wird deutlich, daß der Gute Wilde eine »beliebig einsetzbare Argumentationsfigur« (103) geworden ist, d.h. eine Variable, einsetzbar für durchaus konträre Demonstrationsabsichten. Diese *Instrumentalisierung* des Topos prägt sein Erscheinungsbild im Rahmen der französischen Aufklärung, das Kohl in den Schriften von Montesquieu, Turgot, Buffon und Voltaire identifiziert. Im Zusammenhang der anthropologischen Argumentation verliert die »Leitidee« (173) vom Guten Wilden an Bedeutung; die »wild- en Gesellschaften« sinken ab zu »historischen Vorstufen der zivilisatorischen Gattungsentwicklung« (173). Als »ideologisches Kampfmittel« (173) freilich bleibt ihre Bedeutung erhalten. Hier lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: eine »gesellschaftskritische«, derzufolge der Naturzustand der Wilden »zum positiven Gegenbild der eigenen Gesellschaftsordnung« wird, und eine »objektivistische«, welche »Erklärungsmodelle für die Rückständigkeit der Wilden gegenüber den Zivilisierten« erstellt (173f.). Bei Rousseau findet Kohl eine Versöhnung der beiden widerstreitenden Tendenzen: Der Wilde verkörpert nicht den Naturzustand, sondern selbst schon eine geschichtliche Stufe der Entfernung von ihm, suggeriert aber eine Ahnung vom Naturzustand, die einen Maßstab abgibt »für die Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft« (197). Mit der Erkundung der Insel Tahiti durch den französischen Reisenden Bougainville im Jahre 1768 erfährt der Mythos vom Guten Wilden eine gewaltige Neubelebung; die Köpfe der Euro-

päer sind mit einem Male wieder voll mit Ideen von den »glücklichen Inseln« und dem Leben im Naturzustand, und dies trotz der negativen Erfahrungen, die auf Tahiti nach Auskunft der Reisenden durchaus auch zu machen waren (223). Diderot ist es, der die Thematik ohne »naiven Utopismus« (227) reflektiert; zwar vermittelt auch ihm das Bild des Guten Wilden in erster Linie eine negative Erfahrung der Zivilisation, doch verfällt er nicht der »regressive(n) Zivilisationskritik« (228), wie sie in der Tradition der Idee vom »Naturzustand« angelegt war. Umgekehrt: Diderots Reflexionen sind projektiv ausgerichtet, die »Realität der fremden Gesellschaft« konstituiert die »Vorstellung einer besseren Gesellschaftsordnung« (237), welche man nicht in exotischen Räumen findet, sondern in der Zukunft Europas zu verwirklichen hat. Der Gute Wilde wird damit nicht länger als reales Wesen unterstellt, er wird zur utopischen Projektion praktischer Kritik.

Michael Schneider (St. Augustin)

Arbeitskreis Naturqualität: Andere Ansichten der Natur. Hrsg. von M. Daxner, J.R. Bloch und B. Schmidt. SDZ-Verlag, Münster 1981 (326 S., br., 28,70 DM)

So beschaulich, wie der Titel des Readers suggerieren mag, ist das Unternehmen, zu dem die einzelnen Beiträge ermuntern wollen, nicht gemeint: Intendiert ist nicht weniger als die Entwicklung von »Ansätzen einer prozeßfähigen Naturpolitik« (I), die die Einheit der unter dem Diktat herkömmlicher Machtformen restringierten menschlichen Aneignungs- und Produktionspotentiale wiederherstellen soll. Die den Band eröffnende — übrigens stark verkürzende — Rekapitulation der Geschichte marxistischer Naturtheorie konstatiert zum einen eine teilweise durch die kritische Theorie verantwortete Zurückstellung von Fragen der Naturtheorie sowie, zum zweiten, die Fruchtlosigkeit einer um das Reizwort Naturdialektik geführten Debatte, die letztlich die noch bei Engels angelegten Möglichkeiten einer theoretischen und begrifflichen Differenzierung abschneidet. Der Arbeitskreis, dessen Diskussionsstand der Band dokumentiert, sieht demgegenüber seine Aufgabe darin, einen möglichst breiten fächerübergreifenden Ansatz zu begründen, um das Problem der Naturqualität näher bestimmen und davon ausgehend ein verändertes Naturverhältnis fördern zu können.

Der Begriff Naturqualität begreift sich als Teil eines Verständnisses von Natur, das in jenem Staunen über die Erhabenheit des Naturschönen, wie es von der Ästhetik des Idealismus nahegelegt wurde, nicht sein Genüge findet, wohl aber sein Paradigma (B. Wormbs, D. Kappeler). Die Durchsicht der seit der Antike formulierten Beschreibungen und Erklärungen von Natur zeigt, daß die Übertragung quantitativer Schemata auf qualitative Gegebenheiten eine theoriegeschichtliche Invariante darstellt und daß die Qualitäten der Einzelercheinungen von der Qualität der Natur als ganzer (*qualitas naturae*) systematisch zu unterscheiden sind (P. Szanzano). Die avisierte Wiedergewinnung einer Naturqualität, wie sie noch im Technikbegriff der Antike oder in der Technikutopie Baccos (J. Pukies) erkennbar ist, kann sich nur an *qualitas naturae* orientieren, weil die Fixierung auf die Qualität der Phänomene, wie sie dem auf experimentelle Segmentierung orientierten Wissenschaftsbetrieb durchaus geläufig ist (H. Gebelein), erfahrungsgemäß auf Irrwege führt (D. Hassenpflug). Jener objektive, nicht allein der »Vielfältigkeit unmitteldarbarer Sinnlichkeit« überlassene Begriff der Naturqualität wird spekulativ zurückgebunden an die »Qualitätszuhause im Naturstoff selber« (J.R. Bloch, 78), zu deren Realisierung es — und zwar »in Weise der *Conditio sine qua non*« (B. Schmidt, 24) — der menschlichen Subjektivität bedarf. Die prospektive Umsetzung dieses Programms erfordert somit, jedenfalls nach Ansicht des Arbeitskreises, auf seiten der Subjekte eine radikale Neudefinition ihres individuellen Naturverhältnisses (K. Binder, R. zur Lippe, Ch. Woesler).

Überlegungen dazu bilden den quantitativen Schwerpunkt dieses Bandes — abgesehen vielleicht von einer Übersicht über die Stereotypen konventioneller Naturauffas-

sung, die die Praxis der industriell ausgerichteten Naturwissenschaften begleiten (M. Daxner). Desiderat bleibt die Erstellung eines kategorialen Rahmens, der über die meist recht vagen psychosozialen und didaktischen Prämissen und Überlegungen zur Veränderung traditioneller Vorstellungen hinausgelangte, und der heuristisch zu unterscheiden erlaubte zwischen einer am Kalküldenken orientierten Technik einerseits und »Allianztechnik« (Ernst Bloch) andererseits, der also die Umfunktionierung der bekannten Technik vorantreibt. Die sichtlich unternommenen Anstrengungen in Form von fleißigen Referaten in Sachen Dialektik münden vielmehr in redselige und ausschweifende Kompilationen irgendwie zum Thema gehöriger wissenschaftshistorischer, philosophischer, künstlerischer usw. Versatzstücke. Die Assoziation tritt an die Stelle des Arguments. Der in der analogischen Funktion des Bildes von der »lebendigen Totalität« (160) begründete Veranschaulichungswert, hier verstanden als Leitbild kritischer Wissenschaft, ebnet unter der Hand biologistischen Theorieelementen den Weg. Nicht nur hier rächt sich, daß die Autoren unverständlicherweise auf die Rezeption neuerer naturtheoretischer Arbeiten verzichten zu können glauben — mit Ausnahme freilich der Ansätze von Sohn-Rethel und Ernst Bloch, die um so beharrlicher und bis zur Unkenntlichkeit kolportiert werden. Eine gründliche Redigierung insbesondere des letzten Beitrags schließlich hätte manche Peinlichkeit erspart. Was da um läppischer Einsichten willen aufgeboten wird, das straft noch die vermeintlich gute Absicht Lügen, die mit solchem Schmonzes (»Ausgestorben ist ... eine bestimmte Rasse von Genießern, Gelegenheitsarbeitern, Warmherzigen und Großzügigen«, 298) dem überkommenen Naturverständnis Paroli bieten möchte.

Ralf Konersmann (Münster)

Heller, Agnes: Der Mensch der Renaissance. Hohenheim Verlag, Köln 1982 (522 S., Ln., 48,-DM)

Die deutsche Übersetzung dieses in den Jahren 1964/65 entstandenen Werkes der ungarischen Soziologin und Philosophin ist in doppelter Hinsicht begrüßenswert. Zum einen liegt damit ein Schlüssel zum besseren Verständnis späterer Schriften Hellers vor, zum anderen stellt ihr monumentaler Versuch über die Genese des »dynamischen Menschen« der Renaissance einen bedeutsamen Beitrag zu deren Erforschung dar. Mit dem Alltagsleben, Fragen der Werte, Moral und Gefühle und dem Problem der Relation individueller Objektivationen zur gattungsmäßigen Entwicklung stehen Themen im Zentrum der »Renaissance«-Schrift, die Heller im Anschluß an diese Arbeit allesamt in eigenständigen Abhandlungen unter einer systematischen Perspektive getrennt voneinander entfaltet hat.

Der fundamentale Anspruch, die Renaissance als »*gesamtgemeinschaftlichen Prozeß*« zu begreifen, »der sich von der gesellschaftlichen Sphäre, die von der Wirtschafts- und Grundstruktur tangiert wird, bis hin zur kulturellen Sphäre erstreckt« (8), wird jedoch von Heller nur partiell eingelöst. Die Darstellung der realen historischen Zusammenhänge zwischen den umwälzenden Veränderungen, durch die sich das feudale System auflöst, und der damit verbundenen Ausbildung der Subjekte dieser Umwälzung zu einer »immer mehr ... aus Individuen bestehenden Welt« (230) tritt zurück zugunsten einer Analyse ideeller künstlerischer, philosophischer und literarischer Objektivationen. Auf diesem Gebiet, das weniger »den Menschen« als das Menschenbild der Renaissance zu charakterisieren geeignet ist, fördert Heller allerdings ein reiches Material zutage. Vor allem anhand der Werke Shakespeares, Bacons, Boccaccios und Machiavellis sowie der Schriften von und über die italienischen Philosophen und Künstler von Pico della Mirandola bis zu Michelangelo gelangen ihr subtile Einsichten in die widerspruchsvolle Konstitution des neuen menschlichen Selbstverständnisses. Indem dabei auf der Basis einer gewiß exzeptionellen Kenntnis der philosophischen und dogmengeschichtlichen Tradition seit Aristoteles selbst verschlungene Zusammenhänge einsichtig gemacht werden,

liegt der Reiz der Arbeit wesentlich in den Details. Besonders hervorgehoben sei hier nur die Analyse der ethischen Konzeptionen Machiavellis (356ff.), deren zutiefst moralische Prägung Heller aufzeigt, wodurch gängige Vorstellungen vom bloßen »Macht« und »Herrschaftsstrategien« Machiavelli zwingend korrigiert werden. Wer sich durch den mitunter weitschweifigen, eher essayistischen Stil nicht abschrecken läßt und mehr an der »Kultur« als an den wissenschaftlichen Innovationen der Renaissance interessiert ist, findet in Hellers sorgfältig übersetztem Buch zahlreiche Anregungen.

Martin Drees (Bonn)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Steger, Hugo (Hrsg.): Soziolinguistik. Bd. 1: Ansätze zur soziolinguistischen Theoriebildung. Bd. 2: Anwendungsbereiche der Soziolinguistik. Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1982 (481 und 355 S., Ln., 94,- und 86,- DM, für Mitglieder 58,- und 53,- DM) Die beiden Bände könnten dazu beitragen, daß der in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängten Soziolinguistik wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil wird. Diese Möglichkeit bestände um so eher, als der Herausgeber vor allem die im deutschen Sprachgebiet, speziell in der BRD, weniger bekannten Forschungsrichtungen dokumentieren (Bd. 1, S.2) und damit wohl auch die Breite und Anwendungsvielfalt der Soziolinguistik aufzeigen möchte, weshalb er vor allem die ziemlich allgemein bekannte Sprachbarriereforschung im engeren Sinne (Schule von B. Bernstein) ausdrücklich ausspart.

Beide Bände sind in jeweils drei Kapitel unterteilt. Diese sind im Theorieband folgendermaßen überschrieben: »I. Allgemeine Theorie, Methodologie, Methoden«; »II. Theoretische Probleme von Sprachnorm, Sprachnormierung, Sprachplanung« und »III. Ansätze zur Theorie des Sprachwandels«. — *Kapitel I* umfaßt 10 Aufsätze, grob die Hälfte des Bandumfangs, die recht unterschiedliche Forschungsrichtungen repräsentieren: von der allgemeinen Verhaltenstheorie (Pike, 1956 — wir nennen hier immer nur das Ersterscheinungsjahr) über philosophisch-handlungstheoretische (Frese 1967; S.J. Schmidt 1968), marxistische (Große/Neubert 1970), vorwiegend empirisch-methodologische Problemstellungen (Durbin/Micklin 1968; Labov 1972) bis zur Ethnographie des Sprechens (3 Aufsätze von Hymes 1967, 1971, 1971). Der einzige Originalbeitrag von J. Fahle stammt auch schon von 1972. Dieser Beitrag »Zur Theoriebildung in der Soziolinguistik« stützt sich in der Kritik an Bernstein weitgehend auf Labov und ansonsten auf die Frankfurter Schule (vor allem Adorno). — *Kapitel II* umfaßt acht Aufsätze, sieben Wiederabdrucke und einen Originalbeitrag. Daß Havráneks Beitrag (1936), übrigens der einzige aus der Vorkriegszeit, an den Anfang gestellt wurde, ist angemessen. Mehrere der folgenden Aufsätze basieren nämlich — direkt oder indirekt — auf Vorarbeiten der Prager Schule. Ausdrücklich tut dies Oksaar (1966), die für eine linguistisch fundierte und kommunikativ funktionale Sprachnormung plädiert. S. Jäger (1968) bezieht sich in seiner in teilweise ähnliche Richtung gehenden Argumentation stark auf V. Tauli. Etwas exotisch in dem ansonsten eher eurozentrischen Rahmen dieses Kapitels muten die beiden Beiträge von Alisjahbana (1969) und Omar (1969) an, die sich mit teilweise ziemlich praxisnahen Standardisierungsproblemen des Indonesischen (Aufbau einer Standardsprache) befassen. Die Beiträge von Steger (1970) und von Polenz (1972) sind stärker mit allgemeinen Begriffsdifferenzierungen befaßt (z.B. »Norm« versus »System«); vor allem von Polenz ist darüber hinaus ausgesprochen kritisch gegenüber institutionalisierten Normierungen der Sprache. Andererseits hält er jedoch eine pädagogische laissez-faire-Haltung gegenüber Abweichungen von der geltenden Norm für fragwürdig, da sie letztlich soziolinguale Diskrepanzen verschärft. Demgegenüber ist die Argumentation von P. Schröder (Originalbeitrag, 1979) geeignet, eine solche laissez-faire-

Haltung zu fördern, indem einseitig die Ohnmacht der Sprachdidaktik, insbesondere aller kompensatorischen, gegenüber den sozialen Verhältnissen beschworen wird. — *Kapitel III* besteht nur aus einem kurzen, ziemlich alten Aufsatz von Bright/Ramanujan (1964) über die Sprachverhältnisse in Indien, dem zudem eine höchst bescheidene Bedeutung für eine soziolinguistische Theorie des Sprachwandels zukommen dürfte. Für einen ebenfalls in diesem Kapitel vorgesehenen Aufsatz von Weinreich/Labov/Herzog von 1968, »der eigentlich das Kernstück unseres Abschnittes zur Theorie des Sprachwandels bilden sollte« (Bd. 1, S. 5), gab es keine Abdruckerlaubnis.

Die drei Kapitel in *Band 2*, die im Unterschied zu Band 1 mit einem jeweils ungefähr gleichen Umfang ausgewogener proportioniert sind, haben folgende Überschriften: »I. Gruppen- und Schichtspezifik«; »II. Situationsspezifika«; »III. Bilingualismus — Multilingualismus — Diglossie«. — *Kapitel I* enthält vier Aufsätze: einen Bericht über eine Harvard-Dissertation von Marge (1965) über den Einfluß von Variablen des elterlichen Sprach- und Erziehungsverhaltens auf kindliche Sprachfähigkeiten (ein signifikanter Zusammenhang ergab sich nur mit elterlichen »Sprachtrainingstechniken«); eine methodisch fragwürdige Untersuchung von Robinson/Creed (1968), durch die nun doch überraschend auch die Bernstein-Schule ins Spiel kommt und die die Bernstein-These der Wahrnehmungsunterschiede im restringierten und elaborierten Kode zu stützen sucht; Labovs berühmte, methodisch und theoretisch in verschiedener Hinsicht einflußreiche Abhandlung »Kontraktion, Tilgung und inhärente Variation der Kopula im Englischen« (1972); schließlich Löfflers Aufsatz »Mundart als Sprachbarriere« (1972), der speziell in der BRD die Forschung über Schulschwierigkeiten von Dialektprechern stimuliert hat. — Von den vier unter *II* subsumierten Aufsätzen sind zumindest die ersten drei (im Gegensatz zum Bandtitel) kaum anwendungsbezogen: eine Studie von Brown/Gilman (1960) über den Zusammenhang von Sozialbeziehungen (Macht versus Solidarität) mit dem Gebrauch von Anredepronomina; Goffmans (1964) Untersuchung über den Einfluß der Situation auf das Sprachverhalten und Fishmans Unterscheidung zwischen Makro- und Mikrosoziolinguistik (1965). Eher auf sprachpflegerische und pädagogische Anwendung ausgerichtet, wenngleich nur als Grundlegung dafür gedacht, ist Danes' Abhandlung zur »Kultur der gesprochenen Äußerungen« (1969). — Auch die fünf Abhandlungen in *III* sind allesamt eher theoretisch oder empirisch-methodisch als anwendungsbezogen: Fergusons berühmte Abhandlung »Diglossie« (1959), zwei Abhandlungen von Gumperz (eine zusammen mit Hernandez) (1967 bzw. 1971), eine von Mackey (1973) und eine von Oksaar (1974). Am Beispiel verschiedener Sprachgebiete, vor allem Mexiko, Quebec (Kanada) und Schweden werden verschiedene theoretische und beschreibungstechnische Probleme von Mehrsprachigkeit erörtert.

Die beiden Bände enthalten interessante Informationen, aber auch gravierende Mängel, deren sich der Herausgeber laut Vorwort zum Teil bewußt ist. Einerseits sind ziemlich alle Beiträge nurmehr von wissenschaftshistorischem Interesse und großenteils schon mehrfach abgedruckt, andererseits sind die beiden Bände gerade nicht wissenschaftshistorisch, sondern systematisch aufgebaut. Sie ergeben, auch wenn man sie in anderer Anordnung liest, keinen einigermaßen repräsentativen Überblick über die Geschichte der Disziplin: Es fehlen sowohl wichtige Vorläufer (z.B. die im Vorwort genannte Dialektologie) als auch wichtige Repräsentanten (Weinreich; Bernstein; Tauli) und Forschungsrichtungen (Sprache in der Politik, Sprache und Ideologie, Pidgin- und Kreolforschung). Dafür sind sowohl manche Forschungsrichtungen als auch Repräsentanten mehrfach vertreten. Die Inkonsistenzen im Aufbau wurden zum Teil schon angedeutet: Viele Beiträge hätte man anders zuordnen können; insbesondere die Beiträge in Band 2 sind überwiegend mehr theoretisch ausgerichtet als anwendungsbezogen, und in Band 1 finden sich auch ausgesprochen anwendungsbezogene Beiträge (zur Standardisierung des Indonesischen).

Ulrich Ammon (Duisburg)

Müller, Bernd-Dietrich (Hrsg.): Konfrontative Semantik. Zur Kritik am Fremdsprachenunterricht aus grundlagentheoretischer Sicht kritischer Psychologie und sozialwissenschaftlicher Linguistik. Lexika-Verlag, Weil der Stadt 1981 (154 S., br., 32,-DM)

Die Reihenfolge der Aufsätze in diesem Band demonstriert jenen traditionellen Respekt der anspruchsvollen Praxis vor Theorie, dessen diese sich keineswegs immer als würdig erweist. So stehen am Anfang des Buchs zwei Aufsätze, in denen R. Paris und U. Schmitz eine Kontroverse darüber führen, inwieweit die im Rahmen der kulturhistorischen Schule vorgenommene Fundierung des Begriffs der Bedeutung im Begriff der Arbeit legitim sei und inwieweit dieser durch Intersubjektivität ersetzt oder ergänzt werden müsse. Nun ist zwar die Frage der Bedeutungskonstitution in der Tat theoretisch zentral für das Sprachverständnis, das in den fruchtbarsten der späteren Aufsätze des Buchs aufgegriffen wird (nämlich denen von Müller und von Quasthoff) — doch genau diese Relevanz der theoretischen für die praktischen Fragen gälte es zu zeigen. Was als Einführung in den Zusammenhang von kulturhistorischer Psychologie, Sprachbegriff und Methodik des Fremdsprachenunterrichts konzipiert sein müßte, gerät zum interessanten Streit für Fortgeschrittene, bleibt als Theorieblock abgehoben.

Im Mittelteil des Bandes sind drei pragmatisch orientierte Arbeiten zu finden, in denen Aspekte aufgegriffen werden, die für einen Fremdsprachenunterricht auf konsequent kulturhistorischer Basis allesamt wichtig werden müssen, die aber in der bisherigen Tradition des FSU aufgrund einer anderen theoretischen Basis vernachlässigt worden sind. Es gelingt den Autoren dieser Aufsätze über Registerwahl, kulturspezifische türkisch-deutsche Interferenzen und über konfliktsprechende Themen, die Relevanz der Themen für die Sprachdidaktik — freilich bei wenig explizierter Theoriebasis — plausibel zu machen, doch bleiben die praktischen Möglichkeiten dieser Überlegungen eher angedeutet als ausgeführt. Die wichtigsten Aufsätze finden sich in dem mit »Bedeutungserwerb und -vermittlung« überschriebenen dritten Teil des Buches. Uta Quasthoff versucht anhand der Funktion von Stereotypen zu zeigen, »welche Rolle das nichtsprachliche Alltagswissen bei der Konstitution textueller Bedeutungszusammenhänge spielt und welche Schwierigkeiten sich für den Lerner einer fremden Sprache angesichts dieser Rolle ergeben« (76). Quasthoff wie auch B.-D. Müller kommt es darauf an, das Ungenügen der in Fragen der Bedeutungsaneignung dominierenden Haltung des »kognitiven Isomorphismus« (d.h. der unterstellten interkulturellen Identität im Aufbau des Wissens, mithin der einfachen Übersetzbarkeit seiner Elemente) zu zeigen und die Funktion kulturspezifischen Wissens und Verhaltens für Sprachverständnis und -verwendung zu betonen. Müller arbeitet heraus, daß der gängige Lerntyp der Bicolorierung, d.h. »die Anbindung der fremdsprachlichen Ausdrucksformen neben den muttersprachlichen Äquivalenzen an die in der muttersprachlichen Sozialisation entwickelten Begriffe« (123), diese Voraussetzungen außer acht läßt, daß sich Bedeutungslernen auf dieser Basis mithin grundsätzlich vom ungesteuerten Bedeutungserwerb in der Praxis des Zielsprachenlandes unterscheide. Er kommt daher zu der berechtigten Befürchtung, daß »bei einer groben Einschätzung der gängigen Praxis der Bedeutungsvermittlung im Fremdsprachenunterricht davon ausgegangen werden (muß), daß Lernprozesse initiiert werden, die über die Grenzen der Unterrichtssituation hinaus nicht anwendbar sind« (113). Im Anschluß an die Frage, wie solche »sozialen Bedeutungen« auch im Fremdsprachenunterricht angeeignet werden können, plädiert Müller für einen wesentlich offeneren Begriff von Bedeutungsvermittlung (vgl. 147) — freilich noch ohne methodische Hinweise.

Walter Kühnert (Ennepetal)

Schnelle, Helmut (Hrsg.): Sprache und Gehirn. Roman Jakobson zu Ehren. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (235 S., br., 12,- DM)

Der vorliegende Band vereinigt zehn Beiträge für ein im Wintersemester 1979/80 an der Universität Bochum abgehaltenes Kolloquium. Anlaß war die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Roman Jakobson, der durch seine Arbeiten zur Phonologie, zur Aphasie und zur Kindersprache den Entwicklungsgang der Linguistik seit dem Ende der zwanziger Jahre entscheidend mitbestimmt hat. Die Themenstellung »Sprache und Gehirn« geht auf einen Vorschlag Jakobsons zurück.

Der kurze Einführungstext des Herausgebers vermittelt einen guten Einblick in die diffizile Problematik und liefert einige elementare Erklärungen zum Gehirnaufbau, die dem Nicht-Mediziner die Lektüre des Bandes erleichtern. Der Beitrag von *Jakobson* beschäftigt sich mit der zentralen »Frage nach der Wechselbeziehung zwischen der Topographie des Gehirns und der Struktur der Sprache« (19). Unter Einbeziehung der neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen zum Problem der — von Broca entdeckten — funktionellen Asymmetrie der beiden Gehirnhälften plädiert Jakobson für folgende Zuordnung: Alle höheren sprachlichen Prozesse werden von der linken Gehirnhälfte gesteuert, während die rechte Hemisphäre die Raumvorstellung, die emotionalen Prozesse und die Verarbeitung akustischer Reize kontrolliert — ein Phänomen, das als Lateralisierung der Sprachfähigkeit bezeichnet wird. Neben der Elektroschocktherapie und Experimenten mit dichotomischem Hören dient vor allem die Untersuchung von gehirngeschädigten Patienten, die unter spezifischen Sprachstörungen leiden, der Analyse des noch weitgehend ungeklärten Zusammenhangs von Gehirn- und Sprachstruktur. Nach Einschätzung von *Heeschen* und *Reischies* tendiert Jakobson zu einer Überbewertung der rechten Gehirnhälfte. Sie machen geltend, daß die linke Hemisphäre der rechten in mehrfacher Hinsicht (Lexikon, Syntax, Reizverarbeitung etc.) eindeutig überlegen ist, und fordern die Rückkehr zu der traditionellen Aussage »Sprache — links, aber nicht alles nichtsprachlich Auditorische — rechts« (55). *van der Geest* behandelt das Problem der Lateralisierung der menschlichen Sprachfähigkeit aus entwicklungspsychologischer Perspektive unter Berücksichtigung der neuesten Resultate neurolinguistischer Forschung.

Das Thema Aphasie steht im Mittelpunkt der Aufsätze von *Linke*, *Poeck* und *Harweg*. Von besonderem Gewicht ist Harwegs Kritik an Jakobsons linguistischer Interpretation der sechs Luriaschen Aphasietypen (efferente, sensorische, dynamische, semantische, afferente und amnestische Aphasie), die sich nach Harwegs Urteil nicht so glatt, wie Jakobson annimmt, auf drei fundamentale sprachliche Dichotomien zurückführen lassen (117ff.). Die von Jakobson zugrunde gelegten Dichotomien sind »die zwischen Kombination oder Kontiguität und Selektion oder Similarität, die zwischen Limitation und Desintegration und die zwischen Sequenz oder Sukzessivität und Konkurrenz oder Simultaneität« (119). In den Beiträgen von *Sappok*, *Koch*, *Ballmer* und *Holenstein* wird — dem interdisziplinären Anspruch des Sammelbandes gemäß — der Problemkomplex »Sprache und Gehirn« von heterogenen wissenschaftlichen Positionen aus behandelt. Mit besonderem Nachdruck sei auf den Beitrag Ballmers verwiesen, der die Relation zwischen dem Aufbau des Gehirns und der Struktur des Verbwortschatzes untersucht, sowie auf Holensteins Aufsatz, in dem das Verhältnis von Kode und Sprachtheorie, das Problem des Binarismus und das Phänomen der Redundanz aus phänomenologischer Perspektive anvisiert wird. — Der Band enthält ferner ein knappes Nachwort aus der Feder Jakobsons sowie die von Koch verfaßte Laudatio vom 23. Januar 1980. Die zwei Dutzend Abbildungen und Figuren des gut dokumentierten Buches bieten eine willkommene Orientierungshilfe.

Jürgen Maruhn (Marburg)

Autorenkollektiv (Ltg.: Peter Weber): Kunstperiode. Studien zur deutschen Literatur des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1982 (255 S., br., 9,-M)

Nicht ohne provokatorische Momente beansprucht das Autorenkollektiv des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, »ein neues Gesamtbild gerade jener Periode zu entwickeln, die vorrangig als Fundus aktueller Rezeptionen dient« (22). In dieses Bild soll »ein Mehr an realer Dialektik« eingebracht werden. Die widersprüchliche Einheit der literarischen Prozesse zwischen Aufklärung und Vormärz soll in Zukunft — so der Vorschlag — »Kunstperiode« genannt werden. Sofort leuchtet das Ungenügen der gängigen Begriffe ein, des personalisierenden von der Goethezeit, des normativ belasteten von der Klassik und der verlegenen Summierung Klassik/Romantik/revolutionärer Demokratismus. Zu kurz kommt vielleicht die Auseinandersetzung mit dem breiten, zudem auf die Philosophie systematisch bezogenen Klassik-Begriff der »Klassiker«. So könnte auch die aktuelle Polemik noch deutlicher ausfallen; denn die historische Erforschung richtet sich auch gegen eine gegenwärtige Meinung, die sich von Beerbungen der Kunstperiode nährt, es gebe so etwas wie eine unideologische, weil ästhetische Literatur (9). Gemeint ist Kunstperiode als »historisch unverwechselbare Konstellation ideologisch-literarischer Kommunikation und Auseinandersetzung«: »'Kunstperiode' kann also nicht nur auf einzelne Werke und Theorien bezogen werden; der Begriff muß auf die in den sozialökonomischen und politischen Entwicklungen wurzelnden periodencharakteristischen Literaturverhältnisse zielen.« Methodisch schließt sich das Kollektiv an Arbeiten Rainer Rosenbergs und Klaus Städtkes an; wesentliche Vorgaben für die Ordnung des literarhistorischen Materials setzte schon der von Peter Weber mitherausgegebene Band »Literatur im Epochenumbruch« gerade in der Periodisierungsfrage, in der Abkehr von politischen Zäsuren als Richtmaßen der Literaturgeschichte.

In seiner sehr dicht geschriebenen Einleitung mustert Peter Weber die einschlägigen Vorleistungen in der bürgerlichen und marxistischen Literaturgeschichtsschreibung (Gervinus, Hettner, Mehring, Lukács). Unüblich fair fällt vor allem die Auseinandersetzung mit Lukács aus. Was von ihm über die Romantik zitiert wird, macht ihn einmal nicht zum Buhmann (21), die produktive Auseinandersetzung endet mit der Fixierung der aus den sozialökonomischen und politischen Bedingungen des Epochenumbruchs speziell für Deutschland abgeleiteten Arbeitshypothese des Kollektivs, die in den fünf folgenden Beiträgen im einzelnen untersucht wird. »So vollzieht sich der Aufschwung dieser Literatur zum übergreifenden Medium gesellschaftlicher Bewußtseinsbildung als Kompensation abgebrochener Entwicklungen der Literatur zum Instrument spezifisch politischer Kommunikation. Zugleich gerät diese ideologisch konzeptive Literatur in ein krisenhaftes Verhältnis zu jenem breiten Publikum, das mit der Kapitalisierung des Literaturmarktes entsteht.« (30)

Peter Weber stellt sehr energisch die Zäsur 1789 in Frage, indem er die schon in den achtziger Jahren entstehende oppositionelle politische Öffentlichkeit mit den bereits vor der Französischen Revolution einsetzenden Repressionsmaßnahmen der feudalen Reaktion konfrontiert. Seine instruktive Untersuchung erschließt teils bekanntes Material neu, teils fördert sie neues zutage. Exemplarisch setzt er Schillers Entlassung in Mannheim in Zusammenhang mit der Illuminatenverfolgung, diskutiert die Suspendierung des Allgemeinen Landrechts 1792, an dem bürgerliche Reformer beteiligt waren (Mittwochsgesellschaft, Berlinische Monatsschrift) und Körners Scheitern der Verteidigung einer weiten Publizität in Sachsen, wo es der Regierung auf die Unterbindung von Publizistik, die Steuergleichheit und Handelsfreiheit propagierte, ankam. Überzeugend zeigt er am Streit um Schillers Gedicht »Die Götter Griechenlands«, daß »Kunst zum übergreifenden Medium bürgerlicher Ideologie erhoben [wurde] zu einem Zeitpunkt, da

in sozialökonomischen 'Sphären' der Gesellschaft praktische Bestrebungen der bürgerlichen Umwälzung in Gang kamen, jedoch stagnierten und isoliert blieben, und die Ansätze zur Vermehrung einer politischen Oppositionsbewegung zurückgedrängt und zerstört wurden« (56).

Bahnbrechend in der Erschließung neuen Materials, der Zurückweisung mittlerweile gängiger Forschungsmeinungen zum zurückgebliebenen deutschen Idealismus, ist Anneliese Klingenberg's Untersuchung der »Smith-Rezeption als ideologischer Einleitung der Kunstperiode«. Sie erklärt die Rezeption Smith' aus dem Scheitern des Physiokratismus in Deutschland. Während der Smithianismus als fachwissenschaftliche Disziplin partikulär beschränkt blieb — aufgrund des Fehlens einer politischen Öffentlichkeit —, gewann die ökonomische Theorie, soweit sie eine Transformation in Ästhetik erfuhr, Universalität. Zunächst diente sie zur liberalen Kritik des absolutistischen Staates; dann aber wurde sie unter dem Leitbegriff der Spontaneität gleichermaßen auf die Produktion und Rezeption von Kunst angewendet. Vor allem an Moritz zeigt Klingenberg, wie ihm die Kunst zum Symbol der liberalen Gesellschaft wurde. Wichtig ist aber auch der Nachweis, wie die Werttheorie das Selbstbewußtsein der Künstler stärkte.

Gerda Heinrich zeigt in Friedrich Schlegels frühromantischem Literaturprogramm das »Konzept ästhetischer Erziehung als geschichtsphilosophisch-ästhetische Modifikation eines realistischen gesellschaftlichen Reformprogramms«. Sie betont die antifeudale Gemeinsamkeit von Klassik und Romantik im Zeichen der Reform ebenso wie die anti-kapitalistische Spezifik der Romantik, die sich allmählich herausdifferenziert. Allzu großes Lob erhält bei ihr eine »Nüchternheit«, die sie unterschiedslos bei Goethe wie bei Friedrich Gentz oder Biester sieht, während sie die deutschen Jakobiner auf diese Nüchternheit erst vereidigen muß. Indem sie die unterschiedlichsten Standpunkte zur Notwendigkeit einer Revolution, ohne nach der Interessenlage zu fragen, apodiktisch am Kriterium der Angemessenheit mißt, werden alle Strömungen der deutschen Literatur auf das Konzept moralischer Reife festgelegt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit heftiger Polemik gegen linke Literaturwissenschaft im Westen, der unterschwellig Voluntarismus vorgeworfen wird.

Hans-Ulrich Kühls Untersuchung des »Wilhelm Meister« zeigt wohl am ehesten noch die traditionellen Spuren einer historisch-materialistischen Methode, die das Werk in seinen Einzelheiten direkt mit bestimmten gesellschaftlichen Phänomenen in Beziehung setzt. 'Verweist', 'drückt aus' als Lieblingsworte werden auf Figurenkonstellation wie Handlungsanlage, auf Inhaltsmomente wie auf Formprobleme angewandt.

Dorothea Böcks methodisches Programm bezieht sich demgegenüber auf Jean Pauls Gesamtwerk. Sie wehrt die »Schweise« (184) z.B. Kühls unmittelbar ab. Ihr geht es unter Berufung auf Thesen von Werner Krauss zur Rolle des Buchmarktes um den Nachweis, wie »in der sozialen Herkunft und der durch sie erzwungenen Existenzweise als 'freier Schriftsteller'« die Struktur der Jean-Paulschen Erzählweise begründet ist. Besonders der sachliche Ton der kritischen Auseinandersetzung mit wesentlichen Forschungsergebnissen aus der BRD berührt sehr angenehm. Helmut Peitsch (Berlin/West)

Siegel, Holger: Sowjetische Literaturtheorie (1917-1940). J.B. Metzler Verlag 1981 (216 S., br., 19,80)

Dieses Buch ist schon deshalb beachtenswert, weil es eine vergleichbare Darstellung des Gegenstandes in deutscher Sprache bisher nicht gibt. Siegel skizziert einleitend Entwicklungslinien der russischen Literaturkritik und -theorie im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und stellt dann auf nur 170 Seiten die wichtigsten Richtungen der sowjetischen Literaturtheorie der zwanziger und Diskussionen der dreißiger Jahre dar: die zum Teil mechanistisch (Fricke, Pereverzev), zum Teil eklektisch (z.B. in der Tradition der kulturhistorischen Schule Sakulin) verfahrenende Literatursoziologie, den Formalismus (sehr

knapp, da es hierzu schon mehrere Abhandlungen gibt), soziologische Versuche der Integration formalistischer Elemente (u.a. Trockij und Arvatov) und kommunikations- und kulturtheoretische Konzeptionen der Literatur (vor allem Medvedev und Bachtin) sowie die in den dreißiger Jahren u.a. von Lukács mitgeführten Diskussionen über das Verhältnis von Weltanschauung und Methode und über den literarischen Realismus. Nicht kritisiert, sondern bloß festgestellt werden soll, daß — von Ausnahmen abgesehen — die Reflexion der damaligen sowjetischen Literatur, also die Literaturkritik jener Jahrzehnte, deren Theoriegehalt mit dem der spezialisierten »Theorie« durchaus konkurrieren kann, nicht behandelt wird, also auch nicht die weitverzweigte Diskussion darüber, worin wohl die besondere Qualität eines neuen, sozialistischen Realismus bestehen müsse. Zu fragen ist aber, warum eine Darstellung der literaturtheoretischen Position Lunačarskijs fehlt.

Ein Vorzug ist es, daß die Darstellung entgegen üblicher Praxis nicht mit der Änderung organisatorisch-ideologischer Bedingungen der Literatur zu Beginn der dreißiger Jahre schließt. Nachteilig wirkt sich jedoch bei der Behandlung der dreißiger Jahre aus, daß Siegel zu unkritisch referiert, denn die Theorie jenes Jahrzehnts lebt selbst wesentlich vom referierenden Bezug auf zu jener Zeit »klassisch« werdende Ausführungen, z.B. Lenins über Tolstoj. Bei der Darstellung der Diskussion des Verhältnisses von Weltanschauung und künstlerischer Methode z.B. geht Siegel von Judins Aufsatz »Lenin und einige Fragen der Literaturkritik« (1933, russ.) aus, in dem die »entscheidende These der Untrennbarkeit von ideologischer Weltanschauung des Künstlers und seinem künstlerischen Schaffen« (151) aufgestellt und andererseits die vom mechanistisch verfahrenen Soziologismus der zwanziger Jahre vorgenommene »Identifikation von Weltanschauung [Ideologie] des Künstlers und seiner künstlerischen Methode« (153) kritisiert wird. Die »Untrennbarkeits«-These ist gegen Plechanov gerichtet, der 1910 geäußert hatte, er »meine den Denker Tolstoj und nicht den Künstler Tolstoj«, wenn er sage, mit ihm zu leben, leben zu können, wäre »schrecklich« (Plechanov und Tolstoj, Moskau 1928, 26f., russ.). Judin zitiert diese Äußerung als Beispiel für den seiner Ansicht nach grundfalschen Versuch, »das Schaffen eines Künstlers von seiner Weltanschauung zu trennen« (»Literaturnyj kritik«, 1933, 1, S.13, russ.). Plechanov ist damit für ihn erledigt. Andere, mit dem griffigen Zitat nicht übereinstimmende Äußerungen Plechanovs über Tolstoj bleiben unerwähnt — auch bei Siegel. Denn wenn auch Plechanovs Tolstoj-Artikel nicht gerade seine stärksten Stücke sind, so war er doch nicht so borniert, um nicht Verbindungen zwischen Momenten der Weltanschauung und dem künstlerischen Schaffen Tolstoj zu sehen. Aber Plechanov wird eben bei Judin, wie generell unter der Herrschaft Stalins, nicht mehr diskutiert. Er dient nur noch als Figur zum Aufbau des negativen Hintergrunds.

Auch Judins Ausführungen zum Verhältnis von Weltanschauung und künstlerischer Methode in Lenins Tolstoj-Interpretation werden von Siegel ungeprüft wiedergegeben. Judin sagt: »Der Charakter des Zugangs zur historischen Wirklichkeit und das historische Material selbst bestimmen in gewissem Maße die künstlerische Methode und die Form der Darlegung« (155). Die Bestimmung der Methode durch »das historische Material selbst« wird nicht näher erläutert. Der »Charakter des Zugangs zur historischen Wirklichkeit« ist für Judin eine Sache der Weltanschauung: »Die Weltanschauung ... kann nicht irgendeine periphere Stellung im Verhältnis zum Schaffen des Schriftstellers einnehmen. Der Schriftsteller ... nähert sich der Wirklichkeit mit bestimmten, bereits fertigen Begriffen und Vorstellungen von ihr« (156). Lenin hielt Tolstoj für einen genialen Künstler. Aber er sah die Genialität Tolstoj's nicht in dessen Weltanschauung begründet. Lenins Bewunderung galt der »künstlerischen Kraft« Tolstoj's: »Die Epoche der Vorbereitung der Revolution in einem der von Fronherren niedergedrückten Länder trat dank der genialen Beleuchtung Tolstoj's als ein Schritt vorwärts in der künstlerischen

Entwicklung der gesamten Menschheit hervor.« (V.I. Lenin über Literatur und Kunst, 4. Aufl., Moskau 1969, 219, russ.; in der eingebürgerten deutschen Übersetzung »dank Tolstoj, der sie genial beleuchtete« kann das entscheidende Moment leicht als bloß ornamentales Attribut verstanden werden.) Historischer Realität entsprechende Widerspiegelung sind für Lenin sowohl Tolstoj's Anschauungen als auch sein künstlerisches Schaffen. Die »geniale Beleuchtung« der Realität sieht er jedoch nur in den künstlerischen Darstellungen, soweit sie nicht überwiegend von den Anschauungen geprägt sind. Lenin hatte somit durchaus eine — freilich nicht näher ausgeführte — Vorstellung von der Besonderheit der künstlerischen Aneignung und Präsentation der Wirklichkeit durch Tolstoj im Unterschied zu dessen philosophisch-religiösem Weltverständnis. Diesen Sachverhalt hat Judin, von Siegel unbemerkt, übersehen.

Da die wissenschaftlich-weltanschauliche Aneignung der Wirklichkeit in Judin's Begriffssystem als einzige Vermittlung zwischen Wirklichkeit und Kunstwerk fungiert, ist »künstlerische Methode« bei ihm kein die Realität zum Kunstwerk transformierendes Organisationsprinzip, sondern lediglich ein ganz unanalytischer Begriff für das fertige Kunstwerk. Die »künstlerische Methode«, der »Realismus«, die »wahrheitsgetreue Darstellung« Tolstoj's werden daher zu austauschbaren Schlagwörtern. Daß dieser Begriff von künstlerischer Methode, wenn es überhaupt noch ein solcher ist, sich aus einer zutiefst objektivistischen Auffassung des Kunstwerks und seiner Entstehung ergibt, zeigt sich bei Rozentals', Lifšic (in den dreißiger Jahren vielleicht der wichtigste, bei Siegel unterschieden zu kurz kommende Autor zu Fragen der Ästhetik und Literaturtheorie) und Lukács (der Lifšic 1930 im Moskauer Marx-Engels-Institut kennenlernte). »Aufgabe der marxistischen Ästhetik wird es sein ... zu zeigen, wie sich diese Objektivität [der künstlerischen Form, d. Verf.] im Prozeß des künstlerischen Schaffens als Objektivität, als Wahrheit, die nicht vom Bewußtsein des Künstlers abhängt, ihren Weg bahnt« (Lukács in: »Zum Problem der Objektivität der künstlerischen Form«, russ. in: »Literaturnyj kritik«, 1935, 9, S.18). Dahinter ist bekanntlich weniger Marx als vielmehr Hegel verborgen. Hegels Ästhetik, die von 1934 an überhaupt erstmals in einer zuverlässigen russischen Übersetzung erschien und deren klassizistisches Kunstideal vor allem von Lukács implizite propagiert wurde, gehört zu den Grundlagen der sowjetischen Literaturtheorie jener Zeit, nicht nur die von Siegel (144f.) erwähnten Ausführungen von Marx, Engels und Lenin zu Fragen der Kunst und Literatur, von denen einige ebenfalls zu Beginn der dreißiger Jahre zum ersten Mal veröffentlicht wurden. Lukács' den Klassencharakter zunehmend vernachlässigender objektivistischer Klassizismus paßte — ob nun so ganz unbeabsichtigt oder doch nicht — zu Stalins nach den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der Jahrzehntwende einsetzenden Beschwörungen der Homogenität der sowjetischen Gesellschaft. Damit soll nicht etwa die Deckungsgleichheit, sondern vielmehr die Überschneidung der Ansichten Lukács' mit der Ideologie des Stalinismus in der Literaturtheorie behauptet werden. Siegel schreibt, Simone Barck referierend, die »Richtigkeit« der von Lukács geförderten Richtung der sowjetischen Literaturtheorie sei »bestätigt« worden durch »die sowjetischen Literaturverhältnisse in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, d.h. die Überwindung der Klassenkampfsituation in der Literatur der zwanziger Jahre und die Gründung eines einheitlichen Schriftstellerverbandes im Jahre 1934« (177f.). Hier ist sicher zu hastig ein Stück selbst von Ideologie geprägter institutioneller Praxis als Wahrheitskriterium bemüht und dabei der Ideologiegehalt der Theorie übersehen worden.

Insgesamt betrachtet, hat vielleicht doch die Fülle des in dem Bändchen referierten Materials — hier konnten nur wenige Punkte berührt werden — einer kritischeren Darstellung im Wege gestanden.

Bernhard Kroneberg (Darmstadt)

Träger, Klaus: Studien zur Erbetheorie und Erbeaneignung. Röderberg Verlag, Frankfurt/M. 1982 (384 S., br. 5,- DM)

Wer von Trägers Buch nach der vorschnell abgebrochenen Methodendiskussion am Beginn der 70er Jahre wesentliche Anstöße für die Methodologie der Literaturwissenschaft erwartet, wird enttäuscht. Die Aufsätze des Sammelbandes, der historische Untersuchungen — vor allem zur Literatur des 18. Jahrhunderts — mit der Erörterung von Grundsatzfragen der Literaturgeschichte verbindet, sind eher von literaturgeschichtlichem als von methodologischem Interesse; sie fassen in der Hauptsache Bekanntes zusammen und setzen nur gelegentlich neue Akzente.

Dies gilt schon für die historisch ausgerichteten Studien der Sammlung, gut lesbare Einführungen in das kritische Werk Lessings und Herders, die bei Kenntnis der Zusammenhänge inhaltlich wenig Neues bieten und als Beiträge zu einer Erbetheorie kaum über Selbstverständlichkeiten hinausgelangen: »Kritik ist weder literarische Leichenflederei noch Um-den-heißen-Brei-Reden: Es ist schöpferisches Tun.« (9) — Auch die folgenden Aufsätze, die sich mit dem Erbebegriff bei Marx und mit der Kulturpolitik der DDR nach 1945, mit dem Begriff der Klassik oder der Gültigkeit der Antike beschäftigen, wiederholen fast ausschließlich bekannte Grundpositionen, was trotz der engagierten, erfreulich unakademischen Darstellung die Lektüre am Ende unfruchtbar und ermüdend werden läßt. Träger liefert weniger einen eigenständigen Forschungsbeitrag als einen referierenden Problemauflöß. Wichtig ist hier allenfalls der Hinweis auf die relative Eigenständigkeit der Kunst und die daraus folgende Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher und literarischer Umwälzungsprozesse (119). Warum dagegen die Erbediskussion der DDR nach 1945, wie Träger behauptet, notwendig *allein* am klassischen bürgerlichen Erbe einen Orientierungspunkt finden konnte und jede andere Konzeption — wie sie bekanntlich auch von Brecht oder Bloch in der Expressionismusdebatte vertreten wurde — »das strategische Ziel gefährdet [hätte]« (132), wird nicht recht verständlich. Spätestens an dieser Stelle wäre es notwendig gewesen, über die referierende Darlegung hinaus zu einer kritischen Reflexion des *Erbeproblems* fortzuschreiten: Warum Goethe, aber nicht auch der Expressionismus, Balzac und nicht Joyce? Mit einem scholastischen Lenin-Zitat, das selbst historisch zu gewichten wäre, ist dazu gar nichts gesagt.

Lesenswert in Trägers Sammelband sind die Aufsätze zur Methodologie der Literaturgeschichtsschreibung (199-227), zur Weltliteratur (228-246) und zur Romantik (272-296) — nicht als Abriss einer systematischen Erbetheorie, aber immerhin als ein anregendes, weit ausgreifendes Plädoyer für eine differenzierte Literaturgeschichtsschreibung, die mit der Marxschen Forderung der historischen Spezifizierung Ernst macht und manche traditionellen Schemata hinter sich läßt. Gängige Vereinfachungen wie die mechanische Rückführung ästhetischer Prozesse auf ökonomische Abläufe, die Vernachlässigung des wechselnden Funktionszusammenhangs eines Werks, die abstrakte Schematisierung von Epochen unter Verleugnung wichtiger Grenzfälle oder die Beschränkung auf eine enge nationalliterarische Perspektive werden überzeugend kritisiert. Bleibt zu hoffen, daß sich darin und in der behutsamen Neubewertung der frühen Romantik der Durchbruch zu einer neuen »Weite und Vielfalt« in der Erbediskussion manifestiert.

Heinz Kaulen (Bonn)

Heise, Wolfgang: Realistik und Utopie. Aufsätze zur deutschen Literatur zwischen Lessing und Heine. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1982 (317 S., br., 10,50 M)

Zielperspektive der zwischen 1973 und 1980 an verschiedenen Stellen erschienenen Aufsätze ist die Frage nach der Vermittlung der Literatur zwischen Lessing und Heine zur Gegenwart. Heise geht jedoch über die in der DDR seit langem betriebene »Erbe-Diskussion« hinaus, indem er den Gegenwartsbezug der Werke nicht etwa einem unbefragt vorhandenen »Humanitätspotential« zuschreibt, sondern sehr genau die Verständnis-

schwierigkeiten der Gegenwart — und dazu gehören formalisierte Klassikverehrung samt einer »ermüdenden Dichte« (16) von Gedenktagen ebenso wie eine unattraktive Gestaltung der Deutsch-Lehrpläne und eine oft oberflächliche Aktualisierung im Theater — herauspräpariert, um von dort aus die Ansatzpunkte zu finden, die »unser Verhältnis zur Klassik als Verhältnis zur eigenen Geschichte« (9) praktisch erfahrbar machen können. Am breitesten entfaltet ist dieses Programm, das sich auf die Wissenschaftsmethodologie ebenso bezieht wie auf eine Ausweitung der Literatur- zu einer Kulturwissenschaft, im ersten Kapitel. Heise formuliert hier eine Fülle von Desideraten und Forschungsproblemen, die immer wieder auf die »Grundfragen der Weltanschauungsbildung heute« (17) bezogen sind: Wie können sich die Subjekte ihrer Gegenwart und ihrer Subjektivität als geschichtlich gewordene versichern? Dies erfordere die Entwicklung einer Hermeneutik auf der Grundlage des Historischen und Dialektischen Materialismus ebenso wie die genauere Untersuchung der Bildung proletarischer Identität am Vorbild der klassischen Literatur.

Die bekannte Sicht auf die »philosophisch-symbolische Dichtart« (29) des Faust II, die die bürgerliche Subjektivität als geschichtliche Produktivkraft faßt, wird von Heise ergänzt durch die Frage nach den »Folgekosten« der »klassische(n) Vollendung« (30). Damit rücken die Scheiternden, die Außenseiter, die Versagenden ins Blickfeld — als Indikatoren der Grenzen bürgerlicher Individualität. Diese werden besonders deutlich im Kapitel »Weltanschauliche Aspekte der Frühromantik« — einer Epoche, die lange Zeit dem Verdikt der Innerlichkeit und des Mystizismus verfallen war. Heise deutet sie als »erste umfassende Krise der bürgerlichen Ideologie, speziell der Intelligenz« (231), die zwar zu sehr genauen Beschreibungen von Entfremdung kommt, diese jedoch nicht produktiv zu wenden vermag, sondern sich im Märchen und im Traum, in der Mystik und schließlich im Bild des Künstlers als Genie eine Gegenwelt schafft, die sich ihrer Labilität in jedem Moment bewußt ist, sie aber nur in Vereinsamung und »ästhetische Unmenschlichkeit« (246) münden lassen kann. »Hier hat das soziale und politische Objekt-Dasein die Subjektivität zur nur passiven Außenwärtsbeziehung deformiert, der Untertan hat seine Ohnmacht verinnerlicht, in der er seine Misere ins Überschwengliche erlöst.« (247) So kann die Frühromantik in ihrer Doppelexistenz von privater Individualität und dem Anspruch auf gesellschaftlich reale Lebensfülle zum Modellfall des Scheiterns der Subjektivität in der bürgerlichen Epoche werden.

Auch im Abschnitt »Heine und Hegel« zeichnet Heise die Doppelstruktur von sich entfaltender Subjektivität und kunstphilosophischer Konzeption nach. Orientiert sich Hegels Satz vom Ende der Kunst an einem in sich geschlossenen klassizistischen Kunstwerk, das in den »prosaischen Zuständen« nicht mehr realisierbar ist, so ergreift Hegel gerade den Widerspruch zwischen dem postulierten Kunstschönen und der Häßlichkeit der Gegenwart. Er situiert das Subjekt im Spannungsfeld pantheistisch-sensualistisch definierter freier Entfaltung und den Ansprüchen auf Tätigkeit in der geschichtlichen Welt. Kunst wird so zum operativen Organ der Gesellschaftsbewegung, indem sie die Ansprüche des Subjekts als historisch relativierte formuliert, dennoch aber Utopien befreit und gesellschaftlich wirksamer Subjektivität entwirft. — Eine neue Etappe der Vergesellschaftung von Subjektivität sieht Heise im Vormärz: Die »Krise des Subjekts« wird konzeptionell integriert in die »soziale Frage«, das Thema der Epoche, wie sie andererseits auch in die Verteidigungsideologien der feudalistischen Kräfte und der Kirche Eingang findet. Die künstlerische Produktion verschränkt sich zunehmend mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses, so daß die auch hier breit entfalteten neuen wissenschaftlichen Themenstellungen sich immer mehr auf die Gesamtheit der kulturellen Erfahrungen der Subjekte hin öffnen — eine Tendenz, die auch in den westdeutschen Kunstwissenschaften zu beobachten ist und von Heises Arbeit sicherlich zahlreiche Impulse erhalten könnte.

Claudia Albert (Berlin/West)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Berger, John: Das Leben der Bilder oder die Kunst des Sehens. Aus dem Englischen von Stephen Tree. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/W. 1981 (143 S., br., 20,-DM)

Berger, in Deutschland so gut wie unbekannt, ist einer der wichtigsten britischen Kunstkritiker (»Art and Revolution«), außerdem Romancier (»Corker's Freedom«) und Drehbuchautor (»Jonas«). Seine publizistische Arbeit während der 70er Jahre ist ein Versuch, progressive kunstkritische Traditionen zu popularisieren. Neben der BBC-Fernsehserie »Ways of Seeing« gehören auch die in dem vorliegenden Band gesammelten kleineren kunstkritischen Arbeiten in den Zusammenhang dieses öffentlichkeitspädagogischen Projekts, das in Deutschland kein Gegenstück hat. Sie erschienen von 1966 bis 1979 in der linken Wochenzeitung »New Society« und der liberalen Tageszeitung »The Guardian«. Der englische Titel »About Looking« bezeichnet genauer als der deutsche das allgemeine, über die Beschränkungen der akademischen Kunstgeschichte hinausgehende Interesse Bergers an visuellen gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen, das auch die Bereiche des Fotojournalismus und der Warenästhetik einbezieht. Berger geht es darum, wie gesellschaftliche Verhältnisse durch Bilder erfahrbar werden.

In seinem ersten Text »Warum sehen wir uns Tiere an?« untersucht Berger das ästhetisch-metaphorische Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zu den Tieren, die seit den Höhlenbildern in den verschiedensten ästhetischen Formen (Sternkreiszeichen, Wappen, Schutzmarke, Spielzeug, Personal von Sozialsatire und Fabel) einen wesentlichen Teil unseres Bilderschatzes ausmachen. In der Veränderung dieses Bilderschatzes kann man die Prozesse der Kolonisation innerer und äußerer Natur demonstrieren, deren katastrophale Folgen inzwischen ebenso offensichtlich wie irreparabel geworden sind.

Seine Essays über Fotografie lehnen sich an Susan Sontags »On Photography« an, erinnern aber zugleich an die kulturpolitisch-pädagogischen Ansätze Tretjakovs und Benjamins Ideen über das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Berger geht aus von dem Widerspruch, daß eine Zeitung es sich offensichtlich leisten kann, »schockierende Photographien über Vietnam und Nord-Irland zu veröffentlichen, während sie in ihren Stellungnahmen eine Politik unterstützt, die für die Gewalttätigkeit verantwortlich ist« (36). Die Eigentümlichkeit der Bilderproduktion im industriellen Journalismus sieht Berger darin, daß sie sich auf Momente der Agonie konzentriert, die auf sensationelle Weise außerhalb des Kontinuums der alltäglichen Erfahrung stehen und deshalb auch nicht in Zusammenhang mit Alltagspraxis gebracht werden können. Sie lösen nur unproduktive, weil »unalltägliche« Reaktionen von Schuldgefühl und Schockiertheit aus. Die unmittelbare Anschauung hochkompliziert vermittelter gesellschaftlicher Vorgänge verspricht zwar, uns diese Vorgänge besonders nahe zu bringen, entfernt uns aber in Wirklichkeit von ihnen, weil ihre dramatische Sichtbarkeit den (unsichtbaren) Zusammenhang aus unserem Bewußtsein verdrängt, der zwischen unserer Praxis und den Momenten der Agonie besteht, die die Fotografien abbilden. Die fotografischen Bilder zeigen die Welt so genau wie noch nie und so ungenau wie noch nie in der Geschichte der Abbildungen. Die »Trennung der Erscheinungen von ihren Funktionen« (46), die durch die Fotografie möglich wird, macht diese Technik brauchbar für depolitizierende Strategien der Information. In »Möglichkeiten der Photographie« schlägt Berger als Gegenstrategie vor, das private Erinnerungsfoto als beispielhaft für die »öffentliche Photographie« betrachten zu lernen und den außenstehenden, dramaturgischen Gebrauch der Kamera im bürgerlichen Fotojournalismus aufzugeben zugunsten eines Fotografierens, das den sozialen Kontext seines Gegenstands und des Abbildungsvorgangs selber einbezieht, indem es sich zu einem Hilfsmittel für das »soziale und politische Erinnerungsvermögen« (51) der Fotografierenden und der Fotografierten umfunktioniert. Berger interpretiert Bilder der sowjetischen Fotoreporter von der deut-

schen Invasion als ein Beispiel für Fotografien, die sich wenden »an die, die erdulden, was auf ihnen dargestellt ist« (53). — Bergers eigentlich kunstkritische Aufsätze sind für die linke Kunstkritik in Deutschland vor allem bedeutsam durch ihre unsystematische Methode, die für den hegelianisch geprägten Akademismus der deutschen Marxisten eine fruchtbare Provokation darstellen könnte. Sie gehen nicht von Wissen aus, sondern von Erfahrung (Untertitel: »Gelebte Momente«). Dieses Verfahren ist traditionell der Form des Essays vorbehalten, die in Deutschland kaum Tradition und eine schlechte Presse hat. »Man hat das Gefühl ...« (81), »Man stelle sich einmal vor ...« (93) — solche Aufforderungen an den Leser, spontane Empathieerlebnisse begrifflich fruchtbar zu machen, stehen im Zentrum der Aufsätze. Dieses Zentrum ist demnach — wie authentische Kunstbetrachtung selbst — nicht allein gedanklich, sondern zugleich emotional. Ein Moment spontaner Empathie, der die im Kunstwerk eingeschlossenen psychischen Energien durch eigene emotionale Bewegung nachvollzieht, geht kunstwissenschaftlicher Betrachtung voraus: historisch in der Rezeptionsweise, die vor der Entstehung der Kunstkritik im bürgerlichen Zeitalter gegolten hat, wo Kunstwerke zauberten, erlösten und heilten, und aktuell in der Bewegung, die ein Kunstwerk heute auslöst. Berger konzentriert sich auf Gefühlsbewegungen und Erlebnisse »auf einer Wahrnehmungs- und Gefühlsebene, die vielleicht älter ist als die Fähigkeit, Worte zu bilden« (140).

Kunstkritik wirkt in dem Maß evident, wie sie solchen Momenten vorbegrifflicher Empathie im Medium ihrer Wissenschaftssprache Rechnung tragen. Je schärfer andererseits die reflexiven Momente der Rezeption von ihrer emotionalen, sinnlichen, assoziativen Seite getrennt werden, desto ausgeprägter ist die Arbeitsteilung zwischen akademischer Kunstkritik (auch der der Linken) und alltäglichen Formen des Umgangs mit Bildern. Bergers Methode ist ein Versuch, diese Arbeitsteilung rückgängig zu machen. Warum sehen die Landarbeiter auf August Sanders Fotos in ihren Sonntagsanzügen »komisch« aus? Jeder hat schon einmal den Eindruck gehabt, daß Anzüge Leuten, die schwer körperlich arbeiten, nicht besonders gut stehen (und sei es aus der Erinnerung an body-guards in Mafia-Filmen). Indem Berger einen solchen Eindruck begrifflich rekonstruiert und begründet, kommt er zu Erkenntnissen über die aus dem 19. Jahrhundert überlieferte Herrenmode, die die Bewegungen bzw. die Bewegungslosigkeit des bürgerlichen Herrschens, eines Herrschaftens ohne körperliches Involvement, habitualisiert hat und im Widerspruch zum Bewegungsstil der körperlich Arbeitenden steht. Warum wirken Millet's Ölgemälde von arbeitenden Bauern steif, undynamisch, mißlungen? Weil sich die bäuerlichen Bewegungen dem kontemplativ-sentimentalen Genre der abendländischen Landschaftsmalerei verweigerten und erst darstellbar wurden, nachdem dieses Genre zerbrochen und (etwa bei van Gogh) durch Malerei ersetzt wurde, die nicht mehr einer Disziplin unterstand, die sich von Poussin und dem Bewußtsein seines Publikums herleitete. — Das Paradebeispiel der kunstkritischen Verwandlung von Erfahrung in Theorie aber ist Bergers Bericht über zwei Reisen nach Colmar zum Isenheimer Altar — eine vor, die andere nach 1968. Aufgrund der — historisch determinierten — Selektion dessen, was an einem Kunstwerk wahrgenommen wird, verändert der Isenheimer Altar in den 10 Jahren, die zwischen dem ersten und dem zweiten Besuch liegen, seine emotionale Ausstrahlung: »In einer Zeit revolutionärer Erwartung sah ich ein Kunstwerk, das als Zeugnis der Verzweiflung die Vergangenheit überdauert hat; in einer Zeit, die durchgestanden werden muß, bietet mir das gleiche Kunstwerk wunderbarerweise einen schmalen Weg durch die Verzweiflung an.« (91) Berger versucht, eine zugleich kritische wie populäre Kunstbetrachtung zu entwickeln, indem er die vorbegrifflichen Prozesse, die jeder Rezeption zugrunde liegen, theoretisch ernst nimmt. Das Faszinierende an seinem Ansatz ist, daß es ihm dabei gelingt, emotionale Erfahrungen wie Trost, Verzweiflung, Hoffnung, die traditioneller Kunstwissenschaft äußerlich bleiben, zum Moment im Erkenntnisvorgang selber zu machen.

Stephan Wackwitz (London)

Polster, Bernd: Tankstellen. Die Benzingeschichte. Transit Buchverlag, Berlin/West 1982 (216 S., 100 Abb., br., 34,- DM)

Der Titel gehört in die Reihe jener Detail-verliebten Recherche-Arbeiten, die in Verfolgung eines auf den ersten Blick unwichtigen Nebenaspektes des alltäglichen Lebens das Ganze neu entdecken und neue Perspektiven auf die Geschichte freilegen. Wo Politik, Wirtschaft und Technik, Warenästhetik und Ideologie sich wie in einem Brennglas bündeln, da ist auch das Benzin mit seinen Zapfsäulen im Spiel. Der Soziologe und Fotograf Polster läßt seine Benzingeschichte an den Teerkuhlen bei Wietze im Hannoverschen des Jahres 1858 beginnen, wo auf Geheiß der königlichen Regierung nach Kohle gebohrt werden sollte. Statt Kohle zu finden, wurde unversehens der erste Ölbohrturm der Welt errichtet, der noch »Satanspech« förderte, mit dem die Verantwortlichen allerdings nichts anzufangen wußten. Die Geschichte endet, vorläufig, in der Benzingesellschaft der 80er Jahre, die auf die Entwicklung des Benzinpreises sensibler reagiert als auf fast jede andere Veränderung der Lebensbedingungen.

Mit Hilfe des Benzins und wegen dieses Stoffes veränderten sich die Lebensbedingungen fundamental. Am Benzin hängt sein größter Verbraucher, das Auto, am Auto wiederum der Straßenbau, und von beiden sind Millionen von Arbeitsplätzen abhängig. Polster schildert nicht nur Zustände, sondern er ermöglicht dem Leser einen Blick hinter die Kulissen in die Mechanik der Konzernpolitik: in die Welt der Konkurrenzkämpfe und Tricks, die Techniken des Preiskampfes und der Tankstellen-Netzausdehnung, Kartellbildung, der Ausbeutung der Dritten Welt und des europäischen Verbrauchers. Durch die Vielzahl der Anekdoten wird die Gewitztheit der Konzernherren vorgeführt, denen wir als Leser über die Schulter schauen. Zugleich schildert Polster die Entstehung neuer sozialer Gestalten, vor allem die des Tankwarts, des Autofahrers und Rennfahrers, Autokonstruktors und Chauffeurs. Der Tankwart, der von der Unabhängigkeit träumt und sich doch nur selbst ausbeutet, der Autofahrer, für den das Fahren zur imaginären Weiteroberung und Freiheit schlechthin wird, sie sind die Protagonisten der Benzingesellschaft. Zum mythologischen System, das sich um das Benzin als »Kraft«stoff aufbaut, gehören der »KdF-Wagen« oder spätere VW, »Silberpfeil« und »Avus«, die »Drei von der Tankstelle« und der Fußballklub des Benzin-Bankrotteurs Ehrhard Goldbach »SC Westfalia Goldin Herne«. Polster beschreibt die Marketing-Strategien vom »Packt den Tiger in den Tank« und den zahllosen lediglich verkaufsfördernden Eigenschaften und Ingredienzien wie »Platformat«, »FT 310« oder »E 54«. Die Architektursprache der Tankstelle, die aus den unscheinbaren »Eisernen Jungfrauen« (Zapfsäulen) die Tankpaläste der 50er Jahre machte, ist reichlich bebildert.

Zur politischen Geschichte des Benzins gehört der Hitlersche »Blitzkrieg« ebenso wie dessen Ende in Stalingrad. Denn Stalingrad lag vor den Öl-Feldern von Baku. In diesen Kontext gehört auch z.B. das KZ von Auschwitz, wo die IG Farben synthetisches Ersatzbenzin herstellte. Auch im Ost-West-Konflikt spielt das Benzin seine Rolle. Polster schildert die Luftbrücke nach Berlin als ein Ereignis, daß sowohl politisch als auch ökonomisch von den US-Konzernen genutzt wurde, um aus Besatzern Freunde werden zu lassen und US-Waren Sympathien zu erschließen. Im Marshall-Plan wurden den Europäern statt der erbetenen Eisenbahn-Waggons Lastkraftwagen aufgeschwatzt, um für das Benzin auf dem europäischen Markt auch die nötige Nachfrage zu schaffen. Polster schildert den Verbraucher aber nicht nur als Opfer ruchloser Praktiken von Kartellen, Trusts und Ölmagnaten. »Man kann dabei über der eigenen Entrüstung vergessen, daß kein noch so ausgekochtes Komplott funktionieren würde, ohne daß die Verbraucher mitspielen! Die Benzinfirmen können darauf bauen, daß den Autofahrern der Wagen zum zweiten Haus geworden ist. Die vielgepriesene Rückbesinnung aufs Sparen ist ein sicheres Indiz dafür. Sie ist nämlich nichts anderes als der verzweifelte Versuch der Autofahrer, auch in Krisenzeiten nicht von liebgewordenen Gewohnheiten Abschied neh-

men zu müssen. Diese Mentalität setzt sich zusammen aus Hartnäckigkeit und Wehleidigkeit, die Esso mit dem neuesten Werbespruch noch schürt, der lautet: *Wir kennen den harten Auto-Alltag.*« (207) Helmut M. Bien (Berlin/West)

Silbermann, Alphons: Handwörterbuch der Massenkommunikation und Medienforschung. Verlag Volker Spiess, Berlin/West 1982 (2 Bde., zus. 506 S., br., 48,- DM)

Massenkommunikations- oder Medienforschung ist im deutschsprachigen Raum noch weit davon entfernt, eine eigenständige und anerkannte wissenschaftliche Disziplin zu sein. Die Auseinandersetzung mit ihren diversen Gegenständen geschieht aus den unterschiedlichsten Einzelwissenschaften heraus, mit entsprechend divergierenden Methoden und Verfahren. Das führt und führt notwendig zu »Verwirrungen« (VI), zu Unklarheiten und Desorientierungen, mit denen insbesondere Studenten zu kämpfen haben, die sich den Problemen der Massenkommunikation annähern. Keine Frage deshalb, daß es verdienstvoll ist, hier mit einem »Handwörterbuch« orientierend einzugreifen.

Silbermann — einer der ersten, welche die »Lehre von der Massenkommunikation« an deutschen Universitäten umfassend betrieben haben — konnte bei der Zusammenstellung der Stichwörter und Begriffe auf eine vieljährige Erfahrung an »verschiedenen Universitäten im In- und Ausland« zurückgreifen. Aber die Erfahrung eines einzelnen Wissenschaftlers — und sei sie auch noch so vielfältig und komplex — reicht für die Realisierung des programmatischen Ziels dieses Handbuchs, nämlich »die Festigung und Standardisierung einer bestehenden Übereinstimmung im Sprachgebrauch und zum anderen die Schaffung neuer Einheitlichkeiten und Präzisionen« (VI), nicht aus. Selbstverständlich, Vollständigkeit kann von einer solchen Unternehmung im ersten Anlauf nicht verlangt werden. Der Gebrauchswert von Handbüchern muß ständig weiterentwickelt werden, durch Ergänzungen, Modifikationen und Aktualisierungen. Aber schon ein grober Test, den ich anhand der Fragestellungen und Gegenstände eines Einführungskurses in die Medienanalyse gemacht habe, fördert Defizite des zweibändigen Werkes zutage, die sicher auch im ersten Anlauf vermeidbar gewesen wären.

So bleibt dem Benutzer recht unklar, nach welchen Gesichtspunkten und Wichtigkeiten die Begriffe und Termini Technici ausgewählt und zusammengestellt sind. Das klärt auch die kurze Einleitung nicht. Ein Register, das sowohl die zum Teil sehr ausführlich erläuterten Stichwörter als auch die jeweils behandelten Subbegriffe mit Querverweisen enthielte, wäre zumindest sehr hilfreich. Wichtige Grundbegriffe der an vielen Universitäten praktizierten »Medienanalyse« — von Silbermann einseitig definiert als »bei Marktforschungsinstituten u. Werbefirmen gebräuchlicher Ausdruck für Erhebungen, die die Durchschlagkraft eines spezifischen Mediums innerhalb eines o. mehrerer Märkte erfassen soll« — fehlen als erläuterte Stichwörter völlig, wie z.B. *Montage, Dramaturgie, Szene, Kameraeinstellung, Perspektive* etc. Erst über ein verzweigtes Suchen kann man solche notwendigen Kategorien für die Analyse einzelner medialer Produkte zum Teil finden, als Unterbegriffe von z.B. wahrnehmungspsychologischen Kategorien. Zentrale Begriffe, die für ganze methodische und theoretische Traditionen stehen, sind gar nicht enthalten, wie »Kulturindustrie« als Paradigma der Kritischen Theorie. Im Bereich neuer Medientechnologien sind teilweise sehr spezielle technische Termini vorgestellt; ständig benutzte Begriffe wie »Pilotprojekt« jedoch fehlen, ebenso wie einzelne Techniken der Zukunft des Fernsehens, etwa das Dreidimensionale Fernsehen. Da wird die vertraute »ARD« recht breit vorgestellt, ihre wichtigsten Töchter der ARW, der Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung, die immerhin ca. die Hälfte der wirtschaftlichen Grundlage der öffentlich-rechtlichen Anstalten erarbeiten, gar nicht erwähnt. Der »Hörfunk« wird als Subkategorie von »Rundfunk« behandelt — im Gegensatz zum eigenständig repräsentierten »Fernsehen« — wobei besondere Eigenarten des Mediums notwendig auf der Strecke bleiben müssen. Die hinter den einzelnen Stichwörtern angefüg-

ten Literaturangaben, die fürs Vertiefen und fürs Weiterlesen prinzipiell äußerst wichtig sind, sind zum Teil stark veraltet. So ist z.B. beim »Dokumentarfilm« die aktuellste Angabe Kracauers »Theorie des Films«, in Deutschland erstmals erschienen 1964. Die gesamte Diskussion der letzten ca. 15 Jahre um das Dokumentarische in Film und Fernsehen, hervorragend zusammengefaßt z.B. in den Arbeiten Wembers, ist nicht einmal angedeutet.

Die Auflistung dieser Defizite ist recht willkürlich und wäre lang fortzusetzen. Als prinzipieller Mangel soll damit zum Ausdruck kommen, daß sicher viele qualifizierte Einzelwissenschaftler vonnöten sind, um ein solches Handbuch mit einem hohen Gebrauchswert für viele Benutzer auszustatten. Auch die umfangreiche Praxis und internationale Erfahrung eines Alphons Silbermann reicht meines Erachtens dafür nicht aus. Bei den Stichwörtern der Medientechnik hat er der notwendigen speziellen Qualifikation Rechnung getragen und einen kompetenten Kollegen (Herbert A. Sallen) mit der Ausführung beauftragt. Warum nicht bei den anderen Sach- und Fachgebieten der Massenkommunikation und Medienforschung? — Der Gebrauchswert dieses Handbuchs ist dort groß, wo die Lehr- und Forschungsschwerpunkte Silbermanns liegen: in der Mediensoziologie und in speziellen Bereichen der empirischen Sozialforschung. Darüber hinaus begreife ich die beiden Bände als wichtiges Pilot-Unternehmen, das baldigst ergänzt, korrigiert und aktualisiert werden sollte. Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Gross, Heinz-Willi: Die Deutsche Presse-Agentur. Historische Analyse ihrer Organisations- und Machtstruktur, externer Interessenverflechtungen und der Position auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt. Verlag Haag & Herchen, Frankfurt/M. 1982 (260 S., br., 26,80 DM)

Das Buch von H.W. Gross ist die erste Arbeit, die sich aus der Perspektive linker Medienkritik mit der führenden bundesdeutschen Nachrichtenagentur beschäftigt. Anderweitige Veröffentlichungen beschränken sich durchweg auf den »stofflich-technischen Aspekt« (4) ihres Gegenstandes und begnügen sich mit dem Schein der Interessenunabhängigkeit, den die Organisationsstruktur der dpa GmbH nahelegt: Von den 189 Gesellschaftern darf keiner über mehr als 1,5% des Stammkapitals verfügen, bis auf die Rundfunkanstalten, die zusammen 15% halten — Machtmißbrauch scheint so ausgeschlossen.

Gross geht es um die »gesellschaftliche Dimension«, die »ökonomische Formbestimmtheit« (5) der Agentur; er will den »Klassencharakter des mächtigsten Nachrichtenapparates der Bundesrepublik« (7) herausarbeiten. Im ersten Zugriff werden zwei Widersprüche kapitalistisch betriebener Nachrichtenproduktion erfaßt, die historisch ihre Ausgliederung aus dem einzelnen Zeitungsverlag und ihre Verselbständigung in Nachrichtenagenturen geradezu erzwangen. Zum einen ist Nachrichtenproduktion, soweit sie stofflich als geistige Arbeit charakterisiert werden kann, einer Produktivitätssteigerung weit weniger zugänglich als etwa technische Prozesse der Medienproduktion — die Kapitalverwertung läßt sich hier also nur über Konzentration und Zentralisation der Produktion verbessern. Und auch auf der Ebene des gesellschaftlichen und ideellen Gesamtkapitals übersteigen die mit der Ausweitung der Märkte und Einflußsphären sprunghaft anwachsenden Nachrichtenbedürfnisse von Konzernen und Staat die Kapazitäten einzelner, auch großer Nachrichtenverlage.

Nach einem kurzen Abriss der allgemeinen Geschichte der Nachrichtenagenturen zeichnet Gross dann detailliert die Entwicklung der dpa nach: ihre Entstehung aus den Zonenagenturen der Westalliierten im Zusammenspiel mit der von diesen lizenzierten Presse, ihr Übergang vom Instrument der Besatzungspolitik zum genossenschaftlichen Gemeinunternehmen der Lizenzverleger und dann zur reinen Kapitalgesellschaft, in deren Strukturen sich schon sehr bald nach Re-Installation des »freien« kapitalistischen

Pressemarkts dessen erneut sich herausbildende Kapital- und Machtkonzentrationen wiederfinden lassen. Am vorläufigen Resultat dieser Entwicklung, den derzeitigen Eigentumsverhältnissen der dpa, weist Gross nun in geradezu minutiöser Arbeit anhand der vielfältigen Verflechtungen der verschiedenen Verlagskapitale nach, »daß es sich bei der dpa-GmbH keinesfalls um eine 'überparteiliche' Instanz handelt, sondern um eine Organisation, die uneingeschränkt der Verfügungsgewalt der führenden Kapitaleigner des Pressewesens ... unterliegt« (170). In einem weiteren Schritt zeigt Gross die vielfältigen Abhängigkeiten und Verbindungen auf, mit denen die Agentur in die Kapitalverwertung auf den Ebenen des gesellschaftlichen und ideellen Gesamtkapitals, also in die Aktivitäten »pressefremder« Kapitale und des Staats eingebunden ist. Besonders hervorzuheben sind hier die direkte »Beauftragung der Agentur mit Nachrichtensammlung und -verbreitung im Ausland im Interesse von Regierung und exportorientierter Industrie« (222) sowie die Existenz eines gemeinsamen Tochterunternehmens von dpa und Unternehmerverbänden, des Wirtschaftsnachrichtendienstes vwd. Abschließend untersucht Gross die Verhältnisse auf dem bundesdeutschen Nachrichtenmarkt, wo er eine übermächtige, monopolartige Stellung der dpa konstatiert.

In realistischer Einschätzung seiner Arbeit kommt der Autor zu dem Resümee, mit dieser politisch-ökonomischen Analyse seien »erst die abstraktesten Bestimmungen der Agentur behandelt« (254). Hiervon ausgehend, seien weitere Problemkomplexe zu behandeln, etwa die Frage nach den konkreten Auswirkungen sowohl auf die Gestaltung der Agentur, die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten wie auch auf die inhaltliche Qualität des Produktes, der Nachrichten. In der Verbindung der beiden letzten Aspekte sieht Gross Möglichkeiten demokratischer Veränderung: Durch die Zusammenfassung von »Gebrauchswertansprüchen der arbeitenden Bevölkerung an die Nachrichtengebung der Medien und den Mitbestimmungsforderungen der in diesen Medien Beschäftigten« könne Druck erzeugt werden, um die »heute bestehende Verfügungsmacht über die dpa« zu verändern (254f.). — Insgesamt ein Buch, das dieses wichtige Thema sehr gründlich abhandelt und vor allem durch Erschließung z.T. völlig neuen, bisher unveröffentlichten Quellenmaterials beeindruckt. Wenngleich für eine wissenschaftliche Arbeit erfreulich gut lesbar, wäre zum Zwecke breiterer medienpolitischer Wirksamkeit eine weniger detaillierte, »populärere« Darstellung des Themas wünschenswert.

Thomas Seifert (Münster)

Soziologie

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1982 (878 S., br., 58,- DM)

Bourdieu untersucht die Reproduktion der Distinktionen, dieser *feinen Unterscheidungen*, die die verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen gegeneinander vornehmen, wobei sich herausstellt, daß der Akt der Ästhetisierung der herrschenden Klasse vorbehalten bleibt (107). — In einer geschlossenen Fragebogenerhebung (n= 1217) in den Jahren 1963 und 1967/68 wurden verschiedene soziale Kategorien über ihre Wohnungseinrichtung, Kleidung, Küche befragt, nach Lieblingsmalern und -sängern, nach bevorzugten fotografischen Motiven, um — gestützt auch auf Sekundäranalysen vorliegenden statistischen Materials — Systeme zur Klassifizierung der Gegenstände ästhetischen Wohlgefallens auszumachen.

Geschmacksoptionen umfassen für Bourdieu den Bereich vom elementaren Schmecken beim Essen über Vorlieben bei Friseur oder Sport bis hin zu solchen bei klassischen Musikstücken. Der Wissenschaft vom Geschmack stellt er nun zur Aufgabe, zu den Beziehungen vorzudringen, die die scheinbar isolierten Optionen für Musik, Küche,

Literatur etc. zu einer Einheit fügen (26). Es zeigt sich dabei, daß die Häufigkeit von Museumsbesuchen, das Anhören von Kultursendungen und die Kompetenz auf dem Gebiet der Malerei »derselben Logik« gehorchen und die verschiedenen Sozialkategorien »in eine schroffe Hierarchie« (35) einordnen. »Nichts unterscheidet die Klassen miteinander strenger voneinander als die zur legitimen Konsumtion legitimer Werke objektiv geforderte Einstellung, die Fähigkeit also, gegenüber bereits ästhetisch konstituierten Objekten ... eine rein ästhetische Betrachtungsweise einzunehmen und ... das Vermögen, beliebige oder gar 'vulgäre' ... Gegenstände zu ästhetischen zu stilisieren« (80), wobei legitim definiert wird als »herrschend und als solches anerkannt« (456). Diese kulturelle Kompetenz wirft, da ungleich verteilt, »automatisch Distinktionsgewinne ab« (20), da die Negation des groben, niederen Genusses »zugleich die Affirmation der Überlegenheit« von distinguiertem, sublimiertem, zweckfreiem Vergnügen beinhaltet (27) und sich somit glänzend zur Legitimation sozialer Unterschiede eignet, denn die Aversion gegen andere Lebensstile stellt eine der stärksten Klassenschranken dar (105). Die weitverbreitete Illusion eines »natürlichen Unterschieds« beruht wesentlich auf der Macht der Herrschenden, die kraft bloßer Existenz »eine Definition des Vollkommenen durchsetzen, die letzten Endes nichts anderes darstellt als ihre eigene Lebensform« (398). Drei *Geschmacksvarianten* — entsprechend dem Geschmack von unterer, mittlerer und herrschender Klasse — lassen sich unterscheiden: 1. der aus Notwendigkeit und Zwang geborene populäre Klassengeschmack (auf dem Gebiet der Klassik repräsentiert durch die »Schöne blaue Donau«, im Bereich Chanson bzw. Schlager durch Moriano), 2. der zwischen den Stühlen sitzende mittlere Geschmack (»Rhapsody in Blue«, Brel, im Rahmen der Malerei Utrillo) und 3. der aus Freiheit und Luxus geborene legitime Geschmack (»Wohltemperiertes Klavier«, Ferré, Brueghel).

(1) Geschmack ist »amor fati«, eine unfreiwillige Option, die bei den *unteren Klassen* alles außer der Entscheidung für den Not-Geschmack »als pure Träumerei ausschließt« (»Das ist nichts für uns!«). Zwang und Not können sich jedoch nur durchsetzen, weil die Akteure bereits einen Hang dazu und Geschmack dafür haben, »wozu sie ohnehin verdammt sind« (290). Der Geschmack ist Natur gewordene Kultur, Körper gewordene Klasse. Fisch z.B. stellt kein Essen für Arbeiter dar, da er eine leichte, delikate Kost und somit Frauensache ist, weil das Essen in kleinen Happen männlichem Essen zuwiderläuft und Männlichkeit aufs Spiel setzt (307f.). Allgemein wird Männern beim Essen normalerweise zweimal aufgetan — das bietet sich als Perspektive der Jungen —; Kehrseite davon bildet die Selbstbescheidung und -beschränkung der Frauen, die die Reste vom Vortag aufessen — die Perspektive der Mädchen heißt damit: fortan Verzicht üben. Geschmack spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei »Beziehungen«: Wenn zwei Menschen sich treffen, mögen sie »die gegenseitige Wahl als glücklichen Zufall empfinden«, obwohl sie faktisch dem Gesetz der Wahrscheinlichkeit folgt; jedenfalls können sie sich ihre Geschmacksaffinität nicht besser beweisen als durch den Gefallen, den sie aneinander finden: »Liebe ist auch eine Weise, im anderen das eigene Schicksal zu lieben, sich in seinem eigenen Schicksal geliebt zu fühlen.« (377) Beobachtet werden konnte, daß sich die Klassen zwar in dem Grad unterscheiden, in dem sie die legitime Kultur kennen, jedoch weniger im Grad, in dem sie diese anerkennen. In Frage gestellt wird die Existenz einer antagonistischen, volkstümlichen Kultur (616f.), da der Lebensstil der unteren Klasse dauernd auf den Bezug nimmt, den die herrschende Klasse monopolisiert (mit Ungezwungenheit, sicherem Auftreten etc.). Einer der wenigen Bereiche, in dem die untere Klasse der legitimen Kultur explizit ihre eigene Moral entgegengesetzt, ist Essen und Trinken (292f.).

(2) Die Diskrepanz zwischen Kennen und Anerkennen ist besonders stark im kleinbürgerlichen Lebensstil ausgeprägt (mit seiner Überkorrektheit, verkrampften Ungezwungenheit etc., 503f.). Das Verhältnis des *Kleinbürgertums* zur Kultur stellt sich ana-

log zu einem Kind dar, das Groß-Sein spielt. Der Kleinbürger hat »kein spielerisches Verhältnis« (518) zur Kultur, hat irrtümliche Aha-Erlebnisse, begeht Mißdeutungen, wählt falsche Objekte, faßt Imitiertes als echt auf, kurz: Er ist ein »Bürger im Kleinen« (530); eine mittlere Kultur gibt es nicht.

(3) Das *Bürgertum* mit seinem Lebensstil stellt den »natürlichen Ort« des »Sich-Unterscheidens« dar, es besitzt »gesellschaftliche Macht über die Zeit« (129). Zeitverschwendung für Genuß oder zum Erwerb von Kultur nimmt höchsten Distinktionsrang ein (440): Zeit, »das Unangreifbarste überhaupt«, ist beherrschbar mittels all der Dinge, die nur »im Laufe der Zeit, mit Zeit« und Muße erworben werden. Kants Kritik der Urteilskraft, deren Kritik zusammen mit anderen philosophischen Ästhetiken den Abschluß der Studie bildet, bezeichnet Bourdieu als »das Symbol philosophischer Distinktion« (783).

Somit schält sich eine »Ethnographie« Frankreichs heraus durch die Analyse des Lebensstils und Habitus (verstanden als System von Verhaltensformen, das als Vermittlungsinstanz zwischen sozialer Position und Lebensstil funktioniert; eine Dimension des Habitus ist der Geschmack) der Klassen und ihrer Fraktionen. Eine theoretische Begründung seiner Klasseneinteilung sowie der Unterscheidung von Kapitalsorten hat Bourdieu leider verschoben (196). — Bedauerlicherweise sind gegenüber der französischen Ausgabe einige nützliche Arbeitshilfen fortgefallen: das 18seitige Sach- und Personenregister und die Listen der Tabellen und Diagramme, die dadurch schwerer auffindbar sind. Die Übersetzung ist durchaus gelungen (statt »les pratiques« mal als »Praxis«, mal als »Praxisformen« zu übersetzen, hätte sich »Praxen« angeboten, da die Singularform ebenfalls Verwendung findet), allerdings verstärken die Übersetzer gelegentlich den ohnehin hohen »Fremdwörtergehalt« (»arrêter« als »sistieren«, 537); sonst »kleben« sie am Französischen (évoquer — evozieren, incorporer — inkorporieren, cumuler — kumulieren), was immerhin den Vorteil der Einheitlichkeit hat. Zusätzlich haben sie ein Glossar zusammengestellt.

Wolfgang Kowalsky (Paris)

Dechmann, Birgit, und Christiane Ryffel: Soziologie im Alltag. Eine Einführung. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1981 (269 S., br., 18,- DM)

Was als praxisnahe Einführung in soziologisches Denken angekündigt wird, erweist sich der methodologischen und theoretischen Orientierung des Symbolischen Interaktionismus verpflichtet (17f.). Die Autorinnen haben das Ziel, anhand der Kategorien Individuum, Kleingruppe, Organisation und Gesellschaft soziologisches Denken vorzuführen. Bemüht, sich nicht von den »Konstrukten erster Ordnung« (Schütz), also alltagsprachlichen Konzepten, durch Systematisierungs- und Abstraktionsversuche zu entfernen, wird zusätzlich jeder Gedanke mit Karikaturen visuell aufbereitet. Der Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft stellt sich bildlich dann so dar, daß das strukturelle Datum »Rezession« wie ein Blitz in die Individuen einschlägt (19). In der Wirklichkeit sei alles voneinander abhängig und durchdringe sich gegenseitig (19). Es fehlt ein theoretisch-konzeptionelles Gerüst, in dem strukturelle Bedingungen und symbolische Interaktionen, Verhalten und Situationen vermittelt werden. Daß nicht systematisch aufgezeigt wird, wie in Interaktionen hervorgebrachte Bedeutungen verbunden sind mit sozialstrukturellen Bedingungen, die selbst die Folie dieser Interaktionen bilden, ergibt sich aus dem Symbolischen Interaktionismus.

Es wird nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß man den Leser nicht »missionieren« (9) oder »belehren« (75) will. Diese Haltung schlägt auch dort durch, wo strukturveränderndes soziales Handeln thematisiert wird, denn dieses hat die feste Entschlossenheit zur Voraussetzung, »nichts mitzumachen, wozu man nicht stehen kann« (203). Die Frage nach realitätsangemessenem Denken und Handeln wird damit an das jeweilige Selbstbewußtsein gebunden und bleibt unentscheidbar: Der Suchtkranke, der zu seiner Sucht

steht, hat — wie alle, die zu ihrem Denken und Tun stehen — seine Existenzberechtigung. Es fehlt weder der Hinweis, daß die Menschen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie in der Mitte oder gar oben anzusiedeln sind, »mehr Möglichkeiten [haben], ihre Ideen durchzusetzen, als die übrigen« (203). Daher sind die Oberen eigentlich auch verpflichtet, »nach besten Kräften soziale Wirklichkeit mitzuverändern, daß sie für alle lebenswerter wird« (ebd.). Vom Zweifel, einen Beitrag zur Unterstützung der Ansicht von der Unaufhebbarkeit der antagonistisch strukturierten sozialen Wirklichkeit geschrieben zu haben, sind die Autorinnen gleichwohl nicht berührt: weder wenn sie meinen, »wahrscheinlich würde schon das eine Menge in Bewegung setzen, wenn sich Privilegierte wie Nichtprivilegierte die Mühe machten, die Situation des anderen auch nur mal wirklich erkennen zu wollen«, noch wenn sie als Erkenntnis- und Handlungshilfen empfehlen, einmal »die Perspektive von außen«, sodann die »von innen« einzunehmen und dann »bewußt eine konstruktive Deutung« zu suchen (200ff.).

Mit statistischem Material und »Kurzinformationen aus der Forschung« wird dem Leser eine Ahnung davon vermittelt, daß untere Sozialschichten in annähernd sämtlichen sozialen Lebensbereichen benachteiligt sind und daß strukturtheoretisch-analytische Kategorien einen fundierten Einblick in den Zusammenhang von individuell-kollektiver Benachteiligung und sozialstrukturellen Bedingungen erbringen könnten. Die Autorinnen bleiben allerdings einem sozialen Idealismus verhaftet, indem sie den gesellschaftlichen Zusammenhang ständig auf Bedeutungen hervorbringende interaktive Prozesse reduzieren und so einen Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft aufrechterhalten. Das Individuum wird vorgestellt als ein »Schmelztiegel der verschiedenartigen Umwelteinflüsse« (21ff.), und als Merkmale moderner Industriegesellschaften werden unsystematisch genannt: Gebrauch gemeinsamer Symbole, gemeinsame Geschichte und Tradition sowie gemeinsame soziale Konzepte, Verhaltenstypisierungen und Quasirollen, geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Verhaltensmuster, ungleiche Güterverteilung und daraus resultierende Ungleichverteilungen von Macht und Ansehen, Komplexität, Arbeitsteilung, wachsender Dienstleistungssektor, schneller sozialer Wandel und eine Vielzahl sozialer Institutionen (106f.). Unversehens entschwinden Individuum und Gesellschaft in einem interaktiven Schmelztiegel, dem die Individuen — genügend Motivation vorausgesetzt —, von sozialer Ungleichheit gereinigt, sodann entstehen. Denn: »Ein Vermittler versucht, dem Betreffenden zu einem positiveren Selbstbild zu verhelfen, und baut bei Organisationsrepräsentanten eventuell vorhandene negative Etikettierungen ab, indem er ihren Vorstellungen gezielt und glaubwürdig ein neues Bild vom anderen gegenüberstellt.« (251) Management am Selbst bzw. daran orientierte Sozialtherapie (258ff.) sind das Angebot an den Leser, sich besser als bisher zu vermarkten.

Wolf Schönleiter (Köln)

Eichner, Klaus: Die Entstehung sozialer Normen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1981 (220 S., br., 29,80 DM)

Der Autor, einer breiteren Öffentlichkeit als Mitverfasser des »Ralf-Reports« über das Sexualverhalten der Deutschen bekannt, will mit seiner Arbeit den Entwurf einer »Sozialtheorie der Entstehung sozialer Normen« vorstellen. Sein Ausgangspunkt ist die deontische Logik von Wrights. Vermittels der deontischen Logik ist es möglich, von Aussagen oder Imperativen auf bestehende Normen zu schließen. Es kann untersucht werden, wie sich Bedeutungsinhalte und Symbole unterschiedlichen Normen zuordnen lassen. Die deontische Logik ist selbst eine normative, insofern sie Imperative zu einem bestimmten Verhalten enthält oder konstituiert. Eichner beschreibt als Ziel seiner Arbeit die »Vereinfachung, die Vereinheitlichung, die Systematisierung der Idee der sozialen Norm bzw. der Erklärung des Entstehens sozialer Normen ...« (17). Hat man sich bis zum Schluß des Buches durchgearbeitet und auch alle 153 Fußnoten gründlich gelesen,

so stellt man fest, daß die Entstehung von Normen gar nicht behandelt wird. Der Autor unternimmt im Stile des methodologischen Behaviourismus etwas anderes: Er will darstellen, was eine Norm ist, und darüber hat er offensichtlich vergessen, was der Titel des Buches verspricht: die *Genese* von Normen zu untersuchen.

Einiges zur Kritik der Methodik: Es wird die These vertreten, daß »... in der Regel Gruppen als Träger der sozialen Norm [auftreten; d. Verf.]« (97). Diese Gruppen seien jedoch zunächst nicht Träger einer Verhaltensbewertung, über die soziale Norm definiert wird. Die primären Träger seien Individuen, deren individuelle Meßwerte über mathematische Konstruktionen einem kollektiven analytischen Merkmal zugeordnet werden sollen. In einer Matrix (103) unternimmt der Verfasser den Versuch einer solchen mathematischen Konstruktion. — Man möge sich einmal vorstellen: In der Bundesrepublik würden 2183 Personen das nach Form, Schnitt und Farbe selbe Hemd tragen, das nicht nur nach Schnitt und Form, sondern auch der Farbe nach identisch ist. Zweifellos stellen diese 2183 Personen eine Gruppe im Sinne Eichners dar und auch im Sinne gewisser Aussagesätze (etwa: »In der BRD tragen 2183 Personen das nach Form, Schnitt und Farbe selbe Hemd«.). Woher, um alles in der Welt, kann man nun sagen, das Kleidungsverhalten sei »genormt«? Von Norm wäre nur zu sprechen, wenn *alle* Hemdträger dieselben Bestimmungsgründe dafür angeben würden, warum sie dieses eine bestimmte Hemd tragen. Im Sinne Eichners und seiner Verwendung der deontischen Logik müßte man nun hergehen, diesem Hemd ein bestimmtes logisches Symbol zuordnen, die Häufigkeit der Träger feststellen, und die Norm wäre dann: Weil so viele dieses Hemd tragen, deshalb ...

Ein anderer Punkt, das Schließen auf Normen durch Befragungsergebnisse, weist ebenfalls eine im Buch nicht weiter diskutierte Problematik auf: Wie sollte sich denn der empirische Sozialforscher Gewißheit darüber verschaffen können, daß eine befragte Person wahrheitsgemäße Angaben macht und nicht die Unwahrheit sagt — aus welchen Gründen auch immer? Allein mit der Bemühung der deontischen Logik und dem entsprechenden Annex von empirischen Werten läßt sich der Terminus »soziale Norm« nicht beschreiben, geschweige denn die Entstehung sozialer Normen explizieren.

Klaus Neufert (Hamburg)

Lindner, Rolf: Der Fußballfan. Ansichten vom Zuschauer. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1980 (208 S., 10 Abb., br., 16,80 DM)

Den Fußballfan betrübt in letzter Zeit die Tatsache, daß — vor allem in den Medien — mehr von den Auswüchsen des geliebten Spiels als vom tatsächlichen Geschehen die Rede ist. Diese Auswüchse finden nicht nur in Form von Brutalitäten auf dem Rasen statt, sie äußern sich auch in immer größerer Polizei-Präsenz in den Stadien. Die Beiträge (10 bereits anderswo veröffentlichte, 4 originale) versuchen, das Bild vom Zuschauer als »hysterischem Fan« zu widerlegen, ja den Zuschauer als für das Spiel »konstitutiv« darzustellen. Zuschauer sind auf ihre Art ebenso aktiv wie die Spieler: Sie können anfeuern, ausbuhen, das Stadion in einen »Hexenkessel« verwandeln, haben mithin entscheidenden Einfluß auf das Spielgeschehen. »Wer könnte«, so fragt P. Handke, »im Theater einen Hamlet zum Handeln anfeuern?« (25) Bedenkt man ferner, daß es offiziell (ohne Freizeitmannschaften) mindestens 17000 Vereine mit rund 100000 Mannschaften gibt, so ist, »im statistischen Durchschnitt, jeder Bundesligazuschauer selbst aktiv« oder war es zumindest (12).

Um nun einige Aspekte des durch Kommerzialisierung und Professionalisierung im Spiel- und Zuschauerverhalten veränderten Fußballspiels kenntlich zu machen, hat Lindner vier Kapiteileinteilungen vorgenommen. Das erste Kapitel zeigt den Zuschauer »als Mitspieler« und beginnt mit einer literarischen Liebeserklärung Handkes an den Sport (23ff.). W. Dohrenbusch nimmt eine Untersuchung des Amateurfußballs in Bot-

trop »auf der Grundlage von Interviews mit Zuschauern, Aktiven und Funktionären« (29) vor. Er demonstriert die Verbundenheit von Einzugsgebiet des Vereins, Lage und Struktur des Ortsteils, eben des Sich-Kennens aller. H.J. Stollenwerk (44ff.) deutet mit Hilfe von Befragungsmaterial an, wie das Bundesligaspiel zum »sozialen Ereignis« wird. Die meisten der Befragten gaben an, in Gruppen ins Stadion zu gehen, dort Freunde und Bekannte treffen zu wollen. Durch das »Drumherum« aus gemeinsamer An- und Abfahrt, Gesprächen und Kennenlernen, sei die »sinnliche Erfahrung, Teil der Masse zu sein«, ein wichtiges Moment des Gesamtereignisses (13). Das zweite Kapitel »Fans und Idole« beginnt mit einer satirischen »Hymne auf Bum Kun Cha« (83ff.), dem aus Korea stammenden Stürmerstar der Frankfurter Eintracht. — K. Hicketier konstatiert als Resultat zunehmender Kommerzialisierung, grundsätzlicher Veränderung der Freizeitnutzung, Ausbreitung des Fernsehens usw. den »synthetischen Fan« (87ff.). »Die Herausbildung des Fans als eines besonderen Zuschauertyps konnte erst mit der Auflösung dieses Spieler-Zuschauer-Verhältnisses erfolgen, insbesondere mit der Herausbildung des Stars auf der Seite der Spieler.« (94) Der Aufbau einer synthetischen Fußballumwelt mit Hilfe diverser Fan-Artikel stellt dann für den Jugendlichen »zum einen eine Verlängerung der eigenen Kinderwelt mit ihren stark emotional und phantasiegefüllten Besetzungen von Gegenständen dar, zum anderen bildet der Fußballsport für Jugendliche eine Orientierung nach außen, ist ein Moment der Loslösung und Verselbständigung vom Elternhaus« (103).

Das dritte Kapitel beobachtet die »Fans in der Kurve«. Der Bericht von P. Marsh über »Leben und 'Laufbahnen' auf den Fußballrängen« (117ff.) basiert auf 3jähriger teilnehmender Beobachtung des Fußball-Vandalismus in England. Marsh besuchte Spiele, reiste und redete mit Fans, um eine »andere Rhetorik« zu begründen. Nicht um die moralische Panikmache derer, die außerhalb der Fußballfan-Kultur stehen, sondern um eine »Story, die sich von innen, aus dem Gespräch mit den Fans in den Stadien ergibt«, geht es ihm (117). Was Marsh an immanenter Ordnung entdeckt, beruhend auf gemeinsamen Bedeutungen, sozialen Rollen und einem System von Regeln, das ist ebenso erhellend wie spannend. Er weiß z.B. auch aus eigenem Erleben, wie »brutale Polizei-Intervention« oftmals erst »viel ernstere Zwischenfälle« provoziert, wie durch stärkere äußere Kontrolle die innere Kontrolle der Fans ihre Effektivität verliert, zusammenbricht und in Brutalität umschlägt. Das vierte Kapitel schließlich untersucht den »Fernseh-Fußball« bzw. die »Veränderung der Wahrnehmung durch Dramaturgie«. K. Riha (165ff.) zeigt, wie das Fernsehen durch seine dramaturgischen Möglichkeiten »eine eigene Wirklichkeit konstituiert« (166) und durch zeitversetzte Zusammenfassungen reale Abläufe konzentriert, attraktiver und spannender gestaltet, insgesamt also eine »Reduktion von Komplexität im Alltag« vornimmt (172). Den Schlußpunkt bildet ein Ausschnitt aus A. Behrens' satirischem Buch »Die Fernsehliga. Spielberichte vom Fußballgeschäft der Zukunft.« Fußball wird in dieser Zukunftsvision regelrecht inszeniert, Spielszenen und Torschüsse per Drehbuch entwickelt und so oft wiederholt, bis die gelungenste Szene »im Kasten« ist: »Sequenz 15, Einstellung 151, die siebte!« (198)

Das Buch ist — trotz oder gerade wegen aller Kritik an Kommerzialisierung und Professionalisierung des Genres — ein liebevoll-sympathischer Beitrag zur Fußballkultur. Es ist facettenreich, witzig und bisweilen um »Wissenschaftlichkeit« bemüht.

Frank Dietschreit (Berlin/West)

Bacia, Jürgen, und Klaus-Jürgen Scherer: Paßt bloß auf! Was will die neue Jugendbewegung? Verlag Olle und Wolter, Berlin/West 1981 (160 S., br., 9,- DM)

Im Vorwort, in dem Thesen und Fragestellungen vermutet werden dürfen, verwenden die Autoren eine Anzahl von Begriffen, ohne sie hinreichend zu problematisieren: Die »neue Jugendbewegung«, die »alternative Aussteigerszene«, die »Gegengesellschaft« (7)

bleiben unkritisch übernommene Plakatierungen. — Schnell auch wird aus den sich seit längerem herausbildenden Modellen gegengesellschaftlichen Lebens (analysiert u.a. von Holstein, Huber, Schwendter, kurz denen, die die Modelle auf ihren politischen Anspruch und ihre sozialistisch-ökologische Relevanz hin untersucht haben) in Wohngemeinschaften, Landkommunen und »vernetzten Projekten« durch die Zuspitzung des politischen Widerstands im militanten Häuserkampf die »81er« Bewegung: Sie allerdings sei »verzweifelter und grundsätzlicher als 1968«. Zudem sei oftmals schwer zu begreifen, was diese Leute, die sich die 81er nennen, eigentlich wollen (7). Absicht der Autoren ist, »Eindrücke und Informationen [zu] schildern, aber auch Informationen [zu] liefern, die 'Außenstehenden' nicht ohne weiteres zugänglich sind«, zudem wolle man »ein paar Vorurteile« abbauen (7). Für den, der die einschlägige Lektüre zum Thema Subkultur/Alternativbewegung kennt, daneben z.B. durch die TAZ über die Entwicklung in der »Häuserszene«, über die Straßenkämpfe, Fraktionierungen u.a.m. informiert ist, bietet das Buch wenig Neues. Für den aber, der bisher höchstens gelegentlicher Voyeur der »neuen Kämpfe« war, versammelt das Buch wichtige »Schlaglichter« der jugendpolitischen Diskussion.

Dies gelingt vor allem in dem Kapitel »Was wir wollen, das kriegen wir nicht — was wir kriegen, wollen wir nicht. Von den 68ern zu den 81ern. Schaff zwei, drei, viele Kulturen« (17-55). Im Titel soll die Kohärenz der 68er und 81er dadurch dokumentiert werden, daß eine bekannte Song-Zeile der Scene-Gruppe »Fehlfarben« mit der Parole Che Guevaras zum antiimperialistischen Kampf symbolträchtig verknüpft wird. Untermauert durch einige wenige Literaturhinweise werden Genese, Ziele und Inhalte der Alternativbewegung (als Sammelbegriff von Subkultur, Frauen-, Friedens-, Ökologie- und Häuserbewegung) knapp skizziert und vom historischen Vorläufer abgegrenzt. Wenn es allerdings heißt, daß heute jeder zweite Student versucht, »alternative Lebensformen für sich zu verwirklichen« (19), bleibt zu fragen, was eigentlich das Alternative an den Alternativen ist. Eine Begriffsklärung, als Abgrenzung vom modisch-inflationären Gebrauch und der Vermarktung durch kapitalistische Warenästhetik, das ist auch den Autoren klar, täte hier not.

Richtig ist zweifellos: Es zeichnet sich eine »neue radikaldemokratische Massenbewegung« ab, die »ihr Recht auf Freiraum, Überleben und Lebenssinn einklagt und begonnen hat, die Verhältnisse zum Tanz zu bitten«. Gegenüber dem »bloßen Kampf der traditionellen Linken gegen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse« stellt sie »etwas grundsätzlich Neues« dar (20). »Hier und jetzt«, so die Autoren, »wird begonnen, am Rande, in Nischen und auf Inseln, das Modell einer sanften, solidarischen, ökologisch ausgerichteten und demokratischen Zivilisation aufzubauen.« (20) Subjektivität wird als entscheidender »Ausgangspunkt für jede individuelle und gesellschaftliche Praxis« bestimmt, die ökologische Orientierung als konstituierend für das Selbstverständnis herausgearbeitet. Der Satz: »Explosionsartig brach 1976-78 eine 'Neue Studentenbewegung' aus, die kurzerhand Schluß machte mit der an einigen Unis erhaltenen Vorherrschaft marxistischer und dogmatischer Studentenverbände und letztlich mehr Studenten mobilisierte als 1967/68« (39), muß zweifellos als ziemlich gewagte Einschätzung bezeichnet werden. Bisweilen fehlt es an analytischer Exaktheit: Wenn »Punk« z.B. »mit dem Auftauchen der Band 'Sex Pistols' in Großbritannien« »entstand« (49), greift die Ursache-Wirkung-Relation einfach zu kurz, denn die »Sex Pistols« waren ja selbst schon Ausdruck eines kulturellen Bruchs und Bestandteil des »Punk«, nicht verursachender Faktor. — Ansonsten finden sich Rede-Auszüge von Willy Brandt (56f.), Helmut Kohl (65ff.), Gespräche mit Joseph Huber über »das Verhältnis der Alternativbewegung zur neuen Jugendrevolte« (69ff.) — hierin der provozierende Satz, daß »Krach ... noch lange keine politische Bewegung« ist (74) — und mit Bernd Rabehl, der eine »Einschätzung des aktuellen Jugendprotests« (75ff.) aus der Sicht eines promovierten

68ers vornimmt. Der Beitrag »Gefühl und Härte« (96ff.) beschäftigt sich mit der Instandbesetzung, den »Abs(h)nier(er)n« (98), der Militanz auf beiden Seiten der Barrikade und dem »Sümpatisantensumpf« (120), zu dem sich die meisten Leser des Buches wohl zählen werden. Gespräche mit »friedlichen Besetzern« (129ff.) und »aktiven Instandbesetzern« (133ff.), Auszüge aus einem Polizeidokument (»Taktische Grundsätze für die Räumung«, 141ff.) und ein kurzes, relativierendes Fazit (146ff.), das die »zwei Welten« (147) noch einmal gegeneinanderstellt, folgen. Den Abschluß des Bandes bildet eine »Chronologie« (151ff.) der Ereignisse von der ersten Instandbesetzung in Berlin vom 3.2.1979 bis zum »erste(n) Toten« des Häuserkampfes vom 22.9.1981 (159). Aufgelistet sind hier wichtige Ereignisse und Daten; es bleibt aber zu fragen, ob eine zu den konventionellen Politik-Regeln querliegende Bewegung mit den Mitteln konventioneller Geschichtsschreibung (»personenbezogene Datensammlung«) adäquat rekonstruiert werden kann.

Beim Besuch eines besetzten Hauses wurde den Autoren mißtrauisch entgegengehalten, Analysen zum Wandel der Linken von 1968 bis heute seien »überflüssige Laberei«, denn als Besucher könne man ihre Lebenssituation ohnehin nicht erfassen; außerdem müsse man sich fragen, »ob es überhaupt sinnvoll ist, 'irgendwelchen Lesern' etwas von ihrem Alltag und Kampf mitzuteilen« (10). Diese Frage bleibt letztlich unbeantwortet.

Frank Dietschreit (Berlin/West)

Rosanvallon, Pierre: La crise de l'Etat-providence. Editions du Seuil, Paris 1981 (192 S., br., 59,- FF)

Die Literatur über die gegenwärtige Krise westlicher Wohlfahrtsstaaten verzeichnet augenblicklich inflationäre Zuwachsraten. Beliebte Praxis ist es, die Kritik am sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat-Konzept zu verbinden mit der Zurückweisung eines überzogenen Anspruchsdenkens und einer Proklamation alter marktwirtschaftlicher Rezipete gegen die entmündigende Bürokratie. Da meist zu voreiligen Konzessionen an die liberale Kritik bereit, tun sich sozialdemokratische Verteidiger schwer in der Zurückweisung der Angriffe. Die Hilflosigkeit sozialdemokratischer wie auch sozialistischer Autoren, die in einem traditionellen Linkskeynesianismus verharren, in der Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Konzepte bildet einen Ausgangspunkt der relativ kurzen, aber äußerst informativen Schrift von Rosanvallon. Sie hebt sich aus der Krisenliteratur deutlich heraus, da der Autor, Theoretiker der Gewerkschaft CFDT und Verfasser des in Frankreich breit rezipierten »L'Age de l'autogestion«, den Wohlfahrtsstaat nicht in erster Linie in fiskalischen, sondern in politischen und sozialen Kategorien diskutiert. Sozialdemokratische Strategien sieht Rosanvallon nicht deshalb in einer Krise, weil die Steuerquote in den westlichen Industriestaaten einen oberen Plafond erreicht, sondern weil die europäischen Sozialdemokratien sich zu sehr in eine etatistische Konzeption gesellschaftlicher Solidarität eingeschlossen haben (9).

Um seinen Rettungsversuch des Wohlfahrtsstaates mit anderen als mit sozialdemokratischen Mitteln analytisch zu begründen, holt Rosanvallon weit aus. Anhand der kontinentaleuropäischen (besonders französischen und preußisch-deutschen) Entwicklung zeigt er, daß der Wohlfahrtsstaat nicht im Gegensatz zum traditionellen bürgerlichen Staat, sondern als Fortentwicklung des merkantilistischen und zentralistischen Schutzstaates (*état-protecteur*) zu begreifen ist (20ff.). Als weitere Entwicklungslinie sieht der Autor das komplementäre Verhältnis von »warfare-state« und »welfare-state« seit dem 1. Weltkrieg (30). In der Aushandlung des Sozialen (*négotiation du social*) (97) begreift Rosanvallon das eigentliche Fundament des Wohlfahrtsstaates; dies erklärt seine ausführliche und lesenswerte Konfrontation der frühbürgerlichen Gesellschaftsvertragstheorien (Hobbes, Locke und Rousseau) mit ihren gegenwärtigen avanciert liberalen Ausprägungen (u.a. J. Rawls). Für Rosanvallon ist die liberale Kritik nicht nur anti-eta-

tistisch, sondern anti-politisch. Die Kritik an der »liberalen« Auflösung des Sozialen in ein prästabiliertes System mechanischer (Markt-)Interaktionen gehört zu den scharfsinnigsten Passagen des Buches. Der Grund für die Negierung der konflikthafter Sphäre des Sozialen bei den liberalen Gesellschaftstheoretikern liegt für ihn in der Angst vor den zerstörerischen Auswirkungen der unmittelbaren Konfrontation der sozialen Akteure (99). Um die Sackgassen des sozialdemokratischen Etatismus ebenso wie die liberale Negation des Sozialen zu vermeiden, schlägt Rosanvallon vor, die »Einweg-Logik der Verstaatlichung« zugunsten einer »dreifachen Dynamik« der »Sozialisierung, der Dezentralisierung und der Autonomisierung« aufzugeben (112). Wenn dies erreicht werden soll, muß die Frage »Wer bezahlt den öffentlichen Dienst?« ersetzt werden durch die Frage »Worin bestehen (sinnvolle) öffentliche Dienstleistungen?« (111) Die Professionalisierung der sozialen Dienste des Wohlfahrtsstaates entspricht der »mechanischen Solidarität« (42), auf die sich dieser gründet, und macht den öffentlichen Dienst zu guter Letzt unbezahlbar: Solange gesellschaftliche Solidarität sich vorwiegend auf staatlich-bürokratische Weise ausdrückt, wird der Wohlfahrtsstaat nicht aus seiner fiskalischen und zunehmend auch legitimatorischen Krise herausfinden. Die Alternative zum Wohlfahrtsstaat ist deshalb auch nicht institutioneller Art. Vielmehr ist es erforderlich, Formen gesellschaftlicher Solidarität zu finden, die sich innerhalb der Gesellschaft entfalten und nicht nach den vorgeprägten Mustern von Markt und Staat entwickelt werden (115). Der sozialdemokratische *Etatismus* läuft unter kapitalistischen Rahmenbedingungen unweigerlich Gefahr, zum *Korporatismus* zu degenerieren. Unter dem gegenwärtigen Druck der Wirtschaftskrise bewirken traditionelle sozialpartnerschaftliche Gruppenkompromisse eine zunehmende Segmentierung der Gesellschaft: »Unter diesen Bedingungen ist es nicht mehr allein wichtig, nur vom Wohlfahrtsstaat beschützt zu sein ..., sondern vor allem zu versuchen, sich im günstigsten Segment oder Oligopol festzusetzen.« (40) Gegen sozialdemokratischen Etatismus und Korporatismus stellt Rosanvallon sein aus der französischen Selbstverwaltungsdiskussion (autogestion) heraus entwickeltes Gegenmodell.

Als Einwand bleibt, daß dieses Gegenmodell zwar sympathisch, aber relativ abstrakt und blaß ist. Dies mag seinen Grund auch darin haben, daß Frankreich zu einem historischen Zeitpunkt versucht, in die Segnungen des Wohlfahrtsstaates zu gelangen, zu dem in klassischen Wohlfahrtsstaatsländern Europas (allen voran Skandinavien und die Niederlande) die Regulierungsmechanismen in eine tiefe Krise geraten sind — die knappen theoretischen Ausführungen von Rosanvallon sind jedoch so dicht und stellen so viele Querverbindungen her, seine historischen Verweise sind so aufschlußreich und die von ihm aufgeworfenen Fragen von einer solchen Aktualität, daß sich eine möglichst baldige Übersetzung des Buches ins Deutsche empfiehlt. Nützlich und lesenswert ist auch der dokumentarische Anhang, der eine Fülle historischer Daten und Statistiken enthält, wichtige Dokumente anführt und eine überlegte Literaturliste bietet.

Michael Bochow (Berlin/West)

Medizin

Ewert, Ewald, und Herbert Marcusson: Sterblichkeit und Lebenserwartung. VEB Volk und Gesundheit, Berlin/DDR 1981 (333 S., br., 26,- M)

Aufzeichnungen über die Sterblichkeit von Bevölkerungen sind nicht nur für die Gesundheitsstatistik, sondern auch für die Demographie, Geschichtswissenschaft und Soziologie wichtiges empirisches Material. Während in den letzten Jahren von der Sozialmedizin in der Bundesrepublik Analysen vor allem der Sterblichkeit an Krebs und Herz-Kreislaufkrankheiten in medizinischen Zeitschriften vorgelegt wurden, fehlte es an einer

umfassenderen aktuellen Arbeit, welche die Sterblichkeitsentwicklung einzelner Krankheiten auf dem Hintergrund der Gesamtsterblichkeit und historisch-sozialer Veränderungen interpretiert. Die beiden Autoren sind aufgrund der in der DDR lebendigeren sozialhygienischen Tradition gut gerüstet, um in dem umfassenderen Zahlenmaterial der Todesursachenstatistik von 21 europäischen Ländern nicht zu ersticken. Das Buch enthält vier große Abschnitte: 1. Geschichte und Methodik der Gesundheitsstatistik, 2. eine empirische Analyse der Gesamtsterblichkeit von 1870-1975 (Deutsches Reich, DDR) und 21 europäischen Ländern von 1960-75, 3. eine Analyse nach einzelnen Todesursachen von 1960-75 in 21 europäischen Ländern und 4. eine Analyse der Lebenserwartung in den europäischen Ländern in längerer historischer Perspektive. Alle Kapitel enthalten neben der bloßen Darstellung des Zahlenmaterials Interpretationen der historisch-sozialen und medizinischen Ursachen der Bewegung der Sterblichkeit. Interessant und aktuell sind vor allem auch die Ausführungen zur Krebs- und Herz-Kreislaufmortalität. Deutlich ist, daß zwar die standardisierten Sterbeziffern bei Männern (Krebs, Herz-Kreislauf) häufig ansteigen. Die Sterblichkeit der jüngeren Altersgruppen jedoch sinkt dabei (bis ca. 55-60 Jahre), während in den höheren Altersklassen zwischen 1960-75 ein Anstieg der Sterblichkeit stattfindet. Diese volksgesundheitlich relevante Entwicklung wird in der Betrachtung altersstandardisierter Raten nicht erkennbar. Da aber das mittlere Sterbealter für diese Krankheiten ansteigt, kann von einer volksgesundheitlich positiven Entwicklung gesprochen werden. Diese Annahme beruht auf der Vorstellung langer Latenzzeiten und eines multiplikativen Wirkungsmodells aus Zeit und Intensität bei chronischen Krankheiten, d.h. daß sich bei geringerer Intensität der Schädigung die Effekte (Mortalität) in höheres Lebensalter verschieben. Eine andere Interpretation könnte jedoch auch die sein, daß zwar extreme Schädigungen abgenommen haben, volksgesundheitlich aber auf breiter Basis eine Zunahme vorhanden ist, d.h. das allgemeine, weitverbreitete gesundheitsschädliche Einflüsse zugenommen haben, die sich dann in einer höheren Mortalität erst im späteren Lebensalter bemerkbar machen.

Für viele Bereiche finden sich derartige Überlegungen in diesem Band. Sie sind jedoch häufig etwas oberflächlich, was bei der Breite des Themas aber kaum zu vermeiden ist (z.B. Screening-Diskussion, Risikofaktor-Theorie usw.). Dieter Borgers (Berlin/West)

Townsend, Peter, und N. Davidson (Hrsg.): Inequalities in Health — The Black Report. Penguin Books, Harmondsworth 1982 (240 S., br., 2,50 £)

Von der englischen Regierung wurde 1977 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die soziale Ungleichheiten in der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung untersuchen und einen Katalog von Veränderungsvorschlägen vorlegen sollte. Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe war Sir Douglas Black — nach ihm wurde der später entstandene Bericht als Black-Report bezeichnet. Als 1981 der Bericht fertiggestellt war, hatte ein Regierungswechsel von der Labour- zur (konservativen) Tory-Regierung stattgefunden. Nun geschah etwas Einmaliges in der englischen Parlamentsgeschichte: Der Bericht der Kommission wurde nicht wie üblich vom Gesundheitsministerium oder dem Verlag für Staatsdrucksachen publiziert und somit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern allein 260 hektographierte Kopien des fast 400 Seiten umfassenden Berichtes standen zur Verfügung. Damit konnten nicht einmal interessierten Institutionen im Gesundheitswesen Exemplare zugestellt werden.

Das vorliegende Buch stellt nun die etwas gekürzte und leicht überarbeitete Fassung des Black-Reports dar. Eingeleitet wird dies durch ein Kapitel zu den Hintergründen und der Auseinandersetzung um den Bericht. Inhalt des Berichtes selbst ist die Darstellung sozialer und regionaler Unterschiede im Gesundheitsstand, der Sterblichkeit und der Nutzung von Einrichtungen gesundheitlicher Versorgung. Vorwiegend wird dies an de-

tailliertem Material aus Großbritannien — jedoch auch unter Hinzuziehung ausländischer Untersuchungen getan. Wesentlichstes Ergebnis der Untersuchung ist, daß soziale Unterschiede in Sterblichkeit und Gesundheitszustand in Großbritannien über die letzten 80 Jahre nicht ab-, sondern zum Teil zugenommen haben. Dies gilt für fast alle volksgesundheitlich wichtigen Erkrankungen und Todesursachen. Die Nutzung gesundheitlicher Einrichtungen wird — gemessen an den Gesundheitsbedürfnissen und nicht an den reinen Benutzerfrequenzen — als in den unteren Sozialschichten geringer identifiziert. Zwar ist für Morbidität und Mortalität bei den einzelnen Krankheiten von einer Multikausalität auszugehen, doch kommen die Autoren der Arbeitsgruppe zu dem Schluß, daß als zentrales Erklärungsmoment für die sehr erheblichen Unterschiede die sozioökonomischen Lebensbedingungen zu sehen sind.

Für die Gebiete größter sozialer Unterschiede — so z.B. in der Säuglings- und Kindersterblichkeit — werden konkrete Vorschläge für Verbesserungen gemacht. Darüber hinaus werden Modelle für eine stärkere Planung des Einsatzes von Ressourcen im Gesundheitswesen nach sozialen und regionalen Gesichtspunkten zusammen mit konkreten Umsetzungsvorschlägen entwickelt. Neben Plänen zur Prävention — einschließlich z.B. der Steuerung des Tabakkonsums — wird ein Schwergewicht auf die Verbesserung sozialer und ökonomischer Lebensbedingungen für Angehörige der unteren Sozialschichten, Alte und Behinderte gelegt. Dies beinhaltet sowohl finanzielle Unterstützung als auch Eingriffe in die Wohnungspolitik sowie die Arbeitsmarktpolitik und den Arbeitsschutz. Da die Arbeitsgruppe die sozialen und ökonomischen Bedingungen als wesentlichste Voraussetzung für soziale Unterschiede in der Gesundheit identifizierte, wird verständlich, daß hier auch einer der Schwerpunkte für Veränderungsvorschläge gesehen wird: Gesundheitspolitik muß daher auch als Sozial-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik verstanden werden. Zu allen Vorschlägen werden auch Berechnungen über entstehende Kosten gemacht.

Daß derartige Vorschläge — so plausibel und abgeleitet sie auch sind — aufgrund der Macht- und Interessenbedingungen in einem Lande nicht einfach umsetzbar sind, mußte den Autoren auf der Basis des eingangs geschilderten Umganges mit ihrem Bericht deutlich werden. Für den Leser des jetzt vorliegenden Taschenbuches bietet der Bericht eine der bestzusammengefaßten und materialreichsten Darstellungen zum Thema sozialer Ungleichheit im Bereich der Gesundheit.

Harald Abholz (Berlin/West)

Asmus, Gesine (Hrsg.): Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in Berliner Wohnungselend 1901-1920. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1982 (302 S., br., 16,80 DM)

Die Festgefahrenheit der gesundheitspolitischen Situation hat auch schon vor der offen regressiven Wende die Beschäftigung mit vergangenen Epochen provoziert: Neben den systematischen Gründen für die heutige Stagnation finden sich dort abgeschnittene Wege und verschüttete Alternativen; Ideen, die neu zu denken sich lohnt. In diese Ansätze einer produktiv zu machenden Sozialarchäologie ordnet sich der vorliegende Band ein. Er enthält 175 hervorragend reproduzierte Fotos, auf denen Beispiele für erbärmliche Wohnverhältnisse in Berlin aus den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts abgebildet sind. Sie sind aus den Mappen der Wohnungs-Enquête ausgewählt, mit denen die Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker von 1903-1920 — kaum kommentiert — auf krank machende Wohnverhältnisse aufmerksam machen wollte. Der Initiator der Enquête, Albert Kohn, fühlte sich verpflichtet, »die Resultate der Öffentlichkeit zu übergeben, Schäden, die so tief wurzeln, müssen bloßgelegt und ans Licht gezerrt werden, sie dürfen nicht, wie so lange Jahre, im Verborgenen weiter wuchern« (1904; 41).

Die soziale und politische Einordnung des umfangreichen Fototeils wird dem Leser

durch angenehm kurze und präzise Beiträge erleichtert. *Hartmut Dießenbacher* benennt politisch-ökonomische Entwicklungslinien vom 19. ins frühe 20. Jahrhundert und versucht eine politische Klassifizierung der Enquête. *Gesine Asmus* erläutert den konkreten Entstehungskontext der Fotografien. *Rosmarie Beier* gibt materialkundige Informationen über den Alltag Berliner Unterschichtfamilien, wobei ihr einige nostalgieträchtige Unsicherheiten unterlaufen. *Christoph Sachße* und *Florian Tennstedt* schließlich stellen den Zusammenhang zwischen Krankenversicherung und Wohnungsfrage her und ziehen auch zumindest andeutungsweise die Entwicklungslinie weiter bis in unsere Tage.

Dießenbacher hat sicher Recht mit seiner These, daß die Enquête »als naiver Empirismus eine auf praktische Änderung zielende Aufklärungswissenschaft in pragmatischer Absicht« repräsentiert (30). Jedoch wäre man angesichts der gesundheitspolitischen Abstinenz der Kasseninstitutionen und weithin auch der Versichertenvertreter über Aktivitäten dieser Zielhöhe schon recht froh. An sie könnte angeknüpft werden. Freilich sind auch die politisch und juristisch errichteten Hindernisse gegen solche Anstöße in den letzten 60 Jahren in ihrer Substanz nicht wirklich verändert worden. Darauf machen *Sachße* und *Tennstedt* in ihrem Beitrag aufmerksam. Schon 1910 wurde die als bescheidenes Element einer primärpräventiven Kassenpolitik einzuordnende Enquête als Mißbrauch von Kassenmitteln verurteilt und tendenziell illegalisiert. Schon damals aber hinderte dies die Kasse nicht, mit der jährlichen Publikation bis zur Inflation 1922 fortzuführen, offenbar ohne nachteilige Rechtsfolgen (294f.). Dieses Detail deutet auf den Handlungsraum von Krankenkassen jenseits und unterhalb juristischer Sperren hin, der auch heute noch vielfach existiert. Zunächst aber wäre Konzeption und Wirkungsweise der Enquête im Hinblick auf gesundheitspolitische Ansätze der Gegenwart aufzuarbeiten: Wo Krankenkassen heute Serien von eher veralbernden Plakaten zur gesunden Lebensweise aushängen, können aus der Enquête maßstabgebende Vor- und Gegenbilder für gesundheitsbezogene Öffentlichkeitsarbeit gewonnen werden. Wenn ein DGB-Kreis einen Gesundheitsatlas mit Belastungs- und Erkrankungsschwerpunkten erarbeitet, kann hier konstruktiv gelernt werden. Bei solcher Verwendung gerät das Buch auch nicht in Gefahr, mit wohligem Schauer über die sozialen Schrecknisse vergangener Tage zur Legitimation von heute immer noch krankmachenden Verhältnissen beizutragen.

Rolf Rosenbrock (Berlin/West)

Schicke, Romuald K.: Ökonomie des Gesundheitswesens. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1981 (268 S., br., 39,- DM)

Ökonomie des Gesundheitswesens — das ist ein großes und mit Sicherheit sowohl wissenschaftlich als auch politisch fruchtbares Feld, und derzeit überwiegen die ungepflügten Flächen noch bei weitem. Trotz dieser Lücken wäre es möglich und nützlich, ein Resümee aus den wissenschaftlichen Anstrengungen der letzten Jahre zu ziehen. Dabei könnte ein Lehrbuch entstehen, in dem sowohl die Binnenökonomie des Gesundheitswesens als auch seine Einbettung in die Gesamtökonomie mit ihren jeweiligen gesundheitspolitischen Implikationen darzustellen wäre. Weiterhin könnten Forschungsergebnisse zur Ökonomie der Gesundheitsgefährdung sowie hinsichtlich der ökonomischen Bedingungen und Folgen einer primär auf Gesundheit bezogenen Politik zusammengefaßt und präsentiert werden.

Schicke »bemüht sich, eine auf langjährigem Studium und Erfahrung basierende Kenntnis der ökonomischen Probleme des Gesundheitswesens zu vermitteln« (5). »Ökonomie des Gesundheitswesens« wird dabei »als Kunst und Wissenschaft von der Verwendung knapper Ressourcen, um den Gesundheitsversorgungsbedarf der Gesellschaft optimal zu decken, definiert« (17). Mit dieser Definition ist theoretisch nichts gewonnen, praktisch freilich viel verloren: Fortgefallen ist damit nämlich die Frage nach den gesellschaftlichen Bestimmungsgründen der »nahezu unersättlichen Bedarfswünsche« (17).

So können und brauchen nicht mehr die ökonomischen und politischen Interessenstrukturen aufgedeckt werden, die direkt oder indirekt die Gesundheit/Krankheit sowie das Gesundheits-/Krankheitsverhalten bestimmen bzw. beeinflussen. Der kritische, *gesellschaftswissenschaftliche* Zahn ist damit der Erörterung bereits durch die Problemdefinition gezogen. Darüber hinaus werden durch die Reduktion auf das kostenorientiert nochmals verengte Optimierungsproblem auch jene ökonomischen Strukturen und Prozesse ausgeblendet, die zu den vorfindlichen Formen der Arbeits- und Einkommensverteilung zwischen Ärzten, Pharmaindustrie, Staat, Krankenkassen, Versicherten etc. geführt haben und aus diesen folgen. Mit der Ausblendung dieser Interessenstrukturen und ihrer Dynamik bleiben auch die spezifisch *wirtschaftswissenschaftlichen* Aspekte außerhalb der Darstellung. Statt dessen — und zu diesem »Ergebnis« gelangt Schicke ohne Text allein durch den definitorischen Zuschnitt seines Themas — »muß darauf hingewiesen werden, daß die Verlagerung der Verantwortung ... vom Individuum auf die Risikogemeinschaft ... wenig geeignet ist, das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen zu stärken« (13).

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte, nach einer äußerst oberflächlichen und auf Problematisierung fast vollständig verzichtenden Kurzvorstellung einiger ökonomischer Teilmethoden (Kosten/Nutzen-, Input/Output-Analyse, 11-28) werden nacheinander ökonomische Aspekte der Prävention (29-65), des kurativen Bereichs (66-198) und der Rehabilitation (199-232) abgehandelt. Entsprechend der begrifflichen und definitorischen Problemverstümmelung machen im Kapitel zur Prävention die Ausführungen zur »Umweltkontrolle« ganze zwei Druckseiten aus (34f.), während ein Abschnitt über die Arbeitswelt als Feld der Primärprävention vollständig fehlt. Statt dessen werden die Hindernisse der Prävention klar bei den Individuen verortet, und zwar bei den einen mehr als bei den anderen: »Ein oft fatalistischer, gegenwartsbezogener Lebensstil der niederen Bildungs- und Sozialschichten hemmt die Neigung zur Inanspruchnahme nicht nur präventiver gesundheitlicher Maßnahmen« (63). Die Politikentscheidung der Prävention ist deshalb zwischen »Belohnungs- und Bestrafungsschemata ... oder Androhung von Bußgeld« und »erzieherischen Bildungsmaßnahmen« (64) zu fällen.

Im Kapitel »Ökonomische Aspekte des kurativen Bereichs« bemüht sich der Autor konsequenterweise erst gar nicht um eine Funktionsbestimmung oder gar theoretische Durchdringung. Er stellt lediglich fest, daß das »personelle Angebot ... kontinuierlich erweitert (wurde) mit Rücksicht auf die als gegeben angesehene Erwartung eines stets wachsenden Anspruchs und der Nachfrage nach Gesundheitsdiensten« (66). Die Anhäufung empirischer und statistischer Ergebnisse in den darauf folgenden 130 Seiten mit vielen Mitteilungen aus ausländischen Studien (leider sehr häufig ohne Nennung der Vergleichsmaßstäbe) und häufig entschieden veralteten Zahlen (z.B. Krankenhaus-Nutzung bis 1972, Ärztteeinkommen bis 1971 bzw. 1975!) ist indes keineswegs ohne politische Voraussetzungen und Implikationen: Gesundheitspolitische Glaubenssätze wie das Vorherrschen angebotsinduzierter Nachfrage im Gesundheitswesen, die Selbstverschuldung der Erkrankung durch das Individuum (blaming the victim), die Überlegenheit der Marktwirtschaft im Gesundheitssektor, die Grenznutzentheorie, die Notwendigkeit eines besonderen »professionellen Status« der Ärzte (97), die Wünschbarkeit der »Reduzierung der Bettenzahl« im Krankenhaus zwecks »Milderung des empfundenen Bedarfs an zusätzlichen Pflegekräften« (139) werden ständig wie feststehende Fakten — gleichsam nebenbei — eingeführt: »Ein Klima freimarktwirtschaftlicher Liberalität ist für die Entwicklung neuer Medikamente förderlich.« (181)

Nicht besser ergeht es dem Leser im Abschnitt über »Ökonomische Aspekte der Rehabilitation« (199-231). Hier finden sich irreführende statistische Angaben, die die Tatsache verhüllen, daß weit weniger als die Hälfte der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik das Rentenalter erlebt oder zumindest halbwegs gesund (= nicht frühverrentet) er-

reicht (207). Sodann zahlreiche, weitgehend beziehungslose Fakten über Vorkommen und Entwicklung von Reha-Leistungen. Und schließlich lernt der Leser auch in diesem Kapitel, daß »ein bewußteres präventives Verhalten des einzelnen zur Reduzierung des Aufwandes für kurative und rehabilitative Leistungen beitragen (könnte)« (221).

Die im Vorwort versprochene »verständliche Einführung in die theoretischen Konzepte ..., ohne jedoch dabei die wesentlichen theoretischen Grundsätze durch Vereinfachung zu vernachlässigen« (5), wird der Leser im gesamten Buch vergeblich suchen. Auch eine Auseinandersetzung mit der inzwischen recht breiten, theoretisch und empirisch fundierten kritischen Literatur — zumindest der letzten ca. zehn Jahre — zu zahlreichen einzelnen Aspekten der Ökonomie des Gesundheitswesens unterbleibt durchgängig. Die mit der Verarbeitung dieser Ergebnisse verbundenen Anstrengungen des Begriffs und der Begründung erübrigen sich wohl für einen Autor, der gesundheitspolitisch nicht gerade gegen den Strom zu schwimmen hat. Da der Autor sein Werk u.a. »als Lehrbuch für Studenten der Medizin, Zahnmedizin und Sozialwissenschaft« empfiehlt, sei speziell diese Gruppe nachhaltig auf die Diskrepanz zwischen hohem Anspruch und — teilweise zwielfichtiger, durchgängig aber selektiver — Faktenhuberei aufmerksam gemacht: Ökonomie des Gesundheitswesens ist hier auf das reduziert, was übrigbleibt, wenn man unter Absehung von Interessenstrukturen nur jenen Teil der Probleme betrachtet, der sich in Mark und Pfennig ausdrücken läßt, und zusätzlich noch jede Fragestellung eliminiert, die Zweifel an der Affirmation bestehender ökonomischer und politischer Machtverhältnisse wecken könnte. Als unnützlich wird man dieses Werk allenfalls insofern nicht bezeichnen können, als auch bei der Durchsicht eines unvollständigen und ungeordneten Zettelkastens hin und wieder verwertbare Detail-Informationen anfallen können.

Rolf Rosenbrock (Berlin/West)

»**Der große WIE-LEBST-DU-DENN**«. Das Buch für Selbsthilfe, Selbstorganisation und Patientenrecht. Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH, Berlin 1982 (384 S., br., 32,- DM)

Die 1980/81 in Berlin und Hamburg organisierten Gesundheitstage markierten Anfang und gleichzeitig Höhepunkt der in Europa einzigartigen Gesundheitsbewegung der Bundesrepublik. Dieses Buch ist »Der große Brockhaus« dieser Bewegung, welche zuletzt in Hamburg 16000 Menschen zusammenführte. Er enthält die Selbstdarstellungen und Adressen von ca. 800 Selbsthilfegruppen im weitesten Sinne, angefangen von den Gesundheitsläden und Netzwerken bis zu den krankheitsbezogenen Gruppen von Allergie bis Zöliakie. Aber nicht nur um Krankheiten und Gesundheit im traditionellen Sinne geht es, sondern Selbstorganisationen und politische Basisbewegungen sind einbezogen, nämlich Umweltschutz, Frauenbewegung und Friedensbewegung. Die Selbstdarstellungen im Umfang von einem Satz bis zu einer halben Seite zeigen Motive und Selbstverständnis der Gruppen. Alles ist da möglich: Vom Stadtteilverband der Großmütter- und Großvätervereine über die Frau, welche zum Selbsthilfe-Verlag schreitet, nachdem ihre Texte nirgends verlegt wurden, bis zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Von den 1500 angeschriebenen Gruppen antworteten 800, und so ist es begreiflich, daß die großen politischen Selbstorganisationen fehlen: Die Ortsgruppen aller Parteien, die lokalen Gewerkschaftshäuser, die Kirchen u.a. eher »staatstragende« Organe. »Der große WIE-LEBST-DU-DENN« verleugnet nicht den Boden, auf dem er gewachsen ist: Die Gesundheitsbewegung als Teil der neuen sozialen Bewegungen.

Damit nicht nur ein (auch) langweiliges Adressatenverzeichnis entstand, haben einige theoretische und praktische Köpfe der Bewegung kleinere Aufsätze beige-steuert. Thomas Dersee vom Berliner Gesundheitsladen, der den Band redaktionell mitbearbeitete, begründet den »Ausbruch zu neuer Lebendigkeit«, der sich in der Gesundheitsbewegung manifestiert. Ivan Illich, der auch auf dem Hamburger Gesundheitstag sprach,

wird bei Dersee als Philosoph eines großen Teils der alternativen Gesundheitsbewegung erkennbar. Die Tragik unseres Systems sieht Dersee darin: »Menschen werden heute nicht mehr als von Natur aus daseinsmäßig begriffen mit der Möglichkeit, eigenständig zu denken und zu handeln, sondern als Mängelwesen, die der planmäßig formenden Bewährung und Führung, d.h. der Bildung und Erziehung bedürfen.« (26) Woher kommt diese Entwicklung? Dersee weiter: »Das Ergebnis im Gefolge der Einführung vereinheitlichter, reduzierter lehrbarer Hochsprachen seit dem Ende des 15. Jahrhunderts ist eine Kolonialisierung unseres Denkens (Illich), die Behinderung der Entwicklung unserer Eigenarten im heutigen Rahmen des hocharbeitsteiligen Fabriksystems eine Beschränkung unserer Fähigkeiten auf wenige Fertigkeiten (hier die Beratung und Führung von Leuten mit anderem unpassendem Lebensstil).« Hier werden Arbeitsteilung und Fabrikssystem in einer Weise zum Bösen gemacht, die mehr eine Denunzierung von etwas nicht Begriffenem als eine Analyse darstellt. Die Theorie der Gesundheitsbewegung ist noch nicht ausformuliert. Sie äußert sich eher in Manifesten, von denen eines, ein sogenanntes Eygenart-Manifest, auch als Unkrautkultur-Manifest bezeichnet, diesen Band einleitet. Es enthält Bemerkungen zu einer Kultur des einzelnen als Grundlage für die Reform des Alltags. In einem etwas überzogenen Vergleich erinnert dieses Manifest im Stil an Gustav Landauers Aufruf zum Sozialismus; hier aber nicht zum Sozialismus, sondern zur Eygenart. Gerichtet gegen Konsum und DIN-Kultur, will es den kreativen Menschen wecken. Wenn die Linke in diesem Buch *expressis verbis* vorkommt, dann in dem Satz: »Zu den Rändern rechnet auch die anachronistische Linke, die am alten plumpen Antifaschismus festhält oder gar noch ans Proletariat glaubt.« (249) An was glaubt die alternative Gesundheitsbewegung, wenn es ihr um Befreiung geht? Sie weiß es noch nicht richtig, fühlt es aber dumpf. Für einen anachronistischen Linken könnte der Wert des Buches ein ganz praktischer sein: z.B. wenn sie oder er als Arbeitsloser in Stuttgart die Adresse der Arbeiterinnen- und Arbeiterselbsthilfe Stuttgart findet.

Dieter Borgers (Berlin/West)

Geschichte

Müller-Münch, Ingrid: Die Frauen von Majdanek. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1982 (184 S., br., 8,80 DM)

Die Frauenbewegung sieht sich zur Zeit mit einem Problem konfrontiert, das uns allen noch lange zu schaffen machen dürfte. Nicht länger kann die Frau durch alle Epochen der Geschichte als das getretene, geschundene, gedemütigte Wesen hingestellt werden, denn im Majdanek-Prozeß haben wir eine Spezies Frau kennengelernt, die dem Mann an Grausamkeit, an sadistischer Erfindungsgabe durchaus nicht nachstand, ja ihn in vielen Fällen sogar übertraf. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Verlauf dieses Prozesses, des vermutlich letzten und längsten aller in der Bundesrepublik geführten NS-Prozesse (1975-1982), auch nur flüchtig nachzuzeichnen. Wir wollen uns, darin Müller-Münch folgend, auf die weiblichen Angehörigen des SS-Bewachungspersonals beschränken.

Nur ein paar Worte noch zuvor zu dem im Schwurgerichtssaal des Düsseldorfer Landgerichts herrschenden Klima. Die Verteidiger — viele von ihnen Vertreter rechtsextremistischer Verbände — erweckten durch ihre systematisch betriebene Verschleppungstaktik und durch ihr provokantes Auftreten zeitweilig den Eindruck, als säßen sie und ihre Mandanten zu Gericht, gespielt wurde eine schauerliche Posse. Symptomatisch war dabei auch die ständige Anwesenheit einer Vertreterin der »Stillen Hilfe« (für Nazi-Gefangene), die gekommen war, den Angeklagten Mut zuzusprechen. Was in solcher Atmosphäre entstehen konnte, war dementsprechend. Es gab zu viele Freisprüche und

zu niedrige Strafsätze. Infolge der seit den Straftaten vergangenen Zeit (35 Jahre) war die Beweiskraft vermindert und genügte nicht für einen Urteilspruch. — Im Majdanek-Vernichtungslager (in der Nähe der Stadt Lublin) sind während der dreijährigen Zeit seines Bestehens rund 250000 Menschen ermordet worden. — Insgesamt standen in Düsseldorf fünfzehn Angeklagte vor Gericht, darunter sechs Frauen. Eine von ihnen starb bald nach Beginn des Verfahrens, von den restlichen fünf wurden drei freigesprochen. Eine, Hermine Braunsteiner, die nach dem Krieg einen amerikanischen Soldaten geheiratet hatte und als Hermine Ryan-Braunsteiner im New Yorker Stadtteil Queens ein unauffälliges Hausfrauendasein geführt hatte, ehe sie an die Bundesrepublik ausgeliefert worden war, erhielt lebenslänglich (der Staatsanwalt hatte dreimal lebenslänglich beantragt); Hildegart Lächert, die nach dem Krieg in einem Dorf bei Heidelberg lebte, wo sie als immer hilfsbereite, tierliebende Frau — sie war stets in Begleitung ihres Dackels zu sehen — überaus beliebt war, erhielt wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zwölf Jahre Gefängnis (der Staatsanwalt hatte achtmal lebenslänglich beantragt).

Die aus Pommern stammende Lächert war ein uneheliches Kind, das seinen Vater nie gekannt hatte; die Braunsteiner, eine Wienerin, Jüngste von vielen Geschwistern, war »streng katholisch« erzogen worden, und das Familienleben wird als »gut« bezeichnet. Während man sich vielleicht noch vorstellen kann, daß eine Frau in mittleren Jahren mit einem verpfuschten Leben hinter sich und mit keinerlei Zukunftschancen ihre Wut und Verbitterung an Wehrlosen ausläßt, zumal ihr ja im Lagerleben niemand Einhalt geboten hätte, sie nur gelobt worden wäre, so versagt diese Vorstellungsgabe völlig, wenn es sich wie in unserem Falle um zwei Mädchen handelt, die nur wenig über zwanzig Jahre alt waren. Einer der Verteidiger fand allerdings eine Erklärung: Er sprach von »jugendlichen Überzeugungstäterinnen« (Prozeßbericht). Die Braunsteiner und die Lächert gingen im Lager stets mit eisenbeschlagenen Stiefeln und mit einer Reitpeitsche herum, in die Metallkügelchen eingearbeitet waren. Die Lächert war ursprünglich Arbeiterin, die Braunsteiner Hausgehilfin gewesen. Nach verschiedenen anderen Posten hatten sie sich dann bei der SS zur »Ausbildung« als KZ-Aufseherinnen gemeldet, waren zunächst in Ravensbrück eingesetzt und dann nach Majdanek abkommandiert worden. Von der Lächert wird berichtet, daß sie einen weiblichen Häftling, der mit Bodenarbeiten beschäftigt war, so lange trat und peitschte, bis nur noch ein »Klumpen blutiges Fleisch« da war, und dann den Umstehenden befahl: »Schafft den Dreck weg« (77). Ein andermal hat sie einen Schäferhund auf eine Schwangere gehetzt, bis ihr die Eingeweide herausgingen und sie tot zusammenbrach. Von der Braunsteiner wird u.a. berichtet, daß sie eine Frau nur deshalb niedertrampelte, weil diese ihre Häftlingsnummer nicht vorschriftsmäßig angenäht hatte; ein andermal hat sie eine Frau, die der SS-Arzt bei Selektionen übersehen hatte, »lachend an den Haaren herausgezogen« und auf die Seite der Selektierten gestoßen. Einen ganzen Katalog solcher Ungeheuerlichkeiten liefert dieses Taschenbuch.

Die vorliegende Schrift, akribisch gearbeitet und doch übersichtlich, stammt von einer Frau des Jahrgangs 1947. Müller-Münch gibt an, erst als Achtzehnjährige während eines längeren Aufenthaltes in Frankreich von den NS-Verbrechen gehört zu haben. Danach aber hätten diese sie nicht mehr ruhen lassen, und sie habe es als ihre Aufgabe angesehen, über diesen Monsterprozeß zu berichten. — Die Forschung wird sich noch lange damit beschäftigen müssen, wie aus jungen Mädchen Furien gemacht werden konnten und vermutlich unter entsprechenden Bedingungen immer wieder gemacht werden könnten.

Elisabeth Freundlich (Wien)

The Auschwitz Album. A Book Based Upon an Album Discovered by a Concentration Camp Survivor, Lili Meier. Text by Peter Hellman. Random-House, New York 1981 (167 S., Ln., 23,50 \$)

Kurz bevor die Rote Armee Auschwitz befreite, wurde Lili Jacob, eine junge Jüdin aus dem Städtchen Bilke in der Karpatho-Ukraine, in ein Konzentrationslager im Westen verlegt. Als die amerikanische Armee das Lager Dora bei Nordhausen befreite, lag Lili im Krankenbau; nach der Flucht der Bewachung wurde sie in eine der verlassenen Baracken getragen. Dort fand sie ein Album mit Fotos »ihres« Transportes in Auschwitz. Der Rabbi ihrer Heimatgemeinde, sogar Verwandte sind auf »der Rampe«, auf dem Weg ins Arbeitslager und auf dem Weg in die Gaskammern auf den Fotos zu sehen. Lili gab das Album nicht wieder aus der Hand — nicht, als sie in die Karpatho-Ukraine zurückkehrte, um — vergebens — auf andere Überlebende ihrer Familie zu warten, und auch nicht, als später der jüdische Rat in Prag das Album erwerben wollte. Der Rat konnte jedoch für das jüdische Museum Duplikate machen lassen, und von diesen Duplikaten sind einige in Büchern über Auschwitz veröffentlicht worden. Lili nahm das Album 1948 mit in die USA, wo sie sich in Miami eine neue Existenz aufbauen konnte. 1964 wurde sie mit ihrem Album als Zeugin zu einem Prozeß gegen 22 SS-Männer nach Frankfurt geladen. In dem Prozeß wurde u.a. vergeblich versucht, die Entstehung der Fotos zu klären. Lili nahm das Album wieder mit nach Miami, heiratete ein zweites Mal und war schon durch die Namensänderung aus dem Gesichtskreis der für die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen zuständigen Bürokratien wieder verschwunden.

Es ist Serge und Beate Klarsfeld zu danken, daß das Album aus der Verborgenheit geholt wurde. Serge Klarsfeld suchte Lili Jacob, verheiratete Meier, in Miami auf und bat sie, das Album einem Archiv zu schenken — es ruht heute in Yad Vashem in Jerusalem. Das Album enthält 188 Fotos, die vermutlich von einem SS-Mann bei der Ankunft jenes Transportes aus der Karpatho-Ukraine in Birkenau am 26. Mai 1944 aufgenommen wurden. Es sind Bilder eines Tages, alles war vorüber, bevor die Sonne unterging. Der Zug kommt auf der Rampe an, die Menschen klettern aus den Güterwagen, Säcke mit Habseligkeiten über der Schulter. Die Säcke, auf denen die Namen der Besitzer aufgemalt sein mußten, werden auf einem Haufen gesammelt. Man hat den Juden gesagt, daß sie in ein Arbeitslager kommen, daß die Familien zusammenbleiben werden und daß sie alle ihre Habseligkeiten wiederbekommen werden. Dann stehen die Menschen auf der Rampe den SS-Leuten gegenüber; der Fotograf ist auf das Dach eines Güterwagens geklettert, um die Szene recht ins Bild zu bekommen. Die SS-Leute teilen mit Spazierstöcken ein — nach links zur Gaskammer, nach rechts zur Arbeit.

Die meisten Fotos halten diese wenigen Minuten fest, in denen über Leben und Tod entschieden wurde: Frauen und Kinder, junge Burschen und alte Männer. Herkunft, Stellung, Beruf — all das erkennt man noch an der Kleidung, an Selbstsicherheit oder Zögern in den Zügen. Einige besonders eindrucksvolle Gesichter, z. B. jenes des chassidischen Rabbi aus Bilke, hat der Fotograf sogar in einer Art Studio festgehalten — man merkt es an Beleuchtung und Hintergrund. Dann Bilder »noch einsatzfähiger Frauen« und »noch einsatzfähiger Männer« auf dem Weg zur »Entlausung«. Kein Bild von der erniedrigenden Entblößung oder dem vollständigen Scheren der Haare, aber dann Fotos von Frauen und Männern auf dem Weg zum Arbeitslager — alle in der gleichen, ebnenden Sträflingskleidung. Und Bilder von den »Effekten« — jenen Säcken mit Habseligkeiten, die von besonderen Häftlingsbrigaden aufgeschlitzt, auf Wertvolles durchsucht und dann fortgeworfen werden. Schließlich Fotos aus dem Birkenwäldchen, in das die Alten und Kranken, die Kinder und die Mütter mit Kleinkindern getrieben wurden. Noch immer Gesichter ohne Erschrecken — Gesichter voller Mühsal, Durst, Sorge, Angst, Müdigkeit, aber ohne Erschrecken. Am Ende des Wäldchens, hinter einem Sichtschutz, weiß der Betrachter der Fotos die in einer Grube angelegten Gaskammern

mit den automatischen Aufzügen, den 15 Öfen des Krematoriums. Auch der Fotograf kannte sich aus — manchmal hat er die allein nicht Informierten (wenn auch vielleicht nicht ganz Ahnungslosen), die Opfer, beziehungsweise vor dem Hintergrund der wie Bürohäuser wirkenden Mordanstalten oder des als Bäckerei ausgegebenen Krematoriums ins Bild gesetzt. Fast wird der Betrachter zum Komplizen dieses Blickwinkels, indem er das eigene Erschrecken hinter dem Besserwissen verdrängt. — Wenn die Opfer zum »Duschraum« kommen, wird man ihnen sagen, daß sie sich die Nummer jenes Hakens merken sollen, auf den sie ihre Anzihsachen hängen, damit sie ihre Kleidung nach dem »Duschen« schneller wiederfinden. Auch sollte jeder seine Zeugnisse bereit halten, damit man alle angemessen einsetzen könne. Und Diabetes-Kranke sollten sich nach dem »Brausen« beim Diensthabend melden. Aber bevor dieser Moment erreicht ist, endet das Buch: im Wäldchen vor den Gaskammern. Vielleicht hat man die Fotosammlung in den SS-Baracken der Konzentrationslager kursieren lassen, um zu zeigen, wie erfolgreich man Leute betrügen kann, wenn man es richtig anfängt? Vielleicht war man stolz darauf, daß jener chassidische Rabbi aus den Waldbergen hinter der Tatra sich nicht vorstellen konnte, was von der ordentlichen deutschen Verwaltung da organisiert worden war? — Ich weiß nicht, ob jemand diese 188 Fotos ansehen kann, ohne erschüttert zu sein. Die deutsche Ausgabe des Albums darf nicht auf sich warten lassen.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1979 (232 S., Ln., 38,- DM)

Der amerikanische Rechtsanwalt Borkin leitete von 1938 bis 1949 die Patent- und Kartellabteilung der Anti-Trust-Behörde des amerikanischen Justizministeriums und war verantwortlich für die Ermittlungen gegen die amerikanischen Tochtergesellschaften der I.G. Farben. Von einem solchen Autor lassen sich tiefe Einblicke in Ökonomie und Politik des I.G. Farben-Konzerns und überhaupt in konkrete Handlungsstrategien innerhalb des Monopolkapitals erwarten. Diese Erwartungen werden nicht enttäuscht.

Borkin beginnt sein Buch mit der Rolle der Vorläufer der I.G. im Ersten Weltkrieg, insbesondere mit dem Bemühen, ein großtechnisches Verfahren zur Nitratherstellung (Sprengstoff) zu finden. Erfolgreich war das Haber-Bosch-Verfahren, das aber erst nach dem Krieg auch zur Düngemittelherstellung verwendet wurde. Eine Verwendung des durch Umstellung auf Kriegsproduktion liegengelassenen Chlorgases schlug ebenfalls Haber, nationalistisch eingestellt, den Militärs als Kampfgas vor; jedoch mußte er sie dazu überreden. Mit der Bildung der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium unter Leitung von Walter Rathenau (19f.) entsteht eine der ersten Institutionen, die Ausdruck der Machtverflechtung von Monopolkapital und Staat sind. Haber wurde zum Leiter der Chemieabteilung ernannt, in der auch die ersten Versuche unternommen wurden, chemische Substitute für Benzin und Gummi zu entwickeln. Diese Orientierung auf synthetische Rohstoffe sollte später zur Grundlage der Blitzkriegsstrategie im Zweiten Weltkrieg werden.

In der Weimarer Republik führt nun der I.G. Farben-Konzern einen Wirtschaftskrieg größten Ausmaßes in Europa. Eine wichtige Rolle spielt die Gründung der Standard I.G. Company in USA (Beteiligung mit der später als Esso bekannten Firma), begleitet von einem Aktien- und Patentaustausch auf dem Gebiet der Kohlehydrierung (synthetisches Benzin). Dieser sog. Benzin-Vertrag sollte später, nämlich im Zweiten Weltkrieg, eine wichtige Bedeutung bekommen: Verzögerung des Kriegseintritts der USA, Schonung der I.G.-Werke vor Bombardierung etc. Politisch setzten die I.G. Farben zunächst nicht auf die faschistische Variante; jedoch versicherten sie sich früh genug ihres Einflusses auf das NSDAP-Wirtschaftsprogramm (57) und stiegen unmittelbar nach der »Machtergreifung« in die großen Aufrüstungsprogramme ein (55ff.). Der Nachfolger

Duisbergs, Bosch, nach einer Unterredung mit Hitler im November 1932, in der der I.G. eine Abnahmegarantie für synthetisches Benzin versprochen wurde: »Der Mann ist vernünftiger, als ich dachte.« (57) Schließlich wurde im Vierjahresplan die Chemie-Industrie mit 90% der Mittel bedacht, davon 73% die I.G.: »Der Vierjahresplan war praktisch ein I.G.-Plan.« (71) Allmählich übernahm die I.G. die Führung bei den industriellen Kriegsvorbereitungen (74). Dieser Machtwechsel, hier als Kampf zwischen Schacht und Krauch apostrophiert, ist in der Monopolgruppen Theorie bekannt als Ablösung des Einflusses der »alten« Industrien (Kohle, Stahl) durch die »neuen« (Chemie, Elektro) auf die Hauptrichtung der ökonomischen Entwicklung des deutschen Imperialismus.

In den nächsten vier Kapiteln (I.G. und Standard Oil im Dritten Reich, Plünderung der europäischen Chemieindustrie, Sklavenarbeit und Massenmord, I.G. verliert den Krieg) wird dann die imperialistische Politik im einzelnen sowie die Verwicklung der I.G., des damals größten Chemiekonzerns der Welt, in die grauenhaften und abscheulichen Verbrechen des deutschen Faschismus behandelt. Durch eine trockene, präzise Darstellung der Zusammenhänge gelingt es Borkin, die aufbrechenden Widersprüche zwischen Ausbeutung und Vernichtung der Arbeitskraft im System der KZ und Zwangsarbeiter als eine Erscheinung zu begreifen, die durchaus im Monopolkapitalismus selbst wurzelt. Sonst wäre es wohl auch nicht nötig gewesen, 15 Tonnen Akten der I.G., vor allem der Auschwitz Groβanlagen, im Frühjahr 1945 zu vernichten. »Was die Alliierten schließlich erbeuteten, war schlimm genug.« (124)

Die amerikanische Anklagestrategie im I.G. Farben-Prozeß (Fall 6) in Nürnberg und ihre objektive Begünstigung der Verteidigung ist Gegenstand eines weiteren Kapitels. Bekannt sind die relativ geringen Strafen der Verurteilten und eine Anzahl von Freisprüchen. Das Urteil veranlaßte einen der Richter zu einer 124-seitigen abweichenden Stellungnahme, aus der zitiert wird (139f.). Auf den ersten Blick etwas langatmig muten die beiden letzten Kapitel an. Wenn man jedoch aufmerksam liest, wie die amerikanischen Beteiligungen der I.G. getarnt wurden, Spuren im Ausland verwischt wurden, die Schweiz wieder mal als Operationsbasis fungierte, mit Namen und Einzelheiten aus Akten z.B. des General-Anilin-and-Film-Prozesses, so verschlägt es einem vor Spannung den Atem. All dies übersteigt die Fantasie eines Kriminalroman-Autors bei weitem. — Im Anhang sind Auszüge aus dem Urteil des I.G. Farben-Prozesses abgedruckt.

Peter M. Kaiser (Münster)

Niederland, William G.: Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden-Syndrom Seelenmord. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (244 S., br., 12,- DM)

Niederland war Vorsitzender der Psychoanalytic Association von New York und Psychiatrieprofessor an der State University von New York. Als Fachmann hatte er zahlreiche Gutachten in Wiedergutmachungsprozessen zu erstatten. Niederland hatte jeweils zu klären, ob und in welchem Ausmaß eine verfolgungsbedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit vorlag. Den somatischen Part mußte er natürlich seinem medizinischen Fachkollegen überlassen, er hatte die psychischen Leiden zu diagnostizieren und zu quantifizieren.

Die zwölf Gutachten handeln von jüdischen Menschen, die Gettos, Konzentrationslager, Flucht und Verstecke überlebt hatten und für ihre Schädigung Wiedergutmachung forderten. In einer entwürdigenden Prozedur mußten sie vor Gerichten nachweisen, daß sie nicht unerhebliche Schädigungen ihrer Leistungsfähigkeit erlitten hatten, wenn sie dafür entschädigt werden wollten. Manche der Betroffenen mußten dafür fünf und mehr ärztliche Gutachten beibringen oder wurden bei Widersprüchen und Zweifeln noch von Obergutachtern beurteilt. Ich weiß von KZ-Häftlingen, die den Mut nicht aufbrachten und auf das Betteln um Entschädigung verzichteten, weil sie sich nicht heute noch einmal dafür rechtfertigen wollten, daß sie im KZ waren. Bitter ist diese Erfahrung

vor allem auf dem Hintergrund der Tatsache, daß jeder deutsche Soldat, aus welchen Motiven auch immer er in den faschistischen Raubkrieg gezogen war, dafür entschädigt wird. Daß vollends die Schädigung durch Verfolgung für die Entschädigungsverfahren quantifiziert werden muß und dies in einer Maßzahl ausgedrückt wird, die sich lediglich an der ökonomischen Funktionstüchtigkeit der Arbeitskraft Mensch orientiert (»verfolgebundene Minderung der Erwerbsfähigkeit« in Prozent), nicht aber beispielsweise an Maßstäben wie Glück, Zufriedenheit, Harmonie, Gesundheit, würdigt die Opfer nachträglich noch einmal herab. Niederlands Schätzungen in den einzelnen Fällen (zwischen 25% und 60% Minderung der Erwerbsfähigkeit) lassen durchscheinen, wie fragwürdig dieses Quantifizierungsverfahren ist.

Verfremdet sind dem Leser die Schicksale durch verschiedene Abstraktionsfilter; zum einen durch die Textgattung »Gutachten«, zum anderen durch den Schreibanlaß »Entschädigungsforderung« und den ursprünglichen Adressatenkreis: mißtrauische Juristen und Laien auf dem Gebiet der Psychiatrie und Psychoanalyse — zum Teil offenbar auch das Maß an vorliegendem Leid ignorierend und verdrängend. Die Textgattung Gutachten erfordert ein etwas umständliches Vorgehen, weil zunächst Vorgutachten referiert, die Vorgeschichte rekapituliert und dann der Befund aus einer oder mehreren aktuellen Untersuchungen und, daraus sich ergebend, eine Diagnose und ein psychiatrisches Urteil geliefert werden. Das Verfahren und die Terminologie suggerieren Vertrauen in den Ernst und die Seriosität des Gutachters und geben manchen Einblick in den Alltag eines psychiatrischen Gutachters (z.B. dort, wo er Hemmungen, Sperrungen, Verdrängungen überwinden muß). Man spürt beim Studium der Gutachten jedesmal einen Bruch zwischen den schildernden und diagnostizierenden Teilen und dem knappen Urteil: Wie sollen ausführlich rekapituliertes unsägliches Leid, monatelanger, quälender Terror, traumatische Schrecken, Schuld- und Depressionsgefühle quantifiziert, gar in einzelnen Fällen gegeneinander aufgewogen werden können?

In seinem Vorwort und im theoretischen Schlußkapitel versucht Niederland die Ergebnisse seiner Untersuchungen zusammenzufassen. Er verwendet für die analysierten Leidensformen den Oberbegriff »Seelenmord«. Was er in seinen Gutachten an Depressionen, Angst, Mißtrauen, Überlebensschuld und allgemeinen Leidenssymptomen festgestellt hat, subsumiert er unter dem Begriff »Überlebenden-Syndrom« (»survivor syndrome«), einem zumeist unheilbaren »Knick in der Lebenslinie« — »Viele der noch im letzten Moment aus den Klauen der SS Geretteten sind heute lebende Tote« (so der letzte Satz des Bändchens). Niederland gelingt es in allen abgedruckten Gutachten, klar und folgerichtig die beobachteten Störungen aus den eruierten Verfolgungserlebnissen herzuleiten — im übrigen im Einklang mit vielen modernen Forschungen auf dem Gebiet, die er ausführlich belegt und zitiert. Auf diesem eher innerpsychiatrischen Feld und über die Verfahren der Entschädigungsgewährung liefert Niederland viele neue Einsichten, während der Gewinn der Lektüre in bezug auf Erkenntnisse über die Verfolgung im Faschismus weniger groß ist und eher zufällige Erlebnisse zu Tage bringt.

Oswald Burger (Überlingen)

Salis, Jean Rodolphe von: Eine Chronik des Zweiten Weltkrieges. Radiokommentare 1939-1945. Orell Füssli Verlag, Zürich 1982 (556 S., Ln., 39,80 sFr/DM)

Beim Buch handelt es sich um die Neuauflage der 1966 erschienenen »Weltchronik 1939-1945«. Der Schweizer Historiker, Hochschullehrer und Publizist Salis wurde 1940 vom Bundespräsidenten beauftragt, wöchentlich einen aktuellen Kommentar zum Weltgeschehen zu verfassen und am Schweizer Rundfunk (Radio Beromünster) vorzutragen. Eine Auswahl dieser Berichte ist im vorliegenden Band versammelt. »Die hier veröffentlichten Manuskripte wurden Freitag früh geschrieben und von mir an den Bahnhof Zürich getragen, wo ich sie als Expressendung an die Direktion des Schweizerischen Rund-

funkdienstes dem Schnellzug von 11 Uhr 35 nach Bern mitgab. Wenn ich abends ins Studio kam, fand ich mein Manuskript mit dem Vermerk 'in Bern gelesen' oder 'von Bern aus in Ordnung', aber manchmal auch mit stilistischen Änderungen oder Strichen versehen wieder.« (17)

Trotz politischer Vorzensur von Behördenseite sowie äußerer und innerer Druckversuche auf unabhängige Stimmen am Radio und unter Berücksichtigung der Nachrichtensperren bzw. der propagandistischen Einseitigkeit des Nachrichtenflusses aus den kriegführenden Ländern vermitteln Salis' Wochenanalysen der Jahre 1940 bis 1945 eine erstaunlich klare und realistische Einschätzung des damaligen Kriegsgeschehens. Den Überfall Nazi-Deutschlands auf die UdSSR z.B. diagnostizierte der Verfasser noch in der gleichen Woche als »einen wichtigen Wendepunkt des Krieges« (154). Im Dezember 1941 skizzierte er bereits die Gründe, die ein Jahr später zur massivsten deutschen Niederlage bei Stalingrad führen sollten — eine Passage, die ihm allerdings von der Zensurbehörde gestrichen wurde (150). Am 27. Februar 1942 zitierte der aufmerksame Beobachter die Führerrede vom 24. Februar, in der Hitler voraussagte, daß »die Juden ausgerottet werden« (223). Damit sprach Salis deutlich und öffentlich aus, was von den Schweizer Behörden negiert und heruntergespielt wurde. Im Juni 1943 ging er auf die Lage der Arbeiterschaft in den USA und in Großbritannien ein, um daraus die »hervorragende Rolle, die zweifellos der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und ihren Führern in der Nachkriegszeit zufallen wird«, abzuleiten (313). Am 14. April 1944 schließlich prognostizierte Salis in einem aufsehenerregenden Kommentar eine bevorstehende Invasion der Alliierten in Frankreich »um den 10. Mai herum« (399) — eine militärische Operation, die vier Wochen später tatsächlich eingeleitet wurde. Selbstverständlich erregte dieser Bericht bei britischen und amerikanischen Stellen einigen Unmut.

Die Quellen für diese Lageanalysen waren neben Pressediensten und Spezialberichten militärischer Kenner vor allem die ausländischen Rundfunksender: »Ich hörte buchstäblich Tag und Nacht Sendungen aus der ganzen Welt ab, zumal bei Nacht die deutschen Störsender weniger wirksam waren als bei Tageslicht«, schreibt Salis (20). Der politische Publizist sah seine Aufgabe darin, »anhand von feststellbaren Gegebenheiten eine Diagnose der politischen und militärischen Lage zu stellen und von ihr, mit der gebotenen Vorsicht, eine Prognose abzuleiten«. (20) Die Wirkung der »Weltchronik«, die Zeit ihres Bestehens die Stimme eines einzelnen, nicht einer Regierung oder einer Partei blieb, war vor allem im Ausland beachtlich. Trotz Abhörverbot wurde das Schweizer Radio am Freitagabend jeweils im Elsaß, in der Tschechoslowakei, in Österreich, Holland, in Süddeutschland, im Rheinland, in Schlesien, ferner in Ungarn, Rumänien, Kroatien und Oberitalien gehört. Salis erfuhr nach dem Krieg, daß seine Sendung bei den Wehrmachtstäben in Frankreich und Italien gerne als »objektive Orientierung« (20) abgehört wurde. Aus den alliierten Ländern kam das Echo bisweilen in Form von Zitierungen durch Radio London und Moskau. Die Sprache der Fakten und die feinen Andeutungen ließen kritischen Zeitgenossen aus den nüchternen Analysen antifaschistische und oft ermutigende Zeitkommentare heraushören.

Salis, der vor zwei Jahren seinen 80. Geburtstag feierte, gehört als liberaler Gesellschaftsphilosoph, geistreicher Essayist und unabhängiger politischer Tagespublizist zur alten Schule bürgerlicher Universalhistoriker, die heute selten geworden sind. Trotz ihrer Beschränkung auf das Politische und Militärische ist seine Weltkriegschronik heute noch interessant zu lesen.

Urs Rauber (Zürich)

Soziale Bewegungen und Politik

Esser, Josef: Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen. Suhrkamp Verlag; Frankfurt/M. 1982 (307 S., br., 12,- DM)

Der Untertitel faßt das Ergebnis zusammen. Esser gibt einen Überblick über den Stand der Gewerkschaftstheorie und verortet die verschiedenen Ansätze als konservativ (16ff.), liberal (24ff.) und marxistisch (38ff.). In der gegenwärtigen Krise reichen deren Einschätzungen der Gewerkschaften von Bedrohung der Regierbarkeit; optimistischem Kooperationsglauben; Hilflosigkeit, die bürgerliche Herrschaft stärkt; erhöhter Kampfbereitschaft bis zum Versagen der Massenintegration.

Aus der Fallstudie über die saarländische Stahlkrise gewinnt er seine These vom »selektiven Korporatismus« (63) und dem »korporativen Block« (64). Selektiver Korporatismus meint die Einbindung der Gewerkschaften in die Logik des »Modell Deutschland« (ökonomisch: Akkumulation, politisch: Befriedung, ideologisch: Integration, 235) und somit eine Begrenzung ihrer Handlungsmöglichkeiten auf die Sachgesetze des Weltmarkts, aus denen sie nicht ausbrechen können, ohne ihre Reproduktionsbasis zu gefährden; deswegen die selektive Interessenwahrnehmung für die im Weltmarktsektor beschäftigten Kernbelegschaften (63, 236). Dem liegt — nach einer veränderten Branchen- und Klassenstruktur (Schrumpfung von Landwirtschaft, selbständigem Handwerk, Klein- und Mittelunternehmen; Dominanz der weltmarktorientierten Kapitalfraktionen, 258) — ein Klassenbündnis aus Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie und Arbeiterklasse zugrunde, in dem Integrations- und Spaltungstendenzen strukturell angelegt sind. So wird gemeinsam eine »Modernisierung der Volkswirtschaft« zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit betrieben, gleichzeitig werden die aus der Funktionslogik des Weltmarkts herausfallenden sozialen Gruppen (Alte, Kranke, Jugendliche, Arbeitslose) quer zu den Klassengrenzen marginalisiert und damit die Gesellschaftsspaltung vorangetrieben (262f.). Seine These belegt er durch den Nachweis der hohen Weltmarktverflechtung der bundesrepublikanischen Ökonomie (Exportmodell Deutschland in den 50er und 60er Jahren), die in den siebziger Jahren in verstärkten Anpassungs- und Modernisierungsdruck kommt (76ff.). Dabei wird die Anpassungsstrategie des Kapitals vom Staat mitgetragen (85ff.) und, wie Esser aus der sekundäranalytischen Auswertung der Gewerkschaftspolitik (Lohnpolitik, Reaktionen auf Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, Strukturkrisen, Abwehrkämpfe gegen negative Rationalisierungsfolgen, Haltung zur offiziellen Technologiepolitik) und des Arbeiterbewußtseins/-verhaltens (111ff., 223f.) schließt, ebenfalls von den deutschen Gewerkschaften.

Esser vertieft seine These und grenzt sie von konkurrierenden Ansätzen ab: Gewerkschaften sind zwar Klassenorganisationen, über Inhalte und Formen der Durchsetzung des objektiv vorhandenen Klasseninteresses ist damit im konkreten Fall nichts ausgesagt (230); ihre Konzeptualisierung als massenintegrative Apparate erhellt wohl die Einbindung der unterdrückten Klassen in die kapitalistische Gesellschaftsformation, aber von »Verstaatlichung« kann deswegen noch keine Rede sein (244). Das Neokorporatismusparadigma beschreibt einerseits die mit dieser Einbindungsstrategie verbundenen institutionellen Formen politischer Interessenvermittlung, leidet aber andererseits an mangelnder gesellschaftstheoretischer Fundierung mit der Folge, daß Selektions- und Spaltungsprozesse nicht erkannt werden (252). Gramscis Blockkonzeption erfaßt ein Bündnis verschiedener Klassen/-fraktionen aufgrund gemeinsamer ökonomischer Interessendefinition sowie dessen politische Organisation im Rahmen staatlich-institutioneller Formen und der ideologischen Vereinheitlichung (254ff.).

Bei seiner Einschätzung der Stabilität des korporatistischen Blocks erwartet Esser

»von seiten der Gewerkschaften in absehbarer Zeit weder eine Wende in den industriellen Beziehungen noch eine Legitimationskrise oder gar politische Systemkrise für die Bundesrepublik Deutschland« (270). Mögliche Bruchstellen sieht er innerhalb der BRD bei den zunehmend von Modernisierungsmaßnahmen bedrohten Stammbesetzungen und den neuen sozialen Bewegungen; von außen droht die Nachahmung des deutschen Exportmodells oder der Protektionismus (207f.).

Das große Verdienst des Autors liegt in seinem Versuch, eine politisch-ökonomische Analyse mit neueren Ergebnissen der Politikwissenschaft und Industriesozologie zu verbinden. Auch wenn man den theoretischen Schlußfolgerungen über den korporatistischen Block nicht folgen will, bietet seine als Habilitationsschrift angelegte Arbeit eine vorzügliche Einführung in die Probleme der bundesrepublikanischen Gewerkschaften. Dabei ist vor allem auf die knappen, informativen Zusammenfassungen zu Gewerkschaftstheorie, Studien zur Gewerkschaftspraxis und zum Arbeiterbewußtsein hinzuweisen.

Josef Schmid (Konstanz)

Pelinka, Anton: Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Berlin/West 1980

(210 S., br., 68,- DM)

Ausgehend von einer Charakterisierung der Gewerkschaften als z.T. maßgebend strukturierenden Institutionen kapitalistischer Gesellschaften (vgl. 11), d.h. tendenziell »Faktoren der Bewahrung, ... Träger eines grundsätzlich allumfassenden Aufgabenbereichs ... (und) eines reformistischen Gemeinwohlanspruchs« (13), skizziert der Autor die historische Entwicklung des Verhältnisses von Partei bzw. Parteien und Gewerkschaften in Deutschland und Österreich, dabei insbesondere die Bedingungen gewerkschaftlicher Neugründung und Integration nach 1945 (vgl. 32-51). In den folgenden Analysen wird der hohe Zentralisationsgrad des ÖGB deutlich, bei dem sowohl maßgebende tarifpolitische Kompetenzen als auch Beitrags- und Finanzhoheit liegen. Der »Trend zu einer extrem indirekten Demokratie« (90) kann als eine der Grundlagen des Apathieproblems (vgl. 88) und als im Gegensatz zum Postulat »innergewerkschaftlicher Demokratie« (vgl. 81ff.) stehend angesehen werden. Letzteres bezieht der Autor auf das »liberale westliche Demokratieverständnis in Form des Parteienpluralismus« (81). Der Zentralismus des ÖGB ist daher auch nicht etwa ein organisatorisches Element klassenautonomer Politik, sondern institutioneller Garant umfassender Kooperation, die sich in der fraktionell verselbständigten Repräsentanz der SPÖ, ÖVP und FPÖ (vgl. 62, 99ff.), der Parlamentszugehörigkeit der ÖGB-Spitzenfunktionäre, vielfacher Beteiligung an staatlichen Entscheidungen, insbesondere über das System der Arbeiterkammern und in der »Paritätischen Kommission« (vgl. 128ff.) manifestiert. In diesem 1957 geschaffenen Gremium mit mehrstufiger Entscheidungsstruktur werden von den Spitzen des ÖGB und der Arbeitgeberverbände die regelmäßig anstehenden Lohn- und Preisfragen beraten und z.T. entschieden. Jede Tarifverhandlung bzw. -auseinandersetzung bedarf der einstimmigen Genehmigung der Kommission (vgl. 131ff., 140).

In diesem komplementären System von »nicht-autonomer Sozialpartnerschaft« (118) auf staatlicher Ebene und autonomer Sozialpartnerschaft (vgl. 128) in der Paritätischen Kommission (»eine neue gesamtgesellschaftliche Steuerungszentrale, gleichsam ein neuer Staat ...«, ebd.), auch als »dritter Weg« bzw. »Labourismus« charakterisiert (vgl. 153f.), sieht der Autor das Ergebnis eines »Funktionswandels der Gewerkschaften« (111), die in Österreich durch ihre enge Verflechtung mit einem »postklassischen Parlamentarismus« (113) »an ihrem logischen Endpunkt« (112) angekommen sind. Die mit dieser Integration in das politische System erreichte Möglichkeit, neben der klassischen Veränderungsmacht jetzt auch »Verhinderungsmacht zu üben« (147), ist allerdings an eine »grundsätzlich stabile Situation des politischen Systems (sowie) das grundsätzliche

Wachstum des ökonomischen Systems« (172) gebunden. — Da der ÖGB weit mehr als der DGB dieser kooperativen Gewerkschaftspolitik in ideologisch-programmatischer und organisatorisch-institutioneller Hinsicht verbunden ist, sieht der Autor im Falle tiefgreifender politischer und ökonomischer Destabilisierung dort die größere Gefahr eines erneuten Versagens der Gewerkschaften bei der Abwehr von kapitalistischen Strategien aus gesellschaftlichen Krisen, wie sie beide Länder in diesem Jahrhundert erlebt haben. Vor dem Hintergrund einer über diese historischen und aktuellen Befunde hinausgehenden theoretischen Bestimmung des Verhältnisses von Gesellschaftsformation und Gewerkschaftsbegriff hätte die abschließend gestellte Frage der Bewertung kooperativer Gewerkschaftspolitik zu präziseren Antworten geführt.

Christian Seegert (Hamburg)

Weinzen, Hans Willi: Gewerkschaften und Sozialismus — Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung. Ein Vergleich. (= Campus Forschung, Bd. 261) Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (311 S., br., 49,- DM)

Naphtali war in den zwanziger Jahren, was Agartz in den frühen fünfziger Jahren war: Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituts der deutschen Gewerkschaften. Sie waren sogenannte Chefideologen, die für die Arbeiterbewegung Konzepte entwickelten, die von den politischen Repräsentanten dieser Arbeiterbewegung bestenfalls zur Dekoration von »Realpolitik« herangezogen wurden. Letzteres Phänomen wird »Theoriefeindlichkeit« genannt und besteht in der Abneigung, die Folgen eigener Handlungen im Kopf vorwegzunehmen. Im vorliegenden Buch ist viel vom »Scheitern« beider Konzepte die Rede; vielleicht sollten auch solche Ursachen des »Scheiterns« wie die innere Struktur der Arbeiterbewegung einmal mitbedacht werden.

Naphtali war einer der Hauptautoren der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund 1928 beschlossenen Konzeption der »Wirtschaftsdemokratie«. Wirtschaftsdemokratie ist ein Weg vom »organisierten Kapitalismus« (Rudolf Hilferding) über vier Demokratisierungen hin zum Sozialismus. Diese vier Demokratisierungen sind: Demokratisierung 1. der Wirtschaft, 2. der staatlichen Wirtschaftspolitik, 3. des Arbeitsverhältnisses und 4. des Bildungswesens. Mittel der Demokratisierung sind Kontrolle, Mitbestimmung, Ausdehnung des öffentlichen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Eigentums.

Agartz trug 1946 auf dem ersten SPD-Parteitag nach dem Krieg seine Vorschläge zur sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft vor. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium biete weder gegen Krisen noch gegen Faschismus und Krieg eine Gewähr. Daher müsse er durch eine sozialistische Wirtschaftspolitik abgelöst werden, die vier Forderungen erfülle, nämlich die nach Sicherung der Elementarbedürfnisse, Vollbeschäftigung, freier Berufswahl sowie leistungsorientiertem Anteil am Sozialprodukt. Mittel dieser Wirtschaftspolitik sind Verstaatlichungen, Investitionssteuerung, ausschließlich staatliche Kreditpolitik, paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftskammern. Eine völlige Verstaatlichung von Grundstoffindustrien und Großbanken sollte durch ein System von Genossenschaften und Kleinunternehmen ergänzt werden.

Diese hier grob zusammengefaßten Vorschläge verfolgt Weinzen vergleichend von der Biografie ihrer Autoren, ihrer Genese und ihren Elementen Staat — Krise — Klassen her. Seine Sympathie gehört eher Agartz, obwohl er beiden Theoretikern bescheinigt, daß sie die Zeichen der Zeit — Krise beim einen, Prosperität beim anderen — nicht erkannt hatten. Man kann bei jedem Vergleich letztlich nur nach der Differenz- bzw. Konkordanzmethode vorgehen. Weinzen bevorzugt das Aufzeigen von Unterschieden. Um dies tun zu können, muß er trotz einer beängstigenden Materialfülle (fast 100 Gliederungspunkte, rund 1000 Titel im Literaturverzeichnis!) gelegentlich zu gewagten Konstruktionen greifen. So kann er Wirtschaftsdemokratie mal als Weg zum Sozialismus re-

ferien (34), mal als identisch mit dem Sozialismus beschreiben (111), mal als »keinen Weg zum Sozialismus« bewerten (247). Die Wirtschaftsordnung von Agartz kommt gegenüber Naphtalis Wirtschaftsdemokratie deshalb besser weg, weil die Lohnpolitik bei Agartz kein Schattendasein wie bei Naphtali führt. Tatsächlich hat Agartz' wichtige Anregung einer expansiven Lohnpolitik erst dann Umriss gewonnen, als von Wirtschaftsneuordnung in der restaurativen Bundesrepublik nicht mehr die Rede sein konnte. Weinzen löst das Problem, indem er expansive Lohnpolitik einmal dem Neuordnungskonzept zuschlägt (26), um sie dann »weitgehend unverbunden« daneben stehen zu lassen (224). Zudem übergeht er in seiner Diskussion der expansiven Lohnpolitik den heute aktuellsten Punkt. Denn zur expansiven Lohnpolitik gehört nach Agartz, daß sie »aktiv«, »dynamisch« und »expansiv« ist, d.h. vor allem an Arbeiterinteressen orientiert, unabhängig von Rentabilitätskriterien strukturgestaltend und offensiv. Dabei ist das »Dynamische« nicht nur, wie Weinzen zutreffend schreibt, die »Erweiterung der Kaufkraft« (221). Vielmehr gehört *genauso* die Arbeitszeitverkürzung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dazu (vgl. Viktor Agartz: *Wirtschaft — Lohn — Gewerkschaft*, Verlag Die Arbeitswelt, Berlin/West 1982).

Es ist dem Verfasser schon gelungen, die wesentlichen Überlegungen von Naphtali und Agartz systematisch, genetisch und vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Kritik zu entfalten. Kritikwürdig ist die Vernachlässigung der Gemeinsamkeiten zugunsten der Unterschiede auf der einen Seite (etwa bei den kaum behandelten Bezügen beider Autoren zum Austromarxismus), die zu geringe Differenzierung innerhalb der Arbeiten von Agartz vor und während der Restauration auf der anderen. Man hätte auch aktuelle Bezüge erheblich stärker berücksichtigen können (»Sozialisierung von unten«, Genossenschaften/Dualwirtschaft, »linker Korporatismus«). Eine Fleißarbeit, kein Geniestreich.

Volker Gransow (Berlin/West — Bielefeld)

Laube, Ulrich: Gewerkschaftliche Tarifpolitik und industrielle Arbeitsbedingungen in der BRD. Reihe Hochschulschriften, Bd. 67. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981 (295 S., br., 35,- DM)

Der Kampf um die Höhe des Arbeitslohnes prägt die gesellschaftlich sichtbare Front zwischen Kapital und Arbeit. Gegenstand dieser Arbeit sind Darstellungen und Analysen der Kriterien für Lohn und Leistung, d.h. einer Ebene der Lohnfindung, in der die Gewerkschaften bisher allemal »verloren« haben. Im Tarifgebiet Nord-Württemberg/Nord-Baden, worauf sich der Verfasser für den Zeitraum seit 1948 bezieht, konnte die IG Metall im vergangenen Jahrzehnt erstmals den profitorientierten eigenen, am Reproduktionsinteresse der Arbeitskraft orientierte Kriterien gegenüberstellen und diese vertraglich durchsetzen. Damit gelang ein Einbruch in jenen Bereich der Profitsphäre, wo mittels herrschender Arbeitswissenschaft und den bekannten Arbeitsbewertungsverfahren nicht nur die Arbeitsbedingungen, d.h. die beständig reduzierten Arbeitsinhalte und wechselnde, aber wachsende Belastungen festgelegt werden, sondern wo zugleich über das Maß an Verausgabung der Arbeitskraft und damit über jeweils mögliche Produktivitätsspitzen und die Ausbeutungsrate entschieden wird.

Die Qualität der Arbeit Laubes liegt in der relativen Breite der Entwicklung ihres Gegenstandes, insbesondere hinsichtlich des Zusammenhangs von veränderter Arbeitsorganisation, neuen Arbeitsbewertungsverfahren und innergewerkschaftlichem Willensbildungsprozeß hierzu, wie er sich auf den Technologietagungen der IG Metall, in ihrer Tarifstrategie und schließlich auf betrieblicher Ebene vollzog. Ausführlich werden die tarifvertraglichen Regelungen des untersuchten Gebietes dargestellt, ausgehend von den Tarifordnungen aus der Zeit des Faschismus und ihren Nachwirkungen bis in die 50er Jahre bis hin zu den Rahmentarifverträgen der 70er Jahre (Lohnrahmentarifvertrag II und Manteltarifvertrag 1973, Absicherungstarifvertrag 1978). Dabei schält sich die spezifi-

sche Verfassung lohnabhängiger Interessenvertretung in der Bundesrepublik als eines der zentralen Hindernisse wirksamer gewerkschaftlicher Tarifpolitik heraus: Die institutionelle Trennung von betrieblicher und überbetrieblicher Interessenvertretung, sanktioniert in den Betriebsverfassungsgesetzen 1952 und 1972 sowie dem Tarifvertragsgesetz und durch die arbeitsgerichtliche Judikatur zu beiden Bereichen noch weiter effektiviert, entsprach auch für den hier behandelten Bereich dem Kapitalinteresse, die Probleme sich verändernder Arbeitsorganisation mit ihren lohnpolitischen Konsequenzen auf betrieblicher Ebene entsprechend den je spezifischen Bedürfnissen ohne Beteiligung der Gewerkschaften zu regeln. Der tarifvertragliche Eingriff in diesen Prozeß gelang erst 1967, als viele Belegschaften sich bereits gegen seine Folgen aufzulehnen begannen.

Der Autor behandelt auch innergewerkschaftliche Prozesse der Nachkriegszeit, die als Teil gesamtgesellschaftlicher Formierung die Durchsetzung dieser gespaltenen Interessenvertretung begünstigten. Ein etwas näheres Eingehen auf einschlägige Urteile statt nur allgemeiner Verweise sowie eventuell eine Skizze der Determinanten der Arbeitswissenschaft, die für die Bewertungsverfahren von Gewicht sind, hätte die Darstellung noch abgerundet. Dennoch bleibt der analytische und informative Gehalt dieser Arbeit hoch, zumal sie — soweit ersichtlich — als eine der ersten die Beschränkungen der zentralen gewerkschaftlichen Handlungsinstrumente sowohl von den ökonomischen Bedingungen betrieblicher Organisationsmacht wie von der politisch-juristisch sanktionierten Ebene der Struktur lohnabhängiger Interessenvertretung her entwickelt.

Christian Seegert (Hamburg)

Tenfelde, Klaus, und Heinz Volkmann (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung. Beck Verlag, München 1981 (329 S., br., 29,80 DM)

Die Herausgeber gehen in den Begriffsdefinitionen ihrer Einleitung vorwiegend vom konflikttheoretischen Ansatz Dahrendorfs aus (17f.) und klassifizieren von daher den Streik »zum vorherrschenden Protesttyp demokratischer Industriegesellschaften« (19) und die vorherrschenden Arbeitskampfformen primär im Hinblick auf das Modernisierungstheorem. Das ist folgenreich für ihren Gewerkschaftsbegriff wie für die Interpretation des empirischen Verhältnisses der Gewerkschaften zum Streik und den Streikbewegungen (vgl. 20ff.). Gleichwohl bieten die folgenden Beiträge — überwiegend Analysen lokaler Streikbewegungen, z.T. über längere Zeiträume hinweg, weiterhin der Gewerkschaften und Unternehmerverbände und schließlich der bürgerlichen Sozialreformbewegung — Gelegenheit zum Vergleich unterschiedlicher analytischer Ansätze.

Die Fallstudien von *D. Dowe*, *L. Machtan*, *I. Fischer* und *I. Costas* erschließen z.T. detaillierte Zusammenhänge von Arbeitsplatz- und differenzierter Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, ihrem Organisationsverhalten und spezifischen Kampfstrategien, woraus Bedingungen von Niederlagen wie von Erfolgen einsichtig werden. Zugleich werden in diesen Analysen keimförmig die Wirkungen zentralistischer Kapitalstrategien gegen die wachsende Organisiertheit der Arbeiter sichtbar, die schließlich im nationalen Maßstab bis 1914 sehr erfolgreich blieben.

Auch *M. Grüttner*s Darstellung des Streiks der Hamburger Hafentarbeiter 1896/97 stellt den Zusammenhang von innerer Differenzierung der Arbeiterklasse und ihrem Organisationsprozeß einerseits und die Haltung von Gewerkschaften, sozialdemokratischer Partei, der Stadtregierung sowie die Strategie des Kapitals in ihren Verschränkungen andererseits heraus. Weitere Beiträge behandeln die sogenannten Bierkrawalle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Berliner Bierboykott (1894) (*W.K. Blessing*), die Streiks im Saarbergbau 1889 bis 1893 (*H. Steffens*) und die wirtschaftsfriedliche Konfliktregelung in einem Schweizer metallverarbeitenden Betrieb (*R. Vetterli*).

Unter dem Thema Konfliktparteien analysiert *K. Schönhoven* die »gewerkschaftliche

Streikpolitik« vor 1914 vor dem Hintergrund branchenspezifischer Organisationsbedingungen: Gegenüber dem seit 1890 forcierten Organisationsprozeß des Kapitals gerieten die Gewerkschaften in einen wachsenden Rückstand und unterlagen regelmäßig in zunehmend durch Verbandsaussperrungen geprägten Auseinandersetzungen, insbesondere hinsichtlich ihrer tarifpolitischen Zielsetzungen. In zwei weiteren Beiträgen werden die Entwicklungs- und Aktionsformen von Staat und Kapital in diesem Zeitraum gegenüber der Gewerkschaftsbewegung verfolgt. Während *H.-P. Ullmann* den Schwerpunkt auf die Herausbildung der unternehmerischen Verbände und ihres Hauptkampfmittels, der Aussperrung, legt, skizziert *K. Saul* die auch nach der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes andauernden Regelungs- und Repressionsinitiativen des Staates (insbesondere in den Staatsbetrieben), d.h. die Rolle von Gewerbeordnung, Polizeiverordnungen, Streikverboten u.a.m. sowie der Justiz, die sich generell gegen das »strafrechtliche Privilegium« (225) der Koalitionsfreiheit richten.

In den beiden letzten Beiträgen des Bandes untersuchen *J. Reulecke* und *R. v. Bruch* die Herausbildung bürgerlich-sozialreformerischer Positionen während der Frühindustrialisierung bzw. die Formen ihrer Institutionalisierung und inhaltlichen Differenzierung ab Mitte der 70er Jahre. Dabei stellt *R. v. Bruch* Zusammenhänge zwischen den sich verändernden politischen und theoretischen Positionen und dem sich zunehmend verschärfenden ökonomischen Klassenkampf heraus. Die Jahre 1890 (Bergarbeiterstreik) und 1896 (Streik der Hamburger Hafenarbeiter) sieht er in diesem Sinne als Zäsuren an. Mit dem wachsenden Ungleichgewicht zwischen organisiertem Kapital und Gewerkschaftsbewegung kam es teilweise zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und über die Annäherung an bestimmte Forderungen der freien Gewerkschaften auch zu organisatorischen Kontakten mit ihnen. — Ein ausführlicher statistischer Anhang und Literaturhinweis schließen den Band ab, der auch als Einführung in die politische und Sozialgeschichte des Kaiserreichs lesenswert ist.

Christian Seeger (Hamburg)

Abendroth, Wolfgang (Mitverf.): Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Wolfgang Abendroth im Gespräch mit Frank Deppe, Klaus Fritzsche, Georg Fülberth, Christoph Jetter, Gert Meyer. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1982 (136 S., br., 14,80 DM)

Das zentrale Anliegen dieses Buches ist es, durch die »Reflexion geschichtlicher Erfahrung« (7) dazu beizutragen, »daß Friedensbewegung und Arbeiterbewegung zur Abwehr der uns allen drohenden Gefahren zusammenfinden ...« (7). — Die Niederlagen der Friedensbewegungen in den 50er Jahren unterstreichen die Notwendigkeit dieses »Zusammenfindens«. So wird die Bewegung gegen Remilitarisierung nicht zuletzt deshalb geschlagen, weil sich Gewerkschaften und SPD unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Booms trotz einer Massenbewegung an der Basis nur mit formellen Beschlüssen gegen die Remilitarisierung stellen. »Der ökonomische Wiederaufstieg aber ist so ungeheuer, daß die antimilitaristische Bevölkerungsstimmung ins Nichts schwimmt.« (19) Die zweite Niederlage erleidet die Anti-Atombewegung, die ihr organisatorisches Gerüst verliert, als die SPD auf Distanz geht.

Wo sieht Wolfgang Abendroth die Schwierigkeiten im Verhältnis von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung? Wie konzipiert er die Verbindung dieser beiden Bewegungen? Auf der Seite der Friedensbewegung sei das Problem, daß der »jungen Generation, die die Friedensbewegung trägt« (70), »die geschichtliche Vergangenheit und Möglichkeit einer weitgehenden und konsequent antimilitaristischen Arbeiterbewegung überhaupt nicht mehr klar (ist)« (64) und ihr der »Zugang zum historischen und aktuellen Friedensauftrag der Arbeiterbewegung weitgehend verstellt ist« (71). Die Gründe für dieses fehlende Geschichtsbewußtsein sieht er in einem Verdrängungs- und Enthistorisie-

rungsprozeß gegenüber dem Faschismus (71). Daraus erwachse für die Friedensbewegung — genau wie für die Ökologie- und Alternativbewegung — die Gefahr, zu einer Einpunktbewegung ohne gesamtgesellschaftliche Perspektive zu werden, die nach einer Niederlage in diesem einen Punkt auseinanderbricht (67/68). In den Kämpfen aller dieser Bewegungen stecke jedoch »die Frage der gesamtgesellschaftlichen Organisation« (66). — In der Arbeiterbewegung sei die Friedensfrage mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive verbunden. »Zu Beginn der Arbeiterbewegung ist man sich durchaus klar darüber, daß die Vertretung der Interessen der eigenen Klasse identisch ist mit der Sicherung der Fortexistenz der Menschheit.« (65) »Die Arbeiterbewegung geht dabei von vornherein von dem Gesichtspunkt aus, in ihrem Interesse verkörpere sich das Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts entgegen dem Interesse anderer Klassen, die ... dieser Fortentwicklung entgegenstehen müssen.« (66) — Dieser »historische und aktuelle Friedensauftrag« wird von der Arbeiterbewegung aber nur mit Einschränkungen ergriffen. Die Gründe liegen im »Aufschwung des westdeutschen Kapitalismus ... und der Beschränkung der Gewerkschaftsarbeit weithin auf die — in diesen Grenzen sogar sehr erfolgreiche — Vertretung von Tagesinteressen« (69). Das führt dazu, daß »die letzten Reste von klassenkämpferischem Bewußtsein auch in solchen friedenspolitischen Fragen in breitesten Schichten auch der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft einfach ausgelöscht und überdeckt worden sind von dem herrschenden Sozialpartnerschaftsbewußtsein der Gesellschaft einerseits und durch das Bewußtsein der Identifikation mit den Grundzügen der herrschenden Außen- und Militärpolitik andererseits.« (91)

Die Verbindung von Arbeiter- und Friedensbewegung konzipiert Abendroth als Einheit im Kampf für den Sozialismus. Die Parole, unter der die Kämpfenden sich vereinigen sollen, lautet in expliziter Anlehnung an das Spartakusprogramm: »Sozialismus und damit Überwindung jeder Kriegsgefahr oder Untergang jedes hochdifferenzierten Lebens in der Welt überhaupt, nicht nur des Lebens der Menschen.« (10) Dieses Konzept geht aus vom Klassencharakter der Friedensfrage und macht die Arbeiterbewegung zur führenden Kraft in der Verbindung mit der Friedensbewegung.

Sind die richtigen und erfolgversprechenden politischen Konzepte in der Frage von Krieg und Frieden wirklich direkt aus der Orientierung an der Klassenposition abzuleiten? Läßt sich der Kampf für den Frieden nur als Kampf für den Sozialismus führen? Diese Lösung erscheint zweifelhaft. — Die Arbeiterklasse war 1914 in der Frage der Kriegskredite gespalten, wie Abendroth am »Versagen« (81) der SPD zeigt. Dieses Versagen läßt sich mit dem Hinweis auf fehlendes oder falsches Bewußtsein allein nicht erklären. Vielmehr zeigt sich hier, daß die Haltung zur Frage von Krieg und Frieden nicht allein durch die Klassenposition bestimmt wird, sondern auch durch die Stellung zum Staat und zur Nation.

In der Friedensbewegung wird zur Zeit die These von E.P. Thompson diskutiert, der Kalte Krieg und die Gefahr eines Atomkrieges resultiere aus der »inneren Dynamik und gegenseitigen Logik«, die sich aus der Kollision der Blöcke ergebe. Damit wendet Thompson sich gegen den Versuch, die Kriegsgefahr nur aus der Logik des Imperialismus zu begreifen (vgl. Anm. 127, 326ff.). An Thompson nur die Seite des Imperialismus festzuhalten (wie Wolfgang Abendroth, 13), heißt sicher, ihn mißzuverstehen. Daß der Friede nach der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse gesichert ist, wird zweifelhaft angesichts der Hegemoniekämpfe zwischen sozialistischen Ländern und des ungelösten Problems der internationalen Verteilung des Reichtums der Erde.

Wenn der Kampf für den Frieden und der Kampf für den Sozialismus zusammengehen sollen, muß das Problem von Krieg und Frieden in seiner eigenständigen Bedeutung für die Politik der Linken anerkannt werden und das sozialistische Projekt so konzipiert werden, daß die Friedenspolitik zu ihrem konstitutiven, nicht nur »abgeleiteten« Bestandteil wird.

Gerwin Klinger (Berlin/West)

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

Abholz, Heinz-Harald, Dr.med., geb. 1945; Internist und Lehrbeauftragter für Sozialmedizin an der FU Berlin. Wiss.Ass. am Klinikum Steglitz, FU Berlin. A.: Sozialpsychiatrie (früher), Epidemiologie und klinische Epidemiologie. Mitglied der Medizinredaktion des *Argument*.

Bindseil, Ilse, Dr.phil., geb. 1945; Lehrerin. V.: *Ambiguität und Ambivalenz* (1976), *Faschismus, Literatur und bürg. Staat* (hrsg. zus. mit Enderwitz; 1981). A.: Kritik bürgerlicher Text- und Triebtheorien, Ästhetik und Warenästhetik.

Albert, Claudia, geb. 1953; Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. V.: *Der melancholische Bürger* (1982). A.: Konstitution bürgerlicher Identität, Exil, Weimarer Republik, Heine. Mitglied der GEW.

Albrecht-Heide, Astrid, Prof.Dr.phil., geb. 1938; Hochschullehrerin für Sozialisationsforschung. V.: *Zwischen Schule und Beruf* (zus. mit B. Brüggemann; 1981); *Militärdienst für Frauen?* (zus. mit U. Bujewski; 1982). A.: ZBW; Sozialisation von Frauen, Frauen u. Militär; Sozialisation von Migrantenkindern; Türkische und kurdische Frauen. Mitglied in GEW, Heinemann-Initiative, Evangelische Akademikerschaft, Ökumenische Initiative »Eine Welt«.

Ammon, Ulrich, Prof.Dr.phil., geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Duisburg — Gesamthochschule. V.: *Schulschwierigkeiten von Dialektisprechern* (1978); *Perspektiven der Deutschdidaktik* (Mithrsg., 1981). A.: Soziolinguistik, Sprachdidaktik.

Becker, Jörg, Dr.phil., geb. 1946; Politik- und Kommunikationswissenschaftler in Frankfurt/M. und Privatdozent am Institut f. Politikwiss. der Univ. Marburg. V.: *Free Flow of Information?* (Hrsg. 1979); *Information Technology and the New International Order* (Hrsg. 1983). A.: Friedensforschung, Massenmedien und internationale Politik, Informationstechnologie.

Bien, Helmut M., geb. 1957; Studium der Pädagogik; freier Journalist bei Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk. A.: Faschismustheorie, Schultheorie, Architektur. Mitglied in SPD, NGBK, Kulturpolitische Gesellschaft, RFFU.

Bochow, Michael, Dr.rer.pol., geb. 1948; Forschungsstipendiat am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin (West). V.: *Bildung und Arbeit* (1980). A.: Industrie- und Bildungssoziologie; Arbeitskräfteforschung. Mitglied der GEW.

Borgers, Dieter, Dr.med., geb. 1947; Epidemiologe (M.P.H.), Mitarbeiter im Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes. A.: Risikofaktoren für KHK bei Jugendlichen, Medizinalstatistik chronischer Krankheiten, Strukturforschung im Gesundheitswesen. Redakteur und Mitglied der Medizinredaktion des *Argument*.

Bowles, Sam; Dept. of Economics, Univ. of Mass.

Burawoy, Michael; Dept. of Sociology, Univ. of California, Berkeley.

Burger, Oswald, geb. 1949; Lehrer. A.: Regionalgeschichte, Faschismus.

Dietschreit, Frank, geb. 1954; Doktorand, Lehrbeauftragter am Literaturwiss. Sem. der Univ. Hamburg. V.: *Faschismusanalyse in Lion Feuchtwangers Roman-Triologie »Im Wartesaal«* (1980); *Es ist ein Blödsinn... Gedichte* (1980). A.: Politische Dichtung; Neue Subjektivität; Alternativbewegungen. Mitglied in GEW, Die Grünen.

Drees, Martin, Dr.päd., geb. 1955; arbeitslos, z.Z. Habilitation. V.: *Der Nationalsozialismus in der historisch-politischen Bildung* (zus. m. Th. Berger u.a.; 1979). A.: Dialektische Philosophie, Ästhetik, Kulturtheorie.

Freundlich, Elisabeth, Dr.phil, geb. 1906; freie Schriftstellerin. V.: *»Sie wußten, was sie wollten«*, Frauenporträts (1981); *Der Eherne Reiter*, historischer Roman (1982). A.: Germanistik, Romanistik, Geschichte.

Gintis, Herbert; Dept. of Economics, Harvard Univ., Cambridge/Mass.

Gransow, Volker, Dr.phil., geb. 1945; Dozent in Bielefeld und Berlin. V.: *Viktor Agartz* (mit M. Krätze; 1978), *Kommunismusforschung* (1980), *Mikroelektronik und Freizeit* (1982). A. Politische Soziologie, Politische Kultur. Mitglied im Komitee für Grundrechte.

Heinrichs, Manfred A., geb. 1953; Studium der Ing.-Wissenschaft (Mechaniker, Grafiker). A.: Technikphilosophie, Industriesoziologie, Ingenieurspsychologie. Mitglied der IGM.

Holinka, Hilke, geb. 1946; Lehrerin. V.: *Frauen, die pfeifen* (Hrsg. zus. mit R. Geiger u.a.). A.: Literaturwissenschaft.

Kaiser, Peter Michael, Dr.rer.nat., geb. 1944; Dipl.-Chem., Angestellter. V.: *Damit Deutschland lebe* (Hrsg.; 1983). A.: Faschismus, Phil. Fragen der Naturwissenschaft. Mitglied in BdWi, ÖTV.

Kaulen, Heinz, geb. 1953; Studium der Germanistik und Philosophie, Doktorand. A.: Hermeneutik, Methodendiskussion, marxistische Theorie, Wissenschaftstheorie.

Klinger, Gerwin, geb. 1955; Studium der Philosophie. Mitglied der ÖTV.

- Konersmann, Ralf**, geb. 1955; Studienreferendar und Doktorand. A.: Philosophie der Subjektivität. Mitarbeit in der Wissenschaftsladen-Initiative Münster, Mitglied der GEW.
- Kowalsky, Wolfgang**, geb. 1956; Dipl.-Soz., VHS-Dozent. A.: Öffentlichkeitsarbeit Unternehmerverbände BRD-Frankreich. Mitglied der HBV.
- Kroneberg, Bernhard**, Dr.phil, geb. 1939; Lehrbeauftragter für Russisch. V. zur russischen Literatur des 18. u. 19. Jh.. A.: Russ. Sprache u. Literatur. Mitglied der GEW.
- Kühnert, Walter**, Dr.phil, geb. 1949; Päd. Mitarbeiter an einer VHS. V.: *Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit* (1983); *Vom alltäglichen Sprachverständnis zum wissenschaftlichen Sprachbegriff* (zus. mit Ellerbrock/Jaritz/Magens; 1979). A.: Psycholinguistik, Sprachdidaktik und Sprachtheorie.
- Lacher, Michael**, geb. 1950; Dipl.-Hdl., Doktorand, Lehrbeauftragter an der GH Kassel. V.: *Holzhausen und sein Hüttenwerk* (1982); *Forderungen für den Schwalm-Eder Kreis* (Mitautor; 1980). A.: Regionalforschung, Arbeitsmarktforschung.
- Lüdtko, Alf**, Dr.phil., geb. 1943; Wiss. Angestellter am MPI f. Geschichte, Göttingen. V.: »Gemeinwohl«, *Polizei und »Festungspraxis«* (1982); *Klassen und Kultur* (zus. mit Berdahl, Medick, Sabeau; 1982). A.: Arbeitsgeschichte, Bürokratie- und Polizeiforschung, Anthropologie und Geschichte.
- Maruhn, Jürgen**, Dr.phil., geb. 1950; Studienreferendar. V.: *Die Kritik an der Stirnerschen Ideologie im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels* (1982). A.: Literatur und Philosophie des deutschen Vormärz.
- Neufert, Klaus**, geb. 1956; Doktorand (Soziologie). A.: Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie, Sozialpsychologie, Systemforschung.
- Nolte, Hans-Heinrich**, Prof.Dr., geb. 1938; Hochschullehrer. V.: »Drang nach Osten«, Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion (1976), *Gruppeninteressen und Außenpolitik* (1979), *Die eine Welt. Abriß d. Geschichte des internationalen Systems* (1982). A.: Osteuropäische Geschichte im Kontext. Mitglied in HDS, GEW.
- Peitsch, Helmut**, Dr.phil., geb. 1948; Wiss. Assistent an der FU Berlin. V.: *Grundkurs 18. Jh.* (Mitautor; 1974); *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978). *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49*, AS 83 (Mithrsg., 1982). A.: Literaturgeschichte 18. u. 20. Jh.
- Peukert, Detlev J.K.**, Dr.phil., geb. 1950; Wissenschaftlicher Assistent. V.: *Die KPD im Widerstand* (1980); *Die Edelweißpiraten* (1980); *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde* (1982). A.: Nationalsozialismus, Geschichte der Jugend und -fürsorge. Mitglied in GEW und SPD.
- Pohl, Sigrid**, geb. 1954; Dipl.-Hdl., Studium der Volkswirtschaftslehre, wiss. Mitarb. an der FU Berlin. A.: Frauenforschung, Arbeitsökonomie, Konzentrationsforschung. Mitglied der ÖTV.
- Rauber, Urs**, Dr.lic.phil., geb. 1948; Historiker. A.: Osteuropäische Geschichte, Schweizer Geschichte (Schwerpunkt Arbeiterbewegung). Mitglied im Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VDPOD).
- Rehmann, Ruth**, geb. 1922; Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Musik (Konzertreihe in Geige). V.: *Illusionen* (1958); *Die Leute im Tal* (1969); *Paare* (2¹⁹⁸³); *Der Mann auf der Kanzel* (2¹⁹⁸²). Mitglied in PEN-Club, VS und Friedensbewegung.
- Rosenbrock, Rolf**, Dr.rer.pol., geb. 1945; Dipl.-Kfm., Angestellter am Wissenschaftszentrum Berlin, Bereich Arbeitspolitik. V.: *Schichtenspezifische Versorgungsprobleme im Gesundheitswesen* (Mitautor; 1981); *Arbeitsmediziner und Sicherheitsexperten im Betrieb* (1982). A.: Gesundheits-, Sozial- und Arbeitspolitik. Mitglied in GfA, BdWi, ÖTV, Medizin-Redaktion des *Argument*.
- Schreiber, Ulrich**, Ing. grad.; Staatsexamen Politik und Russisch. A.: Gramsci, Eurokommunismus, Frühgeschichte der SU. Mitglied der Volksuni Hamburg.
- Seegert, Christian**, geb. 1945; Studium der Rechtswissenschaft, Dozent an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg. A.: Arbeits-, Verfassungsrecht, Gewerkschaftstheorie u. -geschichte.
- Seifert, Thomas**, geb. 1952; Studium der Soziologie und Publizistik in Münster, Redakteur beim »Münsteraner Stadtblatt«. Mitglied in IG Druck & Papier und DKP.
- Schmid, Josef**, geb. 1956; Studium der Politikwissenschaften und der Soziologie. A.: Gewerkschaften, Staatstheorie, Neokorporatismus.
- Schneider, Michael**, geb. 1954; z.Zt. Privatschullehrer. V.: *Geschichte als Gestalt* (1980). A.: Literatur der Neuzeit; Ästhetik; Methodologie.
- Schönleiter, Wolf**, geb. 1953; Dipl.-Soziologe, z.Zt. Doktorand. V.: Aufsätze zur Theorie und Praxis der Sozialarbeit, Sozialpolitik und allgemeinen Soziologie. A.: Theorie der Soziologie, Anthropologie.
- Wackwitz, Stephan**, Dr.phil., Lektor an der Univ. of London, Kings's College. V.: *Trauer und Utopie. Studien zu Hölderlins Elegienwerk* (1982). A.: Deutsche Literatur des späten 18. Jh.
- Zielinski, Siegfried**, M.A., geb. 1951; Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. V.: *Veit Harlan* (1981), *Holocaust zur Unterhaltung* (zus. m. F. Knilli, 1982), »*Jud Süß*« *Studien 1* (zus. m. F. Knilli, 1982). A.: Geschichte der Massenmedien; sozialkulturelle Zusammenhänge von Medien-Techniken.

**Ästhetik
und Kommunikation
Beiträge
zur politischen Erziehung**

51 '83

Deutsche, Linke, Juden

D. Diner: Fragmente von Unterwegs. Über jüdische und politische Identität in Deutschland

R. Ebel: Zwischenbericht. Auf der Suche nach Unbefangenheit.

O. Münzberg: Wovon berührt? Vom jüdischen Trauma? Von den Traumata der Eltern?

D. Hoffmann-Axthelm: Ins Unreine geschrieben

E. Knödler-Bunte: Verlängerung des Schweigens.

H. Funke: Gespräche mit emigrierten Jüdinnen. Vorbemerkung

Gespräch mit Eva Reichmann: Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck

Gespräch mit Maria Jahoda: Für mich ist mein Judentum erst mit Hitler eine wirkliche Identifikation geworden

T. Fichter: Solidarität mit der Arbeiterbewegung in Israel?

N. Simon: Die Israel-Palästinadiskussion in der deutschen Linken und der neuen Friedensbewegung

G. Treusch-Dieter: Zur Kontroverse zwischen Max Stirner und Karl Marx

14. Jg. 1983

Redaktionskollektiv: Helmut Hartwig, Dieter Hoffmann-Axthelm, Gisela Kayser, Eberhard Knödler-Bunte, Olav Münzberg, Uli Puritz, Jörg Richard, Werner Siebel, Lienhard Wawrzyn, Brigitte Wartmann. — Erscheint Vierteljährlich. Einzelpreis 12,50 DM ab Heft 31, Jahresabo 38,— DM (zuzgl. Versand). — Redaktion Ästhetik und Kommunikation, Bogotastr. 27, 1000 Berlin 37

Demokratie und Recht

1 '83

H. Ridder: Bemerkungen zur Funktion und Jurisprudenz des Bundesverfassungsgerichts

K.-H. Ladeur: Das Bundesverfassungsgericht und die Entwicklung des Verfassungssystems der BRD

G. Grote: Das Bundesverfassungsgericht zur Bundestagsauflösung

K.-H. Ladeur: Gemeinden als »atomwaffenfreie Zonen«?

H. Mühleisen: »Nein« zu Personalinformationssystemen! Über den Umgang mit neuen Informationstechnologien am Beispiel Opel Rüsselsheim

P. Schöttler: Französische Arbeitsgerichte

2 '83

D. Rucht: Recht auf Widerstand? Aktualität, Legitimität und Grenzen »zivilen Ungehorsams«

P. Römer: Ist die Notstandsverfassung noch aktuell?

R. Schütz: Dezentralisierung in Spanien. Ein Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie?

G. Offczors: Strafrechtliche Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts am Beispiel des Widerstandskämpfers Fiete Schulze

H. Ridder/F. Hase: Recht auf Rüstung? Rechtspflicht zur Rüstung? Krieg als Verfassungsauftrag?

B. Degen: Mieterhöhungen nach dem neuen Mietgesetz

11. Jg. 1983

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 8,00 DM, im Jahresabo 7,00 DM, für Studenten 6,00 DM, zuzüglich Versandkosten. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

L'80

5 '83

A. Biesecker: Verstaatlichung, Entstaatlichung — oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft

R. Bahro: Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts

Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten. Aspekte der jugoslawischen Krise

6 '83

Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit

J. Scheer: Kommunismus — Naturalismus — Humanismus

F. Dick: Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit

R. Fismer, W. Heuler, F. Riemann, J. Scheer: Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur

W. Maier: Wende alternativ. F. Capras Buch »Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild«

Der stille Zwang des Rentensystems.

Mitmenschlichkeit und Geborgenheit ziehen sich aus ... Wie die CDU Mutterschaft und Familie moralisch auf- und materiell abwertet

Was aus der islamischen Revolution geworden ist

Labyrinth von Hoffnung, Dilemma und Machtinteressen — das Palästinenserproblem

26 '83

Die Zukunft des demokratischen Sozialismus

Th. Meyer: Die Zeit ist reif für eine Erneuerung des Godesberger Programms

K.-J. Scherer/F. Vilmar: Der demokratische Sozialismus muß ein Ökosozialismus werden

A. Künzli: Der »Un«-Mensch im Demokratischen Sozialismus

S. Miller: Das Vaterland der »vaterlosen Gesellen«

P. Sonnet: Die SPÖ zwischen Sozialpartnern und Protestbewegungen

W. Kessler: Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe. Zwei Jahre Sozialismus à la française

J. Diethe: Ist Labour noch zu retten? Dilemma und Zukunftsaussichten der Labour-Partei

R.H. Strahm: Dritte-Welt-Sozialismus — nicht nach unserem Bilde

Z. Mlynár: Der demokratische Sozialismus im Zerrspiegel des realen Sozialismus

H. Fehr: Markt, gesellschaftliche Planung und Arbeiterselbstverwaltung. Ziele der Bewegung für Selbstverwaltung in Polen 1981

Redaktion: M. Ackermann, F. Bleicher, C. Falter, G. Heinemann, Th. Mehlem, J. Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 5 DM, Jahresabo 60 DM, Halbjahresabo 30 DM. — Kommune-Redaktion, Mainzer Landstraße 147, 6 Frankfurt 11. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postf. 11 11 62, 6 Frankfurt 11

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kosta, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,—, Jahresabo DM 50,— (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

30 '83

Schwerpunkt: Mythen des XIX. Jahrhunderts

H.U. Gumbrecht: Mythen des XIX. Jahrhunderts aus der Perspektive des späten XX. Jahrhunderts

H. Adler: Zum Verhältnis von Narration und sozialer Frage im XIX. Jahrhundert

W. Wülfing: Napoleon — Zu Texten französischer Autoren in deutschsprachigen Anthologien des XIX. Jahrhunderts

J. Link: Zu Justus Liebig's Symbolgebrauch
J. Kolkenbrock-Netz: Mythisierung und Mythentransformation bei Wilhelm Bölsche

U. Schulz-Buschhaus: Bourget oder die Gefahren der Psychologie, des Historismus und der Literatur

U. Link-Heer: Zum Buch von Jean Borie. Mythologie de l'hérédité au XIXième siècle

Forum

W. Kowalsky: »Ideologischer Krieg« in der Ara Giscard

P. Kunze: Grammatiken und Grammatiker
France Actuelle

C. Mollard: La décentralisation artistique. Bilan et perspectives

L. Peter: Probleme der gewerkschaftlichen Aktionseinheit in Frankreich

J.M. Becker: Zusammenarbeit PS/PCF seit dem programme commun

Portrait

Ch. Chawaf: Ecrire à partir du corps vivant

M. Nerlich: Chantal Chawaf: Le désir de se rythmer par les mots

8. Jg. 1983

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H.U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

links

Sozialistische Zeitung

5 '83

Internationales

L. Müller: Guatemala: Der Pyrrhussieg des Rios Montt

U. Rehfeldt: Ende des französischen Sonderweges?

F. Schneider: Frankreich spart

R. Spiss: Zum Parteitag der KPI

M. Renner/P. Parts: Armenverein OPEC

Marx und die Frauen

C. Neusüß: Rosa Luxemburg

U. Beer: Der Patriarch und die Frauenbewegung

J. Bruhn: Eine gelungene Marx-Beschädigung

6 '83

Deutsche Zustände

D. Treber: Startbahn West

H. Loewy: Reichsautobahnen

Verdrängt die Linke die Psyche?

H. Dahner: Neues Freud-Institut gründen?

J. Hentze: »Psychoboomb«

E.v. Kardoff: »Wende« in der Psychiatrie?

J. Huhn: Die Linke und der soziale Tod

S. Heenen: Unbehagen an der Mütterlichkeit

Marx-Bandwurm

L. Paggi: Marx und die neuen Subjektivitäten

15. Jg. 1983

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach 4. Redaktion: N. Apostolidou, H. Burgwinkel, M. Brumlik, D. Diner, R. Detobel, D. Claussen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch, J. Huhn (pres-erechtlich verantwortlich), J. Klein, P. Lindloff, D. Maier, L. Lodovico, R. Pusch, F. Schneider, B. Sughoff, R. Roth. — Erscheinungsweise monatlich. Einzel exemplar DM 3.-, Jahresabo DM 35.-, einschl. Versand. Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

MODERNE ZEITEN

5 '83

Arbeiterbewegung in den 80ern — Krise und Neuanatz

J. Hoffmann: Die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung kommt von ihren eigenen Erfolgen

M. Lucas/F.O. Wolf: Krise des Kapitalismus, Ökobewegung und Klassenkampf

K.H. Tjaden: Was heißt: Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse?

6-7 '83

M. Stamm: »Nachrüstung«, Alexanderplatz, Entspannungspolitik und Machtphantasien

Politik der Frauen

S. Klenke: Politik ohne Frauen — Krise linker Politik

J. Kolkenbrock-Netz: Frauen in der Politik und/oder autonome Politik der Frauen Frauen und Kunst. Gespräch zwischen Doris Schöttler-Boll und Marianne Schuller

V. Krieger/M.-Th. Knäpper: Die Grünen und die Frauen — eine Bestandsaufnahme

P. Vollmer/U. Vollmer: Aber Cassandra schweigt nicht

G. Potthast/J. Kolkenbrock-Netz: Feministische Politik im Bundestag?

Th. Janßen: Der westeuropäische Widerstand im Nachkriegsfilm (II)

W. Rätz: USA-Politik in Zentralamerika

3. Jg. 1983

Hrsg. von der Initiative Sozialistische Politik. Redaktion: R. Ascheberg, M. Barg, Th. Ebermann, R. Fenchel, W.K. Goltermann, D. Holloh, K. Nolle, J. Reents, P. Rieckmann, Chr. Schmidt, R. Schiller-Diekhut, M. Stamm, F.O. Wolf. — Erscheint monatlich im SOAK-Verlag, Hannover. — Preis: 5,- DM, Jahresabo: 60,- DM. — Anschrift: Moderne Zeiten, Pablo Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik

51 '83

Deutsche Farbenlehre. Parteien und Parteiensystem in den 80er Jahren

M.Th. Grevén: CDU/CSU in der Regierung — Plädoyer, sich mit den Konservativen zu beschäftigen

H. Kastendieck: Struktur und Organisationsprobleme einer staatstragenden Arbeitnehmerpartei: Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften

A. Bolaffi/O. Kallscheuer: Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes. Zwischen neuen Bewegungen und Veränderungen der Politik.

B. Zeuner: Aktuelle Anmerkungen zum Postulat der »Basisdemokratie« bei den Grünen/Alternativen

E. Seifert: Die Rätekommunistische Tradition von »Ökonomie der Zeit«. Wider die Halbheiten der neuerlichen Erledigungen der Marxschen Phrase von der »Parallele zur Warenproduktion«

12. Jg. 1982

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, Th. Hurtienne, U. Jürgens, B. Mahnkopf, W. Spohn, Ch. Watkinson, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

psychosozial

Zeitschrift für Analyse, Prävention und Therapie psychosozialer Konflikte und Krankheiten

17'83

Jugendprotest

J. Zimmer: Eine (fiktive) Berliner Kindheit. Beobachtungen zu pädagogischen Verwahranstalten

M. Reimitz, W. Thiel, H.-J. Wirth: Muß denn Leben Sünde sein? Notizen, Assoziationen und Interpretationen zu Gesprächen mit Hausbesetzern und Punks

H. Becker: Jugendanalysen im Streit

H. Glaser: Unsystematisches zur Jugendpolitik in der Stadt N. Fallstudien

M. Erdheim: Adoleszenz zwischen Familie und Kultur. Ethnopschoanalytische Überlegungen zur Funktion der Jugend in der Kultur

L. Krappmann: Wird die nächste Jugendgeneration anders?

M. Haller: Mutmaßungen über die Notwendigkeit und über das Scheitern der AJZ-Bewegungen

1. Jg. 1982

Herausgegeben von H. Becker, D. Beckmann, G. Erb, H. Friedrich, A. Köhl, A. Overbeck, H.-E. Richter, H. Strotzka, A. Uchtenhagen, E. Ulich, J. Willi, H.-J. Wirth, G. Zenz. — Erscheint viermal im Jahr im Rowohlt Taschenbuch Verlag. Preis 9,80 DM. — Redaktion psychosozial, Friedrichstr. 33, 63 Gießen

psychologie heute

6'83

Eine Psychologie heute-Umfrage

M. Freund: Marienthal heute

G. Gekeler: »Ich hab's allein geschafft«

Wie F.W. Taylor den Taylorismus erfand

Psychologische Kompetenz gegen die Nachrüstungspropaganda. Gespräch mit G. Sommer und G. Bolm

Soziologen — Sinnstifter oder Trittbrettfahrer sozialer Bewegungen? Gespräch mit U. Jaeggi und H. Berking

O.-A. Burow: Lernlust statt Schulfrust

7 '83

A. Anderson: Psycho-Schutz gegen Krankheit.

Die Wende wird kommen! Wird die Zeit reichen? Gespräch zwischen F. Capra und H.-P. Dürr

G. Lederer: Deutsche Jugendliche: Nestflüchter der Nation?

M. Snyder: Warum Vorurteile sich immer beständigen

R. Kakuska: Die Geist-Erfahrer

N. Hildebrand: Ein Frosch, wer keinen Frosch töten will

10. Jg. 1983

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber, Monica Moebis, Rüdiger Runge; Redaktionsassistentz: Karin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Monatlich. — Einzelheft 5,80 DM. Jahresabo 58,— DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim



TEXT+KRITIK

19'83

Aktuelle Kommentare

- M. Ernst-Pörksen: Frühjahrsgutachten — bitte wenden
D. Scholz: Tarifaueinandersetzungen 1983 — Niederlage der Arbeiterbewegung
F. Heidenreich: Nicaragua und Vietnam

Diskussionsschwerpunkt

- Fricke/Gröning/Günther/Neumann/Tiltmann: »Frauen hört die Signale...«
E. Zmuda-Schamper: Rationalisierung in Handel und Büro
K. Roth: Zum Reich der Gleichheit und Freiheit
B. Klöckner: Solidarität tut not! Ausländische und deutsche Frauen in der Krise
M. Jansen: Frauenfriedenszeichen in der Politik

Analysen

- D. Albers: Unsere Aufgaben nach dem 6. März
M. Häupl/P. Pelinka: Das Ende einer Ära. Österreich nach den Nationalratswahlen
W. Kowalski: Anmerkungen zum »Französischen Linksexperiment«
J. Rodejohann: Rüstungsabhängige Arbeitsplätze. Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele

Archiv/Berichte/Besprechungen

6. Jg. 1983

78'83

Walter Mehring

U. Bader: Zeitbilder in den Gedichten Walter Mehrings

E. Adamzig: Der Publizist Walter Mehring in der Weltbühne«

Übersicht der publizistischen Beiträge

M.G. Hall: Biographie als Legende

U. Naumann: Herrlichkeit von Pappe. Über Walter Mehrings »Briefe aus der Mitternacht«

Chr. Buchwald: Odysseus hat entweder heimzukommen oder umzukommen. Notizen zur Rezeption Walter Mehrings nach 1950

A. Eggebrecht: »Mehring war ein liberaler Anarchist«

E. Adamzig: Lebens- und Werkchronik Walter Mehrings

Chr. Buchwald: Bibliographie zu Walter Mehring

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Heften jährlich., Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, E. Weiss. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

5 '83

Schwizer Imperialismus - Wirtschaftskrise - Gegenstrategien

J. Ziegler: Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt

R.H. Strahm: Wirtschaftskrise und strukturelle Gewalt gegen die Dritte Welt

U. Haymoz: Schweiz - Dritte Welt: Folgen der Verschuldung

H. Baumann: Gewerkschaftsstrategien

F. Witschi: Antikapitalistische Sammlung im Bündnis mit der Dritten Welt

G. Hirschier/W. Schöni/P. Franzen: Helvetozentrismus und imperialistische Wirklichkeit

Marxismus und Politik

E. Hobsbawm: K. Marx und die Geschichtswissenschaft

M. Bondeli: Methodisches bei Karl Marx

E. Modena: Subjektivität und Klassenkampf

Zur Aktualität des Marxismus (Tagungsbericht)

F. Cahannes: Karl Marx und die Schweizer Linke

K. Beck: Bilder vom Kommunismus: eine Ausstellung

U. Rauber: Marx Spätlese (Glosse)

Dokumentation

N. Poulantzas: Forschungsnotiz über Staat und Gesellschaft

Diskussion/Berichte/Rezensionen

3. Jg. 1983

3 '83

Schriftsteller im Schutz der Öffentlichkeit

F. Hitzer: Schriftsteller und Wende

W. Dürrson: Es ist nicht mehr Zeit zu betrachten

W. Jung: Der rasende Torpedokafer

H. Koch: Karl Marx und die Kulturpolitik der DDR

W. Fromm: Die Entdeckung des Ichs

Rumäniendeutsche Gegenwartsliteratur

Wort an die internationale Öffentlichkeit

— Erklärung von DDR-Schriftstellern und -Verlegern

Herausgeber: Redaktionskollektiv *Widerspruch*. - M. Bondeli, F. Cahannes, P. Franzen, U. Hänsenberger, S. Howald, R. Kuster, M. Peter, U. Rauber, B. Rothschild, C. Schelbert, R. Tognina. - Redaktionssitz: c/o Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Wildbachstraße 48, 8008 Zürich - Redaktionsadresse: Redaktionskollektiv *Widerspruch* Postfach, 8026 Zürich.

Hrsg. Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schühler, Hannes Stütz. Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Elvira Högemann-Ledwohn, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 8,50 DM, Jahresabo 32,— DM, Studentenabo 27,— DM. Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

die tageszeitung

Bei den Zeitungen geht der Konzentrationsprozeß weiter und selbst da, wo Neuentwicklungen sich anzubahnen scheinen, zeigt sich, daß wirtschaftliche Interessen diese Entwicklungen stoppen. Kurz: Lokale Information findet kaum statt. Wo sind die Alternativen?

... so wünschte man sich wohl eine große wirklich überregionale linke Tageszeitung.

aus: „Medien“ 3/1978

die Tageszeitung

seit 1979 täglich, überregional. Mit Lokalteilen in Hamburg und Berlin, von zusätzlichen regionalen Seiten träumend - und abhängig von jedem Abonnement.

**TAZ-Probeabo, Wattstr.
11-12, 1000 Berlin 65
(eine Woche kostenlos)**

COURAGE SONDERHEFT

8



Ja, ich möchte COURAGE
näher kennenlernen und bestelle
die nächsten drei Ausgaben von
COURAGE zunächst im Probe-
Abonnement für 10,- DM. Wenn
ich nach dem zweiten Heft nicht
schriftlich beim Verlag kündige,
bin ich mit dem Weiterbezug
von COURAGE zum regulären
Jahresaboppreis von 48,- DM (54,-
DM Auslandsabo) einverstanden.
COURAGE

Frauenverlags-GmbH, Bleibtreu-

str. 48, 1000 Berlin 12

Name/Vorname.....

PLZ/Ort.....

Datum.....

Unterschrift.....

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß
ich diese Bestellung innerhalb von
zwei Wochen widerrufen kann.

WZB - Wissenschaftszentrum Berlin

Schriften
Arbeitsberichte

ARNDT SORGE / GERT
HARTMANN / M. WAR-
NER / IAN NICHOLAS

**Mikroelektronik und Arbeit
in der Industrie.** Erfahrungen
beim Einsatz von CNC-
Maschinen

Der Band zeigt, daß die Auswir-
kungen computergesteuerter
Werkzeugmaschinen auf Ar-
beitsorganisation und Beschäf-
tigung nicht durch die Technik
festgelegt, sondern gestaltbar
sind.

181 S.
ISBN 3-593-33159-4 DM 34,-

KNUTH DOHSE / ULRICH
JÜRGENS / HARALD RUS-
SIG (Hg.)

**Statussicherung im Indu-
striebetrieb.** Alternative Re-
gelungsansätze

Im internationalen Vergleich
werden Probleme und Perspek-
tiven einer gewerkschaftlichen
Politik der Besitzstandssiche-
rung behandelt, die auf die Fol-
gen des ökonomischen und
technischen Wandels zu reagie-
ren hat.

446 S.
ISBN 3-593-33154-3 DM 58,-

BERNHARD WILPERT /
JÖRG RAYLEY

**Anspruch und Wirklichkeit
der Mitbestimmung**

Als Teil eines 12-Länder-Ver-
gleichs konfrontiert das Buch
die Ansprüche der Betriebsver-
fassung mit der Realität der Mit-
bestimmung in kleinen und
mittleren deutschen Unterneh-
men.

141 S.
ISBN 3-593-33188-8 DM 39,-

Gesamtverzeichnis erhältlich beim WZB, Griegstr.5-7, 1000 Berlin 33

verlegt bei
campus

weltweit aktuell lebendig konkret

horizont — Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft
»horizont« bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung
zu Themen der Außenpolitik der DDR; der Zusammenarbeit mit anderen Ländern;
der internationalen Arbeiterbewegung; des aktuellen Weltgeschehens; der Weltwirtschaft

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell! Senden Sie den Kupon als
Bestellung an Brücken-Verlag GmbH, Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

horizont

- Ich möchte »horizont« zum Jahresabonnement von 67,60 DM
zzgl. Portogebühren von 10,60 DM beziehen.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name
Straße
PLZ

Vorname

Ort

Hausnummer

hier ausschneiden

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Steger, Hugo (Hrsg.): Soziolinguistik (U. Ammon)</i>	592
<i>Müller, Bernd-Dietrich (Hrsg.): Konfrontative Semantik (W. Kühnert)</i>	594
<i>Schnelle, Helmut (Hrsg.): Sprache und Gehirn (J. Maruhn)</i>	595
<i>Autorenkollektiv (Ltg. P. Weber): Kunstperiode (H. Peitsch)</i>	596
<i>Siegel, Holger: Sowjetische Literaturtheorie (B. Kroneberg)</i>	597
<i>Träger, Claus: Studien zur Erbbeziehung und Erbeaneignung (H. Kaulen)</i>	600
<i>Heise, Wolfgang: Realistik und Utopie (C. Albert)</i>	600

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Berger, John: Das Leben der Bilder oder die Kunst des Sehens (S. Wackwitz)</i>	602
<i>Polster, Bernd: Tankstellen. Die Benzingeschichte (H.M. Bien)</i>	604
<i>Silbermann, Alphons: Handwörterbuch der Massenkommunikation und Medienforschung (S. Zielinski)</i>	605
<i>Gross, Heinz-Willi: Die Deutsche Presse-Agentur (T. Seifert)</i>	606

Soziologie

<i>Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilkraft (W. Kowalsky)</i>	607
<i>Dechmann, Birgit, und Christiane Ryffel: Soziologie im Alltag. Eine Einführung (W. Schönleiter)</i>	609
<i>Eichner, Klaus: Die Entstehung sozialer Normen (K. Neufert)</i>	610
<i>Lindner, Rolf: Der Fußballfan. Ansichten vom Zuschauer (F. Dietschreit)</i>	611
<i>Bacia, Jürgen, und Klaus Jürgen Scherer: Paßt bloß auf! Was will die neue Jugendbewegung? (F. Dietschreit)</i>	612
<i>Rosanvallon, Pierre: La crise de l'Etat-providence (M. Bochow)</i>	614

Medizin

<i>Ewert, E., und H. Marcusson: Sterblichkeit und Lebenserwartung (D. Borgers)</i>	615
<i>Townsend, Peter, und N. Davidson (Hrsg.): Inequalities in Health — The Black Report (H.-H. Abholz)</i>	616
<i>Asmus, Gesine (Hrsg.): Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in Berliner Wohnungselend 1901-1920 (R. Rosenbrock)</i>	617
<i>Schicke, Romuald K.: Ökonomie des Gesundheitswesens (R. Rosenbrock)</i>	618
<i>Der große Wie-lebst-Du-denn. Das Buch für Selbsthilfe, Selbstorganisation und Patientenrecht (D. Borgers)</i>	621

Geschichte

<i>Müller-Münch, Ingrid: Die Frauen von Majdanek (E. Freundlich)</i>	621
<i>The Auschwitz-Album (H.-H. Nolte)</i>	623
<i>Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der IG Farben (P.M. Kaiser)</i>	624
<i>Niederland, William G.: Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden- Syndrom Seelenmord (O. Burger)</i>	625
<i>Salis, Jean Rodolphe von: Eine Chronik des Zweiten Weltkrieges. Radiokommentare 1939-1945 (U. Rauber)</i>	626

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Esser, J.</i> : Gewerkschaften in der Krise (<i>J. Schmid</i>).....	628
<i>Pelinka, A.</i> : Gewerkschaften im Parteienstaat (<i>C. Seegert</i>).....	629
<i>Weinzen, H.W.</i> : Gewerkschaften und Sozialismus (<i>V. Gransow</i>).....	630
<i>Laube, U.</i> : Gewerkschaftliche Tarifpolitik und industrielle Arbeitsbedingungen in der BRD (<i>C. Seegert</i>).....	631
<i>Tenfelde, K., und H. Volkmann (Hrsg.)</i> : Streik (<i>C. Seegert</i>).....	632
<i>Abendroth, W.</i> : Friedensbewegung und Arbeiterbewegung (<i>G. Klinger</i>).....	633
<i>Samuel, P.</i> : Amazonen, Kriegerinnen und Kraftfrauen (<i>A. Albrecht-Heide</i>)..	571
<i>Gersdorff, U. von</i> : Frauen im Kriegsdienst (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	571
<i>Seidler, F.W.</i> : Frauen zu den Waffen? (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	571
<i>Rupp, L.J.</i> : Mobilizing Women for War (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	572
<i>Janßen, R.</i> : Frauen ans Gewehr? (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	572
<i>Koepcke, C.</i> : Frauen im Wehrdienst (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	572
<i>Lippert, E., u.a.</i> : Mädchen unter Waffen? (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	572
<i>Lippert, E., u.a.</i> : Weibliche Soldaten (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	572
<i>Suttner, B. von</i> : Die Waffen nieder! (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	573
<i>Brinker-Gabler, G. (Hrsg.)</i> : Frauen gegen den Krieg (<i>A. Albrecht-Heide</i>)...	573
<i>Bothmer, L. von</i> : Ich will nicht Krieg (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	574
<i>Burmeister, E. (Hrsg.)</i> : Frauen machen Frieden (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	574
<i>Geiger, R.-E., u.a. (Hrsg.)</i> : Nicht friedlich und nicht still (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	574
<i>Quistorp, E. (Hrsg.)</i> : Frauen für den Frieden (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	574
<i>Randzio-Plath, Ch. (Hrsg.)</i> : Was geht uns Frauen der Krieg an? (<i>A. Albrecht-Heide</i>).....	574

Summaries

Samuel Bowles and Herbert Gintis: The Heterogeneity of Power

A theory adequate to the political problematic of the integration of class and *non*-class movements and demands will have to avoid an unwarranted collapse of the categories of class, exploitation and domination: Non-exploitative and non-class forms of domination (like racism, sexism, state oppression) both exist and are socially important, as well as nonclass forms of exploitation (like the transfer of surplus labour time involved in women's oppression by gender relations). A conceptual schema is proposed according to which class entails exploitation but not vice versa, and exploitation entails domination but not vice versa. Thus domination is given conceptual primacy: neither class nor exploitation is definable without a prior determination of the forms of domination in the social formation. In order to grasp the interrelations between the notions of class, exploitation and domination in a non-reductionist manner, the heterogeneity of power schema includes a theory of the articulation of sites and practices, stressing their non-isomorphism (in opposition to e.g. Althusser): A site is conceived as a set of »rules of the game« structuring different practices. In turn, a practice, e.g. political practice, is engaged in a variety of sites, such as state, family, economy, and is thus structured differently by their particular »rules of the game«. So it can be said that the site of capitalist production structures political practice, or, possesses a political structure (precisely the fact ignored in economic thinking).

Michael Burawoy: Factory and State under Capitalism and Socialism

Burawoy argues that not all kinds of economic struggles can be regarded as class struggles in which the relations of production are at stake. He proposes a distinction between the »politics of production«, organized by the »factory apparatuses«, and »global politics« organized by the state apparatuses. What is at stake in the politics of production are not the relations *of* production, but the »relations *in* production«, i.e. the forms of cooperation and »informal« rules, which govern the relationships between workers. Against R. Edwards Burawoy argues, that workplace under capitalist conditions is a »terrain of contest«, but not a priori a »contested terrain« between the workers on the one hand and the capitalist system on the other. The possibility of it becoming the latter would depend upon a concrete linkage between the politics of production and global politics. Burawoy sketches four such types of linkages, comparing early and late capitalism, the socialist state and experiments of collective self-management.

Sigrid Pohl: Woman-Pay-Discrimination

The article deals with the connections between unpaid housework and pay-discriminations of women in capitalistic production. The main thesis is that housework is a form of production which Marx called »original accumulation«. In this form housework influences the valuation of the commodity of labour power. As women are socially destined to do housework, the value of their labour power is lower than the value of male labour power.

Alf Lüdtke: »Colonization of Everyday-Life« or: One-Way History?

Detlev Peukert: Reply to Alf Lüdtke

Lüdtke discusses the mediations of (individual and social) experiences with processes of societal transformation and stresses the »a-synchronism« (Ungleichzeitigkeit, Ernst Bloch) of particular and different experiences which are meaningful simultaneously. From this vantage point follows a critical discussion of a »re-appraisal« of modernization theory set forth in a recent article in »*Das Argument*« by Detlev Peukert. Peukert employs Habermas' notion of »Kolonisierung der Lebenswelt« (colonization of everyday life) to point to long term elimination of people's »space-of-their-own« since the late 18th century.

Claudia Albert: Discourse Analysis in Literary Criticism in West Germany

The article displays the difficulties traditional leftist literary critics have in coping with the new type of discourse represented by Lacan, Derrida, Foucault and Deleuze/Guattari. It exposes the scope of these theories and discusses some new aspects they could introduce into the discussion about ideology, especially in literary critique.

Jörg Becker: Communication Technology and Armaments Industry

If mass media reception as well as production are at once expression and motor of structural violence; if communication technology can only be understood, historically, as an integral part of the emerging military industrial complex; if access to and power over the mass media are unequal and unbalanced; if indeed, the »law of universal violence« (Adorno and Horkheimer) obtains, then the mass media can only fulfill their original hoped for function as »peace-bringers« under rare and exceptional circumstances. Only when the mass media are opened up to a process to democratization on all levels — to the so-called New International Information Order — will the mass media fulfill their function as contributors to a peaceful society.

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebnecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
Saarbrücken: Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221